Robert Blum,

sein Leben, sein Wirken.

Ein Buch für das Volk,

nach den besten Quellen bearbeitet

von

Adolph Streckfuß.

Dritte Auflage.

Berlin, 1850.
Verlag von Wilhelm Cordnan.

Vorwort.

Die Einleitung der ersten und zweiten Auflage des Werkes: „Robert Blum, sein Leben, sein Wirken, von Adolph Streckfuß" ist vom Gericht zu Breslau in Anklage gestellt worden; es ist deshalb vorläufig unmöglich sie dem Leser in der dritten Auflage zu übergeben.

Wir glauben indessen der Ueberzeugung sein zu dürfen, daß das Resultat der Untersuchung ein für uns günstiges sein werde, und versprechen deshalb den Abonnenten der dritten Auflage, ihnen am Schlusse des Werkes nach beendeter Untersuchung die Einleitung nachträglich zu übergeben.

Die Verlagsbuchhandlung.

Erstes Capitel.

Die Knabenjahre.

In einem ärmlichen Stübchen zu Köln am Rheine erblickte am 10. November des Jahres 1807 ein schwächliches Kindlein das Licht der Welt. Am ersten Tage seiner Geburt schon trat der Knabe, der einst in der Geschichte eine so bedeutende Rolle spielen sollte, der einst zum berühmten Manne heranwachsen, ein Freiheitsheld des Volkes, ein Märtyrer für die Freiheit werden sollte, in ein Leben voll Entbehrungen, voll Trübsal.

An dem Bette der Mutter stand der bleiche Vater, ein schwächlicher Mann, in dessen lebensmüde Züge der Kummer und das Elend ihre schweren Zeichen geschrieben hatten. Und die Mutter selbst war krank und schwach. Geboren und erzogen in der Armuth, hatte sie nie etwas Besseres kennen gelernt als den Hunger und die Sorgen.

Der Vater des Kindes, der Faßbinder Blum, hatte einst bessere Zeiten gekannt, er hatte eine tiefere Bildung genossen, als andere Leute seines Gewerks, aber arm und mittellos, hatte er es nicht vermocht, sich auf dem Pfade der Wissenschaften zu erhalten, er hatte zu dem geringen und wenig einträglichen Handwerk des Faßbindens greifen müssen, um nur sich und seiner Familie das liebe Leben zu erhalten. Früher Theolog, ein Mann der Wissenschaft, hatte Blums Vater zu schweren Handarbeiten seine Zuflucht nehmen müssen, und war bei der geisttödtenden Beschäftigung geistig verkümmert.

Es ist eine schwere Schule für das Leben, die Armuth, eine Prüfung, in der unendlich Viele zu Grunde gehen, weil ihnen der kräftige Geist der Selbsterhaltung fehlt, weil Kummer und Noth, die den großen und begabten Menschen läutern und veredeln, den Kleinen und wenig Begabten unterdrücken, sein Gemüth verbittern und vergällen, ihn habsüchtig machen auf die Schätze der Welt und lüstern auf die Genüsse, die das Leben ihm nicht zu bieten vermag.

Robert Blum sollte schon in seiner Kindheit zeigen, daß er einer jener Auserwählten des Schicksals sei, welche trotz Noth und Kummer, trotz Armuth und Elend, sich kräftig zu erhalten wissen, sich das Streben bewahren nach dem Höchsten und Edelsten. Für ihn sollte die Armuth eine Schule des Lebens sein, ihm sollte sie die köstlichsten Früchte bringen, ihm sollte sie das Herz erschließen im Mitgefühl für die leidenden Brüder, indem sie ihm die Erinnerung des eigenen Elends zurückließ für jene späteren Zeiten, in denen er bessere Verhältnisse sah, und ihn dadurch kräftigte in dem Streben für diejenigen seiner Menschenbrüder, welche fort und fort im Elend dahindarben.

Mancher bange, trübe, traurige Tag ging für das Kind dahin, und wenn der Abend kam nach schwerer Arbeit, dann mußten Eltern und Kinder zu Bett gehen, ohne auch nur einen Bissen trockenes Brod genossen zu haben. So fleißig, so angestrengt auch die Eltern arbeiteten, so sehr ihnen selbst die Kinder nach ihren schwachen Kräften bei ihrer Arbeit hülfreiche Hand leisteten, die Noth wich nicht von ihnen.

Jahre vergingen so im tiefsten Elend. Robert Blum wuchs zum Knaben heran, und von den ersten Tagen an, wo er zu denken vermochte, gewöhnte er sich an den Gedanken, daß er zur Selbsterhaltung seines Lebens arbeiten müsse. Er mußte der Mutter hülfreich an die Hand gehen, mußte nähen und stricken und die kleine Haushaltung mit besorgen helfen. Es war eine traurige Zeit für den armen Knaben; er lernte die heitern Spiele der Kindheit, ihre herzliche Freude, ihr Glück nicht kennen, sondern er mußte in Hunger und Arbeit jene Jahre hinbringen, welche sonst die glücklichsten des menschlichen Lebens sind, weil noch keine Sorge, kein Kummer das kindliche Gemüth beschwert.

Der kleine Robert war acht Jahre alt, als der Vater endlich sein schweres Dasein nicht länger zu tragen vermochte. Sein schwächlicher Körper konnte der angestrengten Arbeit nicht länger widerstehen — er starb und ließ seine Wittwe und drei Kinder in tiefster Noth zurück.

Mit jedem Tage wuchs das Elend, denn die Mutter vermochte bei weitem nicht das zu verdienen, was auch nur zur kümmerlichsten Erhaltung des Lebens nothwendig war. Die schwache Frau sehnte sich nach einer Stütze, und schon ein Jahr nach dem Tode des Vaters ging sie eine andere

Ehe ein mit einem Manne, der weit entfernt war von dem Bildungsgrade, welchen Robert Blums Vater genossen und den er auch zum Theil in dem jahrelangen Zusammenleben auf seine Frau übertragen hatte.

Ein Arbeiter, ein Schifferknecht, der ein wildes, abentheuerliches Leben, theils als Schmuggler, theils als Soldat verlebt hatte und der durch seine Kraft der Mutter Blums imponirte, wurde der Stiefvater des kleinen Robert.

Hatte der arme Knabe schon früher Noth und Elend erduldet, so war ihm wenigstens im Hause der Eltern eine freundliche Behandlung geworden, er hatte ein gewisses Familienglück, trotz Hungers und Kummers genossen; aber auch dies sollte nun aufhören, denn der Stiefvater Robert's, obgleich im Grunde des Herzens ein gutmüthiger Mensch, war doch ein wüster, roher Patron, der in dem abentheuerlichen Schmugglerleben und in dem Soldatenstande eine Wildheit und Rohheit des Charakters angenommen hatte, welche durch den fortwährenden Umgang mit den rohen Schiffern, denen er beim Ein- und Ausladen behülflich war, nur noch vermehrt wurde, und welche durch keine Bildung irgend einer Art gemildert werden konnte, denn der Stiefvater Robert's konnte nicht einmal lesen und schreiben. Auch sein Verdienst war kümmerlich und reichte nicht einmal hin, seine Familie zu ernähren, um so weniger, da er auch für seine Schwestern zu sorgen hatte. Die neue Ehe sollte daher nur den Kummer und das Elend der Mutter Robert's vermehren und neue, nie vorher geahnte Leiden über ihre Kinder bringen.

Der Stiefvater behandelte die Kinder in roher Weise und ebenso auch die Mutter; er schlug sie oft und seine Ver-

wandten standen ihm redlich bei, der armen Frau das Leben vollständig unerträglich zu machen. Sie wurde bald krank und schwach und vermochte kaum das harte Dasein zu überstehen.

Aber das Unglück sollte noch tiefer, schneidender auf die arme Familie einwirken. Eine Hungersnoth brach aus, die Lebensmittel stiegen zu unerhörten Preisen und mit den Preisen der Lebensmittel stieg nicht der kümmerliche Verdienst der Armen. Mit jedem Tage wurde das Elend der armen Familie drückender, fast kein Abend kam, an dem sie sich sagen konnten, daß sie einmal satt geworden wären, keine Arbeit fruchtete, genügte, um die Mittel zur Existenz herbeizuschaffen.

Mit Mißgunst sahen der Vater und seine Schwestern auf die Kinder der angeheiratheten Wittwe, sie verlangten, daß diese auch etwas thun sollten, um für das Leben der Familie zu sorgen, und drangen darauf, daß Robert Blum sich hergeben solle zu betteln, um durch dies kummervolle Geschäft Geld ins Haus zu bringen.

So innig Robert auch seine Mutter liebte, so gehorsam er sonst dem Willen des Vaters war, so wenig konnte er sich entschließen zu einem solchen Schritte. Sein natürlicher gesunder Sinn widerstrebte der Herabwürdigung des Bettelns durchaus und er weigerte sich entschieden, dem Willen des Vaters zu folgen; welche Mißhandlungen er auch deshalb erdulden mußte, wie oft er von dem harten Mann auch geschlagen wurde, er war nicht zum Betteln zu bringen.

In dieser trüben und traurigen Zeit wuchs Robert Blum heran, ohne den geringsten Unterricht zu empfangen, bis er endlich durch die Mildthätigkeit einer Tante einigen Unterricht, und dadurch die Gelegenheit, sich auszubilden, seinen Geist, seine Talente zu zeigen, erhielt.

Robert machte sogleich treffliche Fortschritte; schon in dem Knaben zeigte sich der Geist, der später den Mann so ausgezeichnet, ihn berühmt gemacht hat. Er lernte mit einer außerordentlichen Schnelligkeit, seine Fortschritte waren bewundernswerth und schon nach kurzer Zeit konnte er seine Tante, welche selbst eine kleine Schule für Mädchen hielt, dadurch unterstützen, daß er den Kindern Unterricht im Rechnen gab.

Mit dem zwölften Jahre Robert Blums sollte für ihn ein Wendepunkt des Lebens eintreten, er sollte in Verhältnisse kommen, welche einen gewaltigen Einfluß ausübten auf seine ganze spätere Zukunft.

Robert wurde mit dem zwölften Jahre zur ersten Communion zugelassen, und verließ die Jesuitenschule, in welcher er bisher gelernt hatte. Er war so glücklich, in der Pfarrkirche, zu deren Sprengel auch seine Eltern gehörten, als Meßknabe angestellt zu werden. Es war dies eine traurige und beschwerliche Stellung, aber dennoch schätzte sich Robert glücklich, sie erhalten zu können, denn mit der Stellung war nicht nur eine kleine Einnahme aus den Geldern für die Hochzeiten, Begräbnisse u. s. w., bei denen die Meßknaben thätig waren, verbunden, sondern es wurde dem Knaben außerdem auch freier Unterricht in der Pfarrschule gewährt, und Robert sah dadurch seinen sehnsüchtigsten Wunsch erfüllt, den, sich geistig ausbilden zu können, die Talente zu entwickeln, welche in ihm lagen, und welche er schon durch seine glänzenden Fortschritte in der ersten Schule gezeigt hatte.

War es schon bedeutend für den Knaben, daß er überhaupt bessern Unterricht empfing, so war es noch von einer

ganz besonderen Bedeutung für seine Zukunft, daß er durch seinen Dienst bei der Messe tiefer eingeweiht wurde in die Geheimnisse des katholischen Pfaffenthums, daß er es vermochte, einen Blick zu werfen in die Jämmerlichkeit und Nichtswürdigkeit, welche alle Schichten des Kirchenlebens durchdrang, daß er die Männer näher kennen lernte, welche berufen sein sollten, die Seelenhirten des Volkes zu sein, und welche nichts Anderes waren als die feilen Diener der hohen Geistlichkeit, welche sich hergaben, den Prunk der Kirche zu bewahren, ihre orthodoxen Satzungen fortzupflanzen, den Glauben des Volkes zum Vortheile der Kirchenfürsten zu benutzen und sich selbst dabei durch redliche und unredliche Mittel eine möglichst üppige und verschwenderische Existenz zu begründen.

Robert Blum bekam Gelegenheit, Alles dies zu bemerken; er sah diese Priester, nachdem sie die heiligen Handlungen verrichtet hatten, auch in ihrem Privatleben, er gewann sogar einen Einblick in die unredliche Verwaltung der Kirchengelder, er mußte mit seinen übrigen Kameraden, den Meßknaben, unter dieser Unredlichkeit selbst leiden, indem ihnen die Pfaffen von den Geldern, welche für die Knaben bestimmt waren und welche gewöhnlich in eine besondere Büchse gethan wurden, kleine Summen zu ihrem eigenen Privatnutzen unterschlugen und jene armen Knaben um dieselben betrogen. Robert Blum's heller, klarer Verstand zeigte ihm bald alle jene Nichtswürdigkeiten im schärfsten Lichte und munterte ihn auf, wie er nachdachte über das Leben und die Eigenschaften Derer, welche berufen waren, die Satzungen der Religion zu lehren und welche doch so wenig nach ihren selbst gegebenen Lehren handelten, auch

nachzudenken über die Satzungen der Religion selbst und forschend dieselben zu betrachten.

Ein Geist des Zweifels kam über den Knaben, der ihn sehr unglücklich machte, denn die Religion war ja sein Höchstes und Heiligstes; in der Religion fand er bei so vielem Unglück und so vielem Kummer seinen Trost; sie war ihm von frühester Kindheit an eingeprägt worden durch seine Eltern, und selbst der rohe Stiefvater war ein gläubiger Anhänger der Kirche.

Robert Blum mußte in jener Zeit oft allein sein, es gehörte zu seinem Dienst, die Kirche zu bewachen, und wenn er so einsam im Gotteshause auf und niederging, so konnte er die Gedanken des Zweifels über einzelne Satzungen der katholischen Kirche nicht unterdrücken. Besonders richteten sich diese Zweifel gegen die Richtigkeit der Kommunionslehre; es erschien ihm wunderlich, daß jene unbedeutende Oblate, welche den gläubigen Christen als Hostie gegeben wurde, wirklich Fleisch und Blut Christi enthalten sollte; er begriff es nicht, wie so plötzlich die Verwandlung des Brodteiges in Fleisch und Blut vor sich gehen könne, ohne daß man demselben das Geringste ansehe. Tausend solcher Oblaten wurden von den Gläubigen als das wahre Fleisch und Blut des Gottessohnes verzehrt und es waren doch eben nur Oblaten, doch eben nur kleine Stücke unbedeutenden Brodteiges. —

Robert's scharfer Verstand vermochte ein solches Wunder nicht zu fassen, und immer mehr und mehr drängte sich ihm der Glaube auf, daß hier blos eine Täuschung obwalten müsse, immer mehr und mehr schien es ihm unmöglich, daß der große allgewaltige Gott bei jeder einzelnen Oblate

in der Weihung durch Priesters Hand eine Verwandlung derselben in Fleisch und Blut des Gottessohnes vornehmen sollte. Diese Zweifel quälten den Knaben furchtbar, Tag und Nacht beschäftigte er sich mit dem Gedanken an dieselben, und gerade sein tiefes Sinnen über den unerquicklichen Gegenstand machte ihn mit jedem Augenblicke unglücklicher, denn mit dem Zweifel an die eine Satzung der katholischen Kirche begann sein früher felsenfester Glaube an alle übrigen ebenfalls zu wanken.

Er entschloß sich endlich, sein Herz auszuschütten vor einem Manne, dem er vertrauete, vor seinem Beichtiger. Er theilte diesem in der Ohrenbeichte seine Zweifel mit und bat ihn um Rath, um Belehrung; aber er hatte nicht den rechten Mann gefunden. Sein Beichtiger war ein katholischer Pfaffe, ganz wie alle andern, ein Mensch, der keinen Sinn für die Heiligkeit seines Amtes hatte, sondern dasselbe nur als eine Stelle im Dienste der Kirche betrachtete.

Der Priester versagte dem Beichtkinde die Absolution und ließ Robert hart an über seinen frevelhaften Unglauben, seinen schändlichen Zweifel; er diktirte ihm sogar eine entehrende Strafe. Vierzehn Tage lang sollte Robert Blum bei der ersten Messe eine halbe Stunde lang mit ausgestreckten Armen auf den Stufen des Hochaltars knieen und erst, nachdem diese Strafe ausgestanden sei, erst dann sollte er Absolution für seine Sünden empfangen.

Robert wurde tief erschreckt, aber noch mehr entrüstet über diese unwürdige Strafe, welche er fühlte nicht verdient zu haben. Er hatte gezweifelt, aber eben dieser Zweifel wegen wollte er belehrt sein; er hatte sich vertrauend seinem Beichtvater genaht, hatte von diesem die Belehrung, welche

in seinem Amte lag, gefordert, und jetzt sollte er für diesen Schritt des Vertrauens auf eine entehrende Weise bestraft werden.

Die Entrüstung hierüber machte ihm seine Zweifel zur Gewißheit; er weigerte sich auf das Entschiedenste, die Strafe auszustehen, und wüthend entließ ihn der Priester ohne Absolution.

War der Knabe hierüber schon indignirt, fühlte er sich tief verletzt über die Forderung seines Beichtvaters, so sollte er bald einen noch tieferen Blick in die Nichtswürdigkeit dieses Mannes thun. Es ist einer der heiligsten Grundsätze der katholischen Kirche, daß das Beichtgeheimniß tief verschlossen bleiben muß im Busen des Beichtvaters, unter keiner Bedingung darf derselbe die Geheimnisse, die Bekenntnisse seiner Beichtkinder weiter ausbreiten. Robert sollte plötzlich erfahren, daß der Pfaffe, dem er gebeichtet, diese heilige Glaubensregel verletzt habe. Wenige Tage nach seiner Beichte wurde Robert Blum in das Kapitelshaus vor ein geistliches Gericht gefordert, welches einem Inquisitionsgericht nicht unähnlich war. Es bestand aus vier Mitgliedern, dem Pastor der Kirche, zweien Kaplänen und dem Küster. Einer der Kapläne war der Beichtvater Robert Blum's.

Mit Zittern stand der Knabe vor dem Gericht, denn er begriff nicht, was er gethan habe, um vorgefordert zu werden. Der Beichtvater hielt an ihn eine phrasenhafte Anrede, an deren Schlusse er Robert aufforderte, ihm seine Beichte hier zu wiederholen. Mit tiefem Staunen hörte der Knabe diese Aufforderung, aber er weigerte sich, derselben nachzukommen, weil er nur Einem beichten könne. Da

unterbrach ihn der Vorsitzende des geistlichen Gerichts, der Herr Pastor, und schrie ihm wüthend zu: Laß die unnöthigen Umschweife, wir wissen Alles! Jetzt übermannte auch Robert Blum der Zorn; er sah das Heilige des Beichtgeheimnisses verrathen, er sah, daß sein Beichtvater dem Pastor und den übrigen Mitgliedern dieses geistlichen Gerichts seine Beichte verrathen habe und erklärte in harten Ausdrücken den geistlichen Herren, daß dies eine Unwürdigkeit sei. Sein Zorn machte sich in glänzenden Worten Luft, wie sie schon dem Knaben eigen waren. Mit scharfem Verstande sprach er es aus, daß mit der Verletzung des Beichtgeheimnisses eines der heiligsten Institutionen der Kirche, auch alle übrigen Lehrsätze derselben vernichtet würden, und wenn dies der Fall sei, so hätte er gar keine Garantie für alle die Lehren, die ihm hier vorgetragen würden. Und habe er vorher an der Verwandlung der Hostie in Fleisch und Blut des Heilandes gezweifelt, so glaube er jetzt um so weniger daran!

Die Rede Robert's erregte unter den Pfaffen eine furchtbare Wuth; besonders entsetzte sich der Herr Pastor vor derselben, und nur durch eilige Flucht vermochte Robert sich den Mißhandlungen desselben zu entziehen.

Der ärgerliche Conflikt wurde allerdings durch die Vermittelung seiner Eltern und besonders durch die eines alten Priesters, welcher eine besondere Vorliebe für Robert hatte, den er als einen geistreichen und gutmüthigen Knaben kannte, beigelegt, die Strafe wurde niedergeschlagen und Robert erhielt die Absolution, aber der Glaube an die unbedingte Heiligkeit der kirchlichen Satzungen war in dem Knaben vernichtet für immer, der Grundstein war in ihm gelegt für seine spätere Geistesrichtung; er hatte einen tie-

fen Blick gethan in die Mysterien des katholischen Priesterstandes, hatte die Schlacken des katholischen Glaubens von sich abgeworfen, und es war ihm nun möglich, sich weiter auszubilden, tiefer zu denken, da er den starren Glaubenszwang von sich abgeschüttelt hatte. — Im Jahre 1845 begründete Robert Blum in Leipzig die erste christkatholische Gemeinde und legte damit den Grundstein zu einer gewaltigen Bewegung in Sachsen, welche die Vorgängerin sein sollte der großartigen politischen Bewegung des Jahres 1848.

Robert Blum erfaßte damals den Gedanken des Christkatholizismus mit dem größten Feuereifer, mit dem höchsten Talente, und gerade seine Knabenjahre; die er unter dem Joche einer Priesterherrschaft, inmitten des Verderbnisses derselben verlebt hatte, in denen er einen tiefen Blick in die Jämmerlichkeit der Priesterkaste, des römischen Zwangsystems hatte werfen können, gerade diese Knabenjahre legten in ihm den Grundstein zu seinem späteren segensreichen Wirken.

Robert Blum hatte durch diesen und ähnliche Fälle einen unwiderstehlichen Widerwillen gegen das Pfaffenthum und gegen seinen Dienst als Meßknabe gewonnen; er sah ein, daß es an der Zeit sei, sich auszubilden für sein ferneres Leben. Seine glühende Liebe für die Wissenschaften, für die Studien, machte es ihm wünschenswerth, sich ihnen widmen zu können. Auch seine Eltern wünschten dies, selbst der früher so harte Stiefvater war von dem bezaubernden Geiste des Knaben hingerissen worden und liebte diesen jetzt wie seinen eigenen Sohn.

Robert Blum war der Stolz der Eltern, und diese beschlossen deshalb trotz ihrer Armuth, Alles zu opfern, was ihnen möglich wäre, um für die geistige Ausbildung

des bevorzugten Knaben zu wirken. Er wurde auf das Jesuiten-Gymnasium gebracht und in die Vorbereitungsklasse aufgenommen. Mit regem Eifer gab er sich den Studien hin, aber leider auch nur für kurze Zeit, denn der Unterricht, die Bücher und was sonst zum Leben auf dem Gymnasium gehörte, war zu theuer. Den armen Eltern wurde es nicht mehr möglich, die Mittel für die theueren Studien herbeizuschaffen; schon nach einem halben Jahre mußte Robert Blum das Gymnasium verlassen, um ganz gegen seinen Willen, gegen seine Talente zu einem Handwerke zu greifen, zu dem er kein Geschick, keine Anlagen hatte. Das unglückliche Staatssystem, welches den Armen verdammt, gegen seine Neigung, gegen seine Begabung, einen Stand zu ergreifen, in welchen er nicht paßt und in dem daher etwas zu leisten ihm stets unmöglich ist, dieses unglückliche Staatssystem, welches selbst die Wissenschaft zu einer feilen Waare und dadurch zu einem Privilegium des Reichthums macht, zwang auch Robert Blum, die ihm von der Natur gebotene Laufbahn zu verlassen.

Robert Blum wurde das Opfer dieses Systems und nahm dadurch den Haß gegen dasselbe um so tiefer in sich auf. Er wurde um so mehr befähigt, in den späteren Jahren, wo er berufen sein sollte, als Volksvertreter zu wirken, mit der innigsten Ueberzeugung sich auszusprechen für die Freiheit der Wissenschaft, für den unentgeltlichen Unterricht, für das Recht des Volkes auf Bildung, auf Kenntnisse, denn an sich selbst hatte er ja das Traurige jenes unglücklichen Geldsystems erfahren, welches dem Armen alle Quellen zu seiner geistigen Ausbildung abschneidet.

Capitel II.

Die Lehrjahre.

Es ist in der verbildeten Gesellschaft, in der wir leben, in der Gesellschaft, welche voll ist von seit Jahrhunderten eingerissenen Mißbräuchen, eine alte Sitte, daß die Kinder der Armen hinausgestoßen werden in das Leben, daß ihnen ein Beruf gegeben wird, gleichviel, ob sie für denselben passen oder nicht und daß sie gezwungen werden, nur in diesen Berufe zu arbeiten.

Robert Blum wurde zu einem Goldschmied in die Lehre gegeben. — Monate lang brachte er damit zu, Drath zu glühen und zu schneiden, so wie andere unbedeutende Arbeiten zu machen, zu welchen eben keine große Geschicklichkeit gehörte und welche Robert, ohne das geringste Talent zur Goldschmiedekunst zu haben, wohl ausführen konnte. Es kam aber endlich die Zeit, wo der gewissenhafte Lehrmeister Robert Blum's den Knaben zu besseren Arbeiten benutzen wollte, um ihn einzuweihen in die eigentliche Kunst des

Goldschmiedens. Da zeigte es sich denn gleich, daß Robert auch nicht das geringste Geschick zu dem Stande habe, dem er übergeben worden war. Robert sollte goldene Ketten schmieden, eine mühsame, wenn auch nicht eben besonders kunstvolle Arbeit. Viele Versuche machte der Knabe, aber trotz aller Mühe und Anstrengung war es ihm vollkommen unmöglich, auch nur einigermaßen seine Aufgabe zu erfüllen; er verdarb alle die ihm übergebenen Arbeiten; auch nicht eine erträgliche Kette konnte er zu Stande bringen.

Der Meister hatte Anfangs Geduld mit dem ungeschickten Lehrling, aber bald sah er ein, daß Robert nicht zum Goldschmied geschaffen sei, und daß er es im ganzen Leben nicht zu einer Geschicklichkeit in der Goldschmiedekunst bringen werde. Er erklärte den Eltern rund weg, daß er den ungeschickten Lehrling nicht gebrauchen könne und daß dieser zu allem Andern eher passe als zum Goldschmied.

Das war ein harter Schlag für die Eltern Robert Blum's denn wieder war eine Zeit nutzlos für den Knaben verstrichen und er mußte jetzt einen anderen Lehrzweig ergreifen; es gab wieder unfreundliche Tage im elterlichen Hause, aber Robert mußte sie überstehen und wurde in eine andere Lehre gebracht.

Er kam zu einem Gürtler, aber auch hier lernte er wenig, da der Meister theils in seinem Geschäfte nicht geschickt war, theils sich einem liederlichen und unstäten Leben hingab, sich wenig um den Lehrling kümmerte und endlich sogar, nach kaum einem halben Jahre, wegen verschiedener schlechter Streiche und Betrügereien die Stadt verlassen mußte.

So war denn abermals ein halbes Jahr hingegangen

und Robert hatte für sein künftiges Leben wenig oder nichts gelernt. Er kam in eine dritte Lehre zu einem Gelbgießer und Gürtler.

Ein kummervolles Leben, voll Mühe und Arbeit, voll Plage und Qual sollte dem Knaben in dieser Lehre werden. Der neue Meister war ein hartherziger, geiziger Mann, der nur danach trachtete, seinen jungen Lehrling auszubeuten auf jede Weise die Kräfte des Knaben zu benutzen zu seinem Vortheil, ohne seine Pflicht, den Knaben zu einem tüchtigen Handwerksmanne heranzubilden, im Geringsten zu erfüllen. Der Meister dachte nicht daran, den Knaben einzuweihen in die Kunstfertigkeit des Handwerks, ihm die kleinen Handgriffe, die Erleichterungen des Gewerkes zu lehren, sondern nur daran, wie er ihn für seinen persönlichen Vortheil am besten verwenden könnte.

Anstatt im Gürtlerhandwerk und in der Gelbgießerei unterrichtet zu werden, mußte Robert Blum die niedrigsten Hausdienste thun. Er mußte die Kinder warten, das Haus fegen und den Meister sowie dessen Familie als Diener behülflich sein. Der Meister unternahm zu gleicher Zeit einen Bau, und auch bei diesem gebrauchte er Robert als einen gewöhnlichen Handlanger. Er mußte den Schutt, die Steine, den Kalk zum Gebäude herankarren, er wurde benutzt, um an dem Bauholz schneiden zu helfen und andere Arbeiten, bei denen er nichts lernen konnte, zu verrichten. — War so der Tag unter harter Arbeit vergangen, so gab es im Hause nur unfreundliche, scheele Gesichter und Mißhandlungen; unter stetem Zanken und Streiten führte der Knabe ein qualvolles Leben, um so qualvoller, als der geizige Meister nicht einmal für die nothwendigsten Lebensbedürf-

nisse seines Lehrlings Sorge trug, sondern denselben bei der harten Arbeit hungern ließ.

Es war eine traurige Zeit für den armen Knaben, aber es war eine Zeit voll tiefer Lehren für die Zukunft. Robert Blum sollte selbst alle Mängel unserer gesellschaftlichen Ordnung auf das Tiefste empfinden, er sollte selbst alle Leiden der Armuth bis auf die Hefe auskosten, um sie kennen zu lernen und um befähigt zu sein, dereinst für diese Armuth in die Schranken zu treten, ein Vorkämpfer zu sein für die unterdrückten Klassen der menschlichen Gesellschaft, der Macht der Aristokratie und des leidigen Reichthums entgegen. Diese Aufgabe hatte das Schicksal Robert Blum gestellt und es mußte ihn daher einweihen in alle die Geheimnisse des Proletariats, in das unsägliche Elend, in die grenzenlosen Leiden desselben; es mußte ihm alle Schattenseiten der menschlichen Gesellschaft zeigen, um ihn zu befähigen, den Kampf für dieselbe aufzunehmen.

Robert Blum sollte in seinem viel bewegten Leben alle diese Stadien des Lebens durchgehen. Er mußte die Verderbtheit der Priesterkaste kennen lernen, um dereinst als Lehrer des Deutschkatholizismus dies unmoralische Priesterthum zu bekämpfen, er mußte das ganze Elend der Armuth kennen lernen, um ein Vorkämpfer für die Proletarier zu sein, er mußte eingeweiht werden in die furchtbaren Mißbräuche, welche mit dem Handwerke und der Lehrlingsschaft getrieben werden, um als Sozialist in seiner spätern politischen Laufbahn auch für die Verbesserungen des Handwerks wirken zu können.

Die Unsitte im Gewerbswesen, daß die Lehrlinge von den Meistern nicht betrachtet werden, als die ihrer Fürsorge

anvertrauten Kinder, denen sie verpflichtet sind das Handwerk, welches sie selbst kennen, zu lehren nach besten Kräften, sondern als ihre feilen Diener, die sie ausbeuten dürfen zu ihrem persönlichen Vortheil, dies Unwesen mußte Robert Blum an sich selbst empfinden lernen, er mußte Jahre lang die niedrigsten Arbeiten verrichten, um dann endlich selbstständig, hinausgestoßen in die Welt, zu fühlen, daß er nichts gelernt habe, daß er Jahre verschwendet habe in Knechtesdiensten ohne Erfolg für seine Zukunft, um hinauszutreten in das Leben als ein ungeschickter Handlanger, ohne die Kenntniß des Gewerbes, welches er seit Jahren betrieben hatte.

Es war dies eine traurige, mit harten Erfahrungen erkaufte Lehre, aber sie war dennoch nicht zu theuer erkauft, und das deutsche Volk sollte dereinst aus diesen traurigen Erfahrungen seine Früchte ziehen.

Capitel III.

Die Wanderjahre.

Die trübe, traurige Lehrlingszeit war vorüber, und Robert Blum hatte nun die Aufgabe, das was er gelernt, anzuwenden im praktischen Leben, sich durch sein Handwerk eine Stellung zu verschaffen, sein Brod zu verdienen.

Er wollte sich umsehen in der Welt, Länder und Menschen kennen lernen und sich weiter vervollkommnen in der Geschicklichkeit seines Gewerkes. Als junger lebensfrischer Handwerksbursche verließ er Köln, um die Wanderschaft anzutreten. Er wendete sich zuerst nach Elberfeld und arbeitete dort als Gürtler bei zwei Meistern nach einander: er blieb indessen bei Beiden nur kurze Zeit. In dem jungen Manne lebte ein kräftiger Drang nach der Wissenschaft, nach geistiger Ausbildung, er paßte nicht zum schlichten Handwerksmanne. Die mechanische Beschäftigung genügte dem fortwährend geistig thätigen Jünglinge nicht und so begann er denn schon in Elberfeld an der weiteren Ausbildung seines Geistes zu arbeiten.

Alle seine freien Stunden benutzte er, um zu lesen, um einzudringen in die ihm noch fremde Wissenschaft; das aber paßte wenig zu seinem Handwerke. In der Lehre hatte Robert Blum nichts gelernt, er war ungeschickt und verstand von den Handgriffen des Handwerks wenig oder gar nichts; nur durch den eifrigsten Fleiß, durch die ausdauerndste Kraftanstrengung hätte er diesen Uebelstand überwinden können, dann aber blieb ihm keine Zeit zur geistigen Ausbildung und diese stand ihm höher als das Handwerk. So konnte er denn nicht fortkommen bei den Meistern und sein zweiter Prinzipal sagte ihm geradezu, er passe nicht zu einem Handwerksmanne, er möge lieber ein Federfuchser werden, dazu habe er mehr Talent. Und der Meister hatte Recht; nur durch das trübe Schicksal war Robert Blum in eine Laufbahn hineingeschleudert worden, für die er nicht paßte und aus der er bald genug befreit werden sollte.

Trüben Herzens wanderte er von Elberfeld weiter nach Barmen und von da durch mehrere Städte Westphalens und der Rheinprovinz, nirgends lange sich aufhalten, denn nirgends vermochte er lange bei einem Meister zu bleiben, da viele andere Gesellen tüchtiger und geschickter waren als er.

Er kehrte nach Köln zurück. Hier fand er Arbeit in einer Laternenfabrik, welche von einem tüchtig wissenschaftlich gebildeten Manne, J. W. Schmitz, aus den Niederlanden nach Köln verlegt worden war, um von dort aus die Beleuchtung der rheinischen Städte zu übernehmen.

Eine neue Epoche des Lebens sollte sich für Robert Blum durch diese Beschäftigung eröffnen. Sein Prinzipal Schmitz war ein durch und durch wissenschaftlich gebildeter Mann, von den bedeutendsten Kenntnissen in der Mechanik

und in den Naturwissenschaften. Schmitz war schon häufig als Schriftsteller aufgetreten und hatte Werke über die Mechanik veröffentlicht, ja er arbeitete sogar an einem großen astronomischen Werke über die Ursache aller Bewegung in der Natur, in welchem er den Lehren Keppler's und Newton's über die Anziehungskraft entgegentrat.

Schmitz nahm bald Interesse an seinem neuen Arbeiter; er erkannte die tiefe geistige Befähigung Robert Blum's, er sah, daß dieser weit über seinen Stand hinaus Kenntnisse besaß und freute sich über die rege Wißbegierde, den feurigen Ausbildungstrieb des jungen Mannes. Er nahm deshalb Robert Blum die mechanischen Beschäftigungen, welche sonst gewöhnlich den Gesellen übertragen wurden, ab und stellte ihn in seinem Comtoir an, indem er ihm auch einen höhern Lohn als den gewöhnlichen Arbeitern bewilligte.

Robert Blum zeigte seinem Prinzipal bald, daß er mit Recht ihn zu einer bessern Stellung befördert habe; er leistete die treuesten und wichtigsten Dienste, und zeigte eine so große Thätigkeit in allen seinen Leistungen, daß Schmitz sich mehr und mehr für ihn interessirte und sich eine Freude daraus machte, seinen Gehülfen einzuführen in die Geheimnisse der Wissenschaft, der er selbst anhing, der Naturwissenschaft. Je weiter Robert Blum in seiner geistigen Ausbildung vorwärts schritt, um so mehr fühlte er die Lücke seines früheren Wissens, um so eifriger und thätiger benutzte er alle seine freien Stunden zu ferneren Studien.

Hierdurch und durch seine treue Pflichterfüllung erwarb er sich das Vertrauen seines Prinzipals in einem höheren Grade derartig, daß ihn Schmitz bald zum Reisenden für sein Geschäft beförderte und ihm hierdurch Gelegenheit gab,

eine weitere Anschauungsweise, eine tiefere Durchbildung sich anzueignen. Robert Blum wurde nach München gesendet, um dort die Laternen-Einrichtung im Königlichen Schlosse zu leiten, bei welcher Gelegenheit er eine kurze Unterredung mit dem König Ludwig von Baiern hatte, welcher damals noch unter die freisinnigsten Monarchen Europa's gehörte. Ebenso wurde Blum oft in Geschäftsreisen nach Baden und Würtemberg gesendet.

Das waren freudenvolle Monate für Robert Blum. Jetzt erst lernte er das Leben auch von einer heitern Seite kennen, jetzt erst konnte er sich einige der Freuden desselben aneignen.

Im Jahre 1828 verlegte Schmitz einen Theil seines Geschäfts nach Berlin und nahm Robert Blum, zu dem er das höchste Vertrauen gefaßt hatte, dorthin mit. Sechszehn Monate (1829 bis 1830) verlebte Robert Blum in Berlin unter den angenehmsten Verhältnissen.

Hier konnte er seinen Neigungen vollständig leben, hier thaten sich ihm die Zweige der Wissenschaft auf. Er konnte Vorlesungen an der Universität hören, er konnte die großartige Bibliothek benutzen, er konnte lernen und im Lernen gewann er auch die Lust zum Selbstschaffen.

In Berlin begann er zuerst hervorzutreten mit einzelnen literarischen Versuchen. Er fühlte den Trieb des Dichters in sich und trat mit einigen Gedichten in die Oeffentlichkeit. Die ersten derselben erschienen in einem von dem bekannten Humoristen Saphir redigirten Journal, die Schnellpost.

Während der 16 Monate in Berlin wußte Robert Blum mit eisernem Fleiß die Lücken in seiner wissenschaft-

lichen Bildung auszufüllen, welche seine frühere mangelhafte Erziehung gelassen hatte, ohne dabei im Geringsten die Interessen seines Prinzipals zu vernachlässigen. Während er die Nächte hindurch arbeitete, um sich wissenschaftlich auszubilden und manche Stunde des Abends im Umgange mit wissenschaftlich gebildeten Männern zubrachte, war er den Tag über eifrig für seinen Prinzipal beschäftigt.

Aber die Zeit des Glückes sollte für Robert Blum nur eine kurze sein, wieder sollte ihn das Schicksal mit harten Schlägen treffen, und auf die rauheste Weise die so schön begonnene wissenschaftliche Laufbahn unterbrechen.

Robert Blum mußte Soldat werden, er mußte die Feder mit der Muskete vertauschen und da er mittellos war, konnte er nicht, wie die bevorzugten Reichen, in kurzer Zeit und in angenehmer Weise seiner Militairpflicht genügen, sondern er wurde auf drei Jahre eingezogen und dadurch plötzlich herausgerissen aus seiner ganzen Lebensstellung. Die Stelle, welche er gehabt hatte, wurde anderweit besetzt. alle die freundlichen Aussichten, welche die Zukunft Robert Blum geboten hatte, wurde mit einem Schlage vernichtet.

Robert Blum kam als Soldat zum 24. Regimente in Prenzlau; freilich blieb er nicht lange dort, schon nach sechs Wochen wurde er zur Reserve entlassen, weil sich seine körperliche Unfähigkeit herausgestellt hatte, aber diese sechs Wochen waren dennoch genügend, um seine ganze Laufbahn zu zerstören. Er kam nach Berlin zurück, fand dort seine Stellung besetzt und vermochte trotz aller Mühe, trotz aller Anstrengung nicht wieder Arbeit für sich gewinnen.

Er verlangte nichts als den nothdürftigsten Lebensunterhalt, aber in der großen Stadt, wo so viele Mittel

zur Existenz sich darbieten, vermochte er keine Befriedigung seiner bescheidenen Ansprüche zu finden, wie sehr er sich auch darum bemühte.

Wochen lang schmachtete er in dem bittersten Elend. Sein früherer Gönner Schmitz machte gerade eine Reise durch Belgien und Frankreich und konnte ihm daher nicht beistehen; so stand er denn ganz hülfslos und verlassen da und mußte sich glücklich preisen, als er im August 1830 durch die Verwendung des Herrn Schmitz 25 Thaler zur Rückreise nach Köln erhielt.

Aber auch in seiner Vaterstadt fand Robert Blum das alte Elend, wie er es verlassen hatte, wieder. Sein Vater war krank und vermochte nicht die Mittel zur Ernährung seiner Familie herbeizuschaffen. Auch die Mutter kränkelte fortwährend und Noth und Jammer herrschten in dem unglücklichen Proletarierhause.

Robert Blum hatte selbst nichts, er konnte selbst nichts verdienen und doch sollte er den Eltern und Geschwistern eine Stütze sein. Er mußte deshalb zur ersten besten Stelle greifen, welche ihm überhaupt Geld brachte und er nahm deshalb den Posten eines Theaterdieners bei dem Theaterdirektor Ringelhardt in Köln an. Es war eine traurige Stellung, durch die der junge Mann sich vielfach gedemüthigt fühlte, die seinem geistigen Streben, seinen Fähigkeiten und seiner schon gewonnenen Ausbildung nicht entsprach.

Ein Theaterdiener ist der geplagteste Mensch auf der Welt, er ist nicht der Diener eines Menschen, sondern der Diener einer ganzen Menge launenhafter Geschöpfe; an ihm lassen die Schauspieler alle ihre Launen, ihren Aerger aus; jede Intrigue, jeden Zank unter den leichtsinnigen

Schauspielervölkchen empfindet der Theaterdiener am schwersten, und er muß still alles dies ertragen, um nur das jämmerliche, kärgliche Brod zu haben, um die hungernde Familie nicht verhungern zu lassen.

Aber Robert Blum besaß einen tiefen Schatz geistiger Kraft; die traurige Stellung, welche er ausfüllen mußte, entnervte ihn nicht, wo Tausend Andere sich zu jämmerlichen Knechtesdiensten entwürdigt und jeden moralischen Halt verloren haben würden, da erhielt Robert Blum sich aufrecht und bewahrte trotz der gefährlichen Stellung, trotz der fortwährenden Beschäftigung mit unerheblichen und unbedeutenden Kleinigkeiten doch in sich die Thatkraft und das Streben nach dem Höheren.

Wenn er den ganzen Tag über sich müde gelaufen, die Rollen ausgetragen und eingeholt hatte, dann arbeitete er des Nachts für sich, dann dichtete er für diese, für jene Zeitung.

Das Jahr 1830 war die Zeit einer großartigen Bewegung für ganz Europa. In Frankreich war der morsche Thron der Bourbonen zusammengestürzt, die Juli-Revolution hatte Carl X. aus Frankreich vertrieben, und mit der siegenden Revolution waren die Freiheitsideen zuerst auch in Deutschland emporgekeimt und hatten dort in dem Herzen des Volkes einen mächtigen Wiederhall gefunden. Man erinnerte sich wieder der Versprechungen des Jahres 1815, man erinnerte sich wieder in Deutschland, daß jene Versprechungen alle nicht gehalten worden waren, und wenn auch die Zeit noch nicht reif war zu einer durchgreifenden Bewegung für das deutsche Vaterland, so sollten doch jetzt die Keime gelegt werden zu jener erschütternden Bewegung,

welche erst im Jahre 1848 ihren vollen Ausbruch erhalten konnte.

In allen Städten Deutschlands gab es zu jener Zeit kleine Emeuten, die sich freilich keine nachhaltige Wirkung erwerben konnten; aber der Funke der politischen Bewegung war in das Volk gefallen. — Zu gleicher Zeit war auch im Osten das polnische Volk im Drange seines Nationalgefühls aufgestanden, um die Ketten der russischen Zwingherrschaft von sich abzuschütteln.

Im edelmüthigen Enthusiasmus kämpfte die polnische Nation, aber sie unterlag, und wie in Frankreich der Thron Carl X. nur umstestürzt worden war, um für den Bürgerkönig Louis Philipp mit seinem Scheinkonstitutionalismus mit seinem Bestechungssystem einen neuen Thron zu errichten, so fiel die polnische Revolution durch die vereinten Kräfte der Machthaber und durch den Verrath eines Theils der polnischen Aristokratie.

Aber wie unglücklich auch die Freiheitsbewegung des Jahres 1830 endete, so war sie dennoch geeignet, in der Seele eines glühenden jungen Mannes alle jene schönen Freiheitsgedanken anzuregen und zum Bewußtsein zu bringen, welche das Jahr 1848 zur That reifen sollte.

Robert Blum gab sich mit glühendem Enthusiasmus diesen Freiheitsgedanken hin und er verwendete seine Nächte um in feurigen Gedichten seine Seele auszuschütten. Freilich konnten nur wenige dieser Gedichte an das Licht der Oeffentlichkeit gelangen, denn die Presse stand in Preußen unter dem drückendsten Joche der Censur. Mit plumper Feder strich der Censor jedes freiere Wort; das preußische Volk sollte nicht aufgeklärt werden über sein Elend, das

preußische Volk mußte erhalten werden in der alten Dummheit und Thatlosigkeit; die Censur ertödtete jeden freieren Gedanken, und auch Robert Blum mußte unter derselben leiden, denn fast jedes seiner Gedichte wurde durch den Censor unterdrückt.

Aber Blum ließ sich dadurch nicht abhalten; mit eiserner Consequenz schrieb er immer und immer wieder von neuem, und wie sehr er auch einsah, daß alle seine Anstrengungen vergeblich seien, er wich nicht zurück. So kam es denn, daß der Censor in Köln bald eine grenzenlose Wuth gegen Robert Blum in sich aufnahm, welche sich Luft machte, wenn er auch nur die Handschrift Blum's sah. Bald kam es dahin, daß der gewissenhafte Beamte nicht einmal die Gedichte Blum's las, sondern ihren Druck verbot, ohne sie gelesen zu haben. Robert Blum ahnte dies; er wollte sich die Ueberzeugung von diesen Machinationen des pflichtgetreuen Beamten verschaffen und er machte sich deshalb den Scherz, ein Lied aus dem Gesangbuch abzuschreiben, mit einer politischen Ueberschrift zu versehen und dem Censor zu übergeben, und siehe da, er hatte sich nicht geirrt; der Censor strich das Gedicht unbarmherzig. Dreimal sendete Blum das Gedicht mit veränderter Ueberschrift ein, und jedesmal wurde es ohne Weiteres gestrichen. Das war der Zustand der preußischen Rechtspflege zu jener Zeit; in die Macht eines vorurtheilsvollen Menschen war das höchste Gut eines Volkes, das Recht der freien Gedankenäußerung durch die Presse, gelegt, ein unwissender, partheiischer Censor konnte die Ideen, welche er zu begreifen nicht vermochte, ohne Weiteres unterdrücken und insofern sogar vernichten, als er dem Einzelnen die Möglichkeit ab-

schnitt, seine Gedanken der Mitwelt zu übergeben. Und es gab damals kein Mittel, kein Recht gegen solche Willkür.

Aehnlich wie mit seinen rein politischen Schöpfungen erging es Robert Blum mit seinen dramatischen Versuchen; er mochte zu denselben vielleicht auch weniger Talent als zum Gedicht haben. Nichts desto weniger aber arbeitete er mit eisernem Fleiße fortwährend und schrieb immer neue Theaterstücke. Durch eine dritte Hand ließ er dieselben dem Theaterdirektor zukommen, ohne indessen mit einem einzigen zur Aufführung zu gelangen; die Stücke wurden zurückgewiesen und von dem Autor selbst verbrannt, ohne daß sich dieser durch die Erfolglosigkeit seiner Arbeiten von der Fortsetzung derselben zurückgeschreckt gefühlt hätte.

Robert Blum machte in jener Zeit manche interessante Bekanntschaft. Schon damals begann er in der literarischen Welt einiges Aufsehen zu erregen, und viele tüchtige Männer fühlten sich zu ihm hingezogen. Er gewann Umgang mit mehreren Kölner Literaten, so mit dem Dr. Nave, mit Köhler und Anderen, welche seine geistigen Kräfte erkannten und schätzten.

So ging ein Jahr vorüber, freilich unter Sorgen und Mühen, aber dennoch nicht ohne Annehmlichkeiten für Robert Blum. Im Sommer des Jahres 1831 aber traf das Schicksal ihn wieder mit einem harten Schlage. Das Theater hörte auf und mit ihm Blum's Beschäftigung bei demselben. Er stand wieder vollkommen mittellos da und mußte sich glücklich preisen, als er bei einem Advokaten eine Schreiberstelle mit dem monatlichen Gehalt von 6 Thalern erhielt. Von 6 Thalern monatlich mußte Robert Blum leben und sogar noch seine arme Familie unterstützen.

Erst im Herbst desselben Jahres erhielt er wieder seine alte Stelle als Theaterdiener.

Die traurigste Zeit seines Lebens war nach so vielen harten Schlägen des Schicksals für Robert Blum jetzt überstanden; er sollte bald in eine angenehmere Stellung kommen, als er es je geahnt, je gehofft hatte.

Der Theaterdirektor Ringelhardt, welcher sich für seinen Theaterdiener interessirt hatte, übernahm das Stadttheater in Leipzig und bot Blum an, ihm als Theaterdiener zu folgen. Robert Blum hatte keine Wahl, die Mittel zu seiner Existenz zu suchen, und so nahm er denn die freilich schlechte Stellung an. Unmittelbar aber, nachdem er es gethan hatte, boten sich ihm plötzlich bessere Aussichten dar. Seine literarischen Fähigkeiten hatten, wie wir bereits erzählten, Anerkennung gefunden und schon in weiteren Kreisen Aufsehen erregt; so wurde denn im Sommer 1832 Blum eine nicht unbedeutende Stellung bei einer in Köln erscheinenden Zeitung angeboten, welche ihm die Mittel zu einer ziemlich angenehmen und sorgenfreien Existenz darbot. Zu gleicher Zeit auch erhielt er noch das Anerbieten, bei einer Schauspielergesellschaft, welche in Köln und Aachen abwechselnd spielte, als Kassirer und Sekretair einzutreten.

Robert Blum hätte gern eine dieser beiden Stellungen angenommen, da er jedoch bereits mit dem Direktor Ringelhardt kontrahirt hatte, so meldete er diesem die dargebotenen besseren Aussichten, und der Direktor Ringelhardt, welcher Blum, den er schätzte und achtete, nicht verlieren wollte, sah sich dadurch veranlaßt, die Stellung Blum's beim Stadttheater in Leipzig zu verbessern, ihm einen höheren Gehalt, als den anfänglich stipulirten, zu bewilligen

und ihn nicht mehr als Theaterdiener, sondern als Bibliothekar, Sekretair und Hülfskassirer zu engagiren. Mit Freuden ging Robert Blum auf diesen vortheilhaften und angenehmen Vorschlag ein und siedelte über nach Leipzig, um dort seine neue Stellung anzutreten, welche er, nachdem er im Jahre 1840, bei dem Tode des ersten Klassikers, in dessen Stellung hineingerückt war, bis zum August des Jahres 1847 behielt.

Capitel IV.

Robert Blum als Mensch.

Durch seine neue Stellung in Leipzig war Robert Blum plötzlich auf eine ungehoffte Weise in eine Lebenssphäre berufen, welche allen seinen früheren Verhältnissen weit überlegen war. Robert Blum lernte jetzt zum erstenmale das eigentliche Lebensglück kennen, er fand sich zum erstenmale in einer Lage, welche nicht mit den Sorgen um das tägliche Brod verknüpft war. Seine neue Stellung war zwar keine hoch bedeutende, er erhielt kein hohes Gehalt, aber die Stelle war einträglich genug, um ihn, der so geringe Anforderungen an das Leben machte, der gewohnt war, sich mit Wenigem zu begnügen, reichlich zu ernähren und ihm noch die Mittel übrig zu lassen, auch für andere ärmere Mitbürger Sorge tragen zu können.

Robert Blum fand in Leipzig seine Wünsche in jeder Beziehung erfüllt. Seine Stellung bei der Bühne war, wenn auch keine bedeutende, doch eine ehrenvolle. Er hatte

nicht mehr nöthig, die untergeordneten Dienste zu leisten sondern er konnte mit Rath und That eingreifen in die Geschäfte und sich nützlich machen; dabei blieb ihm auch noch vollkommen die Zeit, sich geistig ferner auszubilden, und das, was er gelernt, was er in sich aufgenommen, wieder zu produciren. Jetzt vermochte endlich Robert Blum, seinen Charakter vollständig zu entfalten, da er nicht mehr gedrückt war durch die hemmendste, lästigste Fessel, durch die Sorge für das tägliche Brot. Jetzt konnte Robert Blum einen großen Theil seiner Zeit seinen politischen und wissenschaftlichen Studien widmen, um sich auszubilden zu der großen politischen Stellung, welche er in späterer Zeit einnehmen sollte. Und Robert Blum ergriff die ihm dargebotene Gelegenheit mit unermüdlichem Fleiß, mit großer Energie.

Er war nie müßig; fortwährend, wenn er nicht in seinem Beruf beschäftigt war, arbeitete er für sich, oder suchte sich in dem Umgange mit geistreichen Männern, mit den Schriftstellern Leipzigs geistig weiter auszubilden. Robert Blum's angenehme Persönlichkeit, sein scharfer Geist, sein rasches gediegenes Urtheil, seine Milde, seine Freundlichkeit und Herzlichkeit, machten ihn bald in Leipzig unter allen Denen, welche ihn näher kannten, beliebt und geehrt; er fand bald des angenehmen Umgangs genug, und ein frohes, glückliches Leben eröffnete sich ihm.

Aber Robert Blum ließ sich durch das Glück nicht verführen, wie er der Sorge und Noth, der Armuth und dem Hunger widerstanden hatte. Während sonst das Glück den Menschen leicht verweichlicht, während der Lebensgenuß dem Schwachen die frische Kraft des Schaffens nimmt und

ihn unfähig macht zum Ernste, so bewirkte bei Robert Blum diese plötzliche Veränderung seiner Lage nur ein frischeres, rascheres Emporblühen seiner geistigen Kräfte. Robert Blum hatte das Unglück nicht vergessen, welches ihn selbst Jahre lang schwer gedrückt, welches ihm die Kindheit und die Jugend vergällt hatte, und sein eifrigstes Streben war es, als er selbst in einer besseren Lage sich befand, das fremde Unglück aufzusuchen und demselben abzuhelfen.

In seiner neuen Stellung am Leipziger Stadttheater fand Robert Blum vielfache Gelegenheit, sich als ein thätiger Freund, als ein aufopfernder Helfer in der Noth zu bewähren. Robert Blum wußte bald sich die Liebe und Freundschaft aller jener jungen Schauspieler und Schauspielerinnen zu erwerben, für die er sorgte wie ein Vater. Wenn Zwistigkeiten zwischen den Schauspielern ausbrachen, so war es Robert Blum, der sie zu schlichten wußte. Er warnte die jungen leichtsinnigen Schauspielerinnen, welche eben hineintraten in das eitele Vergnügungsleben der Welt und durch ihren Stand den Lockungen des Vergnügens so sehr ausgesetzt waren, und sein väterlicher Rath war oft die Veranlassung, die Sinkenden aufrecht zu erhalten im wilden Strudel des Lebens und die Gefallenen wieder aufzurichten, denn Robert Blum verdammte auch die Gefallenen nicht. Mit wahrhaft menschlicher Milde nahm er sich ihrer an und suchte sie zurückzuführen vom Wege des Lasters, suchte sie aufzurichten und den Keim des Besseren wieder in ihre Seele zu legen.

Auch die Armen in Leipzig kannten Robert Blum wohl und er kannte sie; er wußte sie aufzufinden in ihren dürftigen Wohnungen, es verdroß ihn keine Mühe, um fremde

Noth zu erleichtern. Hatte er doch selbst die Noth gekannt, hatte er doch in seiner eigenen Familie die heißen Thränen gesehen, welche die Mutter vergießt, wenn ihr trotz der mühsamsten Arbeit das karge tägliche Brot zur Sättigung der Kinder fehlt.

Obgleich Blum's Verhältnisse nicht glänzend waren, so wußte er doch stets Rath zu finden, um den Bedürftigen zu helfen; dies war seine höchste Freude, und sein tiefster Schmerz war es, wenn er sich außer Stande fühlte, fremder Noth abzuhelfen.

In einem Briefe, der dem Verfasser dieses Buches von einer Robert Blum sehr nahe stehenden Frau über denselben zugegangen ist, sagt diese: — — — Er, als intimer Freund des Todten, könnte das treueste Bild seines Charakters liefern, seines tiefen Gemüths, seiner aufopfernden Liebe und Freundschaft, seines schmerzlichen Gefühls bei fremder Noth, das ihn nicht ruhen ließ, bis er ein Mittel fand, helfen zu können, ja daß ihm selbst Thränen kostete, wenn er es nicht zu finden vermochte. — E. war so oft Zeuge, wie glücklich er sich daheim unter den Seinen fühlte, wie er mit den Kindern spielte und schäkerte, wie er seine Gattin in Krankheiten mit der aufopferndsten Geduld pflegte, deren gewöhnlich nur eine Mutter fähig ist. Diese Züge seines Charakters würden gewiß den interessantesten Contrast zu dem Bilde des großen Nationalvertreters geben. — — —

In diesen wenigen, einfachen Worten ist Robert Blum auf das Treffendste geschildert, wir konnten es uns deshalb nicht versagen, dieselben hier aufzunehmen, obgleich sie nicht der Oeffentlichkeit bestimmt waren.

Robert Blum's äußere Stellung war in Leipzig gesichert und er fühlte daher bald die Sehnsucht nach einer glücklichen Häuslichkeit. Er sollte dieselbe finden. Am 21. Mai 1838 verheirathete er sich mit Adelhaid Mai, aber schon nach wenigen Monaten löste der Tod die glückliche Ehe wieder. Die Gattin starb und Robert Blum stand mit tiefem Schmerz an ihrem Grabe.

Im Jahre 1840 schloß er eine neue Verbindung mit Eugenia Günther, welche jetzt das traurige Schicksal gehabt hat, ihren geliebten Gatten zu überleben.

Robert Blum's Ehe war eine außerordentlich glückliche. Seine Gattin schenkte ihm vier Kinder: Hans, Richard, Ida und Alfred, und ihre Liebe bereitete ihm das angenehmste und freundlichste Familienleben.

Durch Fleiß und Sparsamkeit verbesserten sich seine äußern Umstände mit jedem Jahre, so daß es ihm schon im Jahre 1848 möglich wurde, ein eigenes Grundstück zu erwerben. So lächelte dem edlen Manne das Glück. Froh und heiter lebte er in seinem Hause. Er hatte eine Gattin, welche einzugehen vermochte in seine Ideen, welche sein tiefes Denken, sein Leben für die Freiheit, seinen glühenden Enthusiasmus für das Wohl der Menschheit zu begreifen vermochte, und welche ihm nicht zurückhielt von seinem feurigen Streben, sondern mit ihm dachte und sich seiner Arbeiten freute. Er hatte vier liebe Kinder, welche die Freude des Vaters waren; sein Geist und seine Talente hatten ihm Freunde und Anhänger in allen Schichten der Gesellschaft erworben und gewährten ihm den heitersten liebevollsten Umgang.

Auch die kleinen häuslichen Freuden trugen dazu bei,

sein Leben angenehm zu machen. Robert Blum hatt das glückliche Talent, an Kleinigkeiten Vergnügen zu finden. Sein Garten gab ihm nach den ermüdeten Studien das Mittel zur Erholung; er arbeitete selbst in demselben und fand darin seine unschuldige Freude. Ebenso in der Fütterung seiner Tauben, für welche er eine ganz besondere Vorliebe hatte.

Wir finden es oft bei großen, von hohen Gedanken erfüllten Männern, daß sie an diesen kleinen Vergnügungen sich erfrischen für ihre großartige Laufbahn. Dies that auch Robert Blum. Er wußte wohl zu unterscheiden, welche Zeit er seiner Muße, welche er den tiefen Studien, welche er dem Dienste des Vaterlandes zu weihen hatte, und, wie gern er sich auch der Erholung überließ, nie verabsäumte er deshalb die Pflichten seines Amtes, die diejenigen, welche er dem deutschen Volke schuldete.

So war Robert Blum als Mensch.

Nur noch Eins wollen wir erwähnen: es ist die Liebe, welche er seiner alten Mutter bewährte. Die Mutter lebte in Köln in dürftigen Umständen, aber Robert Blum hob ihre Noth; er unterstützte sie so reichlich, als seine Verhältnisse dies irgend gestatteten. Ein Brief, welchen Robert Blum an den Buchhändler Baedecker in Köln schrieb, und welchen wir hier folgen lassen, giebt dem Leser einen Beweis von der treuen Anhänglichkeit und Dankbarkeit, welche Robert Blum seinen Verwandten erhalten hatte.

Verehrtester Herr!

Seit langer Zeit schon hatten Sie die Gefälligkeit, meiner alten kranken Mutter die Unterstützung zukommen

zu lassen, welche ich ihr zu geben vermochte. Empfangen Sie dafür den herzlichsten Dank und die Versicherung, daß ich mit größter Freude jede Gelegenheit ergreifen werde, Ihnen denselben nicht blos mit Worten zu bewähren. Aufs Neue ersuche ich Sie durch den Brief meines Freundes Friese um eine Gefälligkeit und bitte Sie, denken Sie bei der Ueberlegung, ob Sie dieselbe erfüllen wollen, nicht an mich, den Fremden, sondern daran, daß sie einer armen, jahrelang kranken, lebensmüden Frau eine Stätte geschaffen, in welcher sie ruhig sterben kann, und daß Sie ein junges Mädchen losketten von der Qual, ihre schönsten Jahre gefesselt an ein mit Mangel und bitterster Dürftigkeit umgebenes Krankenbette vertrauern zu müssen. Ich habe Niemand in meiner Vaterstadt, welchen ich um diese Gefälligkeit bitten kann; mein Onkel, Böttchermeister Blum auf dem Sassenhof ist wegen confessioneller Meinungsverschiedenheit so erbittert gegen mich, daß ich keinen Erfolg hoffen darf. Wie Ihnen mein Umlaufschreiben in den nächsten Tagen beweisen wird, habe ich die Ehre, Sie College nennen zu dürfen, und das Geschäftsleben wird ja Gelegenheit bieten, Ihnen die aufrichtige Dankbarkeit zu beweisen.

Ihres achtungsvoll ergebensten

Robert Blum.

Robert Blum's äußere Verhältnisse verbesserten sich fortwährend, er wurde täglich mehr und mehr von seinen Mitbürgern geachtet, sein Name erhielt einen trefflichen Klang bei allen Bürgern Leipzigs.

Im Jahre 1849 erhielt Blum, wie wir bereits mit-

getheilt haben, nach dem Tode des Hauptkassirers die Stelle desselben und eine entsprechende Verbesserung seines Gehaltes. Er blieb bis zum Sommer des Jahres 1847 in dieser Stelle, dann verließ er dieselbe freiwillig, um sich mit einem Freunde, Robert Friese, zur Gründung einer Buchhandlung zu verbinden, welche im August 1847 unter der Firma: Robert Blum und Comp. eröffnet wurde. Diese Buchhandlung besteht noch jetzt.

Im Jahre 1845 war Robert Blum in das Collegium der Stadtverordneten von Leipzig gewählt worden, im Jahre 1847 wurde er Stadtrath, aber die königlich sächsische Behörde verweigerte die Bestätigung Blum's in dieser Stellung, denn Blum war mittlerweile durch seine offen ausgesprochene Freisinnigkeit, durch seine energische Thätigkeit für das Wohl seiner Mitbürger und für die Freiheit derselben bereits die Furcht und der Schrecken der sächsischen Regierung geworden.

Capitel V.

Robert Blum als Schriftsteller.

Die Zeit seiner größeren Muße benutzte Robert Blum, wie wir dem Leser bereits mitgetheilt haben, um das, was er durch die Studien in sich aufgenommen, von seinem eigenen Geiste durchwebt, wieder zu produciren. Der Drang des Schaffens hatte sich in Robert Blum schon seit seiner frühesten Kindheit bemerklich gemacht; schon als Knabe hatte er das Talent zum Schriftsteller gezeigt, indem er schon damals mit großer Phantasie seinen Mitschülern Hexen- und Gespenstergeschichten erzählt hatte. Er war später von diesem Hang zum Abentheuerlichen zurückgekommen, aber, wie der Leser bereits aus frühern Kapiteln weiß, der Hang zum Selbstschaffen war ihm nie genommen; hatte er doch bereits in Köln vielfach Gelegenheit gesucht, seine Neigung zur schriftstellerischen Thätigkeit durch verschiedentliche Arbeiten zu bezeigen. In Leipzig setzte er diese Thätigkeit mit großem Fleiße fort; er wurde Mitarbeiter an verschiedenen Zeitschriften, besonders an der

Abendzeitung, dem Kometen, dem Telegraphen, der Zeitung für die elegante Welt.

Robert Blum hatte eine besondere Lust zur Novelle, zum Schauspiel und zum Gedicht. Er besaß eine poetische Auffassung, und seine Gedichte sind, wenn auch von keiner hohen Bedeutung, doch zum Theil recht gut. Weniger bedeutend waren seine Novellen und seine Schauspiele; eins dieser letzteren gab er im Jahre 1835 bei Hartmann in Leipzig heraus; es heißt: Die Befreiung von Candia.

Blum konnte indessen in diesem Zweige der Literatur sich keinen bedeutenden Ruf erwerben; wenn ihn auch die Lust zu demselben trieb, ja er hatte doch entschieden ein höheres Talent für die rein politische Literatur. Wir wollen dem Leser als Beispiel von der Befähigung Blum's zum Gedicht einige von seinen Gedichten mittheilen, welche ihm als Vermächtniß des verehrten Todten gewiß willkommen sein werden, und welche ihm zeigen, wie innig Blum schon in früheren Jahren für sein deutsches Vaterland fühlte, für das er später in den Tod gegangen ist. Wir theilen zwei dem Vaterlande gewidmete Gedichte mit, eins aus dem Jahre 1843, das zweite aus dem Jahre 1846.

Dem Vaterlande.

Was ist's, das unsres Schillers Brust
Als Heiligthum erwählt,
Am tiefsten ihn mit Schmerz und Lust
Und heißer Lieb beseelt?
Was ist es, dem er Kraft und Muth
Mit Treue hat geweiht,
Uns mahnend, daran Gut und Blut
Zu setzen jederzeit?

Es ist, o Deutsche, was er sang
Mit Donnerwort, mit Liebesklang,
Das Eine, das freie,
Das deutsche Vaterland!

„Kein Oesterreich, kein Preußen mehr!“*)
— Sprach jüngst ein Fürstensohn —
Der Wallenstein vor seinem Heer
Sprach es vor Jahren schon;
Und mit Prophetenstimme ruft
In einer schweren Zeit
Der Attinghaus am Rand der Gruft
Uns auch zur Einigkeit.
So lehrt der Dichter in Gesang
Mit Donnerwort, mit Liebesklang
Das Eine, das freie,
Das deutsche Vaterland!

O laßt des Dichters heilig Wort,
Das er begeistert rief,
Im Herzen wachsen fort und fort
Und wurzeln stark und tief.
Die Liebe für das Vaterland
Sei unser Stolz und Ruhm,
Ein unzertrennlich Bruderband
Der Deutschen Heiligthum.
Beim ersten Werk, beim Becherklang
Erfüllt das Herz wie Hochgesang
Das Eine, das freie,
Das deutsche Vaterland!

1843. N. B.

*) Bezieht sich auf den bekannten Toast, den Erzherzog Joha von Oesterreich im Jahre 1843 auf dem Schlosse Brühl ausgebran haben soll.

Dem Vaterlande

Wie heißt das Land, so grün und reich
An Eichen hoch und stark,
An Männern, deren Keiner gleich,
Voll Ehre, Kraft und Mark;
Wo an der Ströme Silberfluth
Die goldne Traube thront,
Und in dem Volke, fromm und gut,
Die reinste Treue wohnt?
Das Land — o fühlt's in stolzer Brust,
In heiliger Erinn'rungslust —
Ist Deutschland, ist Deutschland,
Das schöne Vaterland!

Wie heißt das Land, an dessen Kraft,
Die Weltmacht Rom's zerschellt',
Das, oft besiegt — sich aufgerafft
Und Zwingherrntrotz gefällt?
Das Land, das stets im Schooße trug
Den tiefsten Forschergeist,
Das dem Gedanken gab den Flug,
Der alle Welt umkreist,
Das Land — o fühlt's in stolzer Brust,
In seliger Erinn'rungslust —
Ist Deutschland, ist Deutschland,
Das theure Vaterland!

Wo war das Recht, das licht und klar,
Das größte Heiligthum,
Wo war der Rechtsspruch, schlicht und wahr,
Des Volkes Eigenthum;
Wo trieb man mit dem Nachtgesang

Die schwarzen Käuze aus,
Und fegte den Gewissenszwang
Aus dem befreiten Haus?
Das Land — o fühlt's in stolzer Brust
In seliger Erinn'rungslust —
Ist Deutschland, ist Deutschland,
Das theure Vaterland!

Wie heißt das Land, an Thränen reich —
Doch, ach! an Freiheit leer,
Wo zwar noch Land und Ströme gleich,
Die Zeiten nimmermehr;
Wo zwar der Geist die Schwingen regt
Und muthig aufwärts strebt,
Doch, ach! durch Fesseln, die er trägt,
Gedrückt am Boden klebt?
Es ist — in schmerzerfüllter Brust
Seid dieses Wechsels Euch bewüßt —
In Deutschland, in Deutschland,
Dem theuren Vaterland!

Wo lebt, statt in dem Volkesspruch
Und lichter Offenheit,
Das Recht im fremden, düstern Buch
Und scheuer Heimlichkeit;
Wo nistet sich das Nachtgezücht
Der Dohlen wieder ein,
Das boshaft Zweig auf Zweig abbricht
Im grünen Eichenhain?
Es ist — in schmerzerfüllter Brust
Seid dieses Wechsels Euch bewußt —
In Deutschland, in Deutschland,
Dem theuren Vaterlaud!

Doch ziemt's dem Mann nicht, daß er klagt,
Ihm ziehmt Erhebung, Muth.
Der Hutten sprach: Ich hab's gewagt!
So wagt und es wird gut.
Eilt für die Freiheit Hand in Hand
Zur Geisterschlacht herbei,
Dann wieder wird das Vaterland
Auch stark und leicht und frei!
Dann jauchzt das Volk aus voller Brust:
Das Land in glühn'der Freiheitslust
Ist Deutschland, ist Deutschland.
Das theure Vaterland!

24. Mai 1846. R. B.

Ein besonderes Talent hatte Blum zu kleinen scherzhaften Gedichten, welche er mit großer Leichtigkeit dichtete. Auch hiervon wollen wir zwei dem Leser mittheilen, deren erstes in Nummer 27 der Abendzeitung vom Jahre 1835, das zweite in Nummer 157 derselben Zeitung enthalten ist.

Schwere Wahl.

Allopathie? Homöopathie?
Ich schwanke schon seit vielen Tagen
Und bitte, Freundchen, sagen Sie,
Mit welcher darf man es wohl wagen?
„Das ist Geschmack, der wechselt ab
Und richtet sich nach Zeit und Mode.
Merkt nur den Unterschied vorab,
Und wählt dann selber die Methode:
Die eine bringt uns in das Grab,
Die andre aber blos zum Tode."

R. B.

Der Reformator.

Thebaldus will die Welt verbessern;
Was da besteht, ist ihm zu schlecht,
Er will ein neu Gesetz und Recht,
Um Glück und Wohlstand zu vergrößern.

Doch eine Plag, die — wenn auch klein —
Doch alle bessern Menschen fliehn,
Die will er nicht det Welt entziehen:
Er ist es selbst mit seinem Schrei'n.

R. B.

Außer mit diesen rein belletristischen Arbeiten beschäftigte sich Blum auch sehr fleißig mit wissenschaftlichen Arbeiten. So gab er im Verein mit Herloßsohn und Markgraf ein Theater-Lexikon heraus, welches als das beste betrachtet wird und an dem Blum das meiste gethan hat.

Mit dem Jahre 1840 betrat indessen Blum auch in der Literatur hauptsächlich die politische Laufbahn. Sein klarer, scharfer Verstand, seine logisch richtige Gedankenfolge, machten seine politischen Schriften außerordentlich bedeutungsvoll, und wie sehr auch die sächsische Censur sich bemühte, den Schriften Blum's die Schärfe durch unbarmherzige Censurstriche zu nehmen, so vermochte sie dies dennoch nicht. Blum wußte in jener für die Schriftsteller so gefährlichen Zeit das rechte Maaß zu halten, um belehrend auf das Volk einzuwirken und dennoch den drückenden Fesseln der Censur zu entgehen.

Schon im Jahre 1840 faßte Blum in Verbindung mit dem Schriftsteller Dr. Steger den Plan, auf die Bil-

dung des Volkes durch eine populäre politische Literatur hinzuwirken und so das Volk vorzubereiten auf die großen Ereignisse, deren Werden Robert Blum voraussah. Er gab mit Steger zusammen in Heften den „Verfassungsfreund" heraus, welcher eine Anzahl Brochüren über Politik enthalten sollte, die berechnet waren, auf das Volk zu wirken. Der Preis dieser Brochüren sollte so außerordentlich billig sein, daß es auch dem Aermsten möglich wäre, dieselben anzukaufen.

Aber die Censur gestattete den Fortgang dieses nützlichen Unternehmens nicht; nur zwei Hefte von Steger erschienen, das dritte von Blum, welches dem Volke das Wesen der Presse begreiflich machen sollte, ging durch die Censur zu Grunde.

Robert Blum ließ sich dadurch nicht entmuthigen; er gab seinen Plan, auf die Bildung des Volkes zu wirken, nicht auf, und im Jahre 1843 gab er mit Steger gemeinschaftlich ein Taschenbuch „Vorwärts!" in demselben Sinne heraus, den der „Verfassungsfreund" beabsichtigt hatte. — Von diesem Taschenbuch sind die Jahrjänge 1843, 1845, 1846 und 1847 erschienen. Der Jahrgang 1844 mußte von Blum selbst zurückgehalten werden, da die Censur so unbarmherzig in demselben gestrichen hatte, daß er eine Veröffentlichung nicht mehr verdiente.

Blum wurde außerdem ein thätiger Mitarbeiter an der Zeitschrift „Die Vaterlandsblätter", welche vom Jahre 1841 an erschienen und die lieberale Richtung vertraten. Er beabsichtigte, diese Blätter selbst herauszugeben, aber schon war sein Name zu sehr gefürchtet, er erhielt die Consession zu derselben nicht, arbeitete aber desto fleißiger für

diese Blätter, besonders seit der Entstehung des Deutschkatholizismus im Jahre 1844.

In den Vaterlandsblättern hat Blum seine bedeutendsten politischen Aufsätze geliefert und durch dieselben außerordentlich gewirkt, da diese Zeitschrift eine Auflage von 10,000 Abdrücken hatte und in allen Schichten des sächsischen Volkes verbreitet war.

Im Jahre 1846 wurden die Vaterlandsblätter unterdrückt. Blum wendete von da ab seine Thätigkeit der konstitutionellen Staatsbürgerzeitung zu, bis nach der Revolution im Jahre 1848 die Vaterlandsblätter aufs Neue erschienen.

Im Jahre 1847 unternahm Blum ein großes Werk, das „Staatslexicon," welches er indessen, durch seine Thätigkeit als Abgeordneter verhindert, nicht fortsetzen konnte. Es wird von geistesverwandten Freunden Robert Blum's weiter bearbeitet.

Robert Blum's literarische Thätigkeit fand in Leipzig eine große Anerkennung. Im Jahre 1840 wurde der Schillerverein begründet und durch denselben alljährlich am Geburtstage Schillers ein Fest vor dem Hause, wo Schiller in Gohlis einige Monate gewohnt hatte, gefeiert. Dem Fest folgte eine Abendfeier im Hotel de Pologne. Blum wurde vom Jahre 1841 Vorsitzender des Schillervereins-Vorstandes und hatte als solcher Gelegenheit, zuerst seine eigene Redekraft kennen zu lernen, da er bei dem Schillerfest gewöhnlich die Festreden halten mußte.

Diese Reden machten schon damals einen gewaltigen Eindruck und Tausende der Bewohner Leipzigs strömten nach Gohlis hinaus, um Robert Blums klare schöne Re-

den zu hören. Eine weitere Anerkennung seiner literarischen Thätigkeit erhielt Blum, indem er im Jahre 1841 Mitvorstand des 1840 begründeten Literatenvereins wurde.

Wir würden gern dem Leser von Robert Blum's literarischen Arbeiten mehrere Beispiele mittheilen, wir können dies indessen leider nicht, da der Raum unseres Werkes es nicht gestattet. Robert Blum's Thätigkeit im Frankfurter Parlament und seine Betheiligung bei der Wiener Oktober-Revolution sind wichtiger, tiefer in die Geschichte unseres Vaterlandes einschneidend; wir wollen deshalb dieselben ausführlicher schildern, so daß wir uns jetzt begnügen müssen, um dem Leser ein Bild von Robert Blum's Talent für die politische Literatur zu geben, ihm einen Auszug aus einer Schrift mitzutheilen, welche in den Vaterlandsblättern erschienen ist und welche ein so ungeheures Aufsehen machte, daß sie noch in 10,000 Exemplaren außerdem abgedruckt wurden.

Es ist ein Aufsatz Robert Blum's über den grauenvollen Tod des Pfarrers Weidig im Gefängnisse, welcher zu gleicher Zeit eine Kritik eines darüber erschienenen Werkes von Schulz ist. Auch dieser Aufsatz ist zu lang, als daß wir ihn ganz und gar abdrucken lassen könnten, wir wollen ihn deshalb nur im Auszug dem Leser übergeben.

Der Tod des Pfarrers Dr. Friedr. Ludw. Weidig.

Wenn die Erde verdorrt ist von der Gluth des Sonnenbrandes, so sendet der Himmel seinen befruchtenden Regen, sie zu laben und zu kühlen; wenn der Wanderer verirrt ist in der Wildniß in Sturm und Ungewitter, so sendet der Himmel das leuchtende Wetter selbst, um den ver-

lornen Pfad zu zeigen, und wenn die Völker versunken sind in die Nacht finsterer Einrichtungen und nur das peinliche unheimliche Gefühl der Finsterniß, nicht aber den rettenden Pfad erkennen, so sendet der Himmel die Blitze der Ereignisse, die grell und fürchterlich die Zustände, aber auch den Rettungsweg beleuchten. Oder ist es nicht ein Strahl von oben, ein Licht des Himmels, welches hineinleuchtet in das Dunkel, in die Nacht des heimlichen Gerichtsverfahrens, in welchem über unser Hab und Gut, über unsere Ehre und Leben geschaltet wird, ohne daß wir sehen und wissen **wie**; welches uns neben dem Gefühle der Unheimlichkeit und Bangigkeit auch das Bewußtsein verschaft, daß die Gefahr und das Verderben wohnen im Dunkeln? Als wir den Kampf begannen gegen dieses Verfahren in unserm engen Vaterlande, da kam nicht nur in der unmittelbarsten Nähe der Lugauer Einbruch uns zu statten, sondern auch die Einsperrung des armen Handwerksburschen in Duderstadt, der **unverschuldet** und **unerhört** Monate lang im Kerker saß, bis sich Fürst Metternich durch einen glücklichen Zufall seiner annahm; die Verhaftung des armen Bauern bei Göttingen, der 27 Monate **unverhört** saß, und der mit seiner ganzen Familie aus Kummer und Verzweiflung starb, und so manches Andere. Jetzt, wo es gilt, den siegreich aber einstweilen erfolglosen Kampf fortzusetzen und zu erneuern mit Muth und Ausdauer, kommt der Bericht über den Tod des Pfarrers Dr. Weidig*), als eines der gräß-

---

*) Ein aktenmäßig und urkundlich belegter Beitrag zur Beurtheilung des geheimen Strafprozesses und der politischen Zustände in Deutschland.

lichsten und entsetzlichsten Beispiele, die das geheime Verfahren jemals geliefert hat. Indem wir denselben zu besprechen beginnen, enthalten wir uns möglichst aller Anwendungen und verknüpfen nur leicht die einzelnen Abtheilungen unserer Arbeit: der Fall ist so furchtbar schlagend, daß er keiner Erläuterungen bedarf. Bemerken müssen wir, daß jede hier ausgesprochene Behauptung, ja fast jedes Wort aus den Prozeß-Akten selbst entnommen ist, es sich also durchaus nicht um Behauptungen, Vorwürfe und Redensarten handelt, sondern lediglich um erwiesene Thatsachen. — —

Robert Blum giebt uns nach dieser Einleitung eine lichtvolle Charakteristik des Pfarrers Weidig, aus der hervorgeht, daß Weidig ein Ehrenmann durch und durch war, der aber bei der Regierung in besonderer Mißgunst wegen seiner politischen Ansichten stand.

Schon einmal, im Sommer 1833 verhaftet — weil er in einer Gesellschaft von Republikanern gewesen sei, — mußte er auf eine Beschwerde der zweiten hessischen Kammer frei gegeben werden, wurde indessen im April 1835 aufs Neue wegen Verbreitung revolutionärer Schriften verhaftet und im Juli in das Gefängniß nach Darmstadt geliefert, wo er einer Untersuchungskommission übergeben wurde, an deren Spitze der Hofgerichtsrath Georgi stand.

Am 23. Februar 1837, nach fast zweijähriger Gefangenschaft, fand man am Morgen den Pfarrer Weidig todt im Gefängniß.

Nach der Charakteristik Weidig's giebt Robert Blum eine Charakteristik des Untersuchungsrichters, Hofgerichtsraths Georgi. Es geht aus derselben hervor, daß dieser

Mensch nicht nur durch und durch unmoralisch, sondern auch ein Todfeind Weidigs gewesen war. Aktenmäßig erwiesen hatte Georgi kurze Zeit vor dem Tode Weidigs den Säuferwahnsinn in Folge eines hohen Grades von Trunksucht so sehr gehabt, daß derselbe am 2. Februar an förmlicher Raserei ausbrach und sogar lebensgefährlich wurde. Blum geht sodann zur Behandlung Weidig's im Gefängniß und zu seinem Tode über.

Wir müssen diesen Theil der Schrift dem Leser ganz übergeben, weil er ein werthvolles Zeugniß ist, einerseits für die furchtbare Inquisition, welche ausgeübt wurde in jener Zeit gegen politische Gefangene und weil er andererseits dem Leser das klarste Bild giebt von der großen Befähigung Robert Blum's in der politischen Literatur. Blum hat mit klaren scharfen Zügen alle jene furchtbaren Uebelstände der damaligen Zeit aufgedeckt, er hat sie mit grellen aber wahren Farben geschildert.

Robert Blum fährt fort:

Behandlung Weidig's und der politischen Gefangenen im Kerker zu Darmstadt.

Weidig selbst hat darüber wenig oder nichts hinterlassen! in seinen „Reliquien" sind nur einzelne Andeutungen enthalten, die sich meist auf den Untersuchungsrichter beziehen. Aus den vorliegenden Akten geht nur hervor, daß das Hofgericht zu Gießen die „Repressivmaßregeln genehmigte," welche der Untersuchungsrichter wegen Disciplinarvergehen ergriffen hatte; dem „Inkulpaten auf acht Tage die warme Kost zu entziehen" anordnete, jedoch mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse in „angemessenen

Zwischenräumen"; ihm die „feindselige Stimmung gegen den Inquirenten" als ein Vergehen anrechnete und ihn mit „noch schärferen Correktivmaßregeln, nach Befund mit körperlicher Züchtigung" — die sich jedoch das Gericht zu erkennen vorbehielt — bedrohen ließ (Bescheid vom 16. April 1836). Aus verschiedenen Zeitungen (Zeitgenossen a. a. O. S. 30. Lit. u. krit. Bl. der Börsenhalle, 1837. S. 510. u. s. w.) erfahren wir — und es ist dagegen bis jetzt nicht der geringste Widerspruch erhoben worden — daß die Gefängnißärzte zu Darmstadt aufgefordert wurden, ein Gutachten darüber abzugeben: ob Weidig Schläge ertragen könne. Ja, man begnügte sich nicht mit dem unbedingt verneinenden Gutachten dieser Aerzte, sondern verlangte ein Gutachten über das Gutachten von anderen Aerzten, die jedoch ebenfalls Nein sagten. — Ferner ist bekannt, daß Weidig längere Zeit Ketten tragen mußte, weil er in verzweifelnder Hülflosigkeit der Mißhandlungen, die er angeblich erduldete, laut zum Fenster hinausgeschrien hatte. Eben so allgemein kundig ist es, daß jeder Verkehr mit den Seinen dem Gefangenen abgeschnitten war, ja, als ihm einst gestattet wurde, sein Kind zu sehen und seine Gattin vor der Gefängnißpforte stand, trieb man es so weit, daß man ihm nicht allein nicht gestattete, sie zu sehen, ihr ein Wort zu sagen, einen Liebesgruß zu bringen, sondern man versagte ihm sogar an's Fenster zu treten, um sich aus der Ferne an ihrem Anblicke zu erfreuen. Hierher gehören endlich noch die aktenmäßigen Beschwerden der Gefängnißärzte, auf welche wir später zurückkommen. Uebrigens müssen wir zusammentragen, was andere politische

Gefangene über diesen Gegenstand ausgesagt, und finden in der That in den Vorlagen keinen Mangel an solchen Aussagen.

Zuerst erzählt uns ein solcher Gefangener, daß „sein Gefängniß 8 Schritte lang, 5 Schritte breit und mit einem kleinen, über 11 Fuß vom Boden entfernten Fensterchen versehen gewesen sei; die Wände, nur aus behauenen Steinen bestehend, verbreitete eine eisige Kälte, das Ganze war mit einer feuchten dicken Moderluft angefüllt, in welche noch der sehr schlecht bedeckte Abtritt einen pestilenzialischen Gestank mischte. Das Bett und die Pantoffeln erregten durch Geruch und Aussehen Ekel. Zum Essen wurden Messer und Gabel, zum Lichte eine Lichtscheere nicht gegeben. Schreibzeug, Feuerzeug, Pfeife und Taback u. s. w. wurden verweigert. Das Lesen war zwar gestattet, aber nur 2 bis 3 Stunden täglich möglich, da die übrige Zeit tiefe Dämmerung in der Zelle herrschte. Durch den grellen Wechsel von Licht und Dunkel, indem nämlich das kleine Fensterchen nur an einem Punkt der gegenüber liegenden Wand wirkliche Helle verbreitete, sonst die Zelle dunkel blieb, litten die Augen, wurden blöde und krankhaft, durch die naßkalte Luft aber entstanden Brustschmerzen u. s. w.

An diese Schilderung des Aufenthaltes im Gefängnisse überhaupt schließen sich mehrere Angaben über die Handhabung der Disciplinargesetze. Ein anderer Gefangener erzählt, daß er den Gefangenwärter (Preuninger) um Herstellung seiner zerbrochenen Bettstelle gebeten habe. Dieser machte die Bettstelle, aber so in der Hast und schlecht, daß das Holz zersplitterte und die Bettstelle auf's Neue und ärger als früher zerbrach. Obgleich nun zwei Aktuarien

die Sache in Augenschein nahmen und die Richtigkeit der Sachlage erkannten, behauptete der Gefangenwärter doch, der Angeklagte habe die neuen Schäden verschuldet, und als dieser ihn darob „einen Lügner" nannte, verurtheilte der Untersuchungsrichter den Angeklagten, „14 Tage lang eine schwere Kette zu tragen." Diese Kette wurde angelegt, und zwar falsch, d. h. auf eine Weise, daß der Gefangene die furchtbarsten Schmerzen an den Gelenken hatte. Er beklagte sich darüber beim Untersuchungsrichter und bat darum, daß ihm die Kette auf eine minder schmerzliche Art angelegt werden möge; dieser gab den kurzen Bescheid: „Wie's ist, so bleibt's!" Erst als der Gefangene hierauf den Arzt verlangte, ward ihm Hülfe, denn dieser verordnete, daß die Kette anders angelegt werden müsse. Derselbe Gefangene wollte später eine Klage gegen den Untersuchungsrichter an das Hofgericht richten, weil dieser ihm eine Anfrage über einen einzelnen Fall bei einem Advokaten verweigerte; der Untersuchungsrichter erklärte aber „man könne nicht alle Scrupel zu Protokoll nehmen," drohte mit Strafen aller Art, und als der Gefangene auf seiner Klage beharrte, wurde dieselbe zwar nicht in die Acten genommen, aber der Untersuchungsrichter ließ ihm den Tisch, den Stuhl und die Bettstelle nehmen, weil er Mißbrauch damit getrieben habe.

Wie es in den Verhören zuging, das lernen wir sowohl aus den Perhorrescenzgesuchen (Verwerfung des Untersuchungsrichters und Gesuch um einen andern) aller politischen Gefangenen, wie aus den Verhandlungen kennen, die diesen Gesuchen vorausgegangen sein sollen. „Ich lasse

Sie schlagen, daß Sie an Gott verzweifeln." „Ich lasse Sie schlagen, daß Ihnen das Blut die Beine herunterläuft." „Ich lasse Sie schlagen, daß Sie sich 14 Tage nicht regen können." „Schlechter Mensch, unverschämter Bursche, Giftmischer, infamer Kerl, schändlicher Kerl, der durch Mord und Blutvergießen sein Glück machen wollte." — Das war als Entgegnung erzählt auf das Verlangen der Angeklagten, diese oder jene Beschwerde gegen den Untersuchungsrichter zu Protokoll dictiren zu wollen. Und das Bewußtsein, daß dies keine bloßen Drohungen seien, sondern daß vielmehr die wirkliche Verhängung solcher Strafe dem Worte auf dem Fuße folgen könne — wie oft mag es Ursache gewesen sein, daß die gerechtesten, begründetsten Klagen verstummten! Wer Gefühl hat für Ehre und Manneswürde, der nur kann ermessen, welche Qual schon darin liegt, solche Drohungen schweigend und demüthig, hülf- und wehrlos annehmen zu müssen.

Wie mächtig das Band der Gewohnheit fesselt, wie unanstößlich es an die sonst gleichgültigsten Dinge schmieden kann, das ist fast Jedem bekannt, denn fast jeder Mensch hat eine sogenannte Leidenschaft. So fühlen wir denn auch, welche Qual es den Gefangenen bereitet, wenn ihnen das Rauchen, das Schnupfen u. dergl. verboten und entzogen wird. Und dies geschah oft so lange, bis Krankheit aus der Entbehrung hervorging und der Arzt einschritt und gewährte, was der Untersuchungsrichter versagte. Daß die geistige Nahrung, Bücher und selbst die heilige Schrift oft Monate lang verweigert wurden — finden wir in den Klagen aller Gefangenen ausgesprochen.

Die Sorgfalt für den Gesundheitszustand der politischen

Gefangenen geht aus mehreren Aktenstücken hervor. Am 28. Mai 1836 z. B. fordert das Hofgericht auf erhobene Beschwerde Bericht über die Gesundheit des gefangenen Apothekers Trapp aus Friedberg; am 29. erklärte der Gefängnißarzt Dr. Stegmayer schriftlich zu den Akten: daß sich das Leiden verschlimmert habe und Spuren der Wassersucht sich zeigten. Aber erst am 14. Juli, also nach eilf Wochen, berichtet der Untersuchungsrichter zurück. Und was berichtet er? „Auch hat der Arzt in neuerer Zeit nicht das geringste Desiderium gestellt, nicht entfernt angezeigt, daß Trapp's Zustand leidender geworden sei." Am 20. Oktober bittet der Gefängnißarzt für den immer mehr Erkrankten um ein heizbares Krankenzimmer; der Untersuchungsrichter aber entscheidet: „Da kein solches Zimmer disponibel ist, kann man dem Antrage nicht entsprechen." Trapp hatte, (so berichtet sein Vertheidiger, der Hofgerichtsadvokat Briel zu Darmstadt) keinen Geruchs- und Geschmackssinn mehr, hörte nur noch auf lautes Anrufen, sah auf dem einen Auge nichts mehr und hatte auf dem andern nur noch einen geringen Schein, trank täglich eine ganz außerordentliche Menge Wasser, sprach unzusammenhängend und verwirrt, weinte beständig, wenn er von seiner Familie sprach, ohne daß sein Auge noch Thränen hatte — da glaubte der Untersuchungsrichter noch an eine „simulirte Krankheit" und behandelte ihn als gesund.

Der Gefängnißarzt Medicinalrath Dr. Stegmayer sagt selbst in seinem Schreiben vom 15. März 1837 an den Criminalrichter Hoffmann, „daß es bei seinen regelmäßigen Besuchen im Arresthause ihm nur dann vergönnt war,

einen der politischen Gefangenen zu sehen, wenn derselbe einen solchen Besuch verlangte, oder der Commissär ihn anordnete. Der Umstand, daß es selbst der Administrativ-Untersuchungskommission nur nach langen Kämpfen gelang, sich einen Weg in die Zellen der Gefangenen zu eröffnen, mußte es mir unrathsam machen, die Befugniß zu einem Handeln (nämlich zu öfterem und ungehemmterem Besuche) erzwingen zu wollen, dessen Unterlassen, soll man nicht ein verbrecherisches Heimlichhalten vorhandener Krankheiten — wie doch hier unstatthaft und unmöglich — supponiren, keinerlei wesentliche Interessen hätte gefährden dürfen." Ferner beschwert sich der Arzt darüber, daß er — ein vereideter Angestellter — die Gefangenen nie ohne Begleitung eines Actuars habe besuchen dürfen, ja daß er Insulten von Seiten des Actuars, wie selbst des Gefangenwärters ausgesetzt gewesen sei, wenn er einen Gefangenen besuchen wollte. Er führt dies zur Erklärung der Thatsache an, „daß ich den Pfarrer Weidig in den letzten Wochen seines Lebens (also gerade während er an der Gehirnentzündung litt) nicht gesehen und ihn nur ein Mal, etwa 5—6 Wochen vor seinem Hinscheiden gesprochen habe." Damals litt Weidig an Brustbeschwerden. „Zu Ende des Besuches wollte er sich über seinen gedrückten Gemüthszustand, als muthmaßliche Ursuche des Uebelbefindens, aussprechen, und sich darüber äußern, daß verschiedene Beschwerden gegen seinen Inquirenten unberücksichtigt geblieben seien, wurde aber vom Aktuar unterbrochen und darauf hingewiesen, daß solche Aeußerungen gegen mich nicht Statt finden dürfen." Ueberhaupt will der Arzt bemerkt haben, daß der Gefangene „sich mit schwer unter-

drückter Indignation oder Unwillen gegen die Verfügungen und das Verfahren seines Inquirenten zu äußern hätte wünschen mögen."

Vollenden wir die Darstellung der Behandlung der politischen Gefangenen durch die Erwähnung des actenmäßigen Befundes der Weidig'schen Leiche. Man fand an der „äußern Seite des rechten Oberschenkels in der Nähe der Hüfte kleine, oberflächliche, bereits vertrocknete Hautwunden; zwei dieser Wunden durchschnitten zeigten in der Tiefe namentliche Sugillationen." Diese Wunden rühren nach der Meinung der Gerichtsärzte her „von einem grellen und heftigen Zusammentreffen mit stumpfkantigen Körpern. Heftig mußte das Zusammentreffen sein, weil sonst keine so ausgeprägten Sugillationen sich gebildet haben könnten, welche nach dem Verheilen der äußern Wunde noch immer sichtbar blieben. Stumpfkantig mußten die verletzenden Körper gewesen sein, weil sonst nicht blos oberflächliche Hautwunden, sondern durchschneidende Verletzungen hervorgebracht worden sein mußten." Klarer über die Natur dieser Wunden ist die Meinung eines anderen hessischen Arztes und der medicinischen Facultät zu Zürich in ihren abgedruckten Gutachten, welche beide vermuthen, diese Wunden „rührten von Stockschlägen her."

Und solcher Behandlung gegenüber will man behaupten, die Folter sei abgeschafft?! Nein, sie ist nur grausamer und unerträglicher geworden. Was aber sind die Ergebnisse dieser Behandlung? Die Untersuchungen in Hessen liefern deren drei; Trapp starb eines langsamen und elenden Todes im Kerker; der Student C. Minnigerode wurde wahnsinnig im Kerker; Weidig entleibte sich im Kerker.

Wozu noch ein weiteres Wort neben solchen Thatsachen? Aber wir wollen nicht blos beschuldigen, sondern auch die rechtfertigenden Thatsachen aufnehmen, die vorliegen, und so schließen wir diesen Abschnitt mit einem Aufsatz der Großherz. Hess. Zeitung vom 4. März 1837. Er lautet: „Wenn dieser (nämlich der Advokat Reh zu Darmstadt, Weidig's Schwager) aber den Glauben ausspricht, sein Schwager habe den Selbstmord begangen „„in Folge eines Wahnsinns, der als Krankheit vernachlässigt, oder durch unerträgliche Qualen plötzlich hervorgerufen worden sei,““ so müssen wir es den Gerichten überlassen, hierauf zu antworten, wenn sie es für angemessen halten. Wir wissen nur, daß wir uns vortrefflicher, durch ihre Gerechtigkeitsliebe und ihre Rechtskenntnisse gleich ausgezeichneter Gerichtshöfe erfreuen; daß jeder Gefangene unter ihrem Schutze steht; daß ihm nicht das mindeste Unrecht geschehe, daß er jeden Augenblick an die Gerichte reclamiren kann, daß aber Niemand Jahre lang ohne Ursache im Verhaft bleibt: daß eine ganz unparteiische Commission von Gerichts- und Verwaltungsbeamten jeden Monat das Arresthaus besucht und jeden einzelnen Gefangenen fragt, ob er nichts zu klagen habe; daß namentlich die politischen Gefangenen sich der humansten Behandlung erfreuen; daß sie in gesunden, trocknen Zimmern mit anständigem Ameublement und guten Betten wohnen, daß man ihnen vortreffliche Kost (täglich Suppe, Gemüse und Fleisch, Abends Braten und Salat) verabreicht) daß man ihnen sogar Wein, Kaffee, Kuchen u. s. w. gestattet, wenn sie's kaufen oder ihre Freunde es ihnen senden; daß sie Lectüre (wissenschaftliche und unterhaltende), Licht u. s. w. erhalten, wenn sie

sich dessen nicht durch unziemliches Betragen u. s. w. verlustig machen. Dies ist durch die glaubwürdigsten und ehrenhaftesten Männer, z. B. die die Gefangenen besuchenden Aerzte, verbürgt."*)

Wir kommen nun zum Ende des blutigen und ergreifenden Trauerspiels, welches vor uns abrollte. Das Ende ist des Verlaufes ganz würdig, es überbietet denselben sogar noch an Entsetzen. Aber die Forderungen, die Schönheits- und Sittlichkeitslehre an ein Trauerspiel machen, werden nicht befriedigt. Das Opfer verblutet auf die gräßlichste Weise vor unsern Augen und erregt in zweifacher Beziehung unsere schmerzlichste Theilnahme: wegen seines harten und unverdienten Geschickes und wegen der gänzlichen Ohnmacht, in welcher das von tausend moralischen Ketten gefesselte Opfer dasselbe erdulden muß. Aber der Anblick dieser Ketten gesellt auch Entrüstung zu der Theilnahme; wir sehen einen edlen, sittlichstarken und eben so kampffähigen als kampfbegierigen Menschen auf die unwürdigste Weise untergehen, den gemeinsten Kräften wehrlos unterthan und erliegen, und lauschen vergeblich nach dem Flügelschlage der ewigen Gerechtigkeit, der uns erhebt und versöhnt an der Stätte einer Blutthat. Ueber der Leiche, deren klaffende Wunden rufen in zermalmenden Donnertone nach Gerechtigkeit, fällt der Vorhang, und Alles ist in tiefe undurchdringliche Nacht gehüllt. Das geheime Gerichtsverfahren, überrascht von dem an's Tageslicht tretenden Ende dieses Schauerstückes, entzieht wenigstens schnell die Fäden

*) Es gehört die Stirn einer Regierungszeitung dazu, den erwiesenen Thatsachen gegenüber solche Lügen zu verbreiten! —

A. d. St.

und Triebfedern unserm Blicke, die jenes Ende herbeigeführt. Aber der Lenker unserer Schicksale dort oben ist kein schlechter Trauerspieldichter, wie wir sie unter den Menschen finden; ihn beleidigt die mangelnde Vollendung seines Werkes und Menschenhand vermag es nicht, ihn zu hindern, daß er die Gerechtigkeit mahnt, ihre versöhnende und erhebende Pflicht zu erfüllen. Andachtsvoll und mit freudiger Zuversicht blicken wir zu ihm hinauf, wenn wir erkennen, wie er mit allmächtiger Hand den Schleier der Heimlichkeit zerreißt und seinen Blitz schleudert in die greuelvolle Nacht eines Verfahrens, das den Namen „Recht!" verhöhnt. Mit dem Kundwerden dessen, was geschehen, ist der Gerechtigkeit die Bahn geöffnet, ihr endlich genug zu thun, ist nothwendig, ist unvermeidlich geworden. Denn sollte man nun nicht die ganze volle Wahrheit aufdecken und die zu lange versäumte Strafe wälzen auf das Haupt des Schuldigen, so verwaltet die öffentliche Meinung schonungslos ihr Amt, und sie verdammt dann mehr als das geheime Verfahren. — So besprechen wir denn

Weidig's Tod.

Am 23. Februar 1837 Morgens 7½ Uhr kam der Gefangenwärter Preuninger in Weidig's Zelle und fand die Zelle voll Blutspuren, den Gefangenen mit gefalteten Händen im Bette ausgestreckt und im Blute schwimmend. Preuninger holte den Untersuchungsrichter, der mit dem Hofgerichtsassessor Weber und dem Actuar Scharrmann sofort den Thatbestand in Augenschein nahm. Schlag 8 Uhr betraten sie die Zelle, fanden, was Preuninger gemeldet, entdeckten aber auch „Blutspuren" am Halse, der mit einer

Binde umwunden war. Weidig lebte noch, denn sein „Bauch hob und senkte sich bei den Athemzügen.“ Alle verließen hierauf die Zelle und ließen — es ist unglaublich — den schwer Verwundeten volle 2 Stunden ohne Aufsicht, ohne Hülfe, ohne irgend einen Rettungsversuch liegen. Um 10 Uhr kamen die Aerzte Dr. Graff und der Dr. Stegmayer, nebst dem Wundarzte Frenniard und dem Gerichtspersonal, in die Zelle zurück, nur der Untersuchungsrichter war nicht dabei, da er es „für alle Fälle geeignet“ hielt, die Aufnahme des Thatbestandes dem Assessor Weber zu übertragen. Man fand den Gefangenen nun auf der rechten Seite liegend, seine früher entblößten Beine waren mit dem Bette bedeckt, statt der früheren „Blutspuren“ am Halse fand man eine „vier Zoll große, weit von einander klaffende Wunde, so tief, daß die Luftröhre oberhalb des Kehlkopfes bis auf die hintere Wand des Schlundes gänzlich durchschnitten war.“ Die weißleinene Halsbinde, in der Mitte noch mit frischem Blute befleckt, lag am Kopfende des Bettes am Boden. Ferner fand sich am linken Arm, nahe am Handgelenke, ein Schnitt von 1½ Zoll Länge, an derselben Stelle der rechten Hand ein Schnitt von 2 Zoll Länge, aus welchem sich noch schwarzes Blut ergoß; eine weit von einander klaffende Wunde an dem linken Fuße unterhalb des Knöchels; ein 2 Zoll langer Schnitt am rechten Fuß unterhalb des innern Knöchels. Endlich zeigten sich jene kleinen im vorigen Abschnitte bereits erwähnten Wunden am rechten Oberschenkel. — Der Puls war nirgends mehr zu fühlen, und der Verwundete verschied, während das Protokoll niedergeschrieben wurde. Neben dem Gefangenen im Bette

fand man eine große Glasscheibe, von der zerbrochenen Wasserflasche herrührend, deren übrige Scherben sich ebenfalls im Gefängnisse vorfanden; ebenso fanden sich die Scherben einer zerbrochenen Medicinflasche. Das ganze Gefängniß war voller Blutspuren, in welchen die Fußtapfen des Geschiedenen abgedrückt waren und zeigten, daß derselbe mit seinen Wunden noch hin und hergegangen sein mußte, und zwar theils mit nackten Füßen, theils mit den Socken bekleidet. Rings an den Wänden waren ebenfalls Blutspuren, die einen „unbestimmten Abdruck blutiger Finger erkennen zu lassen schienen.“ An der östlichen Gefängnißwand endlich fand sich die schwer zu entziffernde, wahrscheinlich mit dem in Blut getauchten Finger geschriebene Schrift:

Da mir der — —
Feind jede Vertheidigung — —
versagt, so wähle ich einen — —
schimpfln. Tod — —
von — —
freien Stücken.

F. L. W.

Diese Schrift wurde — und das ist sehr wichtig — schon um 8 Uhr vom Actuar entdeckt und theilweise entziffert.

Aus dem so befundenen Thatbestande nun schließen die Gerichtsärzte wie folgt: „Was die Entstehung der sämmtlichen Verletzungen anlangt, so konnten dieselben insgesammt nur durch ein scharfes, schneidendes Instrument hervorgebracht worden sein. Erwägt man, daß eine große Glasscherbe im Bette neben dem Verwundeten gefunden wurde, nimmt man ferner an, daß eine an der Wand vorgefundene, mit Blut geschriebene Bemerkung, welche den

Vorsatz des Selbstmordes aussprach, von der Hand des Inquisiten herrührte, und setzt man alles dies in Verbindung mit der Lage desselben und seinen trüben Aussichten in die Zukunft, so wird es kaum zweifelhaft erscheinen können — zumal bei Abwesenheit eines jeden anderweitigen gewaltsamen Angriffs von Außen — daß lediglich der Inquisit selbst aus eigenem Antriebe vermittelst der vorgefundenen Glasscherbe die Wunden sich selbst beigebracht habe."

Später erklärten die beiden Gerichtsärzte in zwei verschiedenen, zum Zwecke der eingeleiteten Untersuchung über den Tod Weidig's eingeforderten Gutachten, daß die Hand- und Fußwunden nicht lebensgefährlich gewesen seien und bei rechtzeitiger Hülfe durch geschickte Behandlung deren Folgen hätten beseitigt werden können;" daß die „große Halswunde nicht das Werk eines einzigen Schnittes gewesen sei, sondern einer langsamen, wiederholten unsicher und in verschiedener Richtung ausgeführten Metzelei," daß endlich „mit einem Grade von Gewißheit„ der durchaus keinen Widerspruch zuläßt," angenommen werden müsse, daß die Halswunde aus einer ganzen Reihe von Gründen zur Zeit der ersten Besichtigung „noch lange nicht vollendet war," woraus folgt, daß — selbst wenn die Halswunde begonnen hatte — die Wunden sämmtlich und vielleicht gegen den Willen des Vulneraten wieder völlig geheilt werden konnten." Nach diesen Gutachten beurtheile man nun, welche entsetzliche Verantwortlichkeit die Vernachläßsigung des Verwundeten während voller 2 Stunden auf das Gewissen derer wälzt, die sie verschuldeten.

Die Untersuchung über den Tod Weidig's selbst und dessen Ursachen ist — so weit sie hier actenmäßig vorliegt

— so lückenhaft und mangelhaft, daß man nicht allein die berühmte „Gründlichkeit" des geheimen Verfahrens darin vermißt, sondern sogar die Sorgfalt, die das Gericht sich am Ende selbst schuldig war. Zunächst liefert der Untersuchungsrichter Vertheidigung — oder Erklärung seiner Handlungsweise — ein so verworrenes Gemisch sich wild durchkreuzender Gedanken, ein so entschieden ungenügendes Eingehen auf die Sache selbst, und dagegen eine so unzulässige Einmischung anderer Dinge, daß man in der That nicht begreift, wie dieses Actenstück dem Gerichte genügen konnte. — Ferner wird zwar klar, daß Weidig 2 Stunden ohne Aufsicht und Hülfe blieb, aber ob seine Zelle und der dazu gehörige Vorsaal in dieser Zeit verschlossen und von Niemand betreten ward, darüber fehlt jede Auskunft. Diese war aber um so wichtiger und dringender, als der Gefangenwärter Wolf bei seiner Vernehmung aussagt: „Preuninger habe etwa gegen 10 Uhr auf dem Gange Blutflecken beim Auftreten mit seinen Sohlen zurückgelassen. Woher kamen diese? War er in Weidig's Zelle gewesen? Weshalb? Daß er bei der Aufnahme des Thatbestandes gegenwärtig war, davon sagen die Acten kein Wort. — Die Blutschrift selbst ist ein dunkles Räthsel; man hat gar nicht untersucht, ob dieselbe von Weidig's Hand war, und zwei Umstände lassen dies bezweifeln: Um halb 8 Uhr ist es am 23. Februar noch nicht hell, am wenigsten in einer Zelle, wo es um 10 Uhr noch zu dunkel war, um die ärztliche Besichtigung vollständig vorzunehmen; Weidig mußte also die Schrift in tiefster Finsterniß schreiben. Hätte man das ihr nicht anmerken und in's Protokoll eintragen müssen?

Dann konnte die Schrift auch erst nach Oeffnung der Arterien begonnen sein und erforderte lange Zeit, an der Stelle, wo sie stand, mußte also eine sehr große Blutlache liegen — das Protokoll beschreibt uns alle Blutspuren einzeln, von dieser sagt es nichts. Die Blutspuren zeigen den Abdruck der nackten, wie der mit Socken bekleideten Füße des Gefangenen, sowie rings an den Wänden den Abdruck blutiger Finger: die Verblutung aber erfolgt am sichersten und leichtesten in einem hohen Wärmegrad, am leichtesten im warmen Bade; das konnte Weidig nicht fremd sein. Warum hätte er das warme Bett verlassen, die Verblutung hemmen, seine Schmerzen unendlich vergrößern sollen? Warum in dem ihm so bekannten Gefängnisse mit den Fingern an allen Wänden herumtappen sollen? Denkt man dabei nicht unwillkührlich an eine äußere Gewalt, die ihn zwang zu diesen Bewegungen, mit der er gerungen?

Diese und eine ganze Reihe anderer Fragen stellen sich zwei andere ärztliche Gutachten. Das erste von einem hessischen Arzte fragt: „Ist die große Halswunde Weidig von fremder Hand beigebracht worden?“ Es antwortet: „die Gerichtsärzte haben ganz Recht, wenn sie behaupten, die Wunden an Händen und Füßen mußten geraume Zeit vor der Halswunde vorhanden sein. Die Verblutung mußte also erfolgen und eine starre Ohnmacht herbeiführen. War diese aber (um 8 Uhr) eingetreten, so war es unmöglich, daß Weidig sich wieder so weit erholte, um seine Halsbinde abzunehmen, hinter das Bett zu werfen und mit der Glasscheibe selbst die Metzelei zu vollführen, die man am Halse fand. Denn kehrte auch das

Leben — gegen alle Erfahrung — bis zu einem gewissen Grade wieder, so wurde in dem Augenblick die Verblutung stärker und die Ohnmacht mußte wieder eintreten. Hinsichtlich der Glasscherbe kann man nur annehmen, daß dieselbe von fremder Hand an die Stelle im Bette gelegt wurde, wo man sie fand. Denn es ist eine bekannte Thatsache, daß demjenigen, der sich den Hals so tief durchschneidet, wie es bei Weidig der Fall war das Instrument entfällt, weil Bewußtlosigkeit auf der Stelle eintritt. — — Nach diesen, auf Grundsätzen der Wissenschaft und Erfahrung beruhenden Prämissen ist nicht zu widerlegen, daß die bei Pfarrer Dr. Weidig vorgefundene große Schnittwunde am Halse demselben von fremder Hand beigebracht worden sei. So weit dieser Auszug.

Die medicinische Facultät zu Zürich stellt sich die Fragen: „Hat Weidig sich alle Wunden und jede einzelne in ihrer ganzen Ausdehnung selbst beigebracht? In welchem Verhältnisse steht die gänzliche Vernachlässigung und Hülflosigkeit des Verwundeten zu seinem Tode? In welchem Verhältnisse steht seine Behandlung im Kerker zu dem scheinbaren oder wirklichen Selbstmorde?“ Sie antwortet darauf einstimmig, nachdem sie — wie das vorige Gutachten — die Unmöglichkeit des Wiedererwachens aus der Ohnmacht erörtert, „man habe zu wenig Rücksicht auf das von Weidig gebrauchte Instrument und sein Verhältniß zur Halswunde selbst genommen. So unwahrscheinlich es ist, daß der sehr Geschwächte sich die Halswunde mit einer Glasscherbe selbst beigebracht, eben so unwahrscheinlich ist es, daß die Muskeln und der Kehldeckel mit einer Glas-

scherbe überhaupt durchschnitten wurden, daß sie aber, wie das gerichtsärztliche Gutachten sagt: „rein abgeschnitten waren, ist unmöglich.“ (Die Facultätsmitglieder versuchten mit gewählten Scherben, sorgsamster Vorbereitung und ruhigster Ueberlegung an zwei Leichen einen ähnlichen Schnitt und konnten ihn nicht ermöglichen, obgleich sie solche Kraft darauf verwandten, daß beim Ausfahren die Scherbe in die Schulter bis auf den Knochen hineinfuhr). „Es ist — so lautet der Schluß der wissenschaftlichen Erörterung — weder gewiß noch wahrscheinlich, daß Weidig die Halswunde in ihrer ganzen Ausdehnung sich selbst beigebracht habe.“ Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit erörtert die Facultät die beiden andern Fragen und antwortet auf die zweite: „es ist höchst wahrscheinlich, daß die gänzliche Vernachlässigung und Hülflosigkeit des Verwundeten seinen Tod wenn nicht herbeigeführt doch wesentlich befördert habe;“ und auf die dritte: „aus der actenmäßigen Darstellung geht hervor, daß der scheinbar oder wirklich beabsichtigte Selbstmord Weidig's hauptsächlich veranlaßt worden ist durch die ihm zu Theil gewordene Behandlung, insbesondere durch Verhinderung der regelmäßigen Besuche des Arztes, mittelst welcher allein die Möglichkeit gegeben war, die gefährliche Gehirnkrankheit rechtzeitig zu erkennen und zu heilen.“

Hiermit schließen wir den Bericht über ein Ereigniß, das in seinem ganzen Verlaufe mehr an die finsteren Zeiten roher Barbarei als an unser Jahrhundert erinnert. Die deutsche Presse wird ihre Pflicht erkennen, zu thun, was sie kann, damit das Ausland, welches diese fürchterliche Geschichte gewiß in den krassesten Entstellungen betrachten

wird, gewahre, daß wir jede Kraft setzen an die Erforschung der Wahrheit. Dank sei es dem Geiste unserer Zeit! die öffentliche Meinung ist stark genug, von den Betheiligten, den schwer Beschuldigten sich jetzt eine offene gerade Darlegung des Sachverhalts zu erzwingen; mit Redensarten von „Skandal, verwerflicher Tendenz und Schmähschriften“ ist es hier nicht gethan. Möchte diese Darstellung zur Ehre des deutschen Namens, zur Ehre der Menschlichkeit, zur Ehre des Rechtes und der Gerechtigkeit bald und vollständig erfolgen. Widerlegt sie die vorstehenden Angaben, wir wollen sie aufs Freudigste begrüßen und jubelnd zu ihrer Verbreitung beitragen.

Capitel VI.

Robert Blum als Vorkämpfer für die Religionsfreiheit.

Deutschland schmachtete im Zustand seiner tiefsten Erniedrigung. Seit dem Jahre 1830 waren 14 lange Jahre vergangen und die Freiheitsbewegung von 1830 war längst wieder vollkommen unterdrückt. Mit immer härtern Ketten belasteten die Fürsten das unglückliche deutsche Volk, mit jedem Jahre wurde die Censur strenger, mit jedem Jahre wurden dem Volke energischer die Mittel zu seiner geistigen Ausbildung abgeschnitten.

Aber die Keime der Freiheit waren in das Herz des deutschen Volkes gelegt und dasselbe harrte nur auf einen äußern Anstoß, um diese Keime zum schnellen Wachsthum zu bringen. —

Eine politische Freiheitsbewegung bereitete sich, während das deutsche Volk noch sanft zu schlummern schien, in unserm Vaterlande vor. — Während der strengsten Herrschaft der Censur, während der demüthigendsten Unter-

drückung der Geistesfreiheit, war der Haß, der Widerwillen des Volkes gegen diese Unterdrückung eben durch das Uebermaaß derselben mit jedem Jahre mehr und mehr gewachsen.

Aber die verblendeten Unterdrücker bemerkten es nicht. Sie glaubten sich sicher, sie glaubten, daß das Volk schlafe, sie hielten es für reif zu der Einführung aller jener veralteten, mittelalterlichen Formen, welche eben Ideal sind der Rückwärtsmänner.

Als das beste Mittel, um das Volk zurückzuführen und zu verdummen, um ihm jeden Gedanken an eine freie Regung des Geistes zu nehmen, erschien die orthodoxe Religiösität, und dieser arbeiteten daher die Regierungen mit aller Macht zu.

Die orthodoxe Richtung wurde von den Regierungen gleich sehr begünstigt, mochte sie sich in dem Katholicismus oder in der protestantischen Kirche zeigen.

Es war auch dies im Grunde genommen gleichgültig Da die Religion von der herrschenden Rückwärtspartheі, von den strengen Absolutisten, nur betrachtet wurde als ein Mittel zum Zweck, als ein Mittel, um das Volk zu verdummen, es zurückzuführen von den in ihm erwachenden Freiheitsgedanken, so konnte es nicht darauf ankommen, welche Religion man dazu benutzte.

Den Katholiken gegenüber mußte man den strengen Katholicismus, den Protestanten den protestantischen Pietismus befördern.

Besonders in Preußen wirkten für diesen Zweck die höchstgestellten Männer und mit vielem Erfolge. Der Pietismus nahm mit einer reißenden Schnelligkeit zu an An-

hängern, welche bestochen waren theils durch die Belohnungen der hochgestellten Würdenträger des Reichs, theils durch deren gleißnerische Worte.

Aber für die Rheinlande bedurfte man eines andern Mittels, denn in der katholischen Rheinprovinz konnte der Pietismus keine Wurzel fassen; man mußte dem orthodoxen Katholicismus fröhnen und man glaubte das verdummte Volk schon genug vorbereitet, um es wieder zurückführen zu können in das mittelalterliche Pfaffenthum.

Im Jahre **1844** ließ der Bischof Arnoldi in Trier den heiligen Rock Jesu Christi öffentlich ausstellen und ermahnte die gläubigen Katholiken hinzupilgern gen Trier, die heilige Reliquie zu küssen und anzubeten.

Wie im Mittelalter Tetzel mit seinem Ablaßkram herumzog in Deutschland und allen Sündern Vergebung verhieß, wenn sie ihr schwer erworbenes Geld in die gefräßige Kasse des Pabstes würfen, verhieß Bischof Arnoldi: Segen und Heil allen denen, die nach Trier pilgerten, den heiligen Rock berührten und dafür ihren Opferpfennig auf den Altar Gottes nieder legten. Er rief die Kranken und Gebrechlichen, hier in Trier würden sie Heilung finden für alle Leiden, der heilige Rock des Gottessohnes, so posaunten die heuchlerischen und geldgierigen Priester aus in die weite Welt, werde Wunder thun!

Das geschah im 19ten Jahrhundert, im Jahrhundert der Vernunft!

Wie dereinst im Mittelalter selbst der Unsinn Tetzels Glauben gefunden hatte, wie Tausende und Abertausende sich heran gedrängt hatten an den Ablaßkasten, um sich Vergebung der Sünden zu erkaufen und durch die wenigen

ersparten Pfennige den Geldkasten der beutegierigen Priester zu mästen, so fanden auch im 19ten Jahrhundert sich Tausende und Abertausende die sich betrügen ließen durch Priesterlist und Priesterschlauheit!

Schaaren des gläubigen Volkes strömten nach Trier! — So unglaublich es schien, so märchenhaft, es war dennoch war, die grobe Pfaffenlüge fand Glauben!

Alle Straßen nach Trier waren mit gläubigen Pilgern bedeckt, welche dem heiligen Rocke zuwanderten, um ihn zu berühren und sich dadurch des ewigen Heils theilhaftig zu machen.

Die Spekulation des Bischofs Arnoldi gelang vollkommen, sein Gotteskasten füllte sich mit klingender Münze, wie dereinst die Kasten des Mönches Tetzel.

Alle katholischen Blätter schrien die Wunder aus, welche der heilige Rock gewirkt haben sollte,*) und selbst die protestantischen Regierungsblätter scheuten sich nicht, einzustimmen in dies Geschrei oder wenigstens zu schweigen bei dem glänzenden Unsinn.

Seltsame Märchen durchliefen alle Zeitungen Deutschlands, Märchen, bei deren Erzählung man zweifelhaft werden mochte, ob man im 19. Jahrhundert oder in der Zeit des dunkelsten Mittelalters lebte.

Eine hochgeborne Gräfin gab sich dazu her, die Betrügerin zu spielen, in Krücken nach Trier zu wandern und

*) Am schamlosten wirkte die Luxemburger-Zeitung, welche in einem eigenen Beilageheft die Wunder pries, welche der heilige Rock in der Zeit seiner Ausstellung vom 18. August bis 6. Oktober 1844 an 11 frommen Pilgern bewirkt haben sollte.

nach der Berührung des heiligen Rockes die Krücken fortzuwerfen, um gesund von Trier zurückzukehren.

Ein bürgerliches Mädchen, Josephine Wagner von Alflen, welches täglich 20—24 Mal an der Epilepsie litt und bereits seit ihrem 12. Jahre den Verstand verloren hatte, sollte plötzlich (trotz ihrer Verstandlosigkeit!) ihre Hoffnung und ihr Vertrauen auf den heiligen Rock gesetzt haben, und dadurch nach der Pilgerfahrt, vollständig geheilt worden sein.

Die Regierungen litten nicht nur das schmähliche, schändliche Gaukelspiel, jene väterlichen Regierungen, welche bei jeder Gelegenheit das unmündige Volk bevormunden wollten, begünstigten es sogar, wie dereinst die Fürsten das Gaukelspiel Tetzels begünstigt hatten.

Aber wie dereinst das Uebermaaß pfäffischer Nichtswürdigkeit im Mittelalter die Reformation herbeigeführt und den Fall des Katholicismus bewirkt hatte, so sollte auch jetzt dasselbe Uebermaaß im 19. Jahrhundert dieselbe Wirkung haben.

Mit Staunen und Grauen schaute halb Europa auf das Pfaffenspiel in Trier. Wie Schuppen fiel es bald von den Augen der Betrogenen, welche jetzt plötzlich einen tiefen Blick thaten in das Treiben der herrschenden Finsterlingspartheí.

Anfangs wagte Niemand aufzutreten mit einem kräftigen Wort gegen jene Pfaffen, welche in den Regierungen einen so mächtigen Schutz hatten; da erschien plötzlich im Oktober 1844 in den sächsischen Vaterlandsblättern der Brief eines unbekannten katholischen Pfarrers an den Bischof Arnoldi in Trier, jener Brief Johannes Ronge's, der ein so welterschütterndes Aufsehen erregte.

Johannes Ronge, obgleich selbst katholischer Pfarrer,

konnte seinen gerechten Unwillen nicht länger bei dem betrügerischen Gaukelspiel, durch welches die Religion entweiht wurde, zurückhalten.

Mit einem offnen Manneswort trat er hervor und sein Wort fand einen gewaltigen Wiederhall in ganz Deutschland.

Der Brief Ronge's war eben kein großes Geistesproduct, aber er kam zur rechten Zeit; er sprach das aus, was Tausende in jenen Tagen in ganz Deutschland fühlten, ohne die Kraft und den Muth zu haben, ihre Gefühle öffentlich an den Tag zu legen.

Der Brief Ronge's wurde daher in ganz Deutschland mit einem ungeheuren Jubel und Enthusiasmus empfangen; alle irgend freisinnigen Zeitungen druckten ihn ab und außerdem wurde er in Hunderttausenden von besonderen Abdrücken überall in Deutschland verkauft und mit Begierde gelesen.

Besonders in West- und Ostpreußen, Schlesien, Posen und im Königreich Sachsen fand das offne Auftreten Ronge's die allgemeinste Billigung und bald traten in allen diesen Provinzen auch andere Männer offen mit ihrer Ansicht hervor und sprachen es aus, daß sie sich losreißen wollten von dem veralteten Pfaffenunwesen, von den mittelalterlichen Institutionen der katholischen Kirche, welche sich längst überlebt hatten und keinen Boden mehr finden konnten in dem Zeitalter der Vernunft.

Ein tiefer Schrecken erfaßte jetzt plötzlich die katholische Priesterschaft. Sie sah ihre Herrschaft wanken, der Sturz des Pabstthums in Deutschland schien bevorzustehen. Der Haß der heuchlerischen Priester gegen Johannes

Ronge, der obgleich selbst Priester, es gewagt hatte, den scheinheiligen Gottesdienern die Maske vom Gesicht zu reißen, wuchs mit jedem Tage und machte sich Luft in den gehäßigsten Beschuldigungen gegen Ronge und gegen alle diejenigen, welche mit Ronge dachten, fühlten und handelten.

Die Priesterschaft von Trier ging sogar so weit, am 16. November 1844 in einer Schrift an das Domkapitel in Trier die dringende Bitte auszusprechen, dasselbe möge sich an Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen, und an den deutschen Bundestag wenden und von diesen einen kräftigen Schutz der katholischen Kirche und eine energische Handhabung der Censur gegen die Anfeindung der Rockanbetung fordern.

Es heißt in dem pfäffischen Schreiben unter Anderm:

„Auf Veranlassung der von unserm hochwürdigsten Herrn Bischof angeordneten Ausstellung des heiligen Rockes unseres Heilandes Jesu Christi sind in den öffentlichen censirten Blättern Deutschlands manche für die Katholiken äußerst kränkende und deren Glauben tief verletzende Artikel erschienen. Insbesondere haben die sogenannten Sächsischen Vaterlandsblätter in Nr. 261 d. J. einen Artikel publicirt, welcher aus denselben in die meisten deutschen und selbst preußischen Zeitungen übergegangen ist. Dieser Artikel greift in frechem Spotte die Verehrung der Reliquien an; er verhöhnt die Katholiken, welche zum heiligen Rocke pilgerten, und sucht unsern ehrwürdigen Bischof der Verachtung der Mit- und Nachwelt preiszugeben und dessen Motive bei Ausstellung des heiligen Rocks auf das Schnödeste zu verdächtigen. Solche Schmähartikel müssen unter allen Katholiken Deutschlands die tiefste Entrüstung her-

vorrufen und den confessionellen Friedenszustand in seinen Grundfesten erschüttern.“ —

Gegen diese Kundgebungen des Pfaffenthums trat als Vertheidiger Ronge's mit männlicher Kraft Robert Blum auf. —

Er hatte in seiner Kindheit das Pfaffenwesen genugsam zu durchschauen Gelegenheit gehabt, um vom tiefsten Haß, von der größten Verachtung gegen dasselbe durchdrungen zu sein.

Die Bestrebungen Ronge's fanden daher in Robert Blum einen eifrigen Freund.

In einem gediegenen Artikel: „Der Kampf zwischen Finsterniß und Licht“ betitelt, stellte Robert Blum in den sächsischen Vaterlandsblättern die pfäffischen Lästerungen Ronge's im klaren Lichte als das dar, was sie wirklich waren, als eitel Lüge und Betrug.

Mit glänzenden Farben schilderte er den Pfaffenunfug in Trier und ging dann über zur Rechtfertigung Johannes Ronge's.

Robert Blum betrat mit diesem Aufsatz zuerst den Weg, den er später mit eiserner Consequenz verfolgt hat, den Weg als religiös politischer Agitator.

Blums Aufsatz machte besonders in Sachsen ein ungeheures Aufsehen, und es that dies auch sein zweiter Aufsatz, welcher unter der Ueberschrift: „Die Wunder des heiligen Rockes“, ebenfalls in den sächsischen Vaterlandsblättern erschien.

Robert Blum sprach in diesem Aufsatz seine tiefe Entrüstung aus über die Rockverehrung in Trier. Er fuhr dann fort:

„Das wahre Wunder, welches der heilige Rock zu Trier gewirkt, ist, daß er endlich auch die verblendetsten Geister aufgescheucht aus der Ruhe des Nichtsthuns, daß er auch dem Befangensten den Schleier gerissen vom getrübten Auge und dem schlichten Worte der Wahrheit einen jubelnden Einzug bereitet in Millionen Herzen. Daß er den Bann gelös't, in welchem Rom uns gefesselt hielt, und mit der Fackel der Vernunft uns die Bahn beleuchtet, die wir zu wandeln haben, wenn wir die Finsterniß besiegen wollen auf ewig, in welche man uns versenken wollte. Soll die schöne Erhebung, welche alle denkenden Katholiken des Vaterlandes beseelt, spurlos verschwinden, wie so manche frühere Anregung? Wollen wir den Finsterlingen Zeit gönnen, die Schwachen unter uns aufs Neue in Fesseln zu schlagen? Glaubensgenossen! die angeordnete festliche Erinnerung an die große Rockfahrt, die „Verehrung" der h. Nägel und der h. Lanze zeigen uns deutlich, was man sinnt! Es giebt nur ein Mittel, das Joch abzuwerfen, welches jetzt nur noch locker auf unserm Nacken liegt; es heißt! Trennung von Rom, Aufhebung der Ohrenbeichte und des Cölibats (der Ehelosigkeit der Priester)."

Mit lichtvollen Worten charakterisirte Blum die Herrschaft Roms, die Ohrenbeichte und das Cölibat und sprach dann weiter:

„Wären aber auch diese Einrichtungen unzweifelhaft gesetzlich, nicht bloße Ausflüsse tyrannischer Gewalt, müßten sie dann ewig bleiben? Dürfte die mündig gewordene katholische Christenheit nicht endlich daran rütteln? Wenn sie das nicht darf, so müssen wir unsere Geschichte ver-

nichten und zurückkehren in die Nacht des Mittelalters, denn die Leibeigenschaft, die Frohnden und Lasten, die ganze Rechtslosigkeit des Volkes wenigen Bevorrechteten gegenüber war wenigstens eben so gesetzlich als Roms tyrannische Gewalt. Nein wir dürfen nicht allein, wir müssen endlich das Joch zerbrechen, welches so lange auf uns gelastet hat. Roms Oberherrschaft, die Beichte und das Cölibat bilden vereint die eherne Kette, an welche die katholische Christenheit geschmiedet ist zur schmachvollen Dienstbarkeit des fremden Pabstes: Roms Oberherrschaft knechtet Sinn und Gedanken, vernichtet jede geistige Freiheit und Selbstständigkeit des Katholiken und löst ihn ab von der Menschheit, vom Vaterlande, von der Familie; — die Ohrenbeichte wacht über jede leise Regung gegen diese Knechtschaft und schüchtert ein, ermahnt, droht und verdammt die Versuche, sie abzuschütteln; — ein abgeschlossener, mit der Welt und den Menschengefühlen durch nichts zusammenhängender Priesterstand aber ist der dienstwillige Förderer römischer Gebote und römischer Interessen, denn sie sind das Einzige, was ihn noch ans Leben fesselt. Dazu kam in finsteren Zeiten — und leider zum Theil auch noch in unseren Tagen — der jesuitische und mönchische Unterricht, der die Seele der Jugend vergiftete und zur Knechtschaft erzog, und als Schlußstein die Inquisition, an welche Beichtstuhl und Priesterschaft jeden Gedanken und jeden Denkenden lieferten — und die vollständigste Entmündigung und Entwürdigung der Menschheit war vollendet."

Robert Blum's trefflicher Aufsatz schließt mit einer

energischen Aufforderung an die Glaubensgenossen in Sachsen, sich zu ermannen von der römischen Priesterherrschaft und das Joch Roms von sich abzuschütteln.

„Glaubensgenossen, es tagt! Der Morgen einer besseren Zukunft naht heran, sein glühender Flügelschlag weht erfrischend und belebend um unsere Häupter! Wollen wir ihn verschlafen, um nach kurzem Tage zurückzusinken in die lange, finstere Nacht? Arnoldi hat das Fest des heiligen Rocks, der h. Nägel und der h. Lanze angeordnet: es wird das Siegesfest über den zertretenen Gedanken, über die vernichtete Geistesfreiheit, über die gefesselte Vernunft sein. Gestaltet es um, dieses Fest! Es werde das Traueramt der aufgehobenen Hierarchie. Rufen wir es als ein Zeugniß unserer Bildung, unserer Menschenwürde, unserer geistigen Freiheit jubelnd in alle Welt: Trennung von Rom! Aufhebung der Ohrenbeichte und des Cölibats! Eine deutsch-katholische Kirche!

Und Ihr, Glaubensgenossen in dem geisteshellen Sachsen, geht voran auf der leuchtenden Bahn. Ihr habt eine Sünde der Geschichte zu sühnen; sühnet sie! Einst war Sachsen die Wiege der Kirchenverbesserung, die durch Roms Schuld — Zwietracht, Spaltung, Krieg und Blut über unser Vaterland brachte. Laßt es die Wiege einer zweiten Verbesserung sein, die Eintracht, Liebe, Brudersinn, Frieden und Glück bringe über unser Vaterland für ewig. Umarmt mit dem Loosungsworte unsere protestantischen Brüder! Trennung von Rom! Aufhebung der Ohrenbeichte und des Cölibats! Eine deutsch-katholische Kirche!

Ihr aber, Glaubensgenossen in Leipzig, fühlt, welche

ernste Mahnung der Weltgeschichte an Euer Herz schlägt! Ihr baut dem Ewigen einen neuen Tempel, soll das Lob Gottes darinnen in einer todten, unserm Ohre und unserm Herzen gleich fremden Sprache erschallen, oder der begeisternde Wohlkang unserer Muttersprache? Soll der Beichtstuhl als die Zwingburg unseres Geistes darinnen prangen, oder verbannt sein als Zeichen des Sieges der Vernunft über den Gewissenszwang? Soll der Priester in fühlloser Gleichgültigkeit stehen am Altare, oder soll die Freudenthräne seines menschlich-feuchten Auges sich wiederspiegeln in dem unseren, wenn wir dem Höchsten danken für unser Glück? Sollen wir unsere Väter, unsere Brüder, unsere Gattinnen, unsere Kinder in dem neuen Tempel verläugnen und nach den Satzungen Roms alljährlich verdammen — oder wollen wir für sie beten in freudiger Andacht? Glaubensgenossen und Mitbürger! bedenkt diese Fragen, erkennet unsere Aufgabe, fühlt die ungeheure Macht unsers Beispiels, bedenkt, daß unsere Ehre, unser Ruhm unvergänglich ist, wenn wir vor dem deutschen Vaterlande freudig die Fahne von dem Thurme des neuen Tempels wehen lassen: Trennung von Rom! Aufhebung der Ohrenbeichte und des Cölibats! Eine deutsch-katholische Kirche!

Unser Heiland und Erlöser wurde in dem vergessenen Bethlehem geboren und sein Licht erleuchtete doch die ganze Erde! Das Beispiel des kleinen Schneidemühl wird nicht verloren und sein Name unvergänglich sein, wie die Namen Bethlehem und Wittenberg. Aber die Zeit ist eine andere geworden, und das Beispiel großer Städte hat eine ganz andere Wirkung als ehedem. Bedenkt es, Glaubensge-

nossen und Mitbürger, was die Nachwelt von uns sagen wird, wenn wir blind und taub sind für den Ruf der Weltgeschichte, Hand zu legen an der „Christenheit gezeitigte Verwandlung!" Geschehen wird auch ohne uns, was geschehen muß. Schon ist in Breslau und Eberfeld die deutsch-katholische Gemeinde gebildet, andere Städte werden folgen, und allmächtig wird das Nothwendige sich ausbreiten. Aber was bisher geschah, waren nur Trennungen in unserer Kirche selbst, es waren Theile, die sich ablös'ten von dem alten Körper. Noch also können wir Alle überflügeln, indem wir einstimmig, ein Beispiel dem ganzen Vaterlande, den Ruf erheben: Trennung von Rom! Aufhebung der Ohrenbeichte und des Cölibats! Eine deutsch-katholische Kirche!

O, daß es — das größte „Wunder des heiligen Rocks!" — bald geschehe! Amen."

Aber nicht allein auf dem Wege der Schrift wirkte Robert Blum. Er sah ein, daß es Zeit sei zu handeln.

Das Wort allein, sei es gesprochen, sei es geschrieben, thut es nicht, der freie Mann muß zur That greifen, wenn er die Freiheit fordern soll.

Robert Blum entschloß sich daher, nach dem Vorbilde Czerski's, der bereits am 19. Oktober 1844 in Schneidemühl eine freie katholische Gemeinde gegründet hatte, sich gänzlich loszureißen von Rom und ebenfalls in Leipzig eine freie Gemeinde zu gründen.

Robert Blum war sich wohl bewußt, daß er sich dadurch den Haß der herrschenden Gewalthaber zuziehen, sich unversöhnliche Feinde erwecken würde, aber er fürchtete dies nicht. Er hatte Rom, er hatte der Rückwärtspartheі ein-

mal den Fehdehandschuh hingeworfen und er entschloß sich nun, mit der höchsten Energie vorwärts zu gehen, ohne Berücksichtigung der Gefahren und Widerwärtigkeiten, welche ihm auch aus diesem Streite erwachsen möchten.

Im Februar 1845 versammelte Robert Blum viele gleichgesinnte Freunde in Leipzig und rief sie auf, eine deutsch-katholische, freie Gemeinde zu gründen.

Er hielt in der ersten Versammlung eine glänzende Rede, welche er mit folgenden Worten schloß:

„Auch uns möchten die Römlinge einlullen bis zu dem Augenblicke, wo es wieder möglich ist, unsere Bestrebungen zu verkümmern. Die Einen bitten heuchlerisch, „den Frieden nicht zu stören", während es doch keinen Frieden giebt und geben kann zwischen Vernunft und Unvernunft, Licht und Finsterniß, Tag und Nacht. Andere weisen mit verstellter Besorgniß auf „die aufgeregte Zeit" und wollen die Zeit der Ruhe erwarten. Aber die Zeit der Ruhe ist wohl geeignet zum Aufbauen und Vollenden, schaffen aber und einen weltumgestaltenden Gedanken ins Leben führen, kann nur die Begeisterung, und die Begeisterung erheischt Leben, Bewegung, Aufregung. Andere in unserer nächsten Nähe endlich weisen mit spießbürgerlicher Sorgfalt auf ihren „Kirchenbau" und fürchten, daß er einstürzt, ehe er aufstieg. O, über diese kleinliche Marthasorge! Vielleicht haben wir keine Kirche — aber erheben wir unser Herz zu Gott in der freien Natur oder auf unserm Boden — es ist besser und Gott wohlgefälliger als das fremde Geplärre der Römlinge in den prunkvollsten Marmorhallen.

Ja, meine verehrten Glaubensgenossen, jetzt werft das Joch ab, jetzt brecht die schmachvollen Ketten Roms,

jetzt macht Euch frei. Fühlt an Euer Herz und erkennet den Schlag der Weltgeschichte, der Euch mahnt zu einer That! Unser Vaterland, die ganze gebildete Welt sieht auf uns und erwartet unsern Entschluß. Wir können, wir **müssen** ein großes Beispiel geben. Einst war unser Sachsen die Wiege einer Kirchenverbesserung, an welche sich durch Roms Umtriebe Krieg, Verwüstung, Blutvergießen und Entsetzen aller Art knüpften, laßt es die Wiege einer zweiten Verbesserung sein, die Frieden und Einigkeit wieder herstellt für die Ewigkeit. Unter einer freien Verfassung, unter einer erleuchteten, freisinnigen, jedem Fortschritte freundlichen Regierung können wir uns befreien. O, zögern wir nicht, denn unser Entschluß wirkt auf die ganze gebildete Welt. Machen wir die Bruderliebe, welche der Bildung der Zeit und unsern Gefühlen entspricht, endlich zur Wahrheit; Rom hat sie auf der Zunge, aber Fluch im Herzen.

Ich habe gesprochen nach meiner Ueberzeugung, wer es anders weiß, der rede!

Robert Blum's Bemühungen, sein rastloser Eifer, sein kühner Enthusiasmus hatten den glänzendsten Erfolg.

Obgleich die Rückwärtsparthei die infamsten Mittel anwendete, um die Bildung einer freien katholischen Gemeinde in Leipzig zu verhindern, indem sie die Anhänger Blum's in Schrecken zu setzen suchte, und auf Robert Blum selbst am 9. Februar einen persönlichen Angriff machen ließ, so waren doch alle diese schmachvollen Bemühungen vollständig vergeblich. Weder Blum, noch die übrigen Anhänger des freien Katholicismus ließen sich ab-

schrecken und schon am 12. Februar constituirte sich die deutsch-katholische Gemeinde in Leipzig.

Robert Blum wurde in gerechter Anerkennung seiner Verdienste zum Vorsitzenden des Vorstandes dieser Gemeinde erwählt und hatte von dieser Zeit an die deutsch-katholische Gemeinde zu leiten.

Auch in seiner neuen Stellung erwarb sich Robert Blum ein großes Verdienst um den Deutsch-Katholicismus.

So jung die Lehre des Deutsch-Katholicismus war und so sehr sie gefährdet wurde durch äußere und innere Feinde, so mächtig ihr die feindseligen Regierungen und die keine Mittel scheuende Priesterparthei gegenüberstanden, so sehr also dem Deutsch-Katholicismus es geboten gewesen wäre, in sich einig und zusammenhängend zu sein, um dem äußeren Feinde energisch entgegentreten zu können, so zeigte sich doch auch hier wieder der unglückselige Hang der Deutschen zur Zwietracht und zum Hader.

Die jungen deutsch-katholischen Gemeinden, welche mit großer Schnelligkeit in Deutschland an verschiedenen Orten entstanden, stellten eben so viele verschiedene religiöse Glaubensbekenntnisse auf.

Die einen wollten mehr von den Satzungen der alten katholischen Kirche bewahren, als die anderen, die einen wollten nur einzelne der abgeschmacktesten katholischen Formalitäten von sich werfen, die andern wollten sich eine reine Vernunftreligion schaffen.

So kam es, daß bald der ultramontane Katholicismus frohlocken konnte über die Streitigkeiten und Reibungen der Deutsch-Katholiken unter einander, welche er nach Kräften durch bezahlte Ruhestörer zu fördern bemüht war.

Robert Blum sah das Unglückselige eines solchen unsinnigen Streites ein, er fühlte, wie durch und durch nothwendig die höchste Einigkeit dem jungen Deutsch-Katholicismus sei, wenn er nicht eben so schnell zu Grunde gehen sollte, als er entstanden war.

Er veranstaltete daher, daß die deutsch-katholische Gemeinde in Leipzig am 2. März 1845 den Beschluß faßte, zum Osterfest ein Concil sämmtlicher deutsch-katholischer Gemeinden nach Leipzig zur Einigung über die streitigen Punkte zu berufen.

In den Tagen des 23. bis 26. März 1846 wurde das Concil in Leipzig abgehalten. Robert Blum war zum zweiten, Professor Wigard aus Dresden zum ersten Vorsitzenden desselben erwählt worden.

Das Concil erfüllte allerdings nicht ganz die Aufgabe, welche ihm gestellt worden war, es blieb hinter der Erwartung zurück, welche Robert Blum von demselben gehegt hatte; aber es bewirkte doch wenigstens eine größere Einigung der gesammten deutsch-katholischen Parthei, wenn es auch die Aufstellung eines gemeinschaftlichen Glaubensbekenntnisses für alle deutsch-katholischen Gemeinden nicht vollständig erreichte.

Ein wesentliches Resultat des Concils war eine Einigung darüber, daß die deutsch-katholischen Gemeinden fortan sowohl das Prinzip der Glaubensfreiheit, als das einer freien Gemeindeverfassung in sich aufnahmen.

Von dieser Zeit an wirkte Robert Blum ununterbrochen im Interesse des Deutsch-Katholicismus. Er machte für die Ausbreitung desselben viele Reisen; so nahm er auch Theil an dem zweiten deutsch-katholischen Concil in

Berlin im Jahre 1847. Er verwendete seine Thätigkeit ununterbrochen darauf, die deutsch-katholische Lehre auszubreiten und sein deutsches Volk frei zu machen von den Irrlehren des ultramontanen Katholicismus. Besonders in Sachsen hatten seine ununterbrochenen Bemühungen auch einen ganz bedeutenden Erfolg.

Daß Robert Blum sich durch sein rastloses Streben unendlich viele Feinde erwarb, versteht sich wohl von selbst. Die ganze ultramontane Rückwärtsparthei war durchdrungen von einem glühenden Haß gegen den edeln Volksmann. In allen Zeitungen der Rückwärtsparthei konnte man in damaliger Zeit Angriffe gegen Robert Blum finden, und besonders wurde es ihm zum Vorwurf gemacht, daß er die deutsch-katholische, die religiöse Bewegung nur benutzt habe, um vermittelst derselben eine politische Bewegung zu provociren.

Die Religion, so hieß es, werde herabgewürdigt zum Mittel für die politische Agitation und Robert Blum gerade treffe in dieser Beziehung der härteste Vorwurf.

Diese Beschuldigung fand vielfachen Glauben, so unsinnig sie war.

Freilich ließ sich in jener Zeit das Drängen nach Religionsfreiheit gar nicht trennen von einer politischen Agitation, denn die Freiheit ist nur als ein einiges Ganzes möglich, sie kennt keine Zerstückelung.

Wer kämpfen wollte für eine Freiheit der Religion, für ein Losreißen von den veralteten mittelalterlichen Institutionen des Katholicismus, für eine freie Gemeindeverfassung, der mußte auch kämpfen für eine Niederreißung der politisch mittelalterlichen Instuitutionen, für eine Freiheit des

Wortes in der Presse, für das Recht der freien Versammlung, für das Recht der freien Gemeinde auch außerhalb der Kirche.

Die Religion wurde von Robert Blum nicht benutzt zum Deckmantel einer politischen Agitation; aber Robert Blum sah ein, daß ein siegreicher Kampf um Glaubensfreiheit nicht denkbar sei, wenn er nicht zu gleicher Zeit den ihm durch seine Pflichten gegen das Volk gebotenen Kampf um politische Freiheit aufnähme.

Robert Blum zog deshalb allerdings in seine religiöse Agitation stets die politische hinein, und er that Recht daran, er erfüllte dadurch nur eine Pflicht.

Durch seine vielfachen Reisen für den Deutsch-Katholizismus, durch sein öffentliches Auftreten in seiner Gemeinde zu Leipzig als deren Vorsteher, und gerade durch die vielen und erbitterten Angriffe, welche die rückwärtsstrebende Presse zu jener Zeit fast stündlich gegen Robert Blum wiederholte, erwuchs für denselben eine bedeutende Folge.

Der Name Robert Blums wurde sehr bald allgemein bekannt, das Volk gewöhnte sich daran, in Robert Blum den von der Reaktion angegriffenen Vorkämpfer für die Freiheit zu sehen, es gewöhnte sich daran, ihn zu betrachten als seinen Hort, der seinetwegen die Angriffe und Verdächtigungen der herrschenden Partei zu leiden habe.

Hatte schon vorher Robert Blum sich in Leipzig durch sein freundliches Wesen die allgemeine Liebe, durch seine Menschenfreundlichkeit, seine Rechtlichkeit und durch seine Talente die allgemeine Achtung erworben, so steigerte sich diese Liebe und Achtung jetzt mit jedem Tage, wie er weiter bekannt wurde in größern Kreisen.

Das Volk erkannte in Robert Blum mit richtigem Blick seinen wärmsten, treusten Freund, es erkannte in ihm den kühnen Vorkämpfer für das Recht und die Freiheit, wie auf religiösem, so auch auf politischem Gebiete.

Dies sollte von hoher Bedeutung für Robert Blums Zukunft sein, denn nur dadurch wurde es ihm im Jahre 1848 so schnell möglich, sich das Vertrauen des Volks in so hohem Maße zu erwerben, als dies geschehen ist.

Aber auch eine furchtbare Folge für Robert Blums Zukunft sollte sein Streben für die Religionsfreiheit haben.

Als am 9. November 1848 die östreichische Kamarilla Robert Blum durch die Henkershand des Fürsten Windischgrätz ermorden ließ, da ließ sie nicht nur in ihm den Vorkämpfer für Wiens Freiheit, sondern hauptsächlich auch den deutschen Volksvertreter und den Feind des ultramontanen Pfaffenthums ermorden.

Die Kreaturen der Erzherzogin Sophie rächten an Robert Blum durch dessen Tod die tiefen Wunden, welche Blum der Priesterherrschaft geschlagen hatte, die deutsch-katholische Bewegung der Jahre 1844 und 1845.

Capitel VII.

Der Augustmord in Leipzig.

Wir haben in den früheren Kapiteln die literarische Thätigkeit Robert Blums und die Thätigkeit, welche derselbe bei der deutsch-katholischen Bewegung an den Tag legte, beschrieben, wir haben dem Leser den Einfluß geschildert, welchen Robert Blum sich schnell bei den Bewohnern Leipzigs, bei dem Volke Sachsens zu erwerben wußte, aber wir hatten noch keine Gelegenheit ein Beispiel zu geben von einem eigentlichen direkten Eingreifen Robert Blums in die Bewegung des Volkes, von dem Einfluß, den er sich durch sein ernstes Auftreten zu verschaffen wußte; wir hatten noch keine Gelegenheit, Robert Blum handelnd zu zeigen.

Den ersten Anlaß zum öffentlichen handelnden Auftreten Robert Blums gab der Augustmord in Leipzig, jene furchtbare That, welche im Jahre 1845 in ganz Deutschland die tiefste Entrüstung erregte, als es sich zum erstenmale zeigte, wie wenig den herrschenden Gewalten an dem Blute des Volkes gelegen sei, mit welchem frevelndlichen Leichtsinn

Bürger von den Schergen der Gewalthaber bei der geringsten Veranlassung ermordet werden konnten.

Die Entstehung des Deutsch-Katholicismus hatte auch in der protestantischen Kirche ein neues reges Leben hervorgerufen. Wie die Katholiken sich gedrungen fühlten, das Joch des alten Pabstthums von sich abzuwerfen, so fühlten die Protestanten sich gedrungen, der Zwingherrschaft des modernen Pietismus zu widerstehen, und die nach der Reformation in der protestantischen Kirche zurückgebliebenen Irrlehren aus derselben zu entfernen.

Die wahrhaft geistige Ausbildung des Volkes, die Beförderung der wahren Religiösität, die Reinigung des Glaubens von alt hergebrachten und veralteten Formeln bildete in jener Zeit die Aufgabe vieler kräftiger Männer, besonders im preußischen Herzögthum Sachsen.

Der Pfarrer Uhlich in Pömmelte, der Prediger Wislicenus in Halle und manche andere Geistliche traten unverholen mit ihren freien Ansichten über die Religion hervor, unbekümmert darum, daß sie sich dadurch jede Aussicht auf eine Beförderung im Staatsdienste abschnitten.

Es bildete sich die Gesellschaft der protestantischen Freunde, der sogenannten Lichtfreunde, welche mit den scharfen Waffen der Vernunft dem modernen Pietismus, dem orthodoxen Protestanismus, der besonders von Hengstenberg in der evangelischen Kirchenzeitung gepredigt wurde, und den der preußische Hof auf's Höchste protegirte, entgegentraten.

Durch das Wort in der Kirche, in Versammlungen, so wie durch ihre Schriften wirkten die Lichtfreunde und

fanden bald unter den Protestanten Preußens und des Königreichs Sachsen den höchsten Anklang.

Die Lichtfreunde wirkten sehr segensreich. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß auch ihre Lehre noch weit entfernt war von dem radikalen Rationalismus, von der vollständigen Vernunftreligion, daß sie noch manche für den frommen Kinderglauben des Volks berechnete Irrlehren in sich aufgenommen hatte; aber gerade deshalb fand sie Anklang im Volk, welches durch ein zu scharfes Hervortreten mit dem Radikalismus zurückgeschreckt worden wäre.

Uhlich mit seiner Freundlichkeit und Milde, mit seiner versöhnlichen Sprache, war gerade der Mann, der zu jener Zeit wirken konnte.

Die religiöse Bewegung des Jahres 1845 griff immer weiter um sich, und eine angesagte Versammlung zu Pfingsten des Jahres 1845 in Köthen wurde von Tausenden aus allen Gegenden Deutschlands besucht, und übte einen gewaltigen Einfluß auf das Volk aus. Immer neue Anhänger fanden die Lichtfreunde, immer mehr wurde der Pietismus verlassen von seinen frühern Anhängern und verspottet.

Das war ein harter Schlag für die Machthaber und in Preußen sah man mit gewaltigem Zorn auf die sich täglich mehrende religiöse Bewegung.

Der Pfarrer Wislicenus wurde zur Verantwortung gezogen, Verwarnungen über das unchristliche Treiben wurden ausgetheilt, aber man vermochte dennoch nicht die Wahrheit zu unterdrücken.

Auch in Sachsen fand, wie wir bereits sagten, die religiöse Bewegung einen fruchtbaren Boden, sowohl unter

den Katholiken als unter den Protestanten. Der Deutsch-Katholicismus blühte kräftig empor, und ebenso fanden die Lichtfreunde immer mehr und eifrigere Verehrer.

Nach der Pfingstversammlung in Köthen sollte in Leipzig eine zweite Versammlung der Lichtfreunde gehalten werden; aber die preußische Regierung wußte die sächsische dazu zu veranlassen, daß diese Versammlung verboten wurde. Am 17. Juli 1845 wurde das Verbot ausgesprochen, weil durch die Tendenzen der protestantischen Freunde die Augsburgische Confession in Frage gezogen werde.

Schon längst hatte das Volk in Sachsen es übel vermerkt, daß an der Spitze des fast durchgängig protestantischen Landes ein römisch-katholisches Königshaus stehe, welches dem orthodoxesten Katholicismus äußerst zugeneigt war. Schon dies hatte eine gewisse Erbitterung im Volke hervorgerufen; aber die Erbitterung gegen das Königshaus wuchs, als mit jedem Jahre dasselbe mehr und mehr zeigte, wie es jede Freiheitsbewegung des Volkes auf das Kräftigste zu unterdrücken bestrebt sei, wie es ganz und gar einstimme in die Maaßregeln der in Sachsen verhaßten preußischen Regierung.

Es war bekannt geworden, daß am sächsischen Hofe die Jesuiten eine sehr bevorzugte Stellung, wenn auch freilich nur im Geheimen und unter der Hand einnahmen, und es war ebenso bekannt geworden, daß ein Mitglied der königlichen Familie die Jesuiten besonders beschützte und fortwährend zu neuen Zwangsmaaßregeln, sowohl gegen den Deutsch-Katholicismus, als gegen die Lichtfreunde rieth.

Dies Mitglied der königlichen Familie war der Prinz Johann, und auf ihn übertrug das sächsische Volk einen

besondern Haß, ihm wurden alle die freiheitsfeindlichen Maaßregeln der Regierung zugeschrieben, man glaubte sie seinem ungünstigen Einflusse bei Hofe verdanken zu müssen.

Der Haß des Volkes wuchs mehr und mehr, als nicht nur seine religiöse Freiheit, sondern auch die politische immer weiter unterdrückt, als die Presse durch die harte Censur immer mehr und mehr geknechtet wurde. Man schrieb dies Alles, und besonders die Ministerial-Verfügungen gegen die Deutsch-Katholiken, dem Einflusse des Prinzen Johann zu.

Noch hatte der Haß des Volkes gegen den Prinzen niemals Gelegenheit gehabt, sich Luft zu machen. Im August des Jahres 1845 sollte ihm endlich diese Gelegenheit geboten werden.

Der Prinz Johann kam am 12. August am Nachmittage in Leipzig an, um als General-Commandant aller Communalgarden Sachsens eine Musterung der leipziger Communalgarde abzunehmen.

Die Behörden Leipzigs, welche die ungünstige Stimmung der Bürgerschaft und der Arbeiter gegen den Prinzen kannten, besorgten, daß die Anwesenheit desselben in Leipzig vielleicht Veranlassung zu tumultuarischen Auftritten geben könnte, aber dennoch wurde keine Vorbereitung getroffen, um etwaigen Tumulten entgegenzukommen.

Am Morgen des 12. August hatten der Polizei-Direktor Stengel, der Rgierungsrath Ackermann und der Bürgermeister Dr. Groß eine Berathung über den Empfang des Prinzen. Sie besprachen bei derselben die Möglichkeit, daß Unruhen ausbrechen könnten, aber es wurde nichts gethan, als daß der Polizei-Direktor Stengel die

Polizeidiener anwies sich ruhig und gemäßigt zu verhalten, um nicht durch ein zu rasches Einschreiten zu Excessen Veranlassung zu geben.

Bei der Anwesenheit des Prinzen in Leipzig war es Sitte, daß die dortige Communalgarde ihrem Oberbefehlshaber des Abends einen Zapfenstreich brachte. Man nahm Rücksprache mit dem Commandanten der Communalgarde, Doktor Medicinae Haase, ob es nicht vielleicht besser sei, um ein Zusammenströmen des Volkes zu vermeiden, den Zapfenstreich zu unterlassen. Doktor Haase äußerte indessen die Befürchtung, daß, wenn der Zapfenstreich nicht stattfinden sollte, das in seinen Erwartungen getäuschte Volk, wie dies auch schon früher einmal geschehen sei, in den Straßen lärmen und toben werde. Er versprach die Wachtmannschaft zu verdoppeln und nur ein Stück spielen zu lassen; dann sollte die Musik wieder abziehen, und damit werde auch das Volk sich beruhigen und sich zerstreuen.

Man erwartete also in Leipzig unruhige Auftritte, man war auf dieselben vorbereitet, und dennoch wurde die Communalgarde, welche zum Schutz der inneren Ordnung bestimmt ist, nicht aufgeboten; man entschloß sich späterhin lieber, Militäir zu requiriren und auf das Volk schießen zu lassen, Menschenleben zu vergeuden, als einen Zapfenstreich im Stich zu lassen.

Am Nachmittage kam der Prinz an und begab sich sogleich nach dem Platze, auf welchem die Musterung über die Communalgarde statthaben sollte.

Es hatte sich eine bedeutende Menge von Zuschauern bei diesem Schauspiel eingefunden, alle Klassen der Gesellschaft waren vertreten.

Der Prinz begrüßte die Communalgarde, aber diese erwiderte nicht, wie dies wohl in früheren Jahren geschehen war, lebhaft und freudig diesen Gruß, sondern höchst lau. Ihre Uebungen führte sie hingegen mit der größten Geschicklichkeit und Genauigkeit durch. Das Verhalten der Communalgarde war nach den officiellen Berichten tadelfrei und der Prinz sprach seine Zufriedenheit darüber aus.

Nach beendigter Revue nahm der Prinz Abschied von der Communalgarde. Der Commandant derselben, Doktor Haase, brachte das gewöhnliche Lebehoch auf den Prinzen aus, aber die Communalgarde stimmte nur matt und lau in dieses Lebehoch ein und bewies dadurch dem Prinzen, wie wenig sie mit seinem politischen Treiben einverstanden sei. Auch die aus zwei Abtheilungen bestehende Musik der Garde fiel nicht in das Lebehoch ein, ob absichtlich oder unabsichtlich, ist nicht klar geworden. Der Dirigent der Musik versichert, daß er den Commandanten Doktor Haase nicht habe sehen können und daß er deshalb, da auf dem Platze viel Geschrei gewesen, er auch das Lebehoch der Garde nicht habe hören können, den Zeitpunkt des ausgebrachten Vivats nicht bemerkt habe.

Hatte schon während der Musterung das zu Tausenden versammelte Volk dem Prinzen einzelne Zeichen des Mißfallens gegeben, so wurde dieser zu einem Sturm des Pfeifens und Zischens, als zum höchsten Vergnügen des Volkes das Lebehoch der Communalgarde so schwach ausgebracht und nicht einmal durch Musik begleitet wurde.

Ein gewaltiges Schrein und Pfeifen erhob sich; auch der Ruf: „Es lebe Ronge!“ wurde vielfältig gehört Die Massen wurden mit jedem Augenblick unruhiger.

Der Prinz entfernte sich in Begleitung mehrerer Offiziere der Communalgarde, des Obersten von Buttlar, so wie des Oberst-Lieutenants von Süßmilch, um nach der Pleißenburg, der Militair-Kaserne, zu reiten und dort die neuen Einrichtungen derselben in Augenschein zu nehmen.

Auf dem Wege nach der Pleißenburg drängte sich vielfältig das Volk zusammen und empfing den Prinzen mit Pfeifen und Zischen.

Nach Besichtigung der neuen Kaserneinrichtungen begab sich der Prinz zu Fuß, in Begleitung der anwesenden Offiziere, nach dem Hotel de Prusse, seiner Wohnung, um dort mit einer kleinen Gesellschaft das Abendbrod einzunehmen. Auch auf diesem Wege bezeigte das Volk vielfach sein Mißfallen gegen den Prinzen durch Pfeifen und Zischen.

Das Hotel de Prusse liegt am Roßplatze, vor dem Hotel breitet sich der freie Platz aus, an dessen äußerstem Ende eine Allee gegenüber dem Hotel de Prusse sich hinzieht, die sogenannte Lerchenallee.

Dem Prinzen war eine Menge Volk nach dem Hotel gefolgt und die Masse vergrößerte sich mit jeder Minute mehr, indem die Arbeiter von ihrer Arbeit heimkehrten und sich den schon auf dem Platze versammelten Männern anschlossen.

Es bildeten sich auf dem Platze Gruppen, in denen vielfach über den Prinzen gesprochen und eben nicht die freundlichsten Urtheile über denselben gefällt wurden. Es ließ sich voraussehen, daß mit dem Zapfenstreiche der immer eine große Menschenmenge herbeilockt, die Volksmasse vor dem Hotel de Prusse sich auf besorgliche Weise vermehren würde, es ließ sich voraussehen, daß es bei der schon herr-

schenden Aufregung gegen den Prinzen leicht zu Excessen kommen konnte. Die Stadtbehörden mußten dies wissen und wußten es, wie wir gesehen haben; aber dennoch wurden keine Vorsichtsmaaßregeln ergriffen. Vor dem Hotel stand lediglich ein doppelter Posten, umgeben von 8 bis 10 Polizeidienern, welche den Eingang zum Thore des Hotels frei zu halten suchten und es dahin brachten, daß auch wirklich den ganzen Abend über vor dem Thore fortwährend ein kleiner Raum frei blieb.

Einige andere dienstthuende Polizeibeamten waren in der Nähe, aber bei weitem nicht in hinreichender Anzahl um Excessen des Volkes vorbeugen zu können.

Die Communalgarde war nicht unter die Waffen gerufen; nur auf dem Naschmarkte, etwa 10 Minuten vom Roßmarkte, war eine Communalwache, von welcher etwa 40 bis 50 Mann Communalgardisten mit Leichtigkeit herbeigerufen werden konnten. Mit dieser kleinen Anzahl Communalgardisten wäre es ein Leichtes gewesen ohne das geringste Blutvergießen, die zu Excessen geneigte Menge in Ordnung zu halten. Aber auch zu dieser Vorsichtsmaaßregel griffen mit unbegreiflicher Unvorsichtigkeit und Gewissenlosigkeit die Behörden nicht.

Um ein Viertel auf 10 Uhr kam der Zapfenstreich, begleitet von einem Theil der Wachtmannschaft vom Naschmarkte. Mit dem Kommen des Zapfenstreichs vermehrte sich die Volksmasse so, daß der Roßplatz dicht gedrängt war und daß die Zuschauer sogar in der gegenüberliegenden Lerchenallee noch in ziemlich großer Masse standen.

Das versammelte Volk war ebenso unruhig als wenige Stunden vorher; es wurde geschrieen, gepfiffen und

getobt, so daß die Musik kaum gehört werden konnte. Dieselbe blieb deshalb auch nur 4 bis 5 Minuten vor dem Hotel und marschirte dann, begleitet von der Wachtmannschaft nach dem Naschmarkte zurück; das Volk aber, welches sonst gewöhnlich die Musik zu begleiten pflegte, blieb diesmal auch nach dem Abmarsch derselben auf dem Roßmarkte versammelt.

Die Menschenmenge wuchs noch immer von Minute zu Minute, das Toben wurde immer heftiger. Eine Stimme begann endlich das Lied: „Eine feste Burg ist unser Gott," zu singen und der größte Theil der Volksmasse stimmte ein. Es wurde mehrfach wiederholt, dann aber ging man auch zu weltlichen Liedern über; besonders wurde: „Ein freies Leben führen wir", „Gute Nacht, gute Nacht, liebe Anna Dorothea!" und dergleichen Lieder mehr wild durcheinander gesungen. Der Gesang wurde nur unterbrochen durch ein wildes Schreien und Schimpfen auf den Prinzen Johann.

Eine lange Zeit hindurch enthielt sich die Menge eines eigentlich thätigen Scandals. Die Polizeimannschaften, welche viel zu schwach waren, um die bedeutenden Menschenmassen auseinander zu bringen, blieben deshalb ruhig an dem Thore des Hotels stehen und bemühten sich nur, dasselbe fortwährend frei zu halten, was ihnen auch vollkommen gelang.

Plötzlich aber klirrte eine Scheibe in den Fenstern des Hotels; irgend ein Gassenbube hatte einen Stein in dasselbe hineingeworfen. Ein wildes Jubelgeschrei des Volkes antwortete dem klirrenden Tone der Fensterscheibe; augenblicklich wurde das Pflaster aufgerissen, und nun be-

gann ein Wettwerfen nach den in der ersten Etage gelegenen Fenstern des Prinzen Johann.

Massen von Steinen flogen nach dem Hotel, und nicht nur kleine, sondern sogar große Pflastersteine wurden in die Fenster geworfen. Die Kraft der Steinwürfe war so bedeutend, daß aus dem Gitter des in der ersten Etage befindlichen Balkons eine Eisenstange von ³/₄ Ellen Länge herausgeschlagen wurde.

Außer den eigentlichen Excedenten und Tumultuanten, welche zum großen Theile, wie dies ja bei allen Tumulten der Fall ist, aus einer Schaar muthwilliger Gassenbuben bestanden, war natürlicherweise auch eine große Menge von unthätigen Zuschauern gegenwärtig, welche sich, als der eigentliche Scandal begann, nach der dem Hotel de Prusse gegenüber liegenden Allee und zum Theil auch zur rechten und zur linken Seite nach den äußeren Enden des Roßplatzes zurückzogen und von dort aus dem sonderbaren Schauspiel zusahen.

Während dieser Tumult vor dem Hotel de Prusse stattfand war Prinz Johann innerhalb desselben. Er hatte nach der Rückkehr aus der Kaserne sich in seine, in der ersten Etage des Hotels belegene Wohnung begeben und daselbst mehrere Offiziere des Militairs und der Communalgarde, so wie einige Mitglieder der Behörden der Geistlichkeit und der Universität empfangen. Hierauf hatte er sich nach einem Gartensalon begeben, welcher jenseits des Hofes des Hotel de Prusse in einem Hintergebäude sich befindet.

Dort erwarteten ihn bereits die zum Abendessen eingeladenen Personen, unter denen sich der Regierungsrath

Ackermann, der Rector der Universität, Dr. Günther, der Appellationsrath Dr. Haase, wie der Commandeur der Communalgarde, Dr. Medicinae Haase, der Communalgarden-Hauptmann Heyner, der Oberst von Buttlar, der Oberstlieutenant von Süßmilch und einige andere Herren befanden.

Man hatte sich zur Tafel gesetzt, aber so weit entfernt der Gartensalon auch von dem Roßplatze war, so hatten doch die anwesenden Gäste sowohl als der Prinz das Pfeifen und Toben der auf dem Platz versammelten Menge gehört und der Prinz hatte sich einmal geäußert, daß das Publikum sehr lebhaft zu sein scheine; sonst war bei Tische über den Scandal nicht gesprochen worden, und als nach dem Aufhören des Zapfenstreichs das Geklirre der Fensterscheiben im Gartensalon gehört wurde, hatten die Gäste sich bemüht durch lautes und lebhaftes Gespräch das dumpf in's Zimmer tönende Geräusch zu übertäuben.

Ungeachtet des immer mehr wachsenden Lärmes hatte die Tafel ihren ruhigen Fortgang gehabt und war gegen halb 10 Uhr beendigt worden.

Der Prinz blieb auch nach der Tafel im Gespräch mit einigen Herren im Gartensalon. Er hörte jetzt das laute Geschrei und wendete sich an einen der Gäste mit der Frage, was das wäre; worauf dieser ihm entgegnete: „Es wird ein Vivat sein, das man Euer Königlichen Hoheit bringt, ein Hurrah!"

Ein Theil der Gäste hatte sich nach der Aufhebung der Tafel entfernt, so die Offiziere der Communalgarde, die anwesenden Stabsoffiziere und der Regierungsrath Ackermann. Dieselben hatten sich in den Hof begeben, um den Scandal vor dem Hause in Augenschein zu nehmen.

Mehrere Offiziere der Communalgarde forderten den Commandeur derselben Dr. Haase wiederholt auf zur Zerstreuung der Tumultuanten Generalmarsch schlagen zu lassen. Herr Haase erwiederte aber erst kurz, es ginge nicht, und als ihn nun endlich auch der Regierungsrath Ackermann dazu aufforderte, da sagte er, es werde einige Zeit dauern, bis die Communalgarde herbeigezogen werden könne.

Endlich forderte der Regierungsrath Ackermann den Dr. Haase auf, wenigstens die Mannschaft vom Naschmarkt herbeizuziehen und hierauf ging derselbe ein.

Der Communalgarden-Hauptmann, Dr. Heyner wurde beauftragt, die Mannschaft herbeizuholen; man besorgte indeß, daß er durch das dicht gedrängte Volk auf dem Roßmarkte nicht werde gehen können und forderte ihn deshalb auf, durch eine Hinterthür des Hotels nach der sogenanten Schrötergasse hinauszugehen. Aber der Schlüssel derselben war verlegt, die Kellner konnten ihn nicht finden und so sah sich der Dr. Heyner gezwungen, den direkten Weg über den Roßmarkt zu nehmen.

Er drängte sich durch das Volk und sagte diesem, er gehe um das Wachtkommando zu holen. Trotz dieser Erklärung widersetzte sich Niemand seinem Fortgang; Dr. Heyner ging vollkommen unangefochten quer über den Platz durch die Menge, der beste Beweis dafür, daß das Volk nichts Anderes als einen gewöhnlichen Straßenscandal beabsichtigte und daß es weit entfernt war einen ernsten Angriff auf den Prinzen zu machen, wie es dies auch schon dadurch bewiesen hatte, daß es ihm nicht eingefallen war, die wenigen Polizeimannschaften vor dem Thore des Hotels zu verdrängen. Es waren hiervon auch alle die im Hotel de

Prusse als Gäste des Prinzen Johann anwesenden Herren vollkommen überzeugt und es wurde vielfach von Allen ausgesprochen, daß eine Gefahr für den Prinzen nicht vorhanden war.

Dessen ungeachtet wandte sich der Regierungsrath Ackermann, nachdem kaum Dr. Heyner das Hotel verlassen hatte, um die Communalgarde herbeizuziehen und mit derselben auf dem gewöhnlichen und unblutigen Wege das tumultuarische Volk zu zerstreuen, an den Oberst von Buttlar, und forderte diesen auf, da der Dr. Heyner so lange mache, Militair herbeizuziehen, obgleich es noch durchaus unmöglich war, daß Dr. Heyner mit der Communalgarde zurückgekehrt sein konnte.

Oberst Buttlar gab dem Oberstlieutenant von Süßmilch den Befehl, das ganze zweite Schützenbataillon herbeizuholen. Oberstlieutenant von Süßmilch leistete sofort dem Befehle Folge, verließ das Hotel durch das Hauptthor, ging eilig durch die Volksmenge, welche ihm bereitwillig Platz machte und lief sodann schnell zur Kaserne. Dort angekommen ließ er Apell blasen, das zweite Bataillon zusammentreten und gab den Befehl scharf zu laden. Er wies das Militair an, ruhig zu bleiben, nicht aus dem Gliede zu treten und nichts zu thun, was ihm nicht befohlen werde.

Oberstlieutenant von Süßmilch ließ scharf laden, er war daher vorbereitet darauf von dem Gewehr auf die waffenlose Menge Gebrauch zu machen, er war vorbereitet darauf, obgleich alle im Hotel de Prusse Anwesenden vollkommen überzeugt waren, daß dem Prinzen Johann trotz des Scandals keine Gefahr drohe.

In wie fern der Prinz Johann persönlich bei diesem Befehl und überhaupt bei dem folgenden Blutvergießen betheiligt gewesen ist, hat sich nicht ermitteln lassen. Nur so viel steht fest, daß dem Prinzen der Befehl zur Herbeiholung des Militairs durch den Präsidenten Dr. Beck mitgetheilt worden ist, worauf der Prinz erwiederte, daß er schon bei der Revue eine üble Stimmung bemerkt habe und die Frage aufwarf, was die Leute denn eigentlich von ihm wollten.

Es steht ferner fest, daß der Oberst von Buttlar dem Prinzen die Meldung gemacht hat, daß das Militair vor dem Hotel eingetroffen sei; er bestreitet jedoch, vom Prinzen irgend eine dienstliche Weisung erbeten oder erhalten zu haben.

Auch eine Erklärung auf Ehrenwort vom Apellationsrath, Dr. Haase scheint den Prinzen von dem Verdacht zu reinigen, als wäre auf seinen Befehl der Mord des unbewaffneten Volkes begangen worden. Diese Erklärung lautet folgendermaaßen:

„Ich habe am Abend des 12. d. M., wo ich mich von ungefähr 8 Uhr bis am Morgen des folgenden Tages in der nächsten und unmittelbaren Umgebung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann befunden habe, nicht gehört, daß derselbe die Herbeiholung des Linienmilitairs verlangt hat, oder daß derselbe eine darauf sich beziehende Äußerung gethan. Ebenso versichere ich, daß ich keine Aeußerung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen vernommen habe, welche auch nur die Andeutung enthalten hat, daß das herbeigezogene Militair feuern solle; im Gegentheil spreche ich hiermit meine innige Ueberzeugung aus, daß derselbe einen Befehl

zum Feuern nicht gegeben, auch vor dem Feuern, daß ein solcher Befehl gegeben worden sei, Etwas nicht gewußt hat, wobei ich insonderheit noch des Umstandes gedenken muß, daß beim Knallen der Büchsen der Prinz, an dessen Seite ich in diesem Augenblicke stand, sichtbar eben plötzlich überrascht wurde, als ich, der ich davon keine Ahnung hatte, dadurch erschreckt wurde."*)

Leipzig, den 18. August 1845.

Dr. Carl Heinrich Haase.

Etwas Weiteres ist über diesen dunklen Punkt in der Geschichte des 12. August nicht ermittelt worden. Die Volksmeinung allerdings hat dem Prinzen Johann die Schuld an dem Blute aufgebürdet welches am 12. August vergossen wurde; in wie fern die ausgesprengten Gerüchte wahr und in wie fern sie unwahr sind, mögen wir nicht zu beurtheilen.

Nachdem der Oberstlieutenant von Süßmilch dem Militair die nöthige Instruktion gegeben und es zum Schießen auf das unbewaffnete Volk vorbereitet hatte, ließ derselbe das Schützenbataillon nach dem Roßmarkte marschiren.

Das Bataillon marschirte aus der Kaserne durch das Petersthor in geschlossenen Sections-Colonnen nach dem Roßplatz in die Gegend des Gruner'schen Hauses, welches rechts vom Hotel de Prusse am Roßplatze gelegen ist und bis wohin etwa die Volksmasse sich drängte.

Hier ließ der Oberstlieutenant von Süßmilch Batillions-Colonnen formiren, kommandirte Marsch! Marsch! und ließ

*) Wir bitten den Leser, uns für diese Satzconstruktion nicht verantwortlich zu machen, sie gehört dem Herren Haase ganz eigenthümlich an. D. V.

das Bataillon Gewehr an Seite im Laufschritt bis an das Schrötergäßchen vorrücken.

Das Volk wurde zurückgedrängt und zog sich theils zu beiden Seiten, theils nach der Allee hin zurück.

Der Oberstlieutenant Süßmilch ließ darauf das Bataillon vor dem Hotel de Prusse, ungefähr 6 bis 8 Schritt vom Hause entfernt in zwei Glieder aufmarschiren; den rechten am Schrötergäßchen stehenden Flügel bildete das erste Peloton, kommandirt vom Lieutenant Vollborn, den linken, welcher sich bis über das Hotel hinausstreckte, das achte Peloton, kommandirt vom Lieutenant von Abendroth.

Während des Anmarschirens wurden einige Steine von den Volksmassen nach den Truppen geworfen und davon drei Schützen obgleich unbedeutend verletzt.

Der Oberstlieutenant von Süßmilch meldete darauf dem Obersten Buttlar die Ankunft des Schützenbataillons und daß er habe laden lassen. Oberst Buttlar hieß alle Anordnungen gut.

Kurze Zeit nachdem die Schützen vor dem Holel de Prusse aufmarschirt waren, erschien auch der Hauptmann Dr. Heyner mit 42 Mann, 4 Rottenmeistern und 3 Zugführern der Communalgarde. Er marschirte auf dem Roßplatze auf und stellte sich vor der Fronte des auf dem rechten Flügel, also zur linken Seite des Hotel de Prusse stehenden Pelotons auf.

Der Roßplatz war, als die Communalgarde aufmarschirte, bereits leer von Menschen. Die Volksmasse hatte sich, nachdem das Militäir aufmarschirt war, zurückgezogen; natürlicherweise aber konnte dies bei der großen versammelten Masse nicht im Augenblick geschehen, und so wogte

denn allerdings in der Lerchenallee und hinter derselben noch eine fortwährend lärmende und schreiende Masse auf und ab. Von einer Gefahr für das Hotel de Prusse war, wenn dieselbe überhaupt vorhanden gewesen war, nicht mehr die Rede.

Der Hauptmann, Dr. Heyner meldete sich unmittelbar nach seinem Eintreffen auf dem Roßplatze und seiner Aufstellung bei dem Obersten Buttlar, dieser gab ihm indessen kurz und barsch zur Antwort: „Sie sind hier nicht mehr nöthig, gehen Sie zurück."

Der Hauptmann Heyner erwiederte, daß er kommandirt sei, hierher zu kommen, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Darauf antwortete ihm der Oberst Buttlar ebenso barsch: „Hier können Sie nicht stehen bleiben, wenn ich schießen lasse; stellen Sie sich aus der Schußlinie, stellen Sie sich hierher!" Und er wies auf die Akazienplätze welche linker Hand vom Hotel de Prusse vor dem Gasthofe zum Kurprinzen gelegen sind.

Hauptmann Heyner folgte dem Befehl und stellte sich in den Akazienplätzen auf mit der Front nach dem Petersthore hin, so daß die Communalgardisten den Roßplatz vollständig übersehen konnten. Alle Einzelnen geben an, daß auf dem Roßplatze sich Niemand mehr befunden habe, daß nur in der gegenüberliegenden Lerchenallee die Menschenmasse auf und nieder gewogt habe, aber offenbar im Entfernen begriffen gewesen sei.

An den Obersten Buttlar wendete sich jetzt der Polizeilieutenant Baumbach mit der Meldung, daß er mit den ihm untergeordneten Polizeidienern in der Allee Arretirungen von Unruhestifter vornehmen wolle, und beantragte, daß ihm der Oberst zum Schutze eine Abtheilung Militair beigeben möge.

Der Oberst von Buttlar befahl dem Oberstlieutenant von Süßmilch ein Peloton mit den Polizeidienern abgehen zu lassen, dem Offizier aber den Befehl zu geben, daß er schießen lasse, wenn er insultirt werde.

Oberstlieutenant von Süßmilch ließ das erste Peloton unter dem Lieutenant Vollborn zum Schutz der Polizei mit nach der Allee gehen.

Obgleich nun offenbar, wenn auch die Ruhe noch nicht wieder hergestellt, doch jede Gefahr für den Prinzen Johann beseitigt war, machte plötzlich auf eine unbegreifliche und unverantwortliche Weise das Militair von seinen Waffen Gebrauch.

Oberst Buttlar kommandirte Feuer, und ließ auf die in der Lerchenallee befindliche unbewaffnete Volksmenge, welche sich schon zurückzog und im Begriff war sich zu zerstreuen, feuern.

Ob Aufforderungen zum ruhigen Nachhausegehen an die Volksmasse gerichtet worden sind, ist nicht erwiesen, jedenfalls aber steht es fest, daß gar kein Grund zum Gebrauch der Schußwaffen vorhanden war, und daß, wenn mündliche Aufforderungen zum Nachhausegehen gemacht worden sind, dies so leise geschehen ist, daß es bei dem Lärmen höchstens von Einzelnen nicht aber von der Masse gehört werden konnte.

Zu gleicher Zeit gab auch das erste Peloton unter dem Lieutenant Vollborn, als es das Feuern der übrigen Schützen hörte, auf das Commando des Lieutenants Vollborn, Feuer.

Die Wirkung der Schußwaffen auf die dichtgedrängte

Menge war eine furchtbare; Leichen und Verwundeten bedeckten den Platz.

Sieben Opfer forderte die unverantwortliche Willkühr des Militairkommandanten.

Die Volksmasse brach in ein Wuthgeschrei aus, eine grauenhafte Aufregung bemächtigte sich der ganzen Bevölkerung von Leipzig, als die Kunde von dem Morde der Waffenlosen in die Häuser der Bürger drang. Der Fechtboden wurde erbrochen und vielfach die Absicht ausgesprochen, mit Waffengewalt gegen die Schützen einzuschreiten.

Aber es kam in jener Nacht noch zu keinen weitern Schritten. Es wurde Generalmarsch geschlagen, und die Communalgarde eilte zu den Waffen.

Das dritte Bataillon der Communalgarde marschirte nach dem Roßplatze und gab das Verlangen zu erkennen, daß die Schützen abziehen möchten. Die Communalgarde machte sich anheischig die Stelle derselben einzunehmen und den Prinzen Johann zu schützen. Oberst Buttlar erklärte indessen rundweg, daß er unter keinen Verhältnissen seinen Platz verändern werde, so lange Sr. Königl. Hoheit im Orte wären. Wenn übrigens die Communalgarde, wie es ihr zustehe, Excedenten arretiren wolle, habe sie Gelegenheit genug zum Einschreiten.

Eine große Unzufriedenheit zeigte sich bei dieser mit dem echten Militairstolze gegebene Antwort unter der Communalgarde, und als dieselbe nun befehligt wurde auf die wenigen in der Lerchenallee noch befindlichen Menschen einzuschreiten, weigerte sie sich, und kümmerte sich wenig um das Mißfallen, welches der Prinz Johann über das Verhalten des dritten Bataillons aussprach.

Das vierte Bataillon der Communalgarde, welches mittlerweile auch angerückt war, folgte dem erhaltenen Befehl und säuberte den Platz.

Am andern Morgen früh um halb 7 Uhr verließ der Prinz Johann in einem von reitender Communalgarde begleiteten Wagen Leipzig. Unterweges wurde er vom Volke schreiend und tobend verfolgt, auch wurden einige Steine nach seinem Wagen geworfen, er aber nicht getroffen.

Eine ungeheure Aufregung hatte sich der Bevölkerung von Leipzig über den grauenvollen Mord des 12. August bemächtigt.

Am 13. Nachmittags traten im Schützenhause viele Tausende von Bürgern zusammen, um zu berathen, was zur Sühne des vergossenen Blutes der Unschuldigen geschehen solle. Das Volk, die Studenten, die Bürgerwehr forderten Rache für den Mord der Waffenlosen. Alle strömten am Nachmittage des 13. August im Schützenhanse zusammen, und eine wilde Berathung über die Schritte, welche zu nehmen seien, fand statt.

Die Absicht, sich selbst Recht zu verschaffen, da die Behörden ohnmächtig seien, gegenüber der Willkühr des Militairdespotismus, die Schützenkaserne zu stürmen, wurde vielfach ausgesprochen, und auf dem Markte sammelten sich Schaaren Volkes, welche dieselbe Absicht kund thaten. Es war eine gefährliche Zeit für Leipzig, denn es wäre ein unglückseliges Unternehmen gewesen, in jenen Tagen einen Aufstand zu versuchen, der nirgends Unterstützung gefunden hätte.

Da trat im Schützenhause plötzlich ein echter Volksmann hervor, der mit ruhiger, klarer Stimme dem versammelten Volke zurief: „Verlaßt den Boden des Gesetzes nicht!“

Robert Blum, der am 12. und 13. August sich in Dresden aufgehalten hatte, war am Nachmittag des 13. nach Leipzig zurückgekehrt und hatte sogleich die Kunde von dem schrecklichen Ereigniß vernommen. Es war ihm mitgetheilt worden, daß das Volk im Schützenhause zur Berathung der weiteren Schritte versammelt sei und sofort hatte er sich dahin begeben, um seine Pflicht als wahrer Volksmann zu thun.

Robert Blum sah wohl ein, wie unmöglich es war, bei der trägen Ruhe, welche damals in Deutschland herrschte, gegen die herrschende Gewalt aufzutreten und Rache zu nehmen für das Blut der Gemordeten; er verwendete deshalb alle seine Kraft darauf, das Volk zu bewegen, daß es nicht selbstthätig eingreife, sondern daß es die Stadtbehörden verpflichte, die nöthigen Schritte zur Bestrafung der Schuldigen zu thun.

In einer glänzenden Rede besänftigte er die aufgeregten Gemüther, und als er ausrief: „Verlaßt den Boden des Gesetzes nicht!“ da stimmten die Meisten der im Schützenhause Anwesenden ihm bei.

Er schlug dem Volke vor, eine Deputation zu senden an die Stadtbehörden, derselben aber in Masse zu folgen. Die Deputation sollte die Aufgabe haben, die Wünsche des Volkes den Magistratspersonen vorzubringen.

Blums Vorschlag wurde angenommen, er selbst zum Sprecher der Deputation ernannt, und im langen ungehemmten Zuge folgte das Volk seiner Deputation und stellte sich auf dem Markte vor dem Rathhause auf.

Robert Blum trat in's Rathhaus;„ Wartet ruhig bis wir wiederkommen!“ rief er der Menge zu, und seine Worte

hatten einen so gewaltigen Einfluß auf die Massen, daß dieselben in der That ruhig der Rückkunft ihrer Deputation warteten. Das Volk hatte Vertrauen zu Robert Blum, es wußte, daß dieser treulich seine Wünsche dem Magistrat mittheilen und dieselben auf das Kräftigste vertreten würde.

Nach einer ziemlich langen Zeit erschien Blum mit den andern Deputirten auf dem Balkon des Rathhauses und verkündete hier das Resultat der Berathung, welche er mit den Vertretern der Stadt gepflogen hatte.

Er verkündete, daß dieselben die nöthigen Schritte zur Bestrafung der Schuldigen, zur Beschwerde über die vorgefallenen Ereignisse thun würden und er forderte dann die Massen auf, ruhig auseinander zu gehen, der Stimme des Gesetzes zu gehorchen.

Trotz der furchtbaren Aufregung, welche natürlicherweise durch die Ereignisse des 12. August im Volke herrschte, folgte dasselbe doch dem Rathe seines Freundes und zerstreute sich ruhig.

Am folgenden Tage war das Leichenbegängniß der Gefallenen. Robert Blum leitete dasselbe, er hielt die Grabrede und scheute sich nicht, bei derselben die Ermordung der waffenlosen Bürger mit dem richtigen Namen eines frevelntlichen Mordes zu bezeichnen.

Er nahm auch ferner Theil an den weitern Versammlungen im Schützenhause, aber dieselben wurden bald von den Behörden für ungesetzlich erklärt und mußten unterbleiben.

Die sächsische Staatsregierung ging so weit, daß sie sich in ihrer Schamlosigkeit nicht scheute, Erörterungen anzustellen gegen Diejenigen, welche bei den Versammlun-

gen im Schützenhause gesprochen hatten, und welche bei der Leichenfeierlichkeit thätig gewesen waren; sie war selbst schaamlos genug, diese Erörterungen auszudehnen gegen Robert Blum, dem allein sie die Aufrechthaltung der Ruhe in der Stadt verdankte. Eine Folge hatten indeß diese Erörterungen nicht.

Auch die Untersuchungen, welche die Staatsregierung versprach, gaben kein zufriedenstellendes Resultat. Das sächsische Ministerium des Innern erließ am 21. August ein Manifest, in welchem es versicherte, daß das Resultat der obschwebenden Erörterungen über die beklagenswerthen Ereignisse des 12. August zu seiner Zeit öffentlich bekannt gemacht werden sollte.

Am 29. September 1845 machte es endlich die Resultate der von ihm geleiteten Untersuchung bekannt. Es heißt in dieser Bekanntmachung:

1) daß allerdings schon unmittelbar vor dem 12. August in Leipzig die Gemüther in einer außergewöhnlichen Aufregung sich befunden haben, die durch Verbreitung unwahrer Gerüchte, aller Wahrscheinlichkeit nach absichtlich, genährt und gesteigert worden ist;

2) daß die Behörden der Stadt und der Kommandant der Communalgarde, wahrscheinlich auch diesmal vertrauend auf die Loyalität und den zwar leicht erregbaren, aber auch leicht das Rechte findenden Sinn der Bewohner Leipzigs und auf das Gefühl der Ehrerbietung, das Jeder gegen einen Prinzen des Königlichen Hauses an sich trägt, die Aufregung nicht für so groß und die Gefahr eines Tumults nicht für so ernst mögen gehalten haben, um sich zu besonderen Vorsichtsmaßregeln, z. B. zu Abbestellung des Zapfen=

streichs, Aufstellung einer bedeutenden Mannschaft der Communalgarde u. s. w. veranlaßt zu sehen;

3) daß beim Beginn des Tumultes vor dem Hotel de Prusse nach dem, was vorliegt, überhaupt nicht, oder wenigstens nicht rechtzeitig Das verfügt worden und Das geschehen ist, was im Verhältniß zu dem Frevel und zu der davon zu besorgenden Gefahr wohl das Entsprechende gewesen wäre, z. B. kräftiges und entschiedenes Anreden der tumultuirenden Menge durch den Vorstand einer Behörde, schleunige Herbeiziehung der Communalgarde, die sich bei der Revue dießtlich so gezeigt hatte, daß kein Grund vorgelegen zu haben scheint, an ihrer Dienstwilligkeit zu zweifeln;

4) daß das Militair nicht auf eigene Veranlassung und unzeitig, sondern auf ausdrückliche, durch die fort und fort wachsende Gefahr und das längere Ausbleiben der überdies nicht zahlreichen Wachmannschaft der Communalgarde vollständig gerechtfertigte Requisition Seitens des den Kreisdirektor vertretenden Rathes der Kreisdirektion herbeigekommen und eingeschritten ist;

5) daß der Commandant des zur Steuerung des Tumultes aufgetretenen Bataillons der Garnison nur erst nach vorhergegangener Verwarnung und nachdem der linke Flügel wiederholt durch Steinwürfe angegriffen worden, Ein Peloton (das siebente) hat feuern lassen;

6) daß ein sogenanntes planmäßiges Kreuzfeuer, über dessen angebliche Veranstaltung so viele entstellende Gerüchte verbreitet worden, nicht stattgefunden hat, und

7) daß das aus 21 Mann bestehende Peloton, welches beauftragt war, die Polizeibeamten bei der Vornahme von

Arretirungen zu unterstützen, theilweise allerdings thätlich insultirt wurde, daß die Menge der Verwarnung zum Auseinandergehen nicht Folge leistete, daß aber die Frage, ob das Verhalten des Commandanten dieses Pelotons den obwaltenden Umständen und den militairischen Vorschriften vollkommen entsprochen, als worauf es hier lediglich ankommt, nach dem, was darüber dermalen vorliegt, allerdings noch einigen Zweifel zuläßt.

Eine weitere Genugthuung erhielt die Bürgerschaft von Leipzig nicht dafür, daß 7 Bewohner der Stadt entweder durch freventlichen Leichtsinn oder auf hohen Befehl ermordet wurden.

Robert Blum aber erhielt für seine Thätigkeit während der Augusttage eine schöne Anerkennung von seinen Mitbürgern. Die ganze Stadt erkannte freudig die Verdienste des Volksmannes an, und am 10. November, dem Geburtstage Blums, wurde diesem eine Dankadresse der Stadt mit den Landesfarben geschmückt übergeben, welche unterschrieben war von vielen Männern aller Stände. Die Adresse lautet folgendermaßen:

Verehrter Mitbürger!

Die unterzeichneten Bewohner Leipzigs sprechen ihren Dank aus für Ihre unermüdlichen Bestrebungen zur Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung und zur Heilighaltung des Gesetzes, welche in den Tagen des 13., 14. und 15. August dieses Jahres durch die Ereignisse des 12. desselben Monats bedroht wurden. Sie haben, treu Ihrer Bürgerpflicht, die aufgeregten Tausende ermahnt: nicht zu verlassen den Boden des Gesetzes und mit Vertrauen auf die Behörden zu blicken, die unseren gerechten Beschwerden

Abhülfe herbeiführen würden. Sie haben durch Ihre Worte den stürmischen Ausbrüchen der Gemüther gesteuert. Wir danken Ihnen dafür.

Leipzig, am 10. November 1845.

(Folgen die Unterschriften.)

Noch klarer bewies die Bürgerschaft von Leipzig Robert Blum ihre Anerkennung, als am Ende des Jahres 1845 ein Drittheil der Stadtverordneten ausschied und als sie Blum mit einer großen Stimmenmehrheit zum Stadtverordneten erwählte. Später wurde er ebenfalls zum unbesoldeten Stadtrath gewählt, aber das Ministerium bestätigte diese Wahl nicht; Robert Blum war ihm bereits als Volksmann furchtbar geworden.

Robert Blum ergriff allerdings gegen diese Verweigerung Recours, er erklärte indessen in seinem Schreiben, er erkenne offen die Nothwendigkeit der Nichtbestättigung freisinniger Männer bei einem Ministersysteme, welches mit Gewalt an seiner Selbstvernichtung arbeite; dieses System, welches im entschiedensten Widerspruche mit den Staatseinrichtungen stehe, habe er auf jedem Schritte bekämpft und werde es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auch fernerhin bekämpfen.

Daß ein solches Recours-Gesuch keine andere Folge als die fernerweitige Nichtbestättigung der Wahl hatte, versteht sich wohl von selbst.

Robert Blum wünschte übrigens nichts Weiteres, er gab sich fortan vollständig dem Leben für das Volk hin, und um dies besser, energischer thun zu können, gab er im Jahre 1847 seine Stelle als Theaterkassirer auf und widmete sich lediglich der Literatur und dem Buchhandel.

Er arbeitete fleißig, theils an der Herausgabe eines populären Staatslexikons in Gemeinschaft mit Kramer, theils in der konstitutionellen Staatsbürgerzeitung.

Seine Buchhandlung legte er recht eigentlich zu einer Volksbuchhandlung an; er bewies seine Absicht, lediglich für das Wohl des Volkes zu arbeiten dadurch, daß er, weit entfernt den Buchhandel nur als eine Geldspeculation zu betrachten, nur freisinnige Schriften durch den Druck veröffentlichte, solche, welche das Volk aufklären sollten über Das was ihm noththue, welche ihm das Bewußtsein ihrer Menschenrechte klar machen mußten.

So ließ er ein Buch „Weinachtsbaum" erscheinen, in welchem er die Lebensbeschreibung freisinniger Männer Deutschlands dem Volke zur Belehrung und Nachahmung übergab. So hielt er auch das Staatslexikon für das Volk.

Daß Blum durch diese Thätigkeit den Haß der Regierung gegen sich nur verschärfte, versteht sich von selbst, aber er kümmerte sich nicht darum, ihm war es gleichgültig, ob die Gewalthaber ihn haßten. Sein Streben war, ein Volksmann im wahren echten Sinne des Wortes zu sein, und er sollte im Jahre 1848 zeigen, wie weit es ihm möglich war, dies Streben zu erfüllen.

Capitel VIII.

Die Februar-Revolution, ihre Einwirkung auf Sachsen und die Betheiligung Robert Blum's bei der sächsischen Bewegung.

Das Jahr 1848 brach an. Robert Blum hatte nach so vielen Jahren des kümmerlichen Lebens, nach so vielen Jahren der Noth und der Sorge endlich durch seine eigene Kraft, durch seine Kenntnisse, seine Talente, sich eine Existenz geschaffen, welche zwar weit davon entfernt eine glänzende genannt werden zu können, doch eine äußerst behagliche und glückliche war.

Robert Blum befand sich in einer unabhängigen bürgerlichen Stellung, welche ihm genügte, um ihm die Mittel zum Wohlbehagen zu verschaffen; er war ein glücklicher Gatte und ein ebenso glücklicher Vater von 4 blühenden Kindern, aber so sehr er gegenwärtig im Genusse häuslicher Freuden sich glücklich fühlte, so wenig war Robert Blum durch dies Glück erschlafft, entnervt worden. Wie ihn die Armuth nicht niederzubeugen vermocht hatte, so vermochte

die verhältnißmäßige Wohlhabenheit seinen kräftigen Sinn nicht zu verändern.

Das Jahr 1848 fand Deutschland in einem Zustand der tiefsten Erniedrigung. Auch in Sachsen, wo dem Namen nach eine konstitutionelle Monarchie bestand, war innerhalb der Konstitution ein System des strengsten Absolutismus durchgeführt worden. Die dem Volke gegebenen Versprechungen die Grundbedingungen der konstitutionellen Monarchie wurden niemals erfüllt; die Presse war in die schmählichsten Ketten geschlagen, das Volk war unterdrückt wie in allen andern Staaten Deutschlands so auch in dem konstitutionellen Sachsen.

An der Seite des Königs stand ein Ministerium, welches sich treu bemühte, das Metternich-Bodelschwinghsche Zwangs- und Knechtungssystem auch in Sachsen vollständig zur Geltung zu bringen. Auf diesem Ministerium lastete daher der ganze Haß des sächsischen Volks und ihm schrieb man mit Recht die meisten der stets sich wiederholenden Willkürmaßregeln zu.

Die Namen von Falkenstein, von Könneritz, von Karlowitz u. s. w. waren im ganzen Lande verhaßt und mißachtet.

Die deutsch-katholische und lichtfreundliche Bewegung, welche seit dem Jahre 1844 sich immer weiter ausgebildet, immer tiefere Wurzeln im sächsischen Volke geschlagen hatte, war nicht ohne Einfluß geblieben, sie hatte auch für die politische Bewegung einen fruchtbaren Boden in Sachsen geschaffen, sie hatte das Volk seine wahren Freunde, die Männer kennen lehren, welchen es vertrauen durfte, und vor Allen hatte sie einem dieser Männer, unserem Robert

Blum, eine weit verbreitete Popularität verschafft, welche durch sein Wirken in den Augusttagen des Jahres 1845 nur erhöht worden war.

Im Februar 1848 traf plötzlich die französische Revolution die gekrönten Häupter Europas wie ein Blitzschlag aus heiterm Himmel.

In Frankreich stürzte der morsche Königsthron Louis Philipps, der gebaut war auf dem Scheingrund einer konstitutionellen Verfassung, ohne Garantien der Freiheit, plötzlich in sich selbst zusammen, und auf seinen Trümmern erblühte lebenskräftig eine junge Republik.

Schon als die Kunde der Reformbankette, welche der Februar-Revolution vorausgingen und dieselbe veranlaßten, nach Leipzig drang, schon als sich voraussehen ließ, daß aus diesen Reformbanketten, wenn auch nicht eine vollständige Revolution, so doch eine Veränderung der staatlichen Verhältnisse Frankreichs, ein Sturz des freiheitsfeindlichen Ministeriums Guizot hervorgehen mußte, schon damals bemächtigte sich in Leipzig eine gewaltige Aufregung aller Gemüther; schon damals wurden die Zeitungen mit einer Hast, einer Begierde gelesen, wie fast niemals früher; schon damals waren alle öffentlichen Lokale gefüllt mit Menschen, welche sich um diejenigen Blätter rissen, in denen Nachrichten über die Zustände Frankreichs nach Deutschland herübergebracht wurden.

Als aber nun plötzlich ganz unerwartet die Kunde von der Februar-Revolution und dem Sturz des Königthums, von der Erklärung der französischen Republik, der Errichtung einer provisorischen Regierung nach Sachsen herüber tönte, da wuchs die Aufregung im gewaltigsten Maße. In

dem Museum drängten Tausende sich zusammen, um die erste Kunde von den Vorgängen in Paris zu erhalten; auf allen Straßen Leipzigs wogten Menschenmassen hin und her, besonders aber vor den Expeditionen der Zeitungen, deren Extrablätter zu Hunderten gekauft und unter das Volk vertheilt wurden.

Auf den ersten besten Prellstein mußte irgend ein Mann des Volkes treten und beim Schein einer Laterne diese Extrablätter vorlesen.

Es herrschte ein wunderbar reges Leben in jenen Tagen in Leipzig; fast schien es, als wäre plötzlich die Bevölkerung der bedeutenden Handelsstadt aus langjährigem Schlafe erwacht zum freudigsten Leben.

Das Volk von Leipzig fühlte, daß die französische Revolution ihren lebhaften Wiederhall finden müsse in Deuschland, das Volk von Leipzig fühlte, daß die Freiheit sich Bahn brechen werde auch in dem lang geknechteten Vaterlande, daß die Freiheitsbewegung eines Volkes nicht vereinzelt dastehen könne, daß sie sich von Frankreich ausbreiten müsse über ganz Europa.

Die erste Forderung, welche das Volk von Leipzig in sich rege werden fühlte, war die nach Preßfreiheit, nach dem Recht der freien Aeußerung des Gedankens im Wege der Schrift.

Zwanzig Leipziger Buchhändler traten zusammen und erließen schon am 29. Februar folgende Erklärung an das Königlich sächsische Ministerium.

„Die Unterzeichneten erheben in dem Augenblick, wo die lebensunfähige Welt der völkerunterdrückenden freiheitsfeindlichen Staatsweisheit von 1815 in ihren Angeln wankt,

nochmals den Ruf der Mahnung, den Ruf um Recht an diejenigen die bisher ihre Stimme nicht hörten und das Recht verweigerten. Sie erklären vor dem Angesichte Europa's die geistesmörderische Censur noch einmal für eine Schande und Schmach, die ein gebildetes Volk nicht ertragen kann, nicht ertragen darf. Sie erklären die Ausnahmsgesetze, welche dieselbe schufen und erhalten, nochmals für widersprechend dem ewigen Menschenrecht und der Bildung unserer Zeit. Sie erklären die Hemmung der Besprechung innerer Angelegenheiten, selbst diesen Ausnahmsgesetzen gegenüber, für eine Handlung der Willkür und Gewalt. Sie erklären es für einen schnöden Eingriff in Recht und Eigenthum, wenn man ihnen wohlerworbene Bücher und Zeitschriften unterdrückt oder wegnimmt, ohne Urtheil und Richterspruch. Sie erklären, daß sie nicht mehr bitten mögen um ihr gutes Recht, daß sie aber hiermit die unausbleiblichen Folgen fernerer Rechtsverweigerung öffentlich und feierlich auf diejenigen wälzen, welche für Bitten und Mahnungen bisher kein Gehör hatten. Leipzig, den 29. Februar 1848, dem achten 29. Februar seit Einführung der Censur."

Die offenen männlichen Worte, mit denen die Leipziger Buchhändler das natürliche Recht eines Volkes, die Preßfreiheit forderten, fanden in ganz Leipzig einen freudigen Anklang. Jubelnd stimmte das Volk von Leipzig in die Forderung der Buchhändlerschaft ein.

Auch die städtischen Behörden von Leipzig zeigten, daß sie in jener Zeit einzugehen vermochten in den Geist, welcher das Volk beherrschte.

Am 1. März hielt das Stadtverordneten-Collegium

von Leipzig unter ungeheurem Andrang des Publikums eine außerordentliche Sitzung. In derselben beantragte der Vice-Vorstand des Stadtverordneten-Kollegiums, Professor Karl Biedermann die Absendung einer direkt an den König gerichteten Adresse.

In der Einleitung dieser Adresse war gesagt, daß Deutschland sich in einem Zustande der größten Gefahr befinde; Frankreich werde den Republikanismus ausbreiten, Rußland aber die freie Volksentwicklung mit Bajonetten bekämpfen wollen, der Kampfplatz beider Mächte sei Deutschland. Die deutsche Nation könnte eine würdige Sellung in diesem Kampfe nur dann einnehmen, könnte nur dann die äußern Feinde von sich abwehren, wenn die Nation die Sicherheit habe, daß ihre Interessen von den Fürsten geehrt würden, daß nicht wie bisher der deutsche Bundestag lediglich für die Fürsten, sondern auch für die Völker wirken werde. Es erscheine daher eine schleunige Berufung von Volksvertretern zum Bundestag zur Abwehrung innerer Kämpfe und zur Begegnung gegen den äußern Feind dringend nothwendig. Aber auch dies allein werde Deutschland nicht vor der Ansteckung der Revolution schützen können, wenn fernerhin das freie Wort in der Presse eingeengt werde, wenn dem Volke die Möglichkeit entzogen sei durch die Presse die wahren Interessen der Nation zu offenbaren und zu schützen. Der König möge seine Stimme fest und kräftig in die Waageschale des Rathes der Fürsten legen, um sowohl für die Berufung einer Volksvertretung zum deutschen Bundestage, als für das Freiwerden der Presse zu wirken.

Diese Adresse forderte immerhin für Sachsen einen

Fortschritt; sie war allerdings weit davon entfernt dem Bedürfnisse der Völker zu entsprechen, sie fußte noch auf dem Boden des alten Liberalismus, der bald durch die deutsche Revolution vollständig überflügelt werden sollte, aber doch war sie immer ein Fortschritt.

In der kurzen Debatte sprach Robert Blum sich energisch dahin aus, daß bloße Andeutungen und Bitten einem solchen Ministerium wie das an der Spitze des Staates stehende nicht genügten; es sei nothwendig, daß das Volk es offen ausspreche, das Ministerium besitze kein Vertrauen, man müsse erklären, das Ministerium sei ein volksfeindliches. Dreißig Jahre der Knechtschaft müßten das Volk davon überzeugt haben, was es von den Gewalthabern zu hoffen habe.

Solche Ansichten waren indessen den Leipziger Stadtverordneten bei weitem zu radikal und Robert Blum mußte sich daher, um nur Etwas zu erreichen, mit seinen Gesinnungsgenossen der Adresse anschließen, welche von dem Stadtverordneten-Kollegium nach äußerst kurzer Debatte einstimangenommen wurde.

Auch der Stadtrath schloß sich der Adresse der Stadtverordneten einstimmig an und votirte zu gleicher Zeit den Stadtverordneten einen Dank für dieselbe.

Eine Deputation aus drei Stadträthen (dem Bürgermeister Dr. Gros, den Stadträthen Seeburg und Rieß) und drei Stadtverordneten (dem Vorstand Werner, dem Vice-Vorstand Biedermann und dem Stadtverordneten Weyand) ging am 2. März morgens nach Dresden ab, um die Schrift dem König zu überreichen.

Die Deputation wurde eben nicht sehr gnädig empfan-

gen. Noch schien die deutsche Bewegung dem König von Sachsen nicht bedeutend, noch glaubte seine Majestät es nicht nöthig zu haben, dem Drängen seines Volks nachzugeben und ein abschläglicher Bescheid war daher die einzige Folge der Adresse. Es wurde den Stadtverordneten bedeutet, daß nicht die Meinung einer einzelnen Stadt maßgebend sei und daß die Stadtverordneten nicht befugt gewesen wären, eine solche Adresse zu erlassen. Die in derselben ausgesprochenen Wünsche wären die Wünsche einer Partei, durch die sich die Stadtverordneten hätte verleiten lassen.

In solcher Weise trat damals der König dem Lande gegenüber. Am Abend des 3. März wurde die Deputation in Leipzig zurückerwartet. Ein geschriebener Anschlag, welcher am Nachmittage an mehreren Häusern der Stadt klebte, berief eine Versammlung zur achten Abendstunde auf den Leipzig-Dresdner Bahnhof.

Eine so unzählige Menschenmasse hatte zur bestimmten Stunde den Bahnhof besetzt, daß eine Meinungsäußerung daselbst nicht möglich gewesen wäre, und es ertönte daher bald, noch ehe der letzte Bahnzug von Dresden angekommen war, noch ehe daher die Deputation zurück sein konnte, der Ruf: „Auf den Markt!“

Augenblicklich setzte sich die gewaltige Volksmasse dahin in Bewegung und bald war der ganze Markt mit Menschen angefüllt, zu denen aus allen Straßen immer neue Massen hinzuströmten. Am folgenden Tage sollte Wochenmarkt sein; alle zu demselben erbauten Buden, die Vorsprünge der Häuser u. s. w. waren voll von Menschen, welche sie erklettert hatten. Es herrschte ein unruhiges wogendes Leben.

Anfangs schrieen die Massen wild durcheinander, aber bald verschaffte eine durchdringende Stimme sich Gehör und ermahnte die Versammlung zur Ruhe, indem sie darauf hinwies, daß in Süddeutschland alle Volksversammlungen der größten Ruhe und Würde verliefen.

Augenblicklich breitete sich eine tiefe Stille über die ungeheure Menge aus.

Gegen 9 Uhr kam die Deputation zurück. Sie wurde vom Volke mit unendlichem Jubel empfangen.

Der Stadtrath Seeburg verkündete dem Volke, daß der König der Stadt Leipzig seine Grüße entbieten lasse, und die in der Adresse enthaltenen Loyalitätsbezeigungen mit tiefer Rührung empfangen habe.

Der Herr Stadtrath vermochte in seiner loyalen Rede indessen nicht fortzufahren; seine schwache Stimme durchdrang das Brausen der gewaltigen Volksmasse nicht und der Ruf: „Robert Blum! Robert Blum!" ertönte bald von vielen tausend Stimmen.

Professor Karl Biedermann erschien jetzt auf dem Balkon, um die Antwort des Königs vorzulesen, aber der Tumult erneute sich, das Volk wollte seinen Liebling, wollte Robert Blum hören.

Unter dem enthusiastischsten Jubelruf der gesammten Volksmasse erschien endlich Robert Blum auf dem Balkon. Er ermahnte zuvörderst das Volk zur Ruhe und suchte es von der Adresse und der Antwort auf dieselbe ablenkend zu beschwichtigen; aber der Ruf: „Die Antwort! Die Antwort!" zwang ihn endlich, dem Volke zu erklären, daß die Bitten desselben abgeschlagen worden seien.

Ein allgemeines mißmüthiges Erstaunen bemächtigte

sich der Volksmassen und brach in ein tiefes Murren aus. Dann fuhr Robert Blum fort; sogleich wieder trat die tiefste Stille ein.

Robert Blum bat das Volk, sich ruhig zu verhalten; in konstitutionellen Ländern sei nicht der König, es seien die Minister verantwortlich, und er versprach dem Volke, daß er in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung den Antrag stellen werde, daß der König das Ministerium, welches das Vertrauen des Volkes nicht besitzen, entlassen möge.

Ein ungeheures Jubelgeschrei beantwortete das Versprechen Robert Blums. Die guten Leipziger waren schon mit der Entlassung eines Ministeriums zufrieden; sie fühlten damals noch nicht, daß, wenn selbst dieser Wunsch ihnen gewährt werden würde, es eben nur eine Versprechung mehr sei, welche gebrochen werden müßte von den Gewalthabern.

Die Volksversammlung ging in der größten Ruhe auseinander.

Die Völker Deutschlands waren im März 1848 noch so gutmüthig, sie waren noch nicht durch das Jahr 1849 erweckt aus ihrem Vertrauen gegen die Regierungen.

Robert Blum nahm nun mit Kraft diejenigen Maßregeln in die Hand, welche zuvörderst zu ergreifen waren. Er verband sich mit mehren Literaten, mit dem Dr. Wuttke, mit Oettinger, dem Redakteur des Charivari, und dem Dr. Arnold Ruge.

Diese begaben sich zum Censor von Leipzig, dem Professor Dr. Marbach, um von diesem die Niederlegung seines Amtes zu fordern.

Der Censor erklärte, daß er hierzu nicht berechtigt sei

daß indessen die Censoren von Leipzig an das Gesammt-Ministerium eine Eingabe gemacht hätten, in welcher sie sich auf das Entschiedenste gegen die Censur und ihre verderblichen Wirkungen aussprächen, und dem Gesammt-Ministerium das Bedenkliche des Fortbestehens der Censur ernstlich vorstellten.

Diese Erklärung veröffentlichte Robert Blum. Wie wunderbar, selbst die Censoren waren in jener Zeit von der Verderblichkeit ihres Amtes, von der Schädlichkeit der Censur überzeugt.

Schon am 4. März trat die Stadtverordneten-Versammlung abermals zusammen. Robert Blum beantragte ein entschiedenes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, aber noch immer waren dazu die Stadtverordneten Leipzigs, mit ihren versöhnlichen Gesinnungen, mit ihrem unermüdlichen Vertrauen nicht zu bewegen. Nur zu einer zweiten Adresse konnten sie vermocht werden, und in dieser sagten sie, daß die Stadtverordneten sich für vollkommen befugt gehalten hätten, sogar für verpflichtet, die öffentliche Meinung des Landes dem Thron zu übergeben, daß sie nicht verleitet worden seien, daß sie nicht Parteiwünsche, sondern die Wünsche der ganzen Mehrheit des sächsischen und des gesammten deutschen Vaterlandes ausgesprochen hätten. Die Ruhe des Landes werde nur dann zu erhalten sein, wenn der König die Minister entlasse und an ihre Stelle Männer setze, welche das Vertrauen des Volkes genössen, und wenn er die Stände des Königreichs schleunig einriefe.

Der Stadtrath trat auch dieser Adresse einstimmig bei. Eine zweite Deputation überbrachte dieselbe dem König.

Die Antwort des Königs ist höchst charakteristisch; sie lautet:

„Als gestern eine Deputation vor Mir erschien, um Mir im Namen der Stadt Leipzig eine Adresse zu überreichen, so mußte Ich diesen Schritt in Rücksicht des Inhalts der überreichten Schrift als nicht in Ihrer Competenz liegend anerkennen, und konnte daher auf die besondern darin enthaltenen Wünsche eine Antwort nicht ertheilen. Heute stehen Sie vor Mir, um Mir die Lage der Stadt vorzustellen. Ich bedaure, daß Meine Worte nicht bei allen die Aufnahme gefunden, die Ich von dem väterlichen Geiste, in dem sie gesprochen waren, zu erwarten berechtigt war. Aber nichts wird Mich bewegen, von dem klaren Wege abzugehen, den Mir Meine Verbindlichkeit als Mitglied des deutschen Bundes und Meine durch die vaterländische Verfassung übernommene Pflicht vorschreiben. Es ist Ihnen bekannt, daß die Stände am vergangenen Landtag auf eine Reform der bestehenden Preßgesetzgebung angetragen haben. Ich habe diesen Gegenstand schon längst der sorgfältigsten, gewissenhaftesten Erwägung unterworfen, und habe bereits Meinen Gesandten am Bundestag mit Anweisung versehen, wie diese Angelegenheit nach Meiner gewissenhaften Ueberzeugung auf die dem öffentlichen Wohl zuträglichste Weise zur Erledigung gebracht werden kann. Sollte hierzu die verfassungsmäßige Wirksamkeit der Stände nothwendig sein, so wird der Ständeversammlung, welche Ich, so wie es die Umstände erlauben, baldigst zusammenzuberufen beabsichtige, hierzu sich Gelegenheit bieten. Das muß Ich aber offen erklären, daß Ich Mich in dieser wichtigen Angelegenheit nicht von Zeitereignissen, sondern nur von der gewissenhaf-

ten Rücksicht auf das Wohl des mir anvertrauten Volkes und von Meiner durch die Bundes- und Landesverfassung übernommenen Pflicht leiten lassen werde. Im übrigen vertraue Ich, daß es dem Ansehen der Behörden, der Kraft und dem guten Geiste der Kommunalgarde, dem ernsten Willen aller guter Bürger gelingen werde, denjenigen gegenüber, welche auf ungesetzlichem Wege Ungesetzliches wollen, Gesetz und Ordnung zu bewahren; und mache Ich dafür, daß dies geschehe, die Stadt Leipzig verantwortlich."

Mit solchen Redensarten war natürlich dem sächsischen Volke nicht gedient. Die Aufregung, welche mittlerweile nicht nur in Leipzig, sondern im ganzen Lande sich nur vermehrt hatte, wuchs durch diese Antwort auf die Bitten der Stadt Leipzig in einem selbst der Regierung bedenklichen Grade.

Nichts desto weniger blieb Leipzig ruhig. Die Bewohner der Stadt hatten ein so großes Vertrauen zu Robert Blum, der auf das Aeußerste bemüht war, jede gewaltsame Bewegung zu verhindern, der bei der in ganz Deutschland weiter um sich greifenden Macht des Volkes auf friedlichem Wege eine Umwälzung der Staatstheorieen hoffte und daher lediglich den Weg des Gesetzes wollte, daß sie von jeder gewaltsamen Unternehmung sich fern hielten.

Nur einzelne kleine Unordnungen kamen vor, welche kaum der Erwähnung werth sind. So zogen des Abends Volkshaufen durch die Straßen, welche vor den Wohnungen Robert Blums, Arnold Ruges und Karl Biedermanns stürmische Lebehochs brachten.

Auch im übrigen Lande zeigte sich fast überall ein ähnlicher Geist wie in Leipzig; nur die Dresdener Stadt-

behörden blieben auf dem alten Standpunkte stehen und begnügten sich damit, den König um eine baldige Zusammenberufung des Landtags zu bitten.

Aus den anderen Städten des Königreichs Sachsen liefen indessen täglich Billigungsadressen an Leipzig ein, welche aussprachen, daß die Bewohner des ganzen Landes die Forderungen der Leipziger theilten.

Jetzt begann die Stimme des Volks dem Könige doch hörbar zu werden, und als er nach Süddeutschland schaute, und dort überall eine die Königsthrone bedrohende Bewegung erblickte, da glaubte Seine Majestät den Wünschen seines Volkes ein wenig nachgeben zu müssen.

Der verhaßteste der regierenden Minister, Herr von Falkenstein, erhielt seine Entlassung, und der König wendete sich mit einer Proklamation an das Volk. Es lautete diese Proklamation, welche ein treues Bild aller zu jener Zeit von den Fürsten an die Völker erlassenen Liebesworte ist, folgendermaßen:

„An meine Sachsen. Bei den ersten Ereignissen des Auslandes und der hierdurch in mehren Staaten Deutschlands entstandenen Aufregung drängt es mich, vertrauensvoll zu meinem treuen Volk von Stadt und Land zu reden. Als ich Sachsen im Einverständnisse mit den Vertretern des Landes die Verfassung verlieh, that ich es in der Zuversicht, sie werde die Treue, welche Jahrhunderte lang Sachsens Fürsten und Volk eng verband, neu beleben und befestigen, in Tagen des Friedens den Aufschwung des Gemeinwohles nach allen Richtungen kräftig fördern, in Tagen der Gefahr für Gesetzlichkeit und Ordnung ein festes Bollwerk sein. Ich bin mir bewußt, seit dieser Zeit für das

Wohl meines Volkes nach meinem besten Wissen gewirkt zu haben. Ich bin stolz darauf, daß meine Regierung an redlicher, offener Verfassungstreue von keiner andern übertroffen wird. Mein Volk und selbst das Ausland haben dies anerkannt. Ihr werdet mein Streben vergelten, indem ihr meinem Zurufe Folge leistet. Gern vernehme ich die Stimmen, den Rath der verfassungsmäßigen Vertreter meines Volkes; doppelt gern in Zeiten der Gefahr. Sobald die neuen Wahlen beendigt sein werden, spätestens zum Anfange des Monats Mai d. J., bin ich entschlossen, die Stände zu versammeln, um mich mit ihnen über alles, was als wahres Bedürfniß für das Staatswohl erscheint, zu verständigen. Namentlich werde ich ihnen, nachdem auch die mitverbündeten Regierungen jedem einzelnen Staate die Aufhebung der Censur freigegeben haben, die nunmehr in erweitertem Maße zulässige Vorlage über die Presse, nach §. 35 der Verfassungsurkunde, zugehen lassen. Harret ruhig und im Vertrauen auf das, was ich schon gethan und noch thun werde. Greift nicht den Befugnissen der von euch selbst gewählten Landesvertreter vor; nur was im verfassungsmäßigen Wege zu Stande kommt, trägt die Bürgschaft sichern Bestehens. Ruhe und Ordnung, Gesetzlichkeit, unverrücktes Festhalten an dem Rechtszustande, welchen die Verfassungsurkunde begründet hat, Eintracht zwischen Fürst und Volk, Muth und Vertrauen, das ist es, worauf Deutschlands Freiheit und Selbstständigkeit beruht, das ist es, wodurch wir allein jeder Gefahr mit Erfolg entgegentreten können. Sachsen, bewahret eure alte Treue! Dresden, 6. März 1848. Friedrich August. v. Könneritz. v. Zeschau. v. Wietersheim. v. Carlowitz. v. Oppell."

Aber auch diese Proklamation genügte bei weitem nicht, um die herrschende Aufregung auch nur einigermaßen zu beschwichtigen. Das Volk sollte Vertrauen haben, es sollte hoffen auf die Gnade seines Fürsten, und dennoch war es so oft getäuscht worden, obgleich sich dieser Fürst, in dessen Staaten die Censur so willkürlich wie im ganzen übrigen Deutschland gewaltet hatte, seiner redlichen, offenen Verfassungstreue rühmte.

Die Proklamation fruchtete natürlicherweise gar nichts. Schon am 7. März hielten die Stadtverordneten von Leipzig abermals eine außerordentliche Versammlung, in welcher sie die Erklärung beschlossen, daß die Entlassung des Ministers Falkenstein keinesweges genüge, sondern daß nur bei einer Entlassung des gesammten Ministeriums und einer vollständigen Aenderung des Systems die Ruhe des Landes zu erhalten sei. Eine Garantie für die Aenderung des Systems sei aber nur dann vorhanden, wenn Männer in den Rath des Königs berufen würden, die durch ihr öffentliches Wirken sich das Vertrauen des Volkes erworben hätten.

Auch dieser Erklärung schloß sich der Stadtrath einstimmig an.

Hatten hierdurch die Stadtbehörden von Leipzig schon einen energischen Weg betreten, so sollte auch das übrige Land auf diesem Wege weiter fortschreiten. Auch andere Städte schickten Deputationen an den König, so die Stadt Zwickau im Verein mit 6 andern Städten.

Am 8. März übergaben die Deputirten der 6 Städte dem König ihre Adresse; sie wurden höchst ungnädig empfangen. Der König bemerkte bei der Uebergabe der Adresse

kurz und ungnädig; „Ich muß Sie auf meine öffentliche Bekanntmachung verweisen; ich werde die Verlangen, welche billige, bescheidene Wünsche aussprechen, dem nächsten Landtage vorlegen."

Der Bürgermeister Schwedler, einer der Deputirten erwiederte: „Majestät, Sie erlauben — —

Aber der König unterbrach ihn: „Nein, nein, nein, nein! unbillige Wünsche werde ich nicht berücksichtigen! Ich kann mich mit Ihnen nicht in Discussion einlassen, ich habe Ihnen nichts zu sagen als, leben Sie wohl!"

Noch einmal nahm der Bürgermeister Schwedler das Wort: „Majestät, entlassen Sie uns nicht ohne alle Zusagen."

Die Antwort des Königs war aber wiederum kurz: „Ich habe Ihnen weiter nichts zu sagen als, leben Sie wohl!"

Daß unter solchen Verhältnissen, nachdem die Deputationen an den König so ungünstig abgelaufen waren, eine immer größere Unzufriedenheit im Königreich Sachsen um sich griff, ist wohl nur natürlich.

Immer lauter erhoben sich die Stimmen gegen die Regierung und es war schon die Rede von Sturmpetitionen, welche das Volk von Sachsen aus den verschiedensten Städten vereinigt nach Dresden bringen wollte.

Sturmpetitionen, von vielen Tausenden begleitet, vor die Residenz des Königs gebracht, sind immer ein ganz gutes Mittel gewesen, gehorsamen Bitten Eindruck zu verschaffen.

Unter solchen Verhältnissen glaubte der König denn doch etwas nachgeben zu müssen. Am 9. März wurde

die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Landtages schon für den 20. März befohlen und zu gleicher Zeit wurde die Censur einstweilen aufgehoben.

Mit diesen Zugeständnissen hoffte der König die Aufregung im Lande zurück zu halten, um dies aber besser und sicherer thun zu können, wurde Leipzig, diejenige Stadt, in welcher die Unzufriedenheit mit der Regierung sich am lautesten gezeigt hatte, mit Truppenmassen umgeben, welche jede etwa gewaltsame Aeußerung des Volkswillens niederdrücken sollten.

Alle Dörfer rings um Leipzig wurden mit Einquartirung belegt und die Regierung gab auf das Deutlichste zu erkennen, daß sie eine etwaige gewaltsame Erhebung des sächsischen Volkes, welche nur von Leipzig ausgehen konnte, mit Gewalt zu unterdrücken bestrebt sein werde.

Die Regierung glaubte dadurch die Bürgerschaft von Leipzig abzuschrecken, aber sie täuschte sich. Die Leipziger waren sich bewußt, daß sie im Einverständniß mit dem ganzen sächsischen Lande handelten und es fiel ihnen deshalb nicht ein, sich durch die drohenden Maßregeln der Regierung zurückschrecken zu lassen.

Die Leipziger Stadtbehörden sprachen es offen aus, daß ein Vertrauen des Volkes zur Regierung so lange nicht wiederkehren könnte, als dieselbe durch die Anhäufung von Truppenmassen um Leipzig selbst ein Mißtrauen gegen das Volk an den Tag lege und als sie nicht eingehe auf die allgemeinen Wünsche des Volkes.

Diese Wünsche wurden mit jedem Tage klarer und offner an das Licht gestellt. Herrschten vor den Märztagen noch mancherlei verschiedene Meinungen, noch eine große

Unklarheit in den Gemüthern über dasjenige was das Volk eigentlich fordern müsse, was ihm noththue, so schwand diese Unklarheit, diese Verschiedenheit der Meinungen mit jedem Tage mehr und mehr.

Die Volkswünsche, wie sie bald von allen Seiten her laut wurden, waren in jener Zeit diejenigen, welche auch in Süddeutschland sich überall zur Geltung gebracht hatten. Es war der Wunsch nach einem allgemeinen einigen Deutschland, einer gemeinsamen Regierung aller deutschen Staaten, einer Regierung, an der auch das Volk durch ein Volksparlament seinen Antheil habe. Der Wunsch nach einer Reform des Wahlgesetzes, damit nicht mehr allein die besitzende Klasse und der hohe Adel seine Vertretung bei der Regierung des Landes finden, sondern auch der nicht Besitzende, damit jeder Staatsbürger seinen Antheil an der Leitung der Geschicke des Vaterlandes habe. Es war der Wunsch nach einem öffentlichen und mündlichen Rechtsverfahren, nach Urtheilssprüchen durch den Bürger selbst, durch Geschworne. Es war endlich der Wunsch nach einer allgemeinen Volksbewaffnung, nach einer Verminderung der stehenden Heere und einer Vereidigung derselben auf die Verfassung.

Diese Wünsche, welche in ganz Deutschland in allen Städten laut wurden, welche in Süddeutschland sich bereits gewaltig Bahn gebrochen hatten, waren auch die des sächsischen Volkes.

Die allgemeine Volksbewaffnung wurde schon durch das Volk in Sachsen selbst mehr oder weniger zur Erfüllung gebracht. Die Communalgarden, welche in den Städten bestanden, vergrößerten und ergänzten sich nämlich durch

Reservecompagnieen, zu denen auch die kleinern Bürger und die Arbeiter hinzugezogen wurden.

So bildeten sich in Leipzig etwa 14 bis 15 solche Compagnieen zu je 50 Mann.

Mit der Erweiterung der Volksbewaffnung wuchs auch das Vertrauen des Volkes zu seiner eigenen Kraft. Die Forderungen desselben nach den Rechten, welche die Regierung ihm einräumen sollte, wurden größer und stürmischer, und als nun dennoch die Regierung fortwährend schwankte, als sie nicht nachgeben wollte, als sie sogar durch die Aufstellung von Truppenmassen um Leipzig ihre Absicht zeigte, die Wünsche des Volkes durch Gewalt niederzudrücken, da wurde der Ruf nach massenhaften Deputationen, welche nach Dresden geschickt werden sollten, immer mehr und mehr laut.

16 Städte Sachsens erklärten sich bereit einer solchen Sturmpetition beizutreten, wenn dieselbe von Leipzig ausginge.

In Süddeutschland hatte die Volksbewegung immer festern Fuß gefaßt, die süddeutschen Fürsten hatten bereits fast überall den Wünschen ihrer Völker nachgeben müssen und so sah denn auch die sächsische Regierung mit Furcht und Grauen den Tag nahen, wo sie gezwungen die Wünsche des Volkes erfüllen mußte.

Selbst den verhärtetsten Absolutisten gingen endlich die Augen auf und der König von Sachsen entschloß sich am 13. März das verhaßte Ministerium zu verabschieden. Die Minister v. Könneritz, v. Zeschau, von Wintersheim, v. Karlowitz und v. Oppel gaben ihre Entlassung ein und dieselbe wurde angenommen.

Der Dr. Braun wurde beauftragt ein neues Ministe-

rium zu bilden und er bildete dasselbe aus dem rechten und linken Centrum des früheren Landtags am 16 März. Das Ministerium bestand aus den Herren Dr. Braun, Georgi und v. d. Pforten, einige Tage später traten noch die Herren von Watzdorf und Oberländer hinzu.

Das Ministerium erließ sofort bei seiner Bildung eine Proklamation an das Volk, in welcher es demselben seine Grundsätze darstellte; sie lautet folgendermaßen:

An das sächsische Volk. Von Sr. Majestät dem König an die Spitze der Geschäfte berufen, haben sich Unterzeichnete über folgende Hauptgrundsätze und Maßregeln vereinigt: Beeidigung des Militairs auf die Verfassung. Aufhebung der Censur für immer. Ein Preßgesetz ohne das System der Concessionen und Cautionen. Reform der Rechtspflege auf Grundlage der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit; in Strafsachen Geschwornengericht. Reform des Wahlgesetzes. Anerkennung des Vereinsrechts mit Repressivbestimmungen wegen Mißbrauchs. Gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität. Antrag auf Revision des Vereinszolltarifs. Kräftige Mitwirkung zu zeitgemäßer Gestaltung des deutschen Bundes mit Vertretung des Volks bei demselben. Sr. königlichen Majestät haben diesen Maßregeln und Grundsätzen Ihre Zustimmung zu ertheilen geruht. Gemäß ihnen wird das Erforderliche eingeleitet werden. Das sächsische Volk wird die hohe Bedeutung dieser königlichen Entschließung würdigen und dies durch Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande bethätigen. Dresden, 16. März 1848. Die Staatsminister. Dr. Braun. Dr. v. d. Pforten. Georgi.

Der Leser ersieht aus dieser Proklamation, daß das

Ministerium die Hauptforderungen des Volkes zu erfüllen bestrebt war, wenn es auch keinesweges in die radikal-demokratischen Ideen einzugehen geneigt sein konnte, einen gewaltigen Fortschritt bildete jedenfalls die Ernennung der Herren Braun, Oberländer, Pforten, Georgi u. s. w. gegen das frühere rein absolutistische Ministerium, und so zeigte sich denn auch in ganz Sachsen eine große Freude.

Die Sachsen glaubten ohne eine Revolution zum Ziele kommen zu können; auf friedlichem Wege war wenigstens die Möglichkeit einer vollständigen Reformation des bisherigen Staatswesens angebahnt worden.

Wir haben dem Leser in Obigem ein Bild der sächsischen Bewegung gegeben und es liegt uns jetzt nur noch ob, zurückzukommen auf die Wirksamkeit Robert Blums während dieser Zeit, welche wir schon oberflächlich berührt haben.

Robert Blum entwickelte in den Märztagen eine außerordentliche Thätigkeit. Sein Streben ging dahin, zugleich durch die Presse das Volk aufzuklären und der sächsischen Bewegung eine bestimmte Richtung zu geben, die Forderungen, welche das Volk an seine Regierung zu machen hatte, klar hinzustellen und es ihm ins Bewußtsein zu rufen, was ihm fehle. Durch das freie Wort sowohl in der Presse, besonders in der constitutionellen Staatsbürgerzeitung, als auch von der Tribüne herab suchte Robert Blum das Volk aufzuklären.

Ganz besonders gingen seine Bemühungen auch dahin, das Verhältniß klar zu machen, in welchem der Soldat in jener schweren Zeit zum Bürger stehen müsse; die Soldaten zu belehren über ihre Stellung zum Bürger und

zu gleicher Zeit dem Hasse vorzubeugen, welchen der Bürger damals fast überall gegen das Soldatenthum fühlte.

In einer glänzenden Rede vom 6. März sprach sich Robert Blum über das Verhältniß des Soldaten zum Bürgerstande aus; er zeigte wie der Soldat dem freien Bürger gleich gestellt sein müsse, welches die Uebelstände der jetzigen Heerverfassungen seien, wie der Soldat herausgerissen werde aus seinem bisherigen Berufsleben um in ein ganz fremdes hinausgestoßen zu werden, wie man ihn absichtlich fortziehe von allen früheren Interessen, um ihn zu mißbrauchen, und er warnte zu gleicher Zeit vor der Feindschaft, welche nur zu leicht durch die Verhältnisse bedingt zwischen den Bürgern und den Soldaten auszubrechen drohe.

Während Robert Blum in dieser Weise auf die Belehrung des Volkes wirkte, während er sich bestrebte der sächsischen Bewegung eine bestimmte Richtung zu geben, suchte er zu gleicher Zeit aber auch auf die Beruhigung des Volkes hinzuwirken.

Robert Blum war seinem ganzen Charakter nach ein Feind aller strengen Maßregeln; seine natürliche Milde und Herzensgüte führte ihn überall auf den Weg des Friedens, machte ihm jedes Blutvergießen verhaßt, und so suchte er denn auch in jener Zeit der Revolution einem Blutvergießen vorzubeugen, indem er hoffte, ohne dasselbe das sächsische Volk dem erwünschten Ziele zuführen zu können.

Robert Blum war nicht durch die Ereignisse des Jahres 1849 belehrt worden darüber, daß die Regierungen nur der Gewalt weichend dem Volke die Freiheit gewähren.

Die Ideen von Monsterpetitionen, welche im März 1848 in Sachsen vielfach angeregt wurden, fanden daher

in Robert Blum einen entschiedenen Widersacher, und es gelang ihm auch wirklich durch seine große Popularität die Monsterpetitionen vollständig zu verhindern.

Nach der Gewährung der Preßfreiheit und des freien Versammlungsrechtes fuhr Robert Blum in seiner friedlichen Agitation nur mit um so größerer Energie fort. Er gründete die Vaterlandsvereine, welche in späterer Zeit auf die politische Entwickelung Sachsens von so bedeutender Wirkung sein sollten. Er schuf in diesen Vereinen, deren Organisation er anbahnte die kräftigste Opposition gegen das Wiederanstreben des Absolutismus und ein Mittel Propaganda zu machen für die demokratischen Ideen.

Robert Blums Wirksamkeit in Leipzig wurde von allen Seiten auf das Ehrendste anerkannt; so ernannte ihn die Stadt Zwickau zu ihrem Ehrenbürger.

Diese Wirksamkeit sollte indessen nicht von langer Dauer sein, Robert Blum wurde abgerufen in einen größern Wirkungskreis, indem die Stadt Zwickau ihn als ihren Deputirten nach Frankfurt a. M, sandte, um Theil zu nehmen an dem deutschen Parlament.

Capitel IX.

Deutschland bis zum Zusammentritt des Vorparlament.

Ehe wir übergehen zur Geschichte des deutschen Vorparlaments und der Betheiligung Robert Blum's an demselben, können wir nicht umhin, mit wenigen Worten zurückzukommen auf eine Schilderung der deutschen Zustände vor dem Jahre 1848, aus welchen naturgemäß die Bewegung des Jahres 1848 sich entwickelt.

Deutschland hatte sich mit der Aufopferung von Strömen Blutes im Jahre 1815 befreit von dem Joche der Fremdherrschaft, der Unterdrückung durch Napoleon.

Das deutsche Volk hatte einen wunderbaren Heldenmuth bewiesen, es hatte sich eng angeschlossen an seine Fürsten und mit diesen vereinigt die fremden Ketten abgeschüttelt.

Die Fürsten Deutschlands hatten in allen Staaten den Völkern Gewährung freier Verfassungen versprochen und

nur dadurch das Volk vermocht, mit Begeisterung aufzustehen gegen den gemeinsamen Feind und sein Blut zu opfern für die Fürsten.

Das alte deutsche Kaiserreich war durch Napoleon zerstört und es lebte auch nach der Besiegung des französischen Kaisers nicht wieder auf; es fehlten ihm die Keime zum weiteren Fortleben.

An die Stelle des früheren Kaiserreiches trat der deutsche Bund, eine Verbindung der deutschen Fürsten. Aber dieser deutsche Bund war eben auch nur eine Verbindung der Fürsten, die deutschen Völker hatten keine Stimme in der Regierung ihres Vaterlandes.

Jahre, lange Jahre vergingen nach der Abschüttelung des fremden Joches. Gläubig hofften die Völker auf die Erfüllung der Versprechungen, welche ihnen ihre Fürsten zu der Zeit gemacht hatten, als sie das Blut der Völker forderten. Aber sie hofften vergebens, die deutschen Fürsten dachten nicht daran, die in den Stunden der Gefahr gemachten Versprechungen zu halten. Und doch waren in damaliger Zeit die Forderungen der Völker außerordentlich gemäßigt, sie waren weit entfernt von den radikalen Wünschen, welche im Jahre 1848 an die Fürstenthrone gestellt wurden.

Die Völker forderten nur die Erfüllung der ihnen gegebenen Verheißungen, und diese bestanden in einer Beschränkung der absoluten Fürstenmacht durch Landstände, denen das Recht der Steuer-Bewilligung und Verweigerung zustehen sollte. Sie forderten eine gemäßigte Freiheit der Presse und Association, eine Verbesserung des Gerichtsverfahrens und dergleichen mehr.

Aber selbst diese billigen und gemäßigten Forderungen sollten nicht erfüllt werden. Die kleinen süddeutschen Fürsten versuchten es allerdings, dem Geiste der Zeit und den Wünschen ihrer Völker nachzugeben, aber Oesterreich und Preußen, die beiden Großmächte Deutschlands, welche auf dem Bundestage absolut herrschten, wußten alle irgend bedeutenden Concessionen auch in diesen Staaten zu hintertreiben.

In den beiden größten Staaten Deutschlands herrschte eine fast absolute Despotie. Die preußische Regierung suchte allerdings noch den Anschein einer gewissen Freisinnigkeit und Humanität zu behaupten, aber unter diesem Anschein übte sie die vollständigste Polizeiwillkür. In keinem andern Staate war das Polizeiwesen so systematisch geordnet, in keinem andern Staate übte das Beamtenthum eine so gewaltige Macht, einen so in allen Sphären hineindringenden Einfluß als in Preußen.

Bis zum Jahre 1830 traten die deutschen Regierungen mit ihren Maßregeln zu Unterdrückungen jeder Art der Volksfreiheit noch nicht so grell hervor; sie schämten sich wenige Jahre nach dem Freiheitskriege noch immer, ihre Versprechungen vollständig und offen zu brechen. Als sie indessen sahen, daß die Völker jeden Rückschritt ruhig ertrugen, als sie sahen, daß keine Macht sich ihrem Willen gegenüberstellte, daß jede die Freiheit unterdrückende Maßregel vom deutschen Volke ruhig ertragen wurde, da eilten sie mit immer schnelleren Schritten dem strengsten Despotismus zu.

Der Bundestag bot für Preußen und Oesterreich das geeignete Mittel, die kleinen süddeutschen Staaten, welche

noch immer geneigt waren, den Weg des Rechtes zu gehen, zu dem Willen der Großmächte zu zwingen.

Auch das Jahr 1830 brachte in dies System keine Aenderung. Wenn auch die französische Juli-Revolution in Deutschland ihren Wiederhall fand, wenn auch in allen Staaten sich unruhige Bewegungen zeigten, in Dresden, Altenburg, u. s. w. sogar kleine Revolutionen den Völkern konstitutionelle Regierungsformen erwarben, so hatten diese Bewegungen doch ebensowenig Erfolg wie die Juli-Revolution in Frankreich selbst.

Die durch die Revolutionen erworbenen Konstitutionen blieben nichts anderes als ein beschriebenes Blatt Papier, von dessen Inhalt nur diejenigen Bestimmungen in Wirksamkeit traten, welche den Fürsten genehm waren.

Wir haben in der Darstellung der sächsischen Verhältnisse bereits darauf hingewiesen, wie wenig die sächsische Regierung bestrebt war, wahrhaft konstitutionell zu herrschen.

Das Jahr 1830 gab dagegen den Großmächten eine gewaltige Lehre, es zeigte ihnen, daß nur durch die innigste Verbindung aller Staaten, oder vielmehr aller Fürsten, die Freiheitsideen der Völker zu unterdrücken seien.

Die Großmächte traten daher nach dem Jahre 1830 mit einer noch größern Entschiedenheit, einer gewaltigeren Energie auf.

Durch die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832 vernichteten sie alle die noch bestehenden Freiheiten des Volkes vollständig und legten der freien Entwickelung desselben unübersteigliche Hindernisse in den Weg. Die Bestimmungen jener Bundestagsbeschlüsse sind im Wesentlichen etwa folgende:

1) Die deutschen Fürsten sind berechtigt und sogar verbunden, alle Anträge der Stände zu verwerfen, welche dem Satze der Bundesakte widersprechen, nach dem die gesammte Staatsgewalt in den Fürsten vereinigt bleiben muß, und nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Zustimmung der Stände gebunden werden kann.

2) Die Steuerverweigerung zur Durchsetzung anderer Wünsche und Anträge soll einem offenen Aufruhr oder wenigstens einer gefährlichen Bewegung gleich geachtet werden, gegen welche der Bund einschreiten kann.

3) Die Gesetzgebung der einzelnen Staaten darf dem Zwecke des Bundes oder den Bundespflichten nicht entgegen sein. Die Gesetze der einzelnen Staaten, z. B. das badische über Preßfreiheit, können somit vom Bunde kassirt werden.

4) Eine bleibende Kommission von Bundestags-Gesandten soll eine stete Aufsicht über die Verhandlungen der Landstände üben und Anträge stellen, wenn darin etwas Bundeswidriges vorkommt.

5) In den öffentlichen landständigen Verhandlungen soll eine Grenze der freien Aeußerung festgestellt und durch Anordnungen der Regierung, nach Maßregeln ihrer inneren Landesverfassung, aufrecht erhalten werden, damit die öffentliche Ruhe nicht gefährdet wird und Angriffe auf den Bund verhütet werden.

6) Die Auslegung der Bundesgesetze gebührt ausschließlich der Bundesversammlung.

7) Die in auswärtigen Staaten erscheinenden Zeitschriften und Schriften unter 20 Bogen in deutscher Sprache sollen in den Bundesstaaten ohne vorgängige Erlaubniß der Regierung nicht ausgegeben werden.

8) Vereine zu politischen Zwecken werden verboten und bestraft.

9) Volksversammlungen und Volksfeste, außer den bereits erlaubten und herkömmlichen, werden ohne Erlaubniß der Regierung nicht unternommen.

10) Abzeichen, Farben, Fahnen werden nicht geduldet.

11) Die Beschlüsse wegen der Universitäten werden erneuert und eingeschärft.

12) Die Bundesstaaten verpflichten sich zu genauer Aufsicht ihrer Unterthanen, zu gegenseitigem, schnellem, militairischem Beistand bei Unruhen.

13) Die Beschlüsse in Betreff der Universitäten von 1819 werden eingeschärft.

Als der Inhalt dieser Beschlüsse in Deutschland bekannt wurde, gab sich überall eine große Mißstimmung kund, in den süddeutschen Staaten traten die wenigen Stimmführer der radikalen und liberalen Partei mit Heftigkeit auf, aber auch mit eben so großer Unvernunft, sie hielten Volksversammlungen und sprachen dort wie auch in den liberalen Zeitungen ihre Meinungen mit Entschiedenheit aus. Die Folgen davon waren zahllose Verhaftungen, durch welche die Gefängnisse in allen deutschen Ländern überfüllt wurden. Mit der rücksichtslosesten Strenge bestraften die Regierungen jede derartige Aeußerung. In Baiern ging man in der Schamlosigkeit sogar so weit, die politischen Verbrecher zu einer schimpflichen und entwürdigenden Abbitte vor dem Bilde des Königs zu zwingen.

Selbst in Baden, welches sich damals durch Freisinnigkeit seiner Verfassung und seiner Behörden vor den übrigen deutschen Staaten auszeichnete, hatten jene Beschlüsse

ihre Wirkungen; Baden war längst dem deutschen Bunde ein Dorn im Auge gewesen, und jetzt wußten es die Großmächte zu bewirken, daß das dort herrschende freisinnige Preßgesetz zurückgenommen werden mußte. Mit der äußersten Strenge wurden durch den deutschen Bund alle Kundgebungen des Liberalismus verfolgt und eine vollständige Polizei, nicht nur über die Schriften und Worte der Stimmführer, sondern auch über die Persönlichkeiten derselben eingesetzt. So wurde z. B. über den badischen Deputirten Itzstein, der schon damals sich durch Freisinnigkeit auszeichnete, folgender Bericht erstattet:

„Hier in Baden wird es indessen doch nicht ruhig, so lange Itzstein hier wohnt, er schleicht umher wie die Pestilenz im Finstern, macht Alles durch seine Agenten, damit man nicht an ihn kommen kann, und ungeachtet ich schon oft darauf angetragen, ihn des Landes zu verweisen, habe ich doch immer die Antwort erhalten, er habe, obgleich ein geborner Mainzer, doch das Heimathsrecht im Badischen erlangt. Da er nun in Mainz auch seinen Club hat und immer zu und abreis't, so wäre es für uns sehr wünschenswerth, wenn man ihn dort ertappen und festhalten könnte, denn hier macht er Alles durch seine Advokaten und denkt zu kleinlich, am wenigsten an das: salus reipublicae suprima lex esto." (Das Heil des Staates sei das höchste Gesetz).

Solche Berichte gingen massenweis dem deutschen Bunde ein, der eine vollständig organisirte Polizei in den verschiedenen Staaten unterhielt und eine besondere Kommission zur Erforschung von Preßvergehen und dergl. niedergesetzt hatte, in der sich Herr von Nagler, der Preußische Bun-

destagsgesandte durch unermüdlichen Eifer rühmlichst auszeichnete.

Vergeblich war der Widerstand der Kammern in den kleinen Staaten, sie wurden unweigerlich aufgelöst, wie die Würtembergische Deputirtenkammer im Jahre 1833, welche die verfassungsmäßige Preßfreiheit forderte.

Aber auch mit solchen Maßregeln waren die Großmächte noch nicht zufrieden. Es kam darauf an, jede Möglichkeit einer freien Bewegung des Volkes zu verhindern.

So wurden denn in einer Wiener Ministerial-Conferenz am 12. Juli 1834 eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche als geheime Beschlüsse lediglich den Regierungen bekannt werden sollten, welche aber im Jahre 1845 plötzlich von einem Unbekannten der Oeffentlichkeit übergeben wurden.

In diesen Beschlüssen heißt es z. B. in §. 16: Verordnungen, welche von der Regierung vermöge der Regierungsgewalt in verfassungsmäßiger Form erlassen worden sind, haben für die Unterthanen verbindliche Kraft, und werden von ersterer mit Nachdruck gehandhabt werden. Den etwa gegen solche Verordnungen gerichteten Competenzübergriffen der Gerichte werden die betreffenden Regierungen auf jede mit den Gesetzen vereinbare Weise standhaft begegnen. Ein Nichtanerkennen solcher Verordnungen durch die Stände kann die Regierung in Handhabung derselben nicht hemmen, so lange die ständische Beschwerde nicht auf verfassungsmäßigem Wege als begründet anerkannt worden ist. Ueberhaupt kann der Gang der Regierung durch ständische Einsprüche, in welcher Form diese nur immer vorkommen mögen, nicht gestört werden, sondern

dieselben haben ihre Erledigung im gesetzlichen Wege zu erwarten. Die Regierungen werden in den Gesetzesentwürfen, welche von ihrer Seite den Ständen vorgelegt werden, die eigentlich gesetzlichen Bestimmungen sorgfältig von eigentlichen Vollzugsbestimmungen trennen.

In §. 17 heißt es ferner:

Die Regierungen werden nicht gestatten, daß die Stände über die Gültigkeit der Bundesbeschlüsse berathen und beschließen.

Die Beschlüsse gehen nun über auf das Recht der Steuerbewilligung und bestimmen ausdrücklich, daß dasselbe nicht gleichbedeutend sei mit dem Recht, das Ausgaben-Budget zu regeln, daß ferner bereits erfolgte Ausgaben nur durch beide Kammern nicht anerkannt werden könnten, daß aber auch dann von einem Ersatz der Regierung keine Rede sein dürfe.

Wie das freie Wort in den Ständeversammlungen von den Regierungen betrachtet wurde, darüber giebt §. 26 den genügenden Aufschluß; er lautet:

Man wird insbesondere darüber wachen, daß die Präsidenten der ständischen Kammern nicht verabsäumen, die Redner wegen Mißbrauch des Wortes (sei es zu Angriffen auf den Bund, oder einzelne Bundesregierungen, sei es zur Verbreitung, die rechtmäßige Staatsordnung untergrabender, oder ruhestörender Grundsätze und Lehren) zur Ordnung zu verweisen, und nöthigenfalls die weitern verfassungsmäßigen Einschreitungen veranlassen.

Sollte eine Ständeversammlung in ihrer Mehrheit solche ahndungswürdige Ausfälle einzelner Mitglieder billigen oder denselben nicht entgegentreten, so werden die Re-

gierungen nach erfolgloser Anwendung anderer ihnen zu Gebot stehender Mittel, die Vertagung und selbst die Auflösung der Kammer, unter ausdrücklicher Anführung des Grundes verfügen.

Eine besondere Aufmerksamkeit wendeten die Beschlüsse der Ministerial-Konferenz auf die Unterdrückung der freien Presse. §. 28 und 29 lauten:

Um die zur Ruhe Deutschlands übernommenen gegenseitigen Verpflichtungen einer wachsamen und strengen Aufsicht über die in den verbündeten Staaten erscheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugschriften in gleichem Sinne vollständig zu erfüllen, und die dem provisorischen Preßgesetze gemäß bestehende Censur auf die zweckmäßigste Weise gleichförmig zu handhaben, werden die Regierungen:

1) das Censoramt nur Männern von erprobter Gesinnung und Fähigkeit übertragen, und diesen eine dem ehrenvollen Vertrauen, welches dasselbe voraussetzt, entsprechende Stellung, sei es in selbstständiger Eigenschaft oder in Verbindung mit andern angesehenen Aemtern sichern,

2) den Censoren bestimmte Instruktionen ertheilen,

3) Censurlücken nirgends dulden.

Von den Nachtheilen einer übermäßigen Anzahl politischer Tageblätter überzeugt, werden die Regierungen auf eine allmälig herbeizuführende Verminderung solcher Blätter, so weit dieses ohne Kränkung erworbener Rechte thunlich ist, Bedacht nehmen.

Der Schlußparagraph setzt indessen dem Ganzen die Krone auf, denn er giebt den vollständigsten Beweis einer Fürstenverschwörung gegen die Völker. Der Paragraph lautet folgendermaßen:

Die Regierungen werden sich gegenseitig an vorstehende Artikel, als das Resultat einer Vereinbarung zwischen den Bundesgliedern, ebenso gebunden erachten, als wenn dieselben zu förmlichen Bundsbeschlüssen erhoben worden wären. Die Artikel 3—14 werden sofort mittelst Präsidal-Vortrages an den Bundestag gebracht und dort in Folge gleichlautender Erklärungen der Bundesregierungen zu Bundesbeschlüssen erhoben werden. Hinsichtlich der übrigen, in gegenwärtigem in das geheime Bundespräsidialarchiv niederzulegenden Schlußprotokolle enthaltenen, derzeit zur Verlautbarung nicht bestimmten Artikel werden die Regierungen ihren Gesandtschaften am Bundestage unter Aufbietung strenger Geheimhaltung, sowohl zur Bezeichnung der allgemeinen Richtung, als zur Anwendung auf vorkommende spezielle Fälle, die geeigneten, mit den durch Gegenwärtiges übernommenen Verpflichtungen übereinstimmenden Instruktionen ertheilen.

Wir haben wohl kaum nöthig, über dies Schandstück royalistischer Politik noch weitere Worte zu verlieren; es richtet sich vollkommen selbst; es bezeichnet auf das Deutlichste die Grundsätze, nach welchen Deutschland vor dem Märzmonat des Jahres 1848 regiert wurde; es giebt uns ein treffliches Bild von der furchtbaren Knechtschaft, in welcher Deutschland, trotz der Versprechungen seiner Fürsten, vom Jahre 1815 an geschmachtet hat.

Vergeblich waren alle Anstrengungen der liberalen Partei dies Joch abzuschütteln, vergeblich ihre Versuche auf dem Wege des Wortes oder der Schrift zu wirken für die Freiheit des Volkes.

In allen deutschen Ländern wurden gewaltige Armeen

gehalten, welche jede Bewegung des Volkes augenblicklich zu unterdrücken bemüht waren; und so konnte es denn geschehen, daß das Volk von Hannover im Jahre 1837 sich eine Aufhebung seiner zu Recht bestehenden Verfassung durch den König Ernst August gefallen lassen mußte.

Als Ernst August den Thron Hannovers, welches bisher mit England verbunden gewesen war, bestieg, warf er am 1. November 1837 plötzlich das Staatsgrundgesetz willkürlich um und führte eine fast absolutistische Regierungsform in dem bisher nach konstitutionellen Formen regierten Lande ein.

Und diese Gewaltthat konnte ungestraft in Deutschland geschehen! Kein Arm regte sich, um den Uebergriffen der Fürstenmacht entgegenzutreten. Der deutlichste Beweis dafür, daß Deutschland zu jener Zeit in der That politisch unmündig war.

Die Regierungen sahen dies ein, und mit jedem Jahre schritten sie in ihren Willkürmaßregeln weiter vor. Aber sie gingen zu schnell vorwärts, der Druck wurde bald zu hart und das Uebermaß der Unterdrückung rief eben das Streben nach Freiheit hervor.

Freisinnige Männer traten nach und nach in ganz Deutschland hervor und erklärten sich offen gegen die Willkür der Fürsten. Allerdings wurden, wie bisher, so auch jetzt diese Männer von den Regierungen unbarmherzig verfolgt. Viele mußten sich flüchten nach der Schweiz, nach Frankreich, nach Belgien. Aber auch von dort aus wirkten sie zurück auf Deutschland, indem sie revolutionäre Schriften in Hunderttausenden von Exemplaren drucken und in Deutschland heimlich vertheilen ließen.

Diese Schriften gingen von Hand zu Hand und wurden mit Begierde vom deutschen Volke gelesen.

Mit dem Jahre 1844 begann ein neues Streben für das deutsche Volk mit den religiösen Bewegungen. Wir haben den Einfluß derselben bereits geschildert. Diese Bewegungen waren in der That von der höchsten Wichtigkeit, denn überall in ganz Deutschland erhoben sich jetzt Stimmen, die mit jedem Tage lauter und lauter wurden, um die Gewährung der im Jahre 1815 versprochenen Freiheiten, so daß die Regierungen sich endlich gezwungen sahen, wenigstens kleine Konzessionen zu machen, um dem allgemeinen Unwillen des deutschen Volkes vorzubeugen.

So wurde in Preußen eine Art Preßfreiheit gegeben, indem Bücher über 20 Bogen stark von der Censur entbunden wurden, so wurde ein öffentliches Gerichtsverfahren eingeführt und die Religionsfreiheit, wenn auch nicht vollständig gewährt, doch wenigstens erweitert.

Aber diese Nachgiebigkeit der Regierungen in einzelnen kleinen Fragen vermochte die Unzufriedenheit des Volkes nicht zu heben und es trat um dieselbe zu vermehren noch ein anderer gewaltiger Hebel hinzu, dies war die allgemeine Noth, welche durch zwei Mißernten für Deutschland erwuchs.

Waren schon früher durch eine furchtbar kostspielige Regierung, indem das deutsche Volk mehr als 200 Fürsten und Fürstenkindern die Mittel zum üppigen und schwelgerischen Leben geben mußten, ungeheure Summen vergeudet worden, war schon dadurch der kräftigste Stand der Bevölkerung, der Arbeiterstand, in Noth und Armuth gebracht worden, so war dies doch noch nie so grell und furchtbar hervor getreten, als im Jahre 1847, wo durch die Mißern-

ten der Preis der Nahrungsmittel bis zum Unerschwinglichen erhöht worden war.

In frühern fruchtbaren Jahren hatte bei der Wohlfeilheit der Nahrungsmittel der Arbeiter, trotz seines kärglichen Tagelohns, doch wenigstens sich das Leben erhalten können, wenn auch freilich nur das nackte Leben. Jetzt aber stiegen plötzlich durch die Mißernten die Nahrungsmittel zu furchtbaren Preisen, eine Hungersnoth brach aus in Deutschland, eine Hungersnoth im wahrsten Sinne des Worts, welche in Schlesien Tausende hinwegraffte.

Das Jahr 1847 zeigte es plötzlich mit grausenhafter Klarheit, wie furchtbar in Deutschland das Proletariat angewachsen sei, welche gräßliche Noth unter dem Arbeiterstande herrsche, daß es Hunderttausende und abermals Hunderttausende von Männern gebe, die trotz ihrer Arbeitskraft, trotz dem besten Willen und der Geschicklichkeit dieselbe zu gebrauchen, dennoch nicht im Stande seien auch nur das trockene Brod zur Sättigung für sich und ihre Kinder zu erwerben.

Tausende erlagen in Schlesien dem Hunger, und mit Bajonetten ließ die Regierung jene armen Weber zur Arbeit treiben, zur Arbeit, die sie nicht zu ernähren vermochte.

Schon im Jahre 1847 zeigten sich fast in allen Staaten Deutschlands, durch die grausenhafte Hungersnoth hervorgebracht, unruhige Bewegungen. Aber sie wurden schnell unterdrückt und erst das Jahr 1848 sollte dieselben zur Reife bringen. Aber das Jahr 1847 hatte einen gewaltigen Einfluß auf die Bewegung des Jahres 1848. Die scheußliche klaffende Wunde, an welcher alle Staaten Deutsch-

lands litten, trat jetzt offen und unverhüllt hervor an das Tageslicht.

In allen deutschen Ländern zeigte es sich wie tief erniedrigt der Arbeiterstand war, wie er unverhältnißmäßig hoch besteuert wurde, wie man ihm überall das Blut aus den Adern saugte, um den Adel, die Fürsten und andere bevorrechtete Stände in schwelgerischer Ueppigkeit mit dem Herzblut des Armen zu ernähren.

Die Mangelhaftigkeit der politischen Institutionen, welche dem Armen kein Recht, keine Möglichkeit gewährten, sich aufzulehnen gegen die widerrechtlichen Unterdrückungen, welche ihn zwangen zu unterliegen unter der ihm aufgebürdeten Last, trat in jenem Jahre mit entsetzlicher Klarheit an den Tag, und es konnte daher nicht fehlen, daß unter dem gesammten Arbeiterstande Deutschlands eine gewaltige Gährung entstand und dadurch der Grund gelegt wurde zu allen den Revolutionen im Jahre 1848.

Das Jahr 1848 brach an. Schon beim Beginn dieses Jahres erregten die Bewegungen in Italien, die Revolution in Sicilien, eine gewaltige Aufregung in Deutschland und mit unendlicher Spannung schaute das deutsche Volk nach Frankreich, nach dem Lande, in welchem seit einem Jahrhundert die Freiheitsfunken stets zuerst erglüht waren.

Die Pariser Februar-Revolution stürzte plötzlich in Frankreich den Königsthron Louis Philipps, und auf seinen Trümmern erwuchs die junge Republik.

Wie ein Blitzstrahl zuckte die Kunde vom Siege des Volkes von Paris durch ganz Deutschland; ein unendlicher Jubel tönte durch unser weites Vaterland und vom Meme

bis zum Rhein herrschte überall nur ein Gedanke, der, daß es ein Recht und eine Pflicht des Volkes sei, im gegenwärtigen Augenblick endlich die furchtbaren Ketten zu brechen, mit welchen die Fürsten die Völker belastet hatten, daß es eine Pflicht der Völker sei, endlich die Fürsten zur Erfüllung derjenigen Verheißungen zu zwingen, welche sie zur Zeit der Freiheitskriege den Völkern gemacht hatten.

Die Aufregung in Deutschland wuchs mit jedem Tage und schon Anfangs März zeigte es sich deutlich genug, daß das Volk nicht länger Willens sei die Fesseln seiner Unterdrücker zu tragen.

Der 13. März in Wien, der 18. März in Berlin, drückten endlich der allgemeinen Bewegung das Schlußsiegel auf.

Aber schon vor diesen Tagen hatte die deutsche Bewegung in Süddeutschland festen Fuß gefaßt und die Forderungen nach einem deutschen Parlament, nach unbeschränkter Preßfreiheit, nach dem Rechte der freien Assoziation, nach der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, nach Geschwornengerichten, nach einer Verbesserung des Heerwesens, einer allgemeinen Volksbewaffnung, nach vollständiger Religionsfreiheit und endlich nach Aufhebung der verhaßten Privilegien und einer Gründung des allgemeinen Wahlrechts hatten in Süddeutschland sich schon überall geltend gemacht.

In Frankfurt a. M. saß während jener Zeit der alte deutsche Bundestag zusammen, jener Bundestag, der bestand aus den Bevollmächtigen der Fürsten, der bisher es sich zur Aufgabe gemacht hatte, jede Unterdrückung der Volks-

freiheit zu begünstigen, jeden geistigen Aufschwung der Völker zu unterdrücken.

Der Bundestag befand sich in einer schrecklichen Lage. Er sah den ganzen politischen Horizont mit dichten schwarzen Gewitterwolken bedeckt; schon ertönte von fern der Donner der nahen Revolution, immer schwärzer, immer dichter zogen sich die schweren Wolken um sein Haupt zusammen, mit jedem Augenblick mußte er fürchten, daß sie sich entladen, daß ihre tödtenden Blitze ihn treffen würden.

Er durfte den Interessen der Fürsten nichts vergeben, denn den Fürsten diente er ja, und dennoch mußte er es, wenn er nicht fürchten wollte eine völlige Vernichtung über die sämmtlichen Fürstenhäuser Deutschlands zu bringen; eine völlige Vernichtung, denn im Westen stand die junge Republik Frankreich in jedem Augenblick bereit, die etwa in Deutschland ausbrechenden republikanischen Bewegungen mit kräftiger Hülfe zu unterstützen, im Osten regten sich wieder die Polen, um jeden Aufstand in Deutschland zu ihrer Befreiung von dem drückenden Joche Oesterreichs, Preußens und Rußlands zu benutzen, und in Deutschland endlich stand das Volk gerüstet, um aufzustehen für die Freiheit.

In der Angst um seine Existenz, in der Furcht vor gänzlicher Vernichtung der Fürstenmacht griff endlich der Bundestag zu einem letzten jämmerlichen Mittel, er appellirte an die Großmuth, an das Vertrauen des deutschen Volkes.

Der Bundestag, der bisher das Volk nur in so fern berücksichtigt hatte, als er dasselbe für ein Mittel zur Macht den Fürsten betrachtet hatte, der Bundestag, der bisher mit eiserner Konsequenz die Völker in die Unmündigkeit zurück-

gedrängt, der jeder Regung des freien Gedankens streng entgegengetreten war, um die Völker nicht zum Selbstbewußtsein kommen zu lassen, der nur mit den Regierungen, nie mit dem Volke selbst unterhandelt hatte, wendete sich jetzt an dieses, um zur Sicherung Deutschlands, zu einmüthiger Kraftanstrengung aufzufordern.

Das war bedeutungsvoll! Die Proklamation des Bundestags lautete folgendermaßen:

„Der deutsche Bundestag, als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands, wendet sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk.

Verfassungsmäßig berufen, für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Ueberzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werde.

Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach außen, und die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, sowie die Sicherheit der Personen und des Eigenthums im Innern. Die Geschichte Deutschlands giebt die Belege hierzu, sowie die bittern Lehren über die traurige Folgen, welche Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittern und schwächen und ihr Inneres zerreißen.

Mögen diese theuer erkauften Erfahrungen in der be-

wegten Gegenwart unvergessen sein und während der stürmischen Zukunft benutzt werden, die möglicherweise Deutschland nicht fern steht. Der deutsche Bundestag fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt, und andere Deutsche giebt es nicht, im Namen] des gesammten Vaterlandes dringend auf, es möge Jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten und die gesetzliche Ordnung nirgend verletzt werde.'

Der Bundestag wird von seinem Standpunkte aus Alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen, sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen.

Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und die einheitliche Entwickelung führt dahin.

Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volks.

Frankfurt a. M., 1. März 1848.

Die deutsche Bundesversammlung und in deren Namen das Präsidium: Dönhoff."

Daß diese Proklamation des Bundestags von gar keiner Wirkung auf das deutsche Volk war, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Ein 33jähriges Mißtrauen, ein 33jähriger Haß läßt sich nicht beschwichtigen durch eine Bitte um Vertrauen! So ging denn diese Proklamation an dem deutschen Volke vorüber, fast ohne den geringsten Eindruck zu machen.

Die Bundesversammlung sah endlich ein, daß mit einer solchen Proklamation im ganzen nichts gewonnen sei, sie sah ein, daß sie nur durch Konzessionen das deutsche Volk zu befriedigen vermöchte und am 3. März proklamirte sie, daß es jedem deutschen Bundesstaate frei gestellt werde die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen. Am 10. März forderte sie die Regierungen auf, unverzüglich Männer des öffentlichen Vertrauens nach Frankfurt zu senden, welche dort eine Revision der deutschen Bundesverfassung vornehmen sollten, und sie erneuerte diese Aufforderung am 27. März.

Am 9. März wurde außerdem in der Bundesversammlung eine Kommission erwählt, welche über die schwierige Lage Deutschlands sich zu berathen habe. Der Berichterstatter dieser Kommission, Herr von Blittersdorf, hielt am 10. März in der Bundesversammlung einen Vortrag, in welchem er offen aussprach, das Organ des deutschen Bundes, die Bundesversammlung, habe längst das allgemeine Vertrauen verloren; die Bundesversammlung müsse sich auf das Schleunigste mit der Umgestaltung der Bundesverfassung auf zeitgemäßer, volksthümlicher Grundlage beschäftigen, dann werde sie die Augen des deutschen Volkes auf sich ziehen und das allgemeine Vertrauen gewinnen.

Dieser Bericht des Herrn von Blittersdorf, eines der entschiedensten Absolutisten, charakterisirt die unendliche Angst, in welcher die Bundesversammlung sich befand, auf das Trefflichste. Man wußte in Frankfurt gar nicht, wie man sich helfen sollte, und am 20. ging die Bundesversammlung in ihrer Nachgiebigkeit gegen die Revolution so weit, daß sie einstimmig beschloß, die früher so schwer verfolgten, mit

so harten Strafen verpönten deutschen Bundesfarben, Schwarz, Roth, Gold, wieder zu Ehren zu bringen. Sie befahl, daß die Bundesfestungen das Bundeswappen und die Bundesfarben, Schwarz, Roth, Gold, aufnähmen, daß die Siegel der Bundesbehörden das Bundeswappen führen, und daß den Heeren Deutschlands die schwaz-roth-goldene Fahne voranwehen sollte.

Aber auch noch auf anderm Wege hofften die Fürsten der Revolution einen Damm entgegenzusetzen; sie wollten in Dresden einen großartigen Fürstenkongreß feiern, um auf diesem sich zu berathen über alle diejenigen Maßregeln, welche wohl ergriffen werden könnten, um den Freiheitsbewegungen des Jahres 1848 entgegenzutreten. In Dresden hofften die Fürsten eine gemeinsame Verbindung gegen die Freiheit eingehen zu können.

Aber auch dieser Plan zerfiel in Nichts, die Revolution zerstörte ihn und aus dem Fürstenkongreß wurde nichts.

Die deutschen Völker nahmen selbst die Ordnung ihrer Angelegenheiten in die Hand; Männer aus dem Volke traten zusammen, um eine Verfassung für Deutschland zu berathen. Aber leider waren es nicht die rechten Männer, leider war Deutschland durch die lange Knechtschaft zu sehr entnervt, um schon im Jahre 1848 sich seine Freiheit sichern zu können.

Wir werden bei der Darstellung des deutschen Parlaments, bei der Darstellung von den Verhandlungen des Parlaments noch näher hierauf zurückkommen.

Capitel X.

Das Vorparlament und Robert Blum.

Während schon der deutsche Bundestag sich bemühte, den Forderungen der Völker wenigstens einigermaßen zu entsprechen, um dieselben von einer gewaltsamen Aeußerung ihres Willens zurückzuhalten, trat in Heidelberg eine Anzahl Männer zusammen, um sich zu berathen über die Schritte, welche zunächst für die erwachende Freiheit zu thun seien.

Es war eine Versammlung von 51 Männern, deren Namen bisher bei dem deutschen Volke einen guten Klang gehabt hatten, aber es war eine seltsame Versammlung, so bunt durcheinander gewürfelt waren ihre Mitglieder. Man traf dort Bassermann und Hansemann neben Brentano und Hecker, Gagern und Gervinus neben Itzstein und Kapp, Römer und Soiron neben Struve.

Die meisten der 51 waren aus Süddeutschland, doch hatte auch Preußen, besonders die Rheinprovinz einige Vertreter.

Diese Versammlung beschloß einen Aufruf zu erlassen an das deutsche Volk, um zur Begründung eines deutschen Parlaments eine vorberathende Versammlung zu berufen. — In dem Aufruf, welcher erlassen wurde, heißt es:

Die Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung ist unaufschiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten innern und äußern Gefahren wie zur Entwicklung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens. Um zur schleunigsten und möglichst vollständigen Vertretung der Nation das ihrige beizutragen haben die Versammelten beschlossen: ihre betreffenden Regierungen auf das Dringendste anzugehen, so bald und so vollständig als nur immer möglich ist, das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwall zu umgeben. Zugleich haben sie verabredet dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Zu dem Ende wurden sieben Mitglieder ersucht, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu einer Versammlung deutscher Männer aufs Schleunigste zu besorgen. Eine Hauptaufgabe der Nationalvertretung wird jedenfalls die Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach außen sein, wodurch große Geldmittel für andere wichtige Bedürfnisse

erspart werden, während zugleich die Besonderheit und angemessene Selbstverwaltung der einzelnen Länder bestehen bleibt. Bei besonnenem, treuem und mannhaftem Zusammenwirken aller Deutschen darf das Vaterland hoffen auch in der schwierigsten Lage Freiheit, Einheit und Ordnung zu erringen und zu bewahren und die Zeit einer kaum geahnten Blüthe und Macht freudig zu begrüßen.

Die im Aufruf erwähnte Kommission der Sieben, welche aus den Männern Binding I., Gagern, Itzstein, Römer, Stedtmann, Welker und Willich bestand, kam der ihr gegebenen Aufgabe durch folgende Einladung nach:

Der Ausschuß, welchen die zu Heidelberg am 5. März versammelten deutschen Männer beauftragten vorläufig die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu berathen, hat über diese Grundlagen sich so weit geeinigt, daß dieselben einer größern Versammlung von Männern des Vertrauens unseres Volkes zur weitern Berathung vorgelegt werden können. Wir laden demgemäß alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer gesetzgebender Versammlungen in allen deutschen Landen (natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen) hiermit ein sich Donnerstag den 30. März in Frankfurt am Main zu dieser Berathung einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, werden noch besondere Einladungen erhalten. Alle diejenigen, welche dieser Einladung Folge leisten, bitten wir am 30. als dem Anmeldungstage, oder vor der ersten Sitzung am 31. in dem Anmeldungsbureau, welches die Frankfurter Blätter noch

besonders bezeichnen werden, ihre Namen einschreiben und ihre Eintrittskarten abholen zu wollen. Heidelberg, den 12. März 1848.

Die Gründung eines Vorparlaments ohne Bewilligung der deutschen Regierungen, ohne eine officielle Gültigkeit, machte ein ungeheures Aufsehen in Deutschland. Aber es war damals eine Zeit der Revolution, man fühlte überall, und auch die Regierungen fühlten dies, daß das Volk mit energischer Kraft seine Interessen selbst in die Hand nehmen müsse, und das Vorparlament in Frankfurt a. M. wurde daher zahlreich beschickt von allen Seiten, und selbst die Regierungen hatten nichts dagegen einzuwenden.

Frankfurt war am 31. März, als dem Tage wo die Mitglieder des Vorparlaments dort zusammen kommen sollten, mit schwarz=roth=goldenen Fahnen, mit Blumenguirlanden wie zu einem herrlichen Feste geschmückt. Ganz Deutschland blickte nach Frankfurt, dort hoffte man das Heil der Nation erstehen zu sehen.

Die einzelnen Abgeordneten, wie dieselben ankamen, wurden mit ungeheurem Jubel empfangen, besonders Diejenigen, deren Namen schon von früher her als die von Duldern für die deutsche Sache bekannt waren, so Jordan von Marburg, so Hecker, Struve und Andere.

Am 31 März traten gegen 400 Männer aus allen Gegenden Deutschlands in der Paulskirche zu Frankfurt zusammen. Fast alle Celebritäten aus den deutschen Ständeversammlungen und Landtagen waren anwesend. Das Namensverzeichniß des Vorparlaments ist eine Sammlung von Namen aller jener bekannten und beliebten Altliberalen, welche vor dem März 1848 die Freiheitsbewegung Deutsch=

Parthei war klein und schwach vertreten, wenn auch ihre Vertreter sämmtlich energische, kühne Männer waren. Kaum der vierte Theil der Versammlung neigte sich dieser Parthei zu.

Zwischen diesen beiden Partheien stand jene schwankende Centrumspartei, welche glaubte, daß in jener Zeit der Revolution eine Vermittlung möglich sei, welche glaubte, es ließe sich wohl noch mit den Fürsten eine Entwicklung der Freiheit für Deutschland denken, und welche wenigstens dem Vorparlament das Recht nicht zugestehen wollte, eine Verfassung für Deutschland festzusetzen.

Auch Robert Blum, der allen seinen Sympathien nach zur entschieden republikanischen Parthei gehörte, der in allen wesentlichen Fragen mit derselben stimmte, neigte sich in jener Zeit noch der Centrumspartei zu; auch ihn führte sein milder Charakter, sein Abscheu vor jeder stürmischen, blutigen Volkserhebung, vorläufig noch nicht in die Reihen der äußersten Linken.

Gleich in der ersten Sitzung des Vorparlaments versuchte es die republikanische Parthei, ihre Grundsätze zum Siege zu bringen. Struve brachte einen von 15 Mitgliedern unterzeichneten Antrag ein, in welchem er außer der Aufhebung der stehenden Heere, der Abschaffung aller Vorrechte und Privilegien, der Censur, der geheimen und schriftlichen Inquisitionsgerichte und dergleichen mehr, vor allen Dingen auch die Aufhebung der erblichen Monarchie und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen sollten, forderte. Alle einzelnen Länder Deutschlands sollten vereint eine

föderative Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten erhalten.

Dieser Antrag Struve's fand einen furchtbaren Widerwillen bei der Majorität der Versammlung und dieselbe beschloß endlich, indem sich die Partheien vereinigten, daß die künftige Verfassung Deutschlands einstweilen unberührt bleiben solle, daß man dieselbe einer constituirenden Nationalversammlung überlassen und sich gegenwärtig nur damit beschäftigen solle, eine solche constituirende Versammlung zu berufen.

Die Berufung dieser Versammlung bildete jetzt das Geschäft des Vorparlaments und es wurde beschlossen, daß in den deutschen Staaten auf je 50,000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werden solle; die kleinern Staaten, welche nicht 50,000 Einwohner umfaßten, sollten dennoch berechtigt sein einen Abgeordneten zu senden. Ueber die Frage, ob die Wahl direkt oder indirekt sein solle, gab es wieder zwischen der radikalen und liberalen Parthei einen argen Streit.

Robert Blum sprach sich entschieden für direkte Wahl aus, aber die ewig vermittelnde Centrumspartheì trug auch bei dieser Frage einen Sieg davon, indem beschlossen wurde, die direkte Wähl allerdings als Prinzip anzunehmen, aber es den einzelnen Staaten zu überlassen, in diesem Falle von der direkten Wahl abzugehen. Indessen beschloß das Vorparlament, daß die Wahl ohne Rücksicht auf einen Census, auf Glaubensbekenntniß und Standesunterschied vorgenommen werde, daß jeder volljährige Staatsangehörige Wähler, jeder, der das 25 Jahr erreicht habe, wählbar sein müsse.

Das künftige Parlament sollte in Frankfurt a. M. zusammenkommen.

Es kam jetzt darauf an zu bestimmen, wie in den einzelnen Staaten den Beschlüssen des Parlaments Nachdruck gegeben werden solle, und hier standen sich wieder die Ansichten der republikanischen und die der altliberalen Parthei schroff entgegen.

Die Republikaner kannten den Einfluß, welchen das Vorparlament auf ganz Deutschland auszuüben im Stande war, sie wußten, daß Aller Augen auf das Vorparlament blickten, und sie wollten daher, daß dasselbe sich nicht eher trenne, als bis es seine Aufgabe vollendet habe, bis an seine Stelle die constituirende Versammlung getreten sei. Sie wollten eine Permanenz des Vorparlaments, während die Altliberalen nur eine Commission wählen wollten, welche die Aufgabe hatte, die Wahlen zur constituirenden Versammlung zu betreiben.

Welker machte endlich einen Vermittlungsvorschlag, daß ein Ausschuß von 50 Mitgliedern ernannt werden solle, der die Wahlen zu beaufsichtigen habe. Dieser Vorschlag wurde angenommen, die Permanenz wurde verworfen.

Das Vorparlament ging sogar noch weiter: Gagern forderte eine Anknüpfung an den Bundestag, jener unglückseligen Polizeibehörde, welche bisher für die Knechtung des deutschen Volkes so viel gethan hatte. Vergebens rief Struve: Der alte Bund ist eine Leiche! Gagern antwortete: Wenn er dies ist, so wollen wir ihn wieder in's Leben rufen, indem wir ihm Männer beifügen, die ihm das Vertrauen der Nation wieder gewinnen.

Gagern stellte den Antrag: „den Ausschuß zu beauftragen, den Bundestag bei der Wahrung der Interessen der Nation, und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum nahen Zusammentritt der constituirenden Versammlung selbstständig zu berathen, und die für ihn nothwendig zu erachtenden Anträge an ihn zu bringen, dabei den Bundestag einzuladen über die Wahrung der Interessen der Nation und die Verwaltung der Landesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der constituirenden Nationalversammlung mit dem Ausschuß, als aus Männern des Vertrauens des Volkes bestehend, in Vernehmen zu treten und endlich den Ausschuß zu beauftragen, im Falle einer Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sogleich wieder einzuberufen."

Und dieser Antrag ging in der Versammlung durch. Aber auch damit begnügte sich das Vorparlament noch nicht, auch diese Halbheit war ihm noch nicht genügend, es mußte weiter gehen in seiner unglückseligen Vermittlungssucht.

In der Sitzung am 2. April suchte die republikanische Parthei, und gerade die gemäßigt republikanische Parthei, Blum, Zitz, Itzstein und Andere, wenigstens noch einigermaßen das Recht des Volkes zu wahren, indem sie folgenden Antrag stellten: Bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Begründung einer constituirenden Versammlung in die Hand nehmen kann, muß sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen, und die Männer aus ihrem Schooße entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben beigetragen haben.

Aber auch dieser Antrag war der Majorität des Vor-

parlaments noch zu radikal; in seiner unglückseligen Halbheit nahm es eine Verbesserung von Bassermann an, in welcher anstatt „bevor . . . . in die Hand nehmen kann," gesagt wurde „indem . . . . in die Hand nimmt."

Das war nun doch der republikanischen Parthei zu viel; die Versammlung verleugnete ganz und gar ihren revolutionairen Ursprung und die republikanische Minorität stand daher, etwa 50 Mann stark, auf und verließ den Saal. Nur ein Theil der Parthei, die gemäßigten Republikaner, Blum, Raveaux, Vogt und Andere erklärten sich der Mehrheit unterwerfen zu wollen.

Es war somit eine Spaltung im Vorparlament eingetreten, und schon frolockten die Reaktionäre. Aber auch diese Spaltung sollte bald wieder ausgeglichen werden, denn die Bundesversammlung erklärte dem Präsidenten des Vorparlaments, Mittermayer, daß sie sich von allen jenen Mitgliedern reinigen werde, auf welche der Beschluß des Vorparlaments bezogen werden könne; es sei sämmtlichen Regierungen empfohlen worden, die Bundesversammlung auf eine das allgemeine Vertrauen erweckende Weise unverzüglich neu zu bilden.

Nach dieser Erkläzung der Bundesversammlung übernahm Itzstein eine Vermittlung mit der republikanischen Partei und diese ließ sich in der That bewegen, wieder einzutreten in's Vorparlament und Theil zu nehmen an der Wahl des Fünfzigerausschusses.

In der letzten Sitzung am 3. April wurde die Wahl vorgenommen. Von den Mitgliedern des Fünfzigerausschusses theilen wir dem Leser nur diejenigen mit, welche später oder früher sich einen Namen in der deutschen Ge-

schichte gemacht haben. Es sind dies folgende Männer: Wiesner, Itzstein, Robert Blum, Jacoby, Soiron, Simon, (Breslau) Schott, Raveaux, Eisenmann, Venedey, Zachariae Biedermann, Hergenhahn, Buhl, Heckscher.

Außerdem wurde noch eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, von denen der wichtigste der ist, daß einzig und allein die constituirende Nationalversammlung die künftige Verfassung Deutschlands festzustellen habe.

Auch ein Antrag von Robert Blum, den aus der Verbannung zurückkehrenden Polen freien Durchzug durch Deutschland zu gestatten und sie zu unterstützen, wurde angenommen.

Nach einer Abschiedsrede des Präsidenten Mittermayer trennte sich die Versammlung unter einem donnernden Lebehoch der Gallerien und des Volkes, welches vor der Paulskirche ein Spalier bildete, um noch einmal die auseinandergehenden Deputirten zu begrüßen.

So war denn das Vorparlament geschlossen.

Es hatte die Aufgabe, welche ihm oblag, nicht erfüllt. Das Vorparlament, hervorgegangen aus der deutschen Revolution, hätte mit Kraft und Energie der deutschen Bewegung sich bemächtigen müssen, und konnte dies, denn ganz Deutschland blickte mit Spannung auf seine Berathungen.

Aber die unglückselige Halbheit des Altliberalismus, an welcher auch die spätere deutsche Bewegung gescheitert ist, gestattete dem Vorparlament keine energischen Beschlüsse, und so mußte es sich denn trennen, ohne etwas Anderes als die Zusammenberufung einer neuen Versammlung bewirkt zu haben.

Capitel XI.

Der Fünfziger-Ausschuß und Robert Blum's Wirken in demselben.

Nachdem das Vorparlament ruhm- und thatenlos geendet, trat an seine Stelle, zur provisorischen Regierung Deutschlands berufen, der Fünfziger-Ausschuß, der Ausschuß jener fünfzig Männer, welche das Vorparlament an die Spitze Deutschlands gestellt hatte, um die Rechte der Völker den Fürsten gegenüber in der Zeit der Gefahr wahrzunehmen.

Aber wie die Mutter so war auch das Kind, wie das Vorparlament so war auch der Fünfziger-Ausschuß. Dieselbe jämmerliche Kleinlichkeit, dieselbe Beschränktheit der Ideen dieselbe Muthlosigkeit, dieselbe Rath- That- und Kraftlosigkeit.

Wie das Vorparlament nicht gewagt hatte, mit ruhiger Energie vorzugehen, sich auf den Boden der Revolution zu stellen und den Regierungen die Concessionen abzuzwingen,

welche den Völkern noththaten; wie das Vorparlament versucht hatte, anzuknüpfen an das Alte, an das Bestehende, eine neue Zeit zu bauen auf die vermorschten Trümmer des Absolutismus, so versuchte es auch der Fünfziger-Ausschuß, ganz seiner unglücklichen Mutter würdig.

Nur wenige Mitglieder des Fünfziger-Ausschusses suchten eine kräftigere Bahn einzuschlagen und trachteten vergeblich danach, die übrigen Männer, welche damals an der Spitze Deutschlands standen, in deren Hände das Geschick des Vaterlandes gelegt war, mit sich fortzureißen, dem Flügelschlage einer schöneren Zeit nach; sie kämpften umsonst, ihre Bestrebungen wurden vereitelt durch die rath- und thatlose Majorität.

Vergeblich suchten Robert Blum, Jacoby aus Königsbeeg, Itzstein aus Baden, Reh aus Darmstadt und einige wenige andere Männer ein frischeres Leben in die Verhandlungen des Fünfziger-Ausschusses zu bringen; der Altliberalsmus, welcher in demselben vorherrschte, war nicht zum rüstigen Fortschreiten zu bewegen, er sollte und mußte immer und immer wieder anknüpfen an das Alte und Veraltete, er vermochte nicht sich hineinzudenken in die Pulse der Revolution, er vermochte nicht fortzuschreiten mit dem energischen Gange der Geschichte und so hat denn der Fünfziger-Ausschuß in seiner unglückseligen Halbheit wesentlich dazu beitragen, Deutschland in die tiefe Schmach und Erniedrigung zurückzuführen, in der es im gegenwärtigen Augenblicke sich befindet.

Damals war es noch an der Zeit, damals waren die Regierungen noch gedemüthigt, damals hatten sie noch nicht die Kraft, den Forderungen der Völker zu widerstehen, wenn

diese Forderungen mit ruhiger Energie vorgebracht wurden. Aber damals mußten auch thatkräftige freiheitsdurstende, energische und ruhige Männer an die Spitze der Bewegung treten, wenn diese eine großartige werden, wenn sie eine ewige geschichtliche Bedeutung haben sollte. —

Und diese Männer fehlten dem Fünfziger-Ausschuß, der zusammengesetzt war aus den Liberalen der frühern Jahre, aus jenen Männern, deren Lebensprinzip die Halbheit ist.

Vergeblich kämpften die wenigen Bessern; sie gingen unter in der haltlosen Masse.

Kaum war das Vorparlament auseinander gegangen, kaum hatte es gezeigt, wie wenige tüchtige Kräfte Deutschland in der Zeit der Revolution an seine Spitze zu stellen vermochte, da athmeten die Regierungen wieder freier auf, da glaubten sie wieder vorwärts schreiten zu können in ihrem alten Streben nach dem Absolutismus; freilich nur Schritt für Schritt, nicht mit einemmale, aber schon jetzt begannen sie die mühsame Arbeit.

Der Bundestag hatte sich verstärken sollen durch 17 Männer des Vertrauens, diese 17 hatten Theil nehmen sollen an den Sitzungen des Bundestags, hatten mit ihm Beschlüsse fassen sollen für das Wohl Deutschlands. Aber schon jetzt glaubte die Bundesversammlung nicht nöthig zu haben, ihr Versprechen auszuführen, schon jetzt glaubte sie jene 17, die ihr nur eine hinderliche Last in ihren Bestrebungen sein mußten, entbehren zu können und die Commission der 17 war daher kaum zur Verhandlung mit dem Bundestag, viel weniger aber zu den Sitzungen der Bundesversammlung selbst zugelassen worden.

Die Bundesversammlung glaubte auch die Beschlüsse

des Vorparlaments nicht so ausführen zu müssen, wie sie gemeint waren, sie gab daher ihre Meinung darüber nicht kund, ob sie überhaupt diesen Beschlüssen zustimme, und was sie zur Vollziehung derselben zu thun gedenke.

Das war denn doch selbst dem zahmen Fünfziger-Ausschuß zu viel, energische Stimmen gaben sich in demselben kund, daß wenn der Bundestag nicht die 17 Vertrauensmänner in sich aufnähme, das Vorparlament abermals zusammenberufen werde müsse, und der Fünfziger-Ausschuß, wenn er auch zu einer Drohung gegen den Bundestag sich nicht entschließen konnte, beschloß wenigstens den Bundestag zur unmittelbaren Aufnahme der 17 Vertrauensmänner, so wie dazu aufzufordern, daß er sich erkläre, in wie weit er den Beschlüssen des Vorparlaments zustimme und wie er dieselben auszuführen beabsichtige.

Mit diesen Beschlüssen glaubte der Fünfziger-Ausschuß schon etwas Bedeutendes gethan zu haben; er sah nicht ein, daß alles dieses Verhandeln mit dem Bundestage eine Schmach für die Männer des Volkes sei, für die Männer, die in jener Zeit berufen waren die Geschicke Deutschlands zu leiten.

Aber von diesem Beruf hatten diese Männer selbst keinen Begriff, denn als Venedey den Vorschlag machte einen Sicherheitsausschuß zu bilden, der über die Sicherheit Deutschlands wachen und die Regierungen beaufsichtigen möge, da entsetzen sich die altliberalen Milglieder des Fünfziger-Ausschusses, und sie nahmen den Antrag Venedey's erst dann an, als die servile Majorität des Ausschusses sich vielseitig darüber ausgesprochen hatte, der Fünfziger-Ausschuß sei keine provisorische Regierung für Deutschland

und dürfe eine solche nicht sein, nur eine moralische Macht solle man dem Sicherheitsausschuß und sich selbst zuschreiben.

Bei solchen Beschlüssen war es natürlich, daß die deutschen Regierungen jede Furcht vor diesem unschuldigen Fünfziger-Ausschuß verloren, in dem nur sehr wenige Stimmen sich mit Entschiedenheit und klar aussprachen, vor diesem Fünfziger-Ausschuß, der in Halbheit und Thatlosigkeit mit dem Vorparlament wetteiferte.

Die preußische Regierung ging in ihrer Renitenz gegen die Beschlüsse des Fünfziger-Ausschusses und des Vorparlaments so weit, daß sie sich gegen dieselben gradezu auflehnte, indem sie allerdings die Berufung eines deutschen Parlaments für wünschenswerth anerkannte, (ein Wunsch zu dem der 18. März auch die preußische Regierung gezwungen hatte) aber doch die Wahl zu demselben nicht vom Volke vornehmen lassen wollte.

Die preußische Regierung beauftragte den in Berlin versammelten zweiten vereinigten Landtag die Wahlen zu der constituirenden Frankfurter Nationalversammlung vorzunehmen und diese Wahlen wurden vom zweiten vereinigten Landtag auch wirklich ausgeführt.

Aber freilich die preußische Regierung war zu schnell vorwärts geschritten in ihrem Reactionssystem, so weit erniedrigt war der Fünfziger-Ausschuß denn doch nicht, daß er eine solche Machtüberschreitung der Regierung in der Zeit der Revolution sich hätte gefallen lassen.

Ein allgemeiner Unwille sprach sich im Fünfziger-Ausschuß über diesen Schritt der preußischen Regierung aus und die Bundesversammlung sah sich endlich genöthigt, selbst gegen Preußen den Wunsch auszudrücken, daß die

Wahlen rückgängig gemacht werden möchten, denn das neue zusammentretende Parlament werde sicherlich den preußischen vom zweiten vereinigten Landtage, von den Rittern und Herren gewählten Abgeordneten nicht den Sitz neben den Männern gestatten, welche in Süddeutschland das ganze Volk gewählt habe.

So mußte denn die preußische Regierung selbst diese Wahl rückgängig machen, und auch in Preußen wurden allgemeine Wahlen zur deutschen Nationalversammlung angeordnet.

Das Vorparlament hatte, wie der Leser weiß, sich über die Wahlen zur Nationalversammlung entschieden (S. Pag. 181.)

Der Fünfziger-Ausschuß verhandelte über den Wahlmodus mit der Bundesversammlung, und die Bundesversammlung gab endlich, nachdem sie Anfangs bei dem Grundsatz stehen geblieben war, daß auf je 70,000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werde, den Forderungen des Fünfziger-Ausschusses und des Vorparlaments nach und erließ am 7. April ein Rescript an die Regierungen, in welchem sie den Maaßstab zur Wahl eines Vertreters auf 50,000 Seelen feststellte.

Die Bundesversammlung setzte ferner fest, daß bei der Wahlvornahme die Wählbarkeit in keiner Weise beschränkt werde, daß jeder volljährige selbstständige Staatsangehörige wahlberechtigt und wählbar sein solle, daß er nicht nothwendig dem Staate anzugehören brauche, in dem er gewählt werde und daß auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehrten, wahlberechtigt und wählbar seien.

Die Bundesversammlung gab also scheinbar den Wünschen des Fünfziger-Ausschusses und des Vorparlaments nach, aber sie that es nur mit einem Kniff, mit einem Kunstgriff, ganz der Versammlung würdig, welche bisher die Geschicke Deutschlands geleitet hatten: Sie setzte nämlich zur Zählung die Matrikel des Jahres 1842 fest, welche noch auf der Grundlage der Zählung des Jahres 1819 beruhte und daher die Bevölkerung von Deutschland um wenigstens 10 Millionen unter ihrem Standpunkt im Jahre 1848 angab.

So hatten denn die Deutschen scheinbar das Recht auf je 50,000 Seelen einen Abgeordneten zu wählen, in der That aber war dies Recht auf einen Abgeordneten für je 70,000 Seelen beschränkt.

Und was that der Fünfziger-Ausschuß? Er ließ sich diese Beschränkung von der Bundesversammlung gefallen! —

Vergeblich hielten Robert Blum, vergeblich Jacoby, Reh, Abbeg und Simon energische Reden, sie wurden überstimmt. Jene Männer der Vermittlung jene altliberalen Freiheitshelden wagten es schon damals nicht, den Maaßregeln der Regierung entgegen zu treten, schon damals hatten sie mehr Furcht vor der um sich greifenden Revolution, vor den Forderungen, welche das deutsche Volk immer energischer stellte, als vor der Reaktion der nach dem Absolutismus zurückstrebenden Regierungen.

So blieb es denn bei dem Bundesbeschlusse und der Antrag nach den neuern Zählungen die Wahl vorzunehmen, fiel durch!

Mit solcher Thätigkeit führte der Fünfziger-Ausschuß in jämmerlicher Halbheit sein schmachvolles Leben fort.

Nirgends vermochte er sich emporzuschwingen zur Höhe der Revolution, nirgends vermochte er kraftvoll die Regierungsmacht einer obersten Volksbehörde Deutschlands in die Hand zu nehmen: er berieth und berieth, es wurden in seiner Mitte Reden gehalten über Reden, hochtönige Worte wurden gesprochen, aber gehandelt wurde wenig oder gar nicht.

Die Hauptthätigkeit des Fünfziger-Ausschusses bestand in Proklamationen, welche massenweise erlassen wurden, indem der Fünfziger-Ausschuß vor Anarchie ganz im Sinne der Altliberalen warnte, indem er jede freiere Regung des Volkes gegen die Willkürherrschaft der Fürsten als Anarchie anerkannte. Nur eine der Proklamation des Fünfziger-Ausschusses über die Wahlen zum deutschen Parlamente vertrat eine freiere Richtung und diese wollen wir daher dem Leser mittheilen.

„An das deutsche Volk! Die Wahlen zu der bevorstehenden constituirenden Nationalversammlung sind die zunächst wichtigste Aufgabe unseres Volks. Denn diese Versammlung muß die Freiheitsrechte des Volks aussprechen und feststellen, über die Verfassung beschließen und diejenigen Gewährleistungen auffinden welche den Bestand der neuen Schöpfung sichern. Die Ruhe ist in Deutschland nicht gesichert, der erschütterte Credit kann nicht wieder aufblühen, der darniederliegende Verkehr sich nicht neu beleben bis das Vertrauen auf die Zukunft wiederkehrt; dieses Vertrauen aber wurzelt einzig und allein in den Grundlagen und Grundgesetzen welche die constituirende Versammlung zu schaffen berufen ist. Es ist daher Pflicht jedes deutschen Mannes der es mit des Vaterlandes Ruhe, Freiheit und Wohlstand redlich meint, alle seine Kräfte dafür zu ver-

wenden, daß die Wahlen sofort und im Sinne der Frankfurter Beschlüsse ausgeführt werden. Das ganze Volk soll sein Heil von Frankfurt erwarten, deshalb muß das ganze Volk dort vertreten sein, kann auch bis zur Herstellung eines allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts, welches zu schaffen ebenfalls Aufgabe der konstituirenden Nationalversammlung ist, nur der Angehörige des einzelnen Staates in demselben wählen (also nur der Badner in Baden, der Sachse in Sachsen), so muß mindestens jeder Staatsangehörige wählen. Es darf kein Unterschied nach Stand, Rang, Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden; es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft, es darf kein volljähriger, selbstständiger Mann davon ausgeschlossen werden. Direkte und unmittelbare Wahlen sind das grundsätzlich Fichtigste und es muß mit aller Kraft darauf gehalten werden; wo aber auch indirekte Wahlen angeordnet werden, da muß mindestens, sowie bei den unmittelbaren, die obige allgemeine Berechtigung anerkannt werden. Wählbar aber ist jeder Deutsche im ganzen deutschen Vaterland. Deshalb muß dem Spießbürgerthum kräftig entgegengetreten werden, welches meint, es müßten die Interessen der besondern Stadt, des besondern Landes, des besondern Standes bei der constituirenden Versammlung vertreten sein. Diese engherzige Ansicht hat der untergegangene Polizeistaat gezeugt und genährt, welcher das ganze Volk in Theile, Stände und Kasten spaltete, um auf diese Spaltung seine Herrschaft zu begründen. Es giebt bei der constituirenden Versammlung keine besondern Interessen, diese sind in den Vertretungen der einzelnen Länder geltend

zu machen; es giebt nur Allgemeines, nur Deutsches. Die Wahl ist dabei überall auf Männer zu lenken die ein warmes und großes Herz für das Gesammtvaterland und seine Freiheit haben, die Muth und Kraft besitzen, Hand anzulegen an deren Gründung. Wir fordern demnach alle wahrhaft deutschen Männer auf die Wahlen auf das Angelegentlichste zu befördern. Besonders den städtischen Behörden und Körperschaften, die sich in so ausgezeichneter Weise an den Bewegungen der Gegenwart betheiligt haben, den Wahlausschüssen für einzelne Länder, den Vaterlands- und andern Vereinen, und dem Volke in seiner freien Versammlung legen wir diese große und heilige Sache ans Herz und bitten hiermit um sofortige Kunde darüber was in den einzelnen Ländern geschieht und geschehen ist. Laßt uns, deutsche Brüder, gemeinsam arbeiten mit Kraft und Ernst. Als Frucht unserer Arbeit ersteht, was wir alle ersehnen und erstreben: das eine freie deutsche Vaterland! Frankfurt am Main, 8. April 1848. Der Fünfziger-Ausschuß. Soiron, als Vorsitzender. Simon, als Schriftführer."

Wenn in dieser Proklamation der Fünfziger-Ausschuß eine etwas über sein gewöhnliches Maaß hinausgehende Freisinnigkeit beurkundete, so sollte er doch anderntheils wieder in seinem Auftreten gegen das Ausland eine um so größere Niedrigkeit der Gesinnung documentiren. Er that dies besonders in der Feststellung des Verhältnisses gegen die Lombardei, welche, indem sie das österreichische Joch von sich abgeschüttelt hatte, mit dem deutschen Volke eine Verbrüderung eingehen wollte.

An das Vorparlament war von den frei gewordenen Lombarden eine Adresse gesendet worden, in welcher die

Letzteren ihre brüderlichen Gesinnungen gegen Deutschland, den Gruß der jungen lombardischen Freiheit an das frei gewordene Deutschland überbrachten. Es wäre die Aufgabe des Fünfziger-Ausschusses gewesen, im Namen Deutschlands diesen Bundesgruß zu beantworten. Aber die Lombardei war früher eine österreichische Provinz gewesen und der Fünfziger-Ausschuß war niedrig genug gesinnt, dem Streben nach nationaler Freiheit keine Sympathieen zuzuwenden. Schmachvolle Reden wurden in der Mitte des Ausschusses gehalten und die Adresse der Lombarden wurde nicht erwiedert.

Dafür aber trat der Fünfziger-Ausschuß in desto fleißigere Unterhandlungen mit dem Bundestag.

Dieser erhob mit jedem Tage kräftiger sein Haupt; die Regierungen fühlten schon jetzt ihre Kraft immer mehr und mehr wachsen und wenn sie immer noch nicht mit vollkommener Offenheit ihre Gesinnungen klar darzulegen wagten, so thaten sie doch jetzt schon ihr Möglichstes, um die Bewegung des Jahres 1848 zu hintertreiben und besonders, um den Begriff der Volkssouveränität, der in den ersten Märztagen sich in ganz Deutschland Geltung verschafft hatte, wieder in's Reich der Träume zurückzudrängen.

Der Aufstand in Baden hatte die Regierungen kühn gemacht. Hecker hatte unvorbereitet, auf die republikanischen Sympathieen Süddeutschland hoffend, zu früh die Fahne der Republik entfaltet; er hatte wenig Anhänger gefunden, er wurde besiegt, und unter den Altliberalen, den friedlichen Bürgern, den guten constitutionellen Schlafmützen Deutschlands war ein furchtbarer Schreck über die republikanischen Bestrebungen der demokratischen Parthei ausgebrochen.

Auch die fast alle Mitglieder des Fünfziger-Ausschusses mit Ausnahme nur weniger waren ergriffen von diesem Schrecken und fürchteten nichts mehr als die das Haupt erhebende jung republikanische Parthei. So konnten denn die Regierungen schon kühner vorwärts schreiten und sie sollten es bald auf so rücksichtslose Weise thun, daß selbst der Fünfziger-Ausschuß über das schamlose Wirken der Bundesversammlung entsetzt werden sollte.

Der Fünfziger-Ausschuß, tief erschreckt über die republikanische Bewegung in Baden, forderte die Bundesversammlung auf, die Wahl eines Bundesfeldherrn vorzunehmen. Diese Aufforderung war der Bundesversammlung eine höchst willkommene, aber sie beabsichtigte bei der Wahl eines Bundesfeldherrn nicht stehen zu bleiben.

Ein Oberfeldherr über die gesammte Truppenmacht der deutschen Fürsten zur Niederdrückung jedes revolutionären Versuches in irgend einem Lande war schon etwas recht wünschenswerthes, aber es war bei der noch immer drohenden Revolution nicht genug, man bedurfte mehr. Dieses Mehr sollte gefunden werden in einem Triumvirat einem Dreimänner-Collegium, welches vorläufig für die Zeit der Gefahr die Dictatur über Deutschland im Auftrage der Fürsten übernehmen sollte.

Der Vorschlag zu dieser volksthümlichen Behörde ging von dem weiland freisinnigen Mann Herrn Welker aus, einem der siebenzehn zur Verstärkung der Bundesversammlung gesendeten Vertrauensmänner.

Auch in den Fünfziger-Ausschuß wurde der Vorschlag des Triumvirats gebracht und er fand hier in der kleinen, die Volksrechte wahrnehmenden Parthei einen gewaltigen

Widerstand. Anfangs siegte diese Parthei, indem sie die Gründe, welche gegen das Triumvirat sprachen auf das Klarste auseinandersetzte, indem sie die Gefahr schilderte, mit welcher die Volksfreiheit durch eine solche Dictatur bedroht werde.

Das Triumvirat wurde von der Majorität des Fünfziger-Ausschusses verworfen. Aber kaum war die badische Bewegung angebrochen, als sich eine solche Angst der altliberalen Mitglieder des Fünfziger-Ausschusses bemächtigte, daß dieselben wieder auf den alten Vorschlag zurückkamen. Es wurde eine Commission ernannt, welche mit der Bundesversammlung über die Nothwendigkeit der Ernennung eines Oberbefehlshabers der deutschen Heere und über die einheitliche Leitung Deutschlands in Berathung treten sollte.

Diese Commission griff das Triumvirat wieder auf und es wurde auf's Neue vor den Fünfziger-Ausschuß gebracht, welcher dann endlich mit 23 gegen 18 Stimmen sich dahin entschied, daß in der That unter Mitwirkung des Fünfziger-Ausschusses drei Männer zur Verstärkung des Bundestages ernannt würden, welche eine einheitliche Leitung Deutschlands anbahnen sollten.

Auf einen solchen Wunsch ging der Bundestag gern ein, nur lag ihm natürlicher Weise nichts daran, dem Fünfziger-Ausschuß irgend eine Mitwirkung bei der Wahl der drei Männer zu gestatten, und am 3. Mai beschloß der Bundestag die Regierungen aufzufordern, unverzüglich drei Abgesandte zu ernennen, welche die diplomatischen Verhandlungen zur äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands leiten und Maßregeln ergreifen möchten die Vertheidigungsanstalten Deutschlands zu organisiren, und deren

Aufgabe es endlich auch sein sollte, der künftigen National-versammlung gegenüber die Wünsche der Regierungen in Beziehung auf die künftige Verfassung Deutschlands zu vertreten.

Das war denn also eine vollständige Dreimänner-Dictatur über Deutschland, ernannt von den Regierungen um eine einheitliche Macht der Regierungen gegenüber den Bestrebungen des Volkes herzustellen.

Diese Art den Wunsch des Fünfziger-Ausschusses in Beziehung auf die Dreimänner-Dictatur auszuführen, war denn doch selbst dem Fünfziger-Ausschuß beinahe etwas zu stark. Trotz seiner großen Gutmüthigkeit und Fügsamkeit in Willkürmaßregeln der Regierungen, gab sich eine große Indignation im Fünfziger-Ausschuß über den Beschluß des Bundestages vom 3. Mai kund und der Fünfziger-Ausschuß beschloß am 4. Mai, einen Protest gegen diesen Beschluß einzulegen.

Er erhielt dafür indessen vom Bundestage eine gerechte Züchtigung. Am 8. Mai beschloß der Bundestag folgende Erwiederung gegen den Protest des Fünfziger-Ausschusses.

„Die Bundesversammlung hätte erwarten dürfen, daß der Fünfziger-Ausschuß, bevor er den Beschluß vom 3. Mai über die vollziehende Gewalt des Bundestages zum Gegenstand einer Berathung machte und eine Mittheilung darüber an die Bundesversammlung beschloß, die Veröffentlichung des amtlichen Bundesprotokolls oder eine vollständige Mittheilung desselben, zu welcher bereits Einleitung getroffen war, abgewartet und nicht auf einen außeroffiziellen Zeitungsartikel seine Einsprache gebaut hätte. Die

Bundesversammlung hat den fraglichen Beschluß, zu welchem der erste Vorschlag aus ihrer Mitte hervorging, im reinsten Gefühl dem deutschen Vaterlande einen Dienst zu leisten selbstständig gefaßt, und als Motiv hierzu angeführt, daß auch der Fünfziger-Ausschuß das Bedürfniß eines concentrirten, und wo es nöthig ist, beschleunigte Thätigkeit entwickelnden Organs anerkannt habe. Zur vorläufigen Einsetzung dieses Organs die erforderlichen Einleitungen zu treffen, fand sich die Bundesversammlung, da solches lediglich ein Ausfluß ihrer gesetzlich bestehenden Autorität sein soll und demselben keine andere Befugnisse übertragen werden sollen, als solche, welche ihr nach der allseitig anerkannten gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Ordnung zustehen, vollkommen befugt. Wenn der Fünfziger-Ausschuß von der Voraussetzung ausgeht daß die Bundesversammlung hierbei an den von ihm unterm 27. April gefaßten Beschluß irgendwie gebunden sei, so kann man hierin nur eine Verkennung der Stellung des Fünfziger-Ausschusses und der der Bundesversammlung gegenüber den Regierungen zustehenden Befugnisse erblicken, und indem die Bundesversammlung ihr Bedauern ausspricht, daß bei den nach ausdrücklichem Beschluß des Fünfziger-Ausschusses veröffentlichen Verhandlungen desselben so maßlose Angriffe eines seiner Mitglieder vorkommen konnten, wie solche in öffentlichen Blättern zu lesen sind, muß sie die Protestation des Fünfziger-Ausschusses gegen den gesetzmäßigen Gang dieser Angelegenheit entschieden zurückweisen."

Diese Erwiederung, in ihren harten und verächtlichen Ausdrücken, war vollkommen geeignet für den Fünfziger-Ausschuß, der längst jede Achtung gebietende Stellung sich

selbst genommen hatte; aber sie erregte doch einigermaßen das Schamgefühl des Ausschusses, und am 9. Mai stellte Abegg den Antrag, der Ausschuß möge die Erwiederung des Bundestages vom 8. als durchaus ungerechtfertigt erklären und sich gegen alle aus derselben etwa zu ziehenden Consequenzen entschieden verwahren.

So etwas indessen gleich zu beschließen, fehlte dem Fünfziger-Ausschuß natürlich der Muth; es wurde erst eine Commission ernannt, welche über die Rathsamkeit eines solchen Schrittes ihre Ansicht abgeben sollte.

Vergeblich protestirten Jacoby, Simon, Blum gegen die Verschleppung einer so wichtigen Sache, die Commission wurde ernannt.

Der Fünfziger-Ausschuß hätte sich wohl vollkommen mit dem Bundestagsbeschluß vom 3. und der herben Abfertigung vom 8. Mai beruhigt, wenn nicht in der Sitzung vom 10. Mai ihm ein Schriftstück vorgelegt worden wäre, welches jeden Zweifel darüber, was eigentlich der Bundestag wolle, aufheben mußte.

Es wurde nämlich ein Protokoll aus einer geheimen Sitzung der Bundesversammlung vorgelesen, in welchem die Bundesversammlung den Regierungen Vorschläge machte über ihr Verhalten zum Frankfurter Parlament. Den Regierungen wird in diesem Schreiben, welches wir, wäre es nicht so lang, gern dem Leser als ein klassisches Stück der Regierungspolitik im Mai des Jahres 1848 mittheilen möchten, angerathen, so auf die Wahlen zur Natonalversammlung zu wirken, daß Männer ihres Vertrauens in dieselbe gewählt würden. „Es ist nicht wohl denkbar," heißt es in dem Schreiben, „daß die Regierungen beabsichtigen,

die Natonalversammlung ganz frei gewähren zu lassen und ruhig abzuwarten, welche Verfassung werde von derselben zu Stande gebracht werden — in der Hoffnung etwa, daß die Versammlung das beendete Werk nicht als ein bindendes Gesetz decretiren und promulgiren, sondern zunächst den Regierungen als Vertrags-Entwurf zur Annahme und respective weiteren Verhandlungen vorlegen werde." Die Versammlung werde wahrscheinlicher Weise sich selbst zu einer constituirenden machen, und es käme daher darauf an Maßregeln hiergegen zu ergreifen. Es heißt dann weiter in diesem Schreiben:

Offenbar sind auch in dem Verhältniß der Regierungen zur Nationalversammlung verschiedene Gesichtspunkte festzustellen; einmal haben nämlich die Regierungen ein solidarisches Interesse dem Volke in seiner Totalität gegenüber bei Festsetzung also der gegenseitigen Volks- und Regierungsrechte und Pflichten, sodann haben die Regierungen ein besonderes Interesse gegen einander bezüglich der Verhältnisse zu der zu constituirenden obersten Reichsgewalt, und endlich haben die einzelnen Staaten, Regierung und Volk vereinigt, gewisse Partikularinteressen den allgemeinen Interessen von ganz Deutschland gegenüber zu wahren. Diese verschiedenen und zum Theil einander widerstrebenden Rücksichten einem höhern Gesichtspunkt unterzuordnen, und in diesem zu vereinigen, wäre zwar eine würdige Aufgabe für die Bundesversammlung, allein sie wird sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu lösen vermögen. Es dürften aber die Regierungen auf die angedeuteten Momente aufmerksam zu machen sein, selbst auf die Gefahr hin, daß

diese überflüssig sein könnte, weil sie von selbst schon solche in Betracht gezogen und möglicherweise geeignete Maßregeln ergriffen haben können. Wenn übrigens diese lange schon (auch im relativen und den gegenwärtigen Verhältnissen angemessenen Sinn) besprochene, aber noch immer nicht in Ausführung gebrachte Schaffung einer Bundescentral-, resp. Executivbehörde noch zu Stande gebracht werden sollte, ehe die Nationalversammlung zusammentritt — und die Nothwendigkeit einer solcher Maßregel im Interesse aller Regierungen, der größten wie der kleinsten, dürfte wahrhaftig nicht verkannt werden, wenn nicht fortwährend beklagenswerthen Illusionen sich hingegeben würde — so möchte wohl jene Behörde auch als die geeignetste erscheinen um der Nationalversammlung gegenüber zu treten, Namens der Regierungen mit ihr zu verkehren und für diesen Verkehr die passendsten Organe zu suchen."

Wie der Leser sieht, stellte der Bundestag ganz schaamlos den allerdings richtigen Satz hin, daß die Regierungsinteressen den Volksinteressen schnurstraks entgegen ständen, und daß aus diesem Grunde hauptsächlich eine Executivcommission der Regierungen zu ernennen sei.

Dies geschah im Mai 1848! Und dennoch gingen damals dem deutschen Volk noch immer die Augen nicht auf, dennoch glaubte damals noch immer das deutsche Volk an die Aufrichtigkeit seiner Regierungen, es glaubte noch immer den schönen Worten, mit denen ihm versichert wurde, die Regierungen hätten kein anderes Interesse im Auge als das Interesse des Volkes.

Dies Machwerk des Bundestages wurde in der Sitzung vom 10. Mai dem Fünfziger-Ausschuß mitgetheilt.

Er erregte eine gewaltige Empörung selbst bei den zahmen Altliberalen und diese wurde gefördert durch die energischen Worte, welche besonders auch Blum über diesen Gegenstand aussprach.

Blum erklärte, daß wenn dies Actenstück echt sei, dann wolle der Bundestag nicht eine Executivgewalt, sondern ein Bundesministerium; es greife daher dem Beschlusse der constituirenden Versammlung, die allein ein solches zu schaffen berechtigt sei, vor. Der Ausschuß müsse nothwendig gegen ein solches Triumvirat protestiren, das man ihm unter einer falschen Larve hätte aufdringen wollen; er müsse das Vaterland in Gefahr erklären und nach dem Auftrage des Vorparlaments verfahren.

Das war auch in der That die Aufgabe des Ausschusses. Er hatte die heilige Pflicht, bei diesem Beweis der Kabinets-Politik an das deutsche Volk zu appelliren, das Vorparlament wieder zusammenzuberufen und energisch einzuschreiten gegen die Willkürmaßregeln der durch den Bundestag vertretenen Regierungen. Aber er kam seiner Aufgabe nicht nach, er konnte sich zu keiner höhern Energie emporschwingen, als zu einer Erklärung zu Protokoll, daß er sich gegen jeden Eingriff in die Rechte der constituirenden Versammlung verwahre, und das Actenstück so wie das Verfahren der Bundesversammlung der Beurtheilung der öffentlichen Meinung Deutschlands übergebe.

Unter solchen Beschlüssen schleppte der Fünfziger-Ausschuß sein jämmerliches Leben hin bis zum 18. Mai, bis zu dem Tage, an welchem die deutsche Reichsversammlung zusammentrat; und an diesem Tage hatte beim Schlusse des Fünfziger-Ausschusses der Präsident desselben, Herr

Soiron, die Stirn zu behaupten, der Ausschuß habe seine Schuldigkeit gethan, indem er sowohl der über Deutschlands Freiheit hereinbrechenden Anarchie als der Reaction entgegen getreten sei; dies sei der Grundsatz gewesen, nach dem er gehandelt und den er mit der größten Strenge und Gewissenhaftigkeit durchgeführt habe.

Wir haben der Geschichte des Fünfziger-Ausschusses nur wenige Worte hinzuzufügen über das Verhältniß Robert Blums zu demselben.

Robert Blum war einer der sehr wenigen Männer im Fünfziger-Ausschuß, welche wohl mit Ruhe, aber auch mit Energie die Rechte des Volkes gegenüber den Regierungen zu wahren suchten, welche überall für kräftige Maßregeln des Fünfziger-Ausschusses stimmten, aber überall überstimmt wurden.

Wenn auch in jener Zeit Robert Blum noch nicht vollkommen sich zu der Höhe der politischen Anschauung erhoben hatte, welche er späterhin einnehmen sollte, wenn auch Robert Blum in jener Zeit noch nicht jene Energie des Charakters bewies, welche ihm später den Tod bringen sollte, wenn auch er noch immer einiges Vertrauen zu den Regierungen hatte und dadurch oft zu verhöhnenden und vermittelnden Maßregeln bestimmt wurde, so war er doch immer einer von Denen, die im Fünfziger-Ausschuß am meisten auf energische Maßregeln drangen, aber stets der muthlosen, servilen Majorität unterlagen.

Mit Simon, Jacoby und Andern gemeinschaftlich versuchte er es vergeblich im Ausschuß die Rechte des Volks zur vollen Anerkennung zu bringen; er war jedenfalls eins der bedeutendsten Mitglieder des Aus-

schusses, wie er eins der bedeutendsten des Vorparlaments gewesen war.

Der Fünfziger-Ausschuß erkannte dies auch an, indem Blum nicht nur zum dritten Präsidenten desselben ernannt worden war, sondern auch später vielfach bei wichtigen Geschäften und Deputationen herangezogen wurde.

Auch nach dem Schlusse des Fünfziger-Ausschusses sollte Blum berufen werden, seine ganze Thätigkeit ferner dem Geschicke seines Vaterlandes zu widmen; er war in Leipzig mit 49 unter 71 Stimmen zum Vertreter in der deutschen Nationalversammlung gewählt worden.

Indem wir die Beschreibung des Fünfziger-Ausschusses und des Vorparlaments schließen, haben wir einige Worte der Entschuldigung an den Leser hinzuzufügen, daß wir Beides etwas ausführlicher behandelt haben, als es ursprünglich der Zweck dieser Schrift erheischt. Wir glaubten hierzu aber um so mehr berechtigt zu sein, als grade das Vorparlament und der Füufziger-Ausschuß einen ganz gewaltigen Einfluß auf die Geschicke Deutschlands geübt haben, als grade diese beiden Versammlungen es gewesen sind, deren Untüchtigkeit, deren Rath- und Thatlosigkeit wir hauptsächlich die unglückselige Wendung zuschreiben müssen, welche das Schicksal Deutschlands im Jahre 1849 und 1850 genommen hat.

Im Frühjahr 1848 lag es in der Hand des Vorparlaments sowohl als des Fünfziger-Ausschusses die Revolutionen in Deutschland auszunützen, die Fürsten-Willkür

niederzudrücken und der Freiheit eine dauernde Stätte in Deutschland zu sichern. Es lag in der Macht beider Versammlungen sich einen Einfluß zu wahren, gegenüber den Regierungen, welchen diese niemals die Kraft erlangt hätten, von sich abzuschütteln.

Aber dieser Einfluß erforderte nicht nur ein redliches Wollen, er erforderte auch eine eiserne Kraft des Willens und die wahre Energie ächter Revolutionsmänner; und das freilich waren weder die Mitglieder des Vorparlaments noch die des Fünfziger-Ausschusses. Eben an Revolutionsmännern hat es Deutschland gefehlt und deshalb ist es wiederum der Fürstenmacht erlegen, deshalb ist die Revolution besiegt worden und die Freiheit unterdrückt.

In jener stürmischen und drängenden Zeit des März und April 1848 haben wohl die wenigsten unsrer Leser in den Zeitungen das Wirken des Vorparlaments und des Fünfziger-Ausschusses genauer verfolgt; die Ereignisse im eignen engern Vaterlande fesselten die Aufmerksamkeit von uns Allen zu sehr, als daß wir den Blick mit der nöthigen Schärfe nach Süddeutschland hätten wenden können, als daß wir in den Zeitungen die Thätigkeit beider Versammlungen so genau hätten verfolgen können, wie dies doch nothwendig war, um die Geschichte unsres Vaterlandes wirklich zu kennen.

Wir glaubten deshalb berechtigt zu sein uns genauer und ausführlicher mit der Thätigkeit sowohl des Vorparlaments als des Fünfziger-Ausschusses zu beschäftigen, als eine Lebensbeschreibung Robert Blums dies ursprünglich erfordert, und glaubten dies um so mehr, als unser Zweck beim Herausgeben dieses Werkes nicht allein die Beschrei-

bung vom Leben und Wirken des trefflichen Volksmannes ist, sondern als wir außerdem hauptsächlich auch die Absicht haben zu schildern, wie sehr Robert Blums Leben und Wirken hineingeflochten ist in die Geschichte Deutschlands während des Sommers 1848.

Bei der Schilderung der deutschen Nationalversammlung können wir uns kürzer fassen, weil die Geschichte derselben den Leser, wie wir annehmen dürfen, genauer in der Erinnerung liegt.

Capitel XII.

Das deutsche Parlament und seine Bedeutung.

Am 18. Mai wurde das erste deutsche Parlament eröffnet, die erste Versammlung deutscher Männer, welche, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, das Volk vertreten, seine Rechte garantiren, eine neue Verfassung für Deutschland schaffen sollte.

Deutschland hatte seine besten Männer nach Frankfurt geschickt — seine besten Männer, und dennoch, welche Versammlung war aus diesen besten Männern entstanden!

Alle Parteien hatten sich gewaltig erhoben, um thätig zu sein bei dem Wahlkampf, alle Parteien hatten zu wirken gesucht, um ihre Führer hinzusenden nach Frankfurt, damit diese dort die deutsche Verfassung nach den Prinzipien der Partei zu gründen sich bemühten; alle Parteien waren thätig gewesen, aber die höchste Thätigkeit hatte jene im Finstern schleichende Partei, die Partei des Absolutismus,

die Partei der unbedingten Fürstenherrschaft entfaltet. Und sie war nicht nur thätig, sie war auch klug gewesen.

Man hörte zur Zeit, als die Wahlversammlungen zur Frankfurter Nationalversammlung über ganz Deutschland sich ausbreiteten, in allen diesen stürmisch bewegten Versammlungen fast nur einen Ruf, den: „Deutschland muß einig, Deutschland muß frei werden!"

Deutschlands Einheit! Deutschlands Freiheit! war das Feldgeschrei aller Parteien, alle stimmten in dasselbe ein, keiner schloß sich davon aus; aber am lautesten und am energischten schrieen die Anhänger des Absolutismus; sie überboten selbst die Demokraten im gut geheuchelten Enthusiasmus. — Wußte man doch in Preußen sogar zu jener Zeit nichts vom specifischen Preußenthum, waren doch die schwarz und weißen Farben vollständig verschwunden, prangte doch Schwarz-Roth-Gold in Fahnen und Kokarden in der preußischen Residenz, trugen doch selbst die Diener des alten preußischen Polizeistaats mit der höchsten Frechheit die schwarz-roth-goldne Kokarde zur Schau, indem sie dadurch ihre ächt deutsche Freiheitsgesinnung beweisen wollten.

Seitdem Preußens König selbst die deutschen Farben aufgesteckt, seitdem er das große Wort gesprochen hatte, „Preußen geht fortan in Deutschland auf!" seitdem er durch die Residenz geritten war mit der deutschen Fahne voran, mit der deutschen Binde um den Arm, da glaubte man in Preußen das Streben nach der deutschen Freiheit und Einheit sei ein wahres, sei ein ächtes bei allen jenen Männern, welche bisher nur für den preußischen Polizei- und Militair-Staat gewirkt hatten, welche jetzt aber scheinbar mit so großer Aufrichtigkeit, mit so regem Feuereifer, mit so

ungezügeltem Enthusiasmus sich der Freiheitsbewegung der deutschen Nation anschlossen.

Wer konnte damals wohl an eine Reaktion glauben, damals, wo in allen Kreisen nur von Deutschlands Einheit, nur von Deutschlands Freiheit gesprochen wurde, wo die Diener des Absolutismus am lautesten Beides forderten?

Das war ein schlaues Manöver, und es gelang vollständig. Das deutsche Volk, wie immer gutmüthig, wie immer vertrauend, und dafür, wie immer betrogen, glaubte und vertraute auch damals, es hielt die heuchlerische Maske für Ernst, für Wahrheit und — es wurde getäuscht.

Der Betrug wurde den Stimmführern der Reaktion in den letzten Tagen des April und in den ersten des Mai, in welchen die Wahlen in ganz Deutschland vorgenommen wurden, in der That auch sehr erleichtert durch die unklugen Manöver, welche die Führer der demokratisch-republikanischen Partei zu jener Zeit begannen.

Die exaltirten Republikaner waren befangen in einem Rausch des Sieges, nachdem Deutschland in so wenigen Wochen, in so unglaublich schneller Zeit die Sclavenketten des Absolutismus von sich abgeschüttelt, die Fürstenherrschaft gebrochen hatte. Das ganze deutsche Volk war damals in einen Siegestaumel eingelullt. Der lange Druck, der so schwer auf ihm gelastet, war plötzlich abgeschüttelt, in ganz Deutschland hatte die Revolution gesiegt und mit großer Nachgiebigkeit gewährten jetzt die Fürsten alle Wünsche der Völker, um diese glauben zu machen, sie selbst seien zum bessern Verständniß der Geschichte, zum bessern Verständniß der Forderungen der Völker gekommen und hätten keine Absicht, keinen anderen Wunsch als den, nach den

Wünschen und Forderungen der Völker zu regieren. Und die Völker glaubten das, denn nach dem leicht gewonnenen Siege hielten sie das Erwachen einer Reaktion für eine Unmöglichkeit, und hatten nur Bangen davor, daß die Freiheitsbewegungen, die so schnell gekommen, so furchtbar schnell um sich gegriffen, so schnell den Sieg erreicht hatten, sich jetzt überstürzen möchten.

Die enthusiastischen Republikaner gaben zu dieser Furcht auch in der That einige Veranlassung. Heckers unglücklicher Zug in Baden erregte ein furchtbares Entsetzen bei dem größten Theil des deutschen Volks, welches bei weitem noch nicht republikanisch war, ein Entsetzen, welches angeschürt wurde durch die Diener des Absolutismus; indem diese einstimmten in das Feldgeschrei der deutschen Freiheit und Einheit, fügten sie auch jedesmal ihren freiheitsbegeisterten Worten hinzu, aber vor Einem müßten sie sich verwahren, Eins müßten sie bekämpfen, das wäre der Communismus, die Theilung der Güter, die Vernichtung jeder gesellschaftlichen Ordnung, die vollkommene Anarchie. Und in diese Verwahrung stimmten gern alle die guten deutschen Spießbürger ein, welche ohne politische Vorbildung noch keinen Begriff hatten von dem Wesen des Communismus, welche Socialismus, Demokratie, Communismus und Republikanismus in ihren Begriffen vollständig verwirrten, verwechselten, ja sogar identificirten.

Alle diese Begriffe galten ihnen für einen und in dieser Verwirrung wurden sie bestärkt durch die erschreckten Altliberalen, deren Forderungen nie weiter gegangen waren, als bis zu einer gemäßigten Constitution, welche sich jetzt durch den schnell erwachten demokratischen Geist des Volkes über-

flügelt sahen und schon jetzt vielmehr die um sich greifende Freiheitsbewegung des Volkes als das Erwachen der Reaction befürchteten.

Diese Männer, welche den Ruf von Freiheitshelden aus den Jahren der Unterdrückung her, in denen sie in der Opposition gegen die absolutistische Regierung gestanden, sich bewahrt hatten, bemühten sich jetzt dem ungestümen Vorwärtsdrängen entgegen zu treten, sie bemühten sich den Flügelschlag der Zeit zu hemmen, sie bemühten sich sogar zu ihrer Schande die Begriffe des Volks, anstatt sie zu läutern, noch mehr zu verwirren, indem sie einstimmten in das Schlachtgeschrei gegen die Demokratie, gegen die „anarchischen Bestrebungen" der Republikaner.

Leider gelangen diese volksfeindlichen Bemühungen in vielen Theilen Deutschlands, und besonders in Norddeutschland; während in Süddeutschland schon in frühern Jahren eine größere politische Bildung, eine bedeutendere Aufklärung um sich gegriffen hatte, hervorgebracht, theils durch den regeren Sinn der Süddeutschen, durch ihre größere Nähe an Frankreich und an der Schweiz, war der Norddeutsche noch vollständig in der politischen Kindheit, und er glaubte daher um so leichter allen den Einflüsterungen der Volksfeinde, welche sich damals als seine eifrigsten Freunde darstellten.

In Norddeutschland, und ganz besonders in Preußen, gelangen die Bemühungen der Regierung, und Preußen sendete daher zum größern Theile Männer nach Frankfurt, welche weit entfernt davon waren, den Geist der Zeit zu begreifen und ihm zu huldigen. Es waren meistens entweder Männer der vollendeten Reaction, Männer, die es

sich zur Lebensaufgabe gestellt hatten, das Volk wieder zurückzuführen zum früheren Absolutismus, zum alten Polizei- und Militair-Staate, oder Männer des früheren Liberalismus, die Nichts wünschten, Nichts wollten, als einen constitutionellen Staat, regiert durch den König und die bevorrechtete Aristokratie des Adels und des Reichthums.

Beide Parteien trugen freilich noch nicht offen ihre eigentlichen Partei-Fahnen zur Schau, aber bald entfalteten sie dieselben.

Süddeutschland hingegen und die Rheinprovinzen schickten viele bessere Männer, sogar einige entschiedene demokratische Republikaner und viele entschiedene ehrenwerthe Demokraten.

Es war eine seltsame Versammlung die in Frankfurt; da saßen jene Männer der Rechten wie:

Arnim-Boytzenburg, von Bardeleben, Bassermann. von Lychnowsky, von Radowitz, von Schmerling &c.

neben denen der Linken, neben:

Blum, Brentano, Nauwerk, Raveaux, Schlöffel, Simon (von Breslau), Simon (von Trier), Trützschler, Venedey, Wesendonk, Zimmermann, Zitz &c.

Den Hauptbestandtheil aber der ganzen Versammlung, die große Majorität derselben, bildeten die Altliberalen, die Männer des Centrums wie:

von Beckerath, Beseler, Dahlmann, von Gagern, Gervinus, Jordan, Römer, Simson, von Soiron &c.

Von einer solchen Versammlung, wenn wir diese Namen heute betrachten, war denn allerdings nicht viel für Deutschlands Freiheit, für Deutschlands Einheit zu hoffen. Jene Männer des Altliberalismus, der gemäßigten Mittel-

mäßigkeit, welche nur groß in Worten, aber klein waren in Thaten, jene Männer waren nicht geschaffen in einer großen Zeit das Vaterland zu retten, es aufrecht zu erhalten gegen die Anfechtungen von allen Seiten, den Stürmen der Zeit zu widerstehen, der Reaction, der Fürstenmacht, der Aristokratie einen kräftigen Damm entgegen zu setzen. Freilich die Zeit war groß, aber die Männer, welche Deutschland in dieser Zeit zu schaffen vermochte, diese Männer waren klein und sie begriffen ihre Zeit nicht, wie tüchtig auch Einzelne arbeiteten im Frankfurter Parlament, wie kräftig auch Einzelne die Rechte des Volkes zu wahren suchten, die Einzelnen gingen unter im gewaltigen Strome der Mittelmäßigkeit, in jener schlaffen, keiner Energie, keiner Thätigkeit, keines höhern Aufschwunges der Seele fähigen Majorität.

Und so hat denn auch das Frankfurter Parlament gewirkt; es hat geschwankt, es hat mit Worten Gepränge getrieben und die That verabsäumt, bis es zu spät war zur That, bis die Reaction gesiegt hatte in ganz Deutschland, bis durch die Wiener October-Revolution und die Contrerevolution Preußens im November, die Gewalt der Bajonette wieder stand auf Seiten der rückwärts strebenden Regierungen und bis diese daher wiederum die Macht hatten, die Männer des Volkes auseinander zu jagen und die Freiheit des Volks zu vernichten.

Die Vernichtnng der Freiheit — das deutsche Volk verdankt sie hauptsächlich jener elenden Versamnlung, den jämmerlichen Männern des Schwankens und der Vermittlung — dem Frankfurter Parlament.

Capitel XIII.

Die Nationalversammlung, der Reichsverweser und Robert Blum.

Am 18. Mai wurde also die deutsche Nationalversammlung eröffnet. Ganz Deutschland schaute mit Stolz auf die Männer seines Vertrauens, ganz Deutschland blickte mit freudiger Erwartung den Resultaten ihrer Berathungen entgegen.

Heinrich v. Gagern wurde zum Präsidenten der Nationalversammlung erwählt, Heinrich v. Gagern, der große Gagern, der edle Heinrich! der Mann der Zukunft, der Mann des deutschen Volks!

Mit enthusiastischem Jubel begrüßte Deutschland die Wahl Heinrich v. Gagern's zum Präsidenten der constituirenden Nationalversammlung. Gagern hatte damals einen gewaltigen Namen beim deutschen Volke; ihm vertraute man, auf ihn hoffte man, er der Minister, er hatte die

Partei des Volkes genommen, er war kühn und offen aufgetreten für die Rechte desselben, er hatte scheinbar sich dem Fürstenübermuthe entgegen gestellt, von ihm glaubte man, daß er ein Vorkämpfer der deutschen Freiheit sein werde, in ihm erwartete Deutschland seinen Mann zu finden.

Aber wie jämmerlich sollte Gagern alle jene Erwartungen täuschen! Selten hat sich einem Manne eine glänzendere Zukunft, ein herrlicheres Geschick geboten, als es sich Heinrich v. Gagern darbot, dem alle Herzen eines mächtigen Volks entgegenschlugen und der nur durch sein jämmerliches Schwanken, durch sein bald rechts, bald links Schauen sich diese Herzen entfremdet, sich einen glanzvollen Namen befleckt, eine großartige Zukunft vernichtet hat.

Heinrich v. Gagern ist zurückgesunken in das Nichts, herabgefallen bis zum Chef der Gothaer Parthei; damals aber kokettirte Gagern noch mit dem Volke, und wenn er auch gleichwohl es mit den Regierungen nicht ganz verderben wollte, so trug er doch noch offen das Prinzip der Volkssouverainität zur Schau und gab sich den Anschein, als wolle er als wahrer Mann für die Freiheit des deutschen Volks, für die Einheit desselben wirken.

In seiner Antrittsrede als Präsident der constituirenden Nationalversammlung rief er mit vollkommener Zuversicht aus: „Wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen, wir sollen eine Verfassung schaffen für Deutschland, für das gesammte Reich! Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souverainität der Nation."

Heinrich v. Gagern erkannte also die Volkssouverainität an, und mit Jubel, mit einem Beifallsturm wurden seine Worte von dem Frankfurter Parlament entgegen genommen,

von derselben Versammlung, welche in wenigen Wochen so schmählich die Volkssouverainität verläugnen und sie einem Fürstensohne überantworten sollte.

Kokettirte indessen hier Heinrich v. Gagern mit dem Volke, mit der Linken, so suchte er sogleich einige versöhnende Worte zu Gunsten der Rechten, um auch diese zu fesseln, hinzuzufügen, indem er darauf hinwies, daß die zu Stande zu bringende Verfassung nur unter Mitwirkung aller Glieder des deutschen Volkes, also auch unter der Mitwirkung der Staatsregierungen gegründet werden müsse. Jede Schärfe des Ausdrucks wurde durch diesen Hinweis der proklamirten Volkssouverainität, der die Nationalversammlung so freudig zugestimmt hatte, genommen. Die Mitwirkung der Staatsregierungen, derjenigen Regierungen, welche selbst vor wenigen Tagen erst es ausgesprochen hatten, daß ihre Interessen denen des Volkes schnurstracks entgegen ständen, nahm Heinrich v. Gagern zur Begründung der Verfassung in Anspruch, und er vernichtete dadurch selbst den Begriff der Volkssouverainität, die aus sich selbst heraus die Verfassung schaffen mußte.

Auch die deutsche Einheit proklamirte Gagern von seinem neuen Präsidentenstuhl herab, indem er sagte, „über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel, es ist die Forderung der ganzen Nation, die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben!" — —

So sprach Heinrich v. Gagern, der im gegenwärtigen Augenblick*) in Erfurt sitzt, auf dem Landtage des deutschen Sonderbundes.

*) Am 20. April 1850.

Und wie Heinrich v. Gagern sprach, so dachte die Majorität der Versammlung, deren Ausdruck eben Heinrich v. Gagern in seinem Cokettiren mit dem Volke und seinem Streben nach Fürstengunst, in seinen Phrasen von Volksfreiheit und seinem Schielen nach den Thronen war.

In den ersten Tagen schien es fast, als wolle die Nationalversammlung sich wirklich eine Art Souverainität über Deutschland gründen, denn sie sprach aus, daß die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erkläre, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr begründeten allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmten, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten seien.

Das war ein Beschluß, welcher der Frankfurter Versammlung allerdings einige Macht zu verleihen schien, aber diese Versammlung war bei weitem zu schwach, um überhaupt eine Macht aufrecht zu erhalten; schon in den nächsten Tagen sollte sie zeigen, wie wenig sie dies auch nur beabsichtigte, sollte sie zeigen, wie gern sie die Regierungen dem Volke gegenüber in Schutz nähme, und sich von denselben abhängig erkläre.

In Mainz hatten traurige Scenen stattgefunden, die preußischen Soldaten der Besatzung hatten sich mit jedem Tage feindlicher den freisinnigen Einwohnern von Mainz gegenüber gestellt, es war zu vielen Streitigkeiten zwischen Bürgern und Soldaten gekommen, die Letzteren gingen fortwährend nur mit dem Seitengewehr aus und gebrauchten dasselbe oft zur Mißhandlung von Bürgern. Die Streitig-

keiten wurden immer heftiger und es kam endlich sogar so weit, daß die Soldaten, die von ihren Vorgesetzten mehr zu Excessen angereizt, als von denselben abgehalten wurden, es wagten, in Masse die von der Bürgerwehr besetzte Hauptwache zu stürmen. Sie wurden indessen von der Bürgerwehr blutig zurückgeschlagen, es kam zum stürmischen Kampf, bei dem eine Anzahl der preußischen Soldaten blieb, eine noch größere Anzahl verwundet wurde; aber auch mehrere Bürger wurden von den Soldaten erschossen.

Der Commandant der Bundesfestung, anstatt die Soldaten für ihren Uebermuth zu bestrafen und sie abzuhalten von weiteren Excessen, erklärte plötzlich eine Art von Belagerungszustand, indem er die Zeitungen unter Censur setzte, den Buchhändlern befahl Spott und Schmählieder auf den König von Preußen von ihren Schaufenstern zu entfernen, die Ablieferung der Waffen der Bürgerwehr verlangte und den Turnverein für aufgelöst erklärte.

Schon im Mai des Jahres 1848 wagte also ein Festungscommandant eigenmächtig die eben erworbenen Grundrechte des deutschen Volkes zu schmälern und die rohe Soldatenherrschaft ins Leben zu führen.

Mit Entrüstung sprach sich hierüber der Abgeordnete von Mainz, Dr. Zitz in der Nationalversammlung aus, er forderte eine Untersuchung der Mainzer Vorfälle, und die Nationalversammlung ging in der That auf diesen Wunsch ein, indem sie eine Commission behufs der Untersuchung nach Mainz schickte, zu welcher auch Robert Blum gewählt wurde.

Die Commission kehrte zurück. Die Majoritat derselben forderte, daß die Bundesversammlung ersucht werde,

einen baldigen Garnisonswechsel in Mainz zu veranlassen und die Wiederherstellung der Bürgerwehr daselbst.

Die Minorität der Commission hielt die ganze Sache nicht für wichtig genug und forderte die Tagesordnung.

Damit war natürlich der Vertreter von Mainz nicht zufrieden; er forderte mit vollem Recht, daß die über seine Vaterstadt verhängten Ausnahmsmaßregeln zurückgenommen, daß die preußischen Truppen durch andere ersetzt würden, und daß dem Soldaten außer Dienst in Mainz das Tragen von Waffen untersagt werde, damit nicht ähnliche unglückselige Vorfälle sich abermals ereignen könnten.

Es ist kaum glaublich, aber dennoch wahr, daß die Nationalversammlung sich diesen billigen Forderungen des Vertreters von Mainz nicht anschloß. Vergeblich sprach Robert Blum für den Zitz'schen Antrag, der edle Fürst Lichnowsky und der Ritter von Schmerling hielten begeisterte Lobreden für die preußischen Truppen, und die Nationalversammlung erklärte eine Angelegenheit, welche so und so viel Menschenleben gekostet hatte, nicht für wichtig genug, um über dieselbe einen Beschluß zu fassen; sie ging zur Tagesordnung über, sie hörte selbst den Antragsteller Zitz nicht mehr, dem nur vergönnt war die Versammlung mit dem Rufe: „Ich protestire im Namen der deutschen Nation!„ zu verlassen.

Das war die Nationalversammlung schon im Monat Mai! Aber hierbei sollte sie nicht stehen bleiben, Schritt für Schritt ging sie vorwärts auf der Bahn der Haltlosigkeit und der Reaction, der Reaction, indem sie mehr und mehr durch ihr jammervolles Schwanken, dem Wirken der Fürsten in die Hände arbeitete.

Am jämmerlichsten zeigte sich die Nationalversammlung bei der Frage über die einstweilige Regierung Deutschlands, bei der Frage über die deutsche Centralgewalt, welche im Juni des Jahres 1848 zur Entscheidung kam.

Alle Parteien der Nationalversammlung waren darüber einig, daß Deutschland, da es eine verfassunggebende Centralversammlung besitze, auch eine Centralregierung haben müsse, aber freilich gingen die Parteien hierbei von gewaltig verschiedenen Grundsätzen aus. Die Rechte und das servile Centrum wollten durch die Centralregierung eine innige Verbindung der sämmtlichen deutschen Regierungen herstellen, sie hofften, daß dadurch die einzelnen Regierungen in den Stand gesetzt würden der mehr und mehr um sich greifenden Revolution einen festen Damm in den Weg zu stellen, sie hofften, daß die Bestrebungen der demokratischen Partei, welche sich mit jedem Tage energischer zeigte, durch eine solche Centralregierung auf das Leichteste unterdrückt werden könnte.

Es war voraussichtlich, daß die deutsche Nationalversammlung noch vor vielen Monaten das Verfassungswerk nicht würde beendigen können, und bis dahin mußte eine gemeinschaftliche Regierung für Deutschland geschaffen werden, wenn man nicht fürchten wollte, daß die Revolution abermals sich entzünden und die Reste der constitutionellen Formen mit sich hinwegnehmen werde.

Von dieser Ansicht gingen die Rechte und das Centrum aus, während die Linke ebenfalls eine gemeinsame Regierung haben wollte, welcher aber freilich eine andere Aufgabe gestellt wurde. Die gemeinschaftliche Regierung für Deutschland sollte den Ansichten der Linken gemäß der

Regierung der Fürstenwillkür in den einzelnen Staaten entgegentreten, die Centralregierung sollte Deutschland kräftig nach Außen vertreten, sollte das Recht über Krieg und Frieden besitzen und sollte auch im Innern auf eine Einigung, aber auf eine Einigung in der Freiheit wirken.

Wie verschieden die Ansichten der sich entgegenstehenden Parteien waren, so verschieden waren natürlich auch die Ansichten über die Art der Bildung und über die Zusammensetzung der Regierung.

Die Linke wollte einen der Nationalversammlung verantwortlichen und von dieser gewählten Vollziehungsausschuß, an dessen Spitze ein ebenfalls verantwortlicher von der Nationalversammlung frei gewählter Präsident stand, dessen Mandat von der Versammlung zurückgenommen werden konnte.

Die Rechte hingegen wollte von einer solchen Centralregierung Nichts wissen; sie verlangte bei der Wahl eine Mitwirkung der Regierungen, aber über die Art der Centralgewalt selbst war sie gespalten. Ein Theil verlangte ein Bundesdirektorium, bestehend aus drei Männern, deren Einer von Preußen, Einer von Oestreich, der Dritte von den andern kleinen deutschen Staaten gewählt werden sollte. Die Regierungen und die Nationalversammlung sollten zur Einsetzung des Direktoriums gemeinsam wirken, indem die Regierungen die Männer des Direktoriums bezeichnen und schließlich ernennen sollten, die Nationalversammlung aber ihre Zustimmung zur Wahl der Regierungen zu erklären habe. Das Direktorium sollte ganz die Stellung eines constitutionellen Fürsten haben, es sollte unverantwortlich, aber mit Ministern umgeben sein, welche der Nationalversammlung verantwortlich wären.

Ein anderer Theil der Rechten und des Centrums wünschten nur einem Manne die Centralregierung zu übergeben, aber dieser Eine sollte jedenfalls dem fürstlichen Stande angehören; er sollte von den Regierungen erwählt, von der Nationalversammlung bestätigt, aber nicht der Nationalversammlung verantwortlich sein; verantwortliche Minister sollten ihn umgeben, und so sollte Deutschland, ohne eine Verfassung zu haben, schon das Bild eines constitutionellen Staates darstellen.

Die Rechte wollte außerdem sogar, daß das Direktorium so wenig wie der Reichsverweser je nachdem die Parteien das Eine oder den Andern wollten, die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen habe.

Die Versammlung hatte einen Ausschuß ernannt, welcher der Nationalversammlung Vorlagen über die zu begründende Centralgewalt zu machen hatte. Nur zwei Stimmen in diesem Ausschuß waren gegen die Constituirung einer unverantwortlichen Centralgewalt, und diese Stimmen gehörten Robert Blum und Trützschler an, welche für die Wahl eines Vollziehungsausschusses mit einem Präsidenten stimmten.

Die Debatte über die verantwortliche Centralgewalt war eine außerordentlich langwierige. Nie hatten sich zuvor die verschiedenen Parteien so schroff gegenüber gestanden, als bei dieser Debatte. Aber vergeblich kämpfte die Linke, vergeblich hielt Robert Blum zwei glänzende Reden, die Rechte und das Centrum siegten.

Wir würden gerne dem Leser die beiden Reden Robert Blums in ihrer ganzen Ausdehnung mittheilen, leider erlaubt der Raum uns dies nicht, so können wir ihm dieselben

nur im Auszug wiedergeben, indem wir die bezeichnendsten Stellen derselben hervorheben.

Die erste Rede hielt Robert Blum am 20. Juni gegen das beantragte Drei-Männer-Direktorium. Er hielt der Versammlung zuerst ihre große Aufgabe vor, indem er sagte:

„Eine neue große Entscheidung schlägt an Ihr Herz, und Sie sollen noch einmal den Zweifel lösen, ob Sie Ihre Gewalt fühlen und die unumstößliche Majestät, die in Ihren Händen liegt, und ob Sie sie gebrauchen wollen. Sie sind hierher gekommen, um dieses zerstückelte Deutschland in ein Ganzes zu verwandeln; Sie sind hierher gekommen, um den durchlöcherten Rechtsboden in einen wirklichen, in einen starken zu verwandeln; Sie sind hierher gekommen, bekleidet mit der Allmacht des Vertrauens der Nation, um das „einzig und allein" zu thun. Genügt es dazu, daß Sie Beschlüsse fassen und sagen: die Nationalversammlung beschließt, daß das oder das geschehe? Durchaus nicht. Sie müssen sich das Organ schaffen, durch welches diese Beschlüsse hinausgetragen werden in das Leben, durch welches sie gesetzliche Geltung erlangen; dieses Organ zu schaffen, ist der Gegenstand unserer Verhandlung. Was wird dieses Organ sein? Bei dem ersten Anblick Dessen, was wir bedürfen, eben nur das Organ, welches Ihren Willen verkündet. Man sagt uns, der Vollziehungs-Ausschuß, der von einer sehr kleinen Minderheit vorgeschlagen worden ist, sei eine republikanische Einrichtung, und wir geben das sehr gern zu; wir verhehlen gar nicht, wir wollen die Republik für den Gesammtstaat, wir wollen diese Einrichtung, und nicht deshalb, weil wir die Verhältnisse in Deutschland auflösen wollen, sondern weil wir sie schützen

wollen, weil wir glauben, daß zwei gleichartige Richtungen nicht mit einander bestehen können, weil wir in der republikanischen Form an der Spitze des Gesammtstaates Sicherheit sehen für die Freiheit jedes einzelnen Staates, seinen eigenen Willen auszuführen und zu erhalten, und weil wir zu gleicher Zeit diese Spitze nicht den Zielpunkt niederen Ehrzeizes sein lassen wollen. — — — — — —

Haben Sie ein Mandat dazu, mit irgend Jemand in der Welt zu verhandeln? Hat eine einzige Wahlhandlung auch nur einen derartigen Vorbehalt nicht aufkommen, sondern nur gewissermaßer als eine Ansicht aufdämmern lassen? — Nirgends in der Welt. Berufen sind Sie durch die Allmacht des Volkes und Sie sind nur jenem Mandate treu, so lange Sie diese Allmacht wahren, Sie dürfen nicht verhandeln; Sie müssen eher Ihr Mandat niederlegen, als sich von der Aufgabe entfernen, die uns geworden ist. Sie dürfen am wenigsten in dem Augenblick, wo das Volk seine lange verkümmerten Rechte und seine lang verkümmerte Macht errungen hat, mit Denen unterhandeln, die seit 30 Jahren niemals mit uns unterhandelt haben, die selbst unsern Rath niemals hörten, wenn es sich darum handelte, Deutschland als ein Ganzes zu vertreten. Allein es wird auch der Unterhandlungen nicht bedürfen; wahrlich, Diejenigen leisten den Regierungen einen sehr schlimmen Dienst, die sie darstellen als etwas, was außerhalb uns, d. h. außerhalb des Volkes steht: man sagt uns ja immer: „die Regierungen sind jetzt volksthümlich, sie sind aus dem Volke hervorgegangen, sie gehören dem Volke an." — Nun wohlan! wenn das wahr ist, so vertreten wir sie mit, wir vertreten nicht den Einzelnen, nicht den

Stand, keine Kaste; wir vertreten das Volk und die Regierungen, sie gehören zum Volke; mindestens sollen sie zum Volke gehören. Wo das nicht der Fall wäre, daß die Regierungen im Volke aufgingen, nun, dann würde nichts vorliegen, als die Wahrung der alten Fürsten- und Dynastien-Interessen, und wahrlich ein Volk von 40 Millionen, es würde nicht unterhandeln können mit 34 Menschen, die ihr Sonder-Interesse fördern wollen. — — —

Wollen Sie der Anarchie entgegentreten, Sie können es nur durch den innigen Anschluß an die Revolution und ihren bisherigen Gang. Das Direktorium, daß Sie schaffen wollen, ist aber kein Anschluß daran; es ist Reaction, es ist Contrerevolution, — und die Kraft erregt die Gegenkraft. Man wirft mitunter schielende Blicke auf einzelne Partheien und Personen, und sagt, daß sie die Anarchie, die Wühlerei, und wer weiß was, wollen. Diese Parthei läßt sich den Vorwurf der Wühlerei gern gefallen; sie hat gewühlt ein Menschenalter lang, mit Hintenansetzung von Gut und Blut, mindestens von allen den Gütern, die die Erde gewährt; sie hat den Boden ausgehöhlt, auf dem die Tyrannei stand, bis sie fallen müßte, und Sie säßen nicht hier, wenn nicht gewühlt worden wäre. (Stürmischer, anhaltender Beifall in der Versammlung und auf den Gallerien.)

In einer zweiten Rede am 24. Juni sprach Robert Blum noch energischer gegen die Begründung einer constitutionellen Monarchie für Deutschland. Er sagte:

„Es ist mir gefährlich und scheint mir auf einem großen Irrthum zu beruhen: die Behauptung, Sie könnten eine constitutionelle Monarchie schaffen; dies muß ich

verneinen. Ich habe dafür nichts Anderes entgegenzuhalten, als daß die Bedingung der constitutionellen Monarchie, d. i. die Constitution, fehlt. Sie haben keine Constitution, und Sie können folglich nur die absolute Monarchie schaffen. — — — — — — — — — —

Sie können eine Staatenkammer schaffen, Sie können ein verantwortliches Ministerium schaffen, Sie können schaffen, was Sie für das Bedürfniß der Zeit geeignet halten, wenn Sie eine Verfassung haben, wenn Sie Schranken haben für ihre Gewalt. Sie können nichts schaffen als Worte und todte Formen, so lange Sie diese Schranken nicht haben. Ob Sie es wagen wollen in dem gegenwärtigen Augenblick, wo man mit aller Versicherung der Liebe und Treue zu den Fürsten doch nun und nimmermehr die Thatsachen hinwegleugnen kann, die uns auf jedem Schritt, auf jedem Blick begegnen, und zeigen, daß die Dinge schwanken, daß das Mißtrauen wuchert, nicht das Vertrauen, welches keine Regierung, das heißt, kein Ministerium besitzt, daß ein ewiges Werden vorhanden ist, und kein Sein. Ob Sie es wagen wollen, in dem Augenblick eine Gewalt zu schaffen, auf welche Sie dieses Mißtrauen des ganzen Volks concentriren, — ob Sie nicht fürchten, daß dieselbe unter diesem Mißtrauen erliegen werde, das muß ich Ihnen überlassen. — — — — —

Ich will auf die Volkssouveränitet nicht zurückkommen, aber hinweisen muß ich darauf, daß der Antrag auf ein Directorium nichts Anderes ist, als eine vollständige Aufwärmung der alten Wirthschaft. In dem Directorium liegt nicht Das, was wir bedürfen, nämlich der Bundesstaat, sondern der alte Staatenbund mit seinen Sonderinteressen

und seiner Zersplitterung. Der Unterschied ist nur der, daß die 17 Stimmen seiner Vertreter auf 3 herabgedrückt sind. Dieses Directorium ist meines Erachtens bereits verurtheilt. — Ich komme nun auf den Punkt der Verantwortlichkeit, und damit auf dasjenige Princip, worauf meine Gesinnungsgenossen bestehen zu müssen überzeugt sind, auf das eine Princip, hinsichtlich dessen sie den gesetzlichen Antrag stellen werden, daß man mit seinem Namen dafür oder dagegen auftrete. Wir haben die Verantwortlichkeit verlangt, und man hat uns gesagt, sie sei nicht nothwendig, hat aber keine Gründe dafür vorgebracht, sondern nur Worte und Redensarten, die völlig vormärzlich sind. Die Regierungen, hat man behauptet, können und werden nicht ernennen, was dem Volke nicht genehm ist, müssen Dasjenige thun, was man verlangt. O, meine Herren, schwimmen Sie nicht auf diesem Meere des Vertrauens! Es hat von jeher nur Wasser genug gehabt für die flachen Fahrzeuge der Staatszeitungen und ihrer Genossenschaften. Dieses Bischen Fahrwasser war eingedämmt durch die Schleußen der Censur und der Ausnahmsgesetze, und mit der Sprengung derselben ist ein Sumpf geworden. Es ist nicht wahr, es ist kein Vertrauen in Deutschland, und Derjenige wahrlich muß blind sein, der es behauptet. Ich frage Sie auch ferner, wann denn die Gewalt zu Stande kommen solle, die Sie durch eine Vereinbarung schaffen wollen? Ich will Sie nicht auf die Schwierigkeiten der Einigung über eine solche Wahl, nicht auf den nothwendigen Aufenthalt hinweisen, den die Vorverhandlungen der deutschen Fürsten selbst unerläßlich machen. Nur daran will ich erinnern, daß die Fürsten einen Theil der innern Regierungsgewalt nicht

abtreten dürfen, und die Männer des historischen Rechtsbodens, die uns troß dem versichern, daß ihre Schöpfung binnen wenigen Tagen fertig sein könne, mögen doch nicht vergessen, daß in den Einzelstaaten die Zustimmung der Stände nothwendig ist. — — — — — — —

Alle diese Schwierigkeiten, die Sie bis jetzt vor Ihren Blicken gesehen haben, fallen nach unserer Ueberzeugung weg, wenn wir einen Vollziehungs-Ausschuß ernennen. Es bedarf nichts weiter, als der Wahl, und diese geht hier von uns aus. Die Regierungen sollen nichts abtreten von ihren Regierungsrechten im Innern, jener Ausschuß soll nichts haben, als die Vertretung und Vertheidigung des Vaterlandes nach Außen; er ist durch die Nationalversammlung gewählt, und deßhalb im Nothfall von ihr zu entfernen; er ist der Nationalversammlung verantwortlich, und diese Verantwortlichkeit sehe ich eben nur in der Entfernung. Man hat uns zwar gestern darauf hingewiesen, es sei das Directorium oder der Reichsstatthalter der Nachwelt verantwortlich. Das ist sehr wahr. Aber Nero und Caligula, Philipp II. und sein Henker Alba waren der Nachwelt auch verantwortlich. Hat sie dies aber gehindert, Thaten zu vollführen, vor denen sich noch heute das Haar des Menschenfreundes emporsträubt? Wir haben endlich die Competenz dieses Ausschusses beschränkt, und zwar aus den Gründen beschränkt, die ich gegen die Monarchie geltend gemacht habe, weil wir nämlich eifersüchtig und in heiliger Liebe zur Freiheit über ihrer ärgsten Feindin, nämlich der Gewalt wachen und dieselbe so viel als möglich einschränken wollen, bis die Freiheit diejenige Grundlage gewonnen hat, auf der sie bestehen kann. — — — — — — —

Die Freiheit der Wahl durch diese Versammlung ist das zweite Princip, für das wir die namentliche Abstimmung beantragen werden. — Meine Herren! Man hat uns im Laufe der Zeit vielfach auf die Revolution hingewiesen; man hat uns ermahnt, ihren Schlund zu schließen, und uns gesagt, wir eilten der Schreckensherrschaft entgegen. Aber vergessen Sie doch nicht, daß wir in der Revolution stehen, und lassen Sie den Mann, der von verschiedenen Seiten hier citirt wurde, ich meine Mirabeau, Ihnen sagen: „Es ist die kindische Thorheit, sich dem einmal rollenden Wagen der Revolution entgegenstemmen zu wollen; man kann nur muthig auf ihn springen und ihn zu lenken suchen, oder man muß sich von ihm zermalmen lassen." Gewiegte Diplomaten, gewissermaßen grau geworden in der Sphäre ihres Berufs, haben wenige Wochen vor dem Februar verkündigt, der Thron Louis Philipp's stehe fest wie Eisen, und wenige Wochen später war er zersplittert. Glauben Sie nicht, daß, wenn Sie einen Deckel legen da oben auf den Krater oder auf den Abgrund, den Sie schließen zu können behaupten, er damit auch wirklich geschlossen sei. Man sagt: die Weltgeschichte wiederholt sich nicht, und doch wiederholt sie sich so sehr. Unsere Zustände werden von Tag zu Tag denen von 1789 ähnlicher. Sehen Sie die Meinung in den einzelnen Truppencorps bei uns, sehen Sie dieses — Drängen möchte ich sagen nach äußerem Krieg, sehen Sie das Bestreben, die thatsächlich zerfallene Gewalt wieder herzustellen, sehen Sie die furchtbare Besetzung der Grenze, wohin sich die Liebe und die Sympathie des Volks wendet, weil dort die Freiheit wohnt; dagegen die — Vernachlässigung möchte ich fast

sagen, wenigstens die unbegreifliche Schutzloslassung der andern Seite, wo die Tyrannei wohnt, und wo sich des Volkes Haß und Furcht hinwendet. Sehen Sie ferner die beständigen Mahnungen daran, diese „junge" Versammlung solle sich nicht übereilen, und denken Sie dabei an den Abbé Maury, der seiner Zeit ganz Dasselbe sprach. Alsdann werden Sie in diesen wenigen Zügen schon die außerordentliche Aehnlichkeit unserer Zustände mit jenen erblicken. Unsere Aufgabe ist es, aus der Geschichte zu lernen, nicht ihre Lehren zu mißachten, und dann können wir es nicht verhehlen, daß die Schreckensherrschaft, die man uns aufgestellt hat, nicht zu Paris, sondern zu Pillnitz und Coblenz geboren worden ist, wo man den eitlen Versuch machte, eine zu Grunde gegangene Gewalt wieder herzustellen. (Zuruf von der Linken: Sehr wahr!) Wir können uns nicht verhehlen, daß das Veto den 10. August und den 21. Januar heraufbeschworen hat; Ludwig XVI. ist am Veto zu Grunde gegangen, und die Nation hat es im ersten Augenblicke gefühlt, daß dort der wunde Fleck lag, denn von dem Ausspruche an hieß es nur Veto. (Links: Bravo!) Lassen Sie diese Lehre der Geschichte nicht vorübergehen. Wahrscheinlich vermögen wir noch der Revolution, die thatsächlich da ist, eine andere Bahn zuzuweisen, wenn wir ihr gerecht werden. Man hat gestern die Freiheit verglichen mit der Liebe zum Weibe, und eine Zeitung unseres Nachbarstaates, eine französische, hat es jüngst behauptet, das deutsche Volk sei zu alt geworden, um in kühnem Griffe, in männlicher Umarmung sich die holdeste Braut: die Freiheit, zu erobern und sie unzertrennlich an sein Herz zu drücken. Man hat gesehen, daß die Schrecken einer ein-

zigen Nacht die Haare bleichen, und den Menschen zum Greise machen können. Wie sollte das Herz eines Volkes nicht abstumpfen können unter einer dreißigjährigen Tyrannei, wie sollte es nicht alt werden unter der Knechtschaft eines Menschenalters! Aber auch das alte Herz kann lieben, und es liebt inniger, wenn auch ruhiger als das junge, weil es das Bewußtsein in sich trägt, daß der Liebesfrühling ihm nur noch einmal kommt. Es wird für die Erkorene in die Schranken treten, nicht mit der Aufwallung des Jünglings, aber mit der vollen Kraft des reifen Mannes. Ueberliefern Sie die Braut des besonnenen deutschen Volkes nicht ihrem ärgsten Todfeind: der Gewalt! (Von allen Seiten: Bravo! Klatschen auf den Gallerien.)

Aber Robert Blum drang mit seiner Meinung nicht durch. Der Name Republik und republikanische Institution war ein Schreckwort für jenes furchtsame, schwankende Centrum, und obwohl dies Centrum die Volkssouveränität als Phrase anerkannt hatte, so zauderte es doch nicht, dieselbe über den Haufen zu werfen, sobald es auf die That ankam, sich der Rechte selbst zu entäußern, welche das deutsche Volk seiner Nationalversammlung übertragen hatte. Die Nationalversammlung grub in jenen Tagen sich selbst ihr Grab.

Als es zur Abstimmung kam, lag eine Reihe von Anträgen vor. Die äußerste Rechte, unter v. Vinke, dem altliberalen Freiherrn v. Vinke, dem Oppositionsmann des vereinigten Landtags, hatte ein Amendement eingebracht, alle Beschlüsse der Versammlung über die Errichtung einer

provisorischen Centralgewalt sollten nur vorbehaltlich des Einverständnisses der deutschen Regierungen gefaßt werden.

Das war denn freilich selbst jenem Centrum zu viel, so tief gesunken war dasselbe noch nicht und so wurde denn bei namentlicher Abstimmung das Amendement mit 477 Stimmen gegen 31 verneint.

Jetzt aber kam es darauf an, ob die zu gründende Centralgewalt die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen habe, da entschied sich die Versammlung mit 277 gegen 265 Stimmen dahin, daß dies nicht der Fall sein solle. Die Versammlung stellte also eine von ihr unabhängige Centralgewalt hin, sie gab sich selbst das Recht der höchsten Oberhoheit Deutschlands aus der Hand, und sie hat somit vollkommen das Loos verdient, das ihr in der Folge wurde, sie hat verdient, von den Regierungen mit jener Verachtung behandelt zu werden, die ihr zu Theil wurde.

Freilich jene Männer haben dies Schicksal nicht verdient, die, wie Robert Blum, wie die Linke und die äußerste Linke überhaupt, gegen jenen Beschluß stimmten, welche der Nationalversammlung ihr Recht gewahrt wissen wollten. Aber sie mußten leiden mit den Uebrigen.

War bei dem eben erwähnten Beschluß die Abstimmung zweifelhaft gewesen, hatte nur eine kleine Majorität sich für die Vernichtung des Rechts der Nationalversammlung ausgesprochen, so war die Majorität jedoch viel eklatanter, als die Frage zur Entscheidung kam, ob die Reichsgewalt einem Präsidenten oder einem Reichsverweser anvertraut werden sollte. Die Idee des Republikanismus schon erschreckte

die Versammlung, und so entschieden sich denn 355 Stimmen gegen 171 für einen Reichsverweser.

Die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers wurde ebenfalls mit 373 gegen 175 Stimmen beschlossen, und das rein monarchische System für Deutschland damit ausgesprochen. An der Spitze Deutschlands stand nun ein unverantwortlicher Reichsverweser, der die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen, nicht verpflichtet war, ein Reichsverweser, dem keine Verfassung zur Seite stand, der also, wenn er auch dem Namen nach mit verantwortlichen Ministern umgeben war, in der That doch die Rolle eines absoluten Monarchen zu spielen berechtigt war.

Was nützte es jetzt, daß mit großer Majorität, gegen nur 135 Stimmen, die Nationalversammlung sich dafür entschied, daß sie selbst den Reichsverweser frei erwählen wolle, es war im Grunde genommen gleichgültig, ob der unverantwortliche Fürst von den Fürsten Deutschlands selbst oder von der Nationalversammlung erwählt wurde.

Die äußerste Linke, welche mit eiserner Consequenz gestimmt hatte, sah dies auch ein und versagte jede Theilnahme an der Wahl des Unverantwortlichen, welche ebenso sehr die Einheit wie die Freiheit des deutschen Volkes gefährdete und eine Rückkehr zum Absolutismus enthielt.

Die Wahl wurde vorgenommen, und die ungeheure Majorität der Nationalversammlung wählte den Erzherzog Johann von Oesterreich zum deutschen Reichsverweser. 52 Stimmen fielen auf Heinrich von Gagern, 32 auf Itzstein.

Robert Blum, der wohl zur Linken, aber nicht zur äußersten Linken gehörte, hatte gestimmt, er hatte seine

Stimme für Itzstein abgegeben. Daß er im Uebrigen gegen die Majorität gestimmt hatte, haben wir wohl nicht nöthig hinzuzufügen, denn wenn auch Robert Blums weiches Gemüth ihn von der stets eisern consequenten äußersten Linken zurückhielt, ihm eine Vermittlung lieb machte, so war er doch weit entfernt davon, sich dem jämmerlich schwankenden Centrum anzuschließen. Er hat nie den Prinzipien und der Volkssouveränität das Geringste vergeben, fügte sich aber stets der Majorität.

Erzherzog Johann war zum Reichsverweser erwählt worden. Weshalb grade Er? Was hatte jene Majorität des Frankfurter Parlaments bestimmt, diesen Mann vor den übrigen deutschen Fürsten zu bevorzugen, ihn zum Reichsverweser zu erwählen? Ein Wort, welches einst Johann von Oesterreich gesprochen, ein Toast, den er bei einem Feste ausgebracht; er hatte mit dem Glase in der Hand gerufen: „Kein Oesterreich mehr! kein Preußen! ein einiges Deutschland!“ und um dieses Wortes willen wählte ihn die Nationalversammlung zum unverantwortlichen deutschen Reichsverweser, um dieses Wortes willen glaubte sie, Erzherzog Johann werde seine fürstliche Geburt vergessen, werde für das Volk wirken, die Freiheit desselben schützen und den angebornen Interessen seiner Fürstenschaft entgegen handeln.

Das arme Centrum! Es sollte sich bitter täuschen.

Erzherzog Johann wurde unter dem Läuten der Glocken, unter dem Donner der Geschütze vom Präsidenten der Nationalversammlung zum Reichsverweser über Deutschland proklamirt. „Er bewahre seine allezeit bewiesene Liebe zu unserm großen Vaterlande! er sei der Grün-

der unsrer Einheit, der Bewahrer unsrer Volksfreiheit, der Wiederhersteller von Ordnung und Vertrauen!“ So rief der edle Heinrich von Gagern, und begeistert stimmte das gutmüthige Centrum in den Ruf ein: „Hoch lebe Erzherzog Johann! hoch der Reichsverweser!“

Armes Centrum! — — Armes Deutschland! —

Capitel XIV.

Die Partheien in der deutschen Nationalversammlung, Robert Blums Stellung und sein Wirken in derselben.

Die Bestimmungen der Nationalversammlung über die Wahl des Reichsverwesers und die Stellung desselben zur Nationalversammlung selbst und zum deutschen Volke gaben eine Veranlassnng zur Sonderung der verschiedenen Parteien, welche in der Versammlung vorhanden waren, welche aber bisher noch immer sich nicht klar, nicht schroff gesondert hatten.

Wir können dem Leser nur ein oberflächliches Bild dieser Partheiensonderung geben, es liegt dieselbe dem Thema unsers Buches zu fern, und würde dasselbe zu weit ausdehnen, wollten wir weitläuftiger auf diesen Gegenstand eingehen.

Aber doch steht die Partheienbildung im innigen Zusammenhange mit der Stellung Robert Blums zum deutschen Parlamente, und so müssen wir mit wenigen Worten hierauf zurückkommen.

Der unverantwortliche Reichsverweser war gewählt, und der erste bedeutungsvolle Act der Nationalversammlung war dadurch geschehen. Zum ersten Male hatten sich die schroffen Unterschiede der Parteistellung der verschiedenen Mitglieder gezeigt, und damit war auch das Bedürfniß erwacht, daß Diejenigen, welche einer politischen Ansicht waren, wenigstens in den Hauptprinzipien, sich zusammenschaarten, um eine feste, geordnete Masse ihren politischen Feinden in derselben Versammlung gegenüber zu bilden.

Zuerst sonderten sich aus der Versammlung diejenigen Männer aus, welche in der Begründung einer republikanischen Verfassung für den Gesammtstaat Deutschland das alleinige Heil für denselben erblickten, welche einsahen, daß eine monarchische Spitze für das gesammte Deutschland ein Unding sei, daß diese nur zur Gestaltung des alten und veralteten Kaiserreichs führen könne, welches im Laufe des Mittelalters sich verlebt und seine Untüchtigkeit aufs Deutlichste gezeigt hatte, jenes Kaiserreichs, welches nur dazu gedient hatte, um dem Einzelnen, der zum Kaiser erwählt worden war, das Streben nach einer Hausmacht, nach Vermehrung seiner Familienrechte ans Herz zu legen, und dies über das Streben nach einer Macht für das allgemeine Deutschland zu stellen.

Die Parthei, welche die Conförderativ-Republik für die einzig passende Form für Deutschland betrachtete, bildete die Linke. Aber die Verfassungsfrage war es nicht allein, welche diese von der übrigen Versammlung, von der Mehrheit derselben schied.

Die Linke strebte außer nach einer Conförderativ-Republik, welche die Staatsverfassung der Einzelstaaten

durchaus nicht angreifen sollte, welche denselbe überließ, ob sie selbst das republikanische Prinzip adoptiren, oder das der Monarchie beibehalten wollten, nach einem Mehreren, nach der Begründung aller natürlichen Rechte der Völker, welche die Revolution des Jahres 1848 zuerst zur Geltung gebracht hatte; die Grundrechte der Völker waren dieser Parthei die Hauptsache, diese wollten sie aufrecht erhalten, diese wollten sie vermehrt und geläutert wissen, sie sollten das Grundprinzip bilden für alle Verfassungen der einzelnen Staaten Deutschlands und für die Verfassung des Gesammtstaats Deutschland selbst.

Robert Blum gehörte zu den hervorragendsten Mitgliedern der Linken der Nationalversammlung, er fand in dieser Parthei die bedeutendste Anerkennung, er wurde mit in den Vorstand derselben gewählt, und hatte die Verhandlungen in den Versammlungen derselben mit zu leiten, er übte auf dieselben den bedeutendsten Einfluß aus.

Aber die Linke bildete die Minderheit in der Nationalversammlung, leider die Minderheit, denn nur ein geringer Theil der Männer, welche vom deutschen Volke zu seiner Vertretung erwählt waren, hatten den Muth und die Kraft die Rechte des Volkes gegenüber der Fürstenmacht aufrecht zu erhalten.

Je mehr aber die Linke in der Minderheit war, desto fester, ruhiger und energischer beharrte sie bei ihrer Ansicht, stets geschlagen bei den Abstimmungen in der Nationalversammlung richtete sie auch stets sich wieder auf, vertrat sie mit jedem Tage entschiedener die Rechte des Volkes in jener Versammlung, die sich so bald herabwürdigte zum Diener der Fürstenwillkühr.

Auch in der Linken selbst bildeten sich verschiedene Parteien; aber diese Parteibildung hatte keinen Einfluß auf ihr energisches und festes Zusammenwirken.

Die Parteien, welche in der Linken sich bildeten, schieden sich besonders in zwei große Gruppen, die eine bestehend aus den energischen Republikanern, welche das Prinzip der Volkssouveränität in jeder Beziehung gewahrt wissen wollten, welche die Republik nicht nur als das unerreichbare Ideal einer Staatsverfassung in Einzelstaaten betrachten, sondern, welche diese Verfassung auch eingeführt wissen wollten in das Leben.

Jene energische, thatkräftige Partei fühlte schon in jener Zeit sehr wohl, daß es den Fürsten trotz ihrer Versprechungen nicht wahrer Ernst mit denselben sei, daß die Fürsten nur darauf harrten, daß das deutsche Volk wieder zurückfiel in den alten Todtenschlaf, in dem es 33 Jahre gelegen hatte, und daß sie eben die Zügel der Regierung wieder um so straffer anzuziehen beabsichtigten, um auf's Neue dem deutschen Volke die kaum durch die Märzrevolution errungenen Rechte wieder zu nehmen.

Dies sah die äußerste Linke der Nationalversammlung wohl ein. Sie sah ein! daß in einer Zeit der Revolutionen — und eine solche Zeit war die des Jahres 1848 — nicht das Gesetz allein eine kräftige Wahrung der Volksrechte zu geben vermöge, sie sah ein, daß, wenn die deutsche Nationalversammlung, welche hervorgegangen war aus den noch unreifen Wahlen eines nicht politisch selbstbewußten Volkes, in ihrer Majorität die Rechte dieses Volkes kränke, daß es dann nöthig sei, sich auszusondern von der Nationalversammlung und an das Volk selbst zu appelliren. Die

äußerste Linke der Nationalversammlung sah ein, daß vielleicht bald die Zeit kommen müsse, wo sie das Volk zur Wahrung seiner Rechte wieder aufrufen müsse zu den Waffen, daß sie es aufrufen müsse, das Schwert in die Hand zu nehmen und seine blutig erworbenen Rechte blutig zu wahren gegen die Uebergriffe einer bewaffneten Macht.

Zu dieser Partei aber gehörte Robert Blum nicht; sein milder, versöhnlicher Sinn ließ ihn vor derselben Anfangs noch zurückschrecken, er glaubte noch immer auf dem Wege des Friedens, auf dem Wege der ruhigen, gesetzlichen Entwicklung das deutsche Volk demjenigen Ziele zuführen zu können, welches er mit der äußersten Linke im Auge hatte, zu dem aber einen andern Weg einzuschlagen er entschlossen war. Ihm war die Staatsverfassung der Einzelstaaten gleichgültig, er wollte auch die Monarchie beibehalten wissen, wenn die Völker der Einzelstaaten sie selbst wünschten; und so gehörte er denn zu der gemäßigten Partei der Linken, erst später sollte er einsehen, daß er sich geirrt hatte, sollte er selbst sein Leben opfern im Kampfe für die Freiheit und das Recht des Volkes.

So weit indeß die äußerste Linke in vieler Beziehung von der eigentlichen Linke verschieden war, so gingen beide doch stets Hand in Hand, wo sie dem gemeinsamen Feinde gegenüberstanden und bildeten die geschlossene Masse der Linken gegenüber der Rechten und dem schwankenden Centrum.

Robert Blum wirkte für diese Partei mit Ruhe und Energie, zugleich aber auch mit einer unermüdlichen Thätigkeit. Er wirkte nicht nur auf dem Wege des Worts in der National-Versammlung selbst und in den Clubbverhandlungen der Linken, sondern auch auf dem Wege der

Schrift, indem er mit dem Abgeordneten Schaffrath zusammen die Reichstags-Zeitung als Organ der Linken in der National-Versammlung bildete.

In dieser Zeitung wurden mit Ruhe und Energie die Tendenzen der Linke verfochten.

Wie sich nach der Abstimmung über die Wahl der National-Versammlung aus dem deutschen Parlamente eine Linke ausgesondert hatte, so sonderte sich aus derselben auch unmittelbar eine festgeschlossene Partei der Rechten aus.

Es bestand diese Partei aus den Männern, welche die unbedingten Feinde jeder Art der Volkssouveränität waren, welche nicht nur der Republik, sondern auch den Rechten des Volkes gegenüber denen der Fürsten, mit gleicher Feindschaft entgegentraten, aus den Männern, welche das Vereinbarungs-Prinzip zwischen der National-Versammlung und den Fürsten für den Augenblick, als ihre Parteifahne aufstellten, welche nur dann die von der National-Versammlung zu beschließende Verfassung für gültig anerkennen wollten, wenn die Fürsten zu derselben ihre Zustimmung gegeben haben würden.

Diese Männer bildeten der einigen Linken gegenüber eine ebenfalls einige Partei, wiewohl auch diese wieder in zwei verschiedene Fractionen, in die der äußersten Rechten, und die der Rechten sich sonderte.

Die Partei der Rechten war in sich gegliedert durch ihre Bestandtheile. Die Rechte bestand theils aus den Männern, welche vergessen hatten, daß ein Vertrag der Fürsten mit dem Volke nur so lange von denselben gehalten werden würde, als das Volk mächtig genug war, das Halten des Vertrags sich zu erzwingen; theils aber bestand sie

auch aus den Männern, die das vergessen wollten, oder vergessen machen wollten; sie bestand aus den Männern des Rechtsstaats, denen, die nicht wußten, daß dieser Rechtsstaat durch die Revolution vernichtet worden sei; daß der frühere Rechtsboden durch die Revolution des März 1848 in sich selbst zerbrochen und zusammengesunken, und daß die Revolution einen neuen Rechtsboden geschaffen habe, auf dem gegenwärtig das Verfassungs Werk des deutschen Gesammtstaats aufgerichtet, auf dem die Rechte des Volks begründet werden mußten, theils aber bestand sie auch aus den Männern der absoluten Monarchie des Königsthums von Gottes Gnaden, aus den Männern, die schon im gegenwärtigen Augenblick, so wenige Monate nach der Revolution bemüht waren, jedes Volksrecht, jede Volksfreiheit nieder zu reißen, um wieder den absoluten Thron, den Thron von Gottes Gnaden aufzubauen.

An der Spitze der ersten Partei, der eigentlichen Rechten stand Herr von Vinke, der Mann des Rechtsstaats; an der Spitze der zweiten Partei, der äußersten Rechten der Absolutisten, stand Herr von Radowitz, derselbe Mann, der noch vor kurzer Zeit erst über den absoluten Staat geschrieben und gesagt hatte, der absolute Staat sei nicht menschlicher, sondern göttlicher Einsetzung.

Wie verschieden aber auch diese Parteien in sich waren, und wie nothwendig auch zwischen ihnen derselbe Kampf künftig wieder ausbrechen mußte, der vor dem März 1848 zwischen ihnen bestanden hatte, so waren beide doch im gegenwärtigen Augenblicke einig im Kampfe gegen die republikanische Verfassung Deutschlands, einig im Kampfe gegen das Prinzip der Volkssouveränität, und beide Par-

teien bildeten daher unter dem Namen der Rechten eine feste und geschlossene Masse der Linken im Parlamente gegenüber.

Zwischen der Rechten und der Linken aber stand die große Masse der Parlaments-Mitglieder, jene rath- und thatlose, jene energie- und kraftlose Masse, welche sich das gesinnungsvolle Centrum nannte; jene Masse, welche den in der Revolution begriffenen Volke gegenüber nicht wagte, die Fürstenmacht aufrecht zu erhalten, und zu protestiren gegen die Volkssouveränität, und welche anderseits nicht wagte, den Fürsten gegenüber die Volssouveränität in ihrer vollen Consequenz zur Ausführung zu bringen, jene Masse, die in ihrer Jämmerlichkeit, in ihrem Schwanken, in ihrem Schielen nach Rechts und Links die Schuld trägt am Untergange der deutschen Freiheit.

Auch diese Masse versuchte es, sich unter den Namen eines Centrums zu ordnen und Programme aufzuwerfen, welche eine geschlossene Partei hervorbringen sollte. „Die constitutionelle Monarchie unter jeder Bedingung die Anerkennung der Volksouveränität unter der Bedingung, daß die Rechte der Regierung durch diese Volkssouveränität geachtet würden," dis waren die Grundprinzipien, auf welche alle diese Programme gegründet waren, aber wie diese Grundprinzipien innerlich unhaltbar, so waren es die Programme selbst und die jämmerliche Masse vermochte nicht, zur Einigkeit zu gelangen.

So schied sie sich denn bald in ein rechtes und linkes Centrum. Das Letzte wollte die Souveränität der National-Versammlung aufrecht erhalten wissen, und dieser allein das Recht zuschreiben, das Constituirungswerk für Deutschland vorzunehmen. Das einige Deutschland schwebte

dem linken Centrum vor, und es suchte daher, die Einzelstaaten als solche zu bekämpfen.

Das rechte Centrum war wo möglich noch schwankender als das Linke, es neigte sich mehr und mehr der Rechten zu; es wollte ebenfalls eine Souveränität der National-Versammlung, aber unter keiner Bedingung, um Gotteswillen durften die Rechte der Fürsten nicht geschmälert werden. Es enthielt die Schwankendsten der Schwankenden in der National-Versammlung, die Rathlosesten der Rathlosen, die Feigsten der Feigen.

Doch wozu noch Worte verlieren über die Jämmerlichkeit des Philisterthums, welche in dieser Partei herrschte, wir haben genug gesprochen über dieselbe.

Dies war der Stand der Parteien in der deutschen National-Versammlung.

Wir haben die Stellung bereits hinreichend bezeichnet, welche Robert Blum innerhalb dieser Parteien einnahm, und es liegt uns nur ob, noch einmal zurückzukommen auf sein Wirken in der National-Versammlung selbst. Wir glauben, dies nicht besser als mit seine eigenen Worte thun zu können, mit den Worten, welche Robert Blum an seine Wähler richtete, als er im August 1848 nach Leipzig zurückkehrte, um dort seine Familie zu besuchen, und einige Geschäfte abzuwickeln.

Am 16. August hielt Robert Blum im Leipziger Schützenhause vor einer großen Volksmenge, die jubelnd zu diesem Zwecke nach dem Schützenhause gezogen war, eine glanzvolle Rede, in der er seine Thätigkeit im Parlamente darstellte, sowie seine Parteistellung in demselben rechtfertigte.

Wir können dem Leser des Raumes wegen nicht die

ganze Rede mittheilen, wollen ihm jedoch einen Auszug aus derselben aber stets mit den eigenen Worten Robert Blums geben.

Robert Blum beleuchtete zuerst seine Thätigkeit im Vorparlament, er sagte: — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Vom ersten Augenblicke an habe ich mir die Richtschnur für mein Thun gezogen, die, wie ich meine, der Wichtigkeit der Aufgabe entsprach, und ich kann mir das Zeugniß geben, derselben treu geblieben zu sein. Diese Richtschnur war Nichts anderes, als eine Feststellung und Sicherung der Rechte, die das deutsche Volk zwar im Sturme erobert, aber doch nicht so, wie in andern Ländern mit dem Umsturze alles Bestehenden. Groß stand es da in der Art und Weise, wie es die Revolution auf dem Wege des Gesetzes geltend zu machen strebte; auf dem Wege nicht des alten, sondern des neuen Gesetzes, welches seine Vertreter, die es direkt und ohne ängstliche Formen gewählt, schaffen und feststellen sollten.

In diesem Gesetze sehen meine Genossen und ich die Bürgschaft der Einheit unsers Vaterlandes, basirt auf die einzig dauernde Grundlage der Freiheit, durch welche die Größe und Kraft eines Volkes allein wachsen und gedeihen kann. Nur durch die Freiheit glaubten wir die Einheit und mit ihr das Vertrauen, die Wiederkehr des Geschäftsverkehrs der Arbeit und des Wohlstandes herstellen und so eine neue Ordnung an die Stelle des alten Zustandes gründen zu können. Dies zu erzielen erachteten für den Staat und das Wohl des Staates wir vor allem die Feststellung der Grundrechte des deutschen Volks im Vorparlament für

nothwendig, wie alle Völker sie festgestellt haben bei ihrer Erhebung. — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —

Er fuhr dann fort: In der Nationalversammlung war es ebenfalls die früher angedeutete Richtschnur, die meiner Freunde und mein Wirken bestimmte: daß dieses Jahrhunderte lang zerrissene, zersplitterte und dadurch tief gesunkene Deutschland Eins werde; Eins auf der Grundlage der Freiheit, und daß des schwer gedrückten Volkes Last, so weit es die großen Bedürfnisse einer Revolution zulassen, gemindert und gelindert würde. Und ich wiederhole, ich glaube nicht, daß wir in irgend einem Schritte von diesem Pfade gewichen sind. Was die Einheit unseres Vaterlandes zu stören drohte, das haben wir bekämpft. Als man in mehren Staaten constituirende Versammlungen berief, namentlich in den zwei größten Staaten unseres Vaterlandes, haben wir darin Gefahr für die Einheit gesehen, wir haben gefürchtet, daß, wenn man in Berlin und Wien etwas Anderes beschließe als in Frankfurt, mindestens in langen Verhandlungen die Zeit verloren oder gar ein Zerwürfniß herbeigerufen werden könne, was ewig beklagenswerth sein würde. — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —

Gefährlich für die Einheit erachten wir es, wenn es einzelnen Staaten gestattet sei, Friedensschlüsse nach eigner Willkür abzuschließen, weil dann leicht das Interesse dieser einzelnen Staaten dem der Gesammtheit vorgezogen werde, oder der Friede geschlossen werden könne, bevor es Zeit sei.
— — — — — — — — — — — — — —

Für nicht weniger gefährlich hielten wir die Central-

gewalt, so wie sie geschaffen worden ist, mit einem unverantwortlichen Reichsverweser an der Spitze. —

Was die Freiheit des Volkes betrifft, so haben wir die Vermehrung der Militairmacht für gefährlich gehalten. Nicht daß wir im Soldaten etwas Anderes sehen als im Bürger, im Gegentheil, keinen innigeren Wunsch kenne ich, als den, welchen ich schon im März in diesen Räumen ausgesprochen, daß recht bald die Scheidewand falle, die zwischen dem Soldaten und uns noch gezogen ist. Aber ich habe nicht vergessen, daß gleich von Anbeginn der Bewegung an, der laute Ruf erschallte, daß die stehenden Heere vertauscht werden sollten mit einer Volksbewaffnung, und daß diese Volksbewaffnung so schnell als möglich ins Leben treten möge. Allerdings, so lange Deutschland von irgend einer Seite bedroht ist, schrecken wir nicht zurück vor dem Gedanken, daß die stehenden Heere im Nothfalle vermehrt werden müssen bis zu dem Punkte, wo der letzte waffenfähige Mann eintritt; allein wir schaffen nicht für den Augenblick und die stehenden Heere müssen gesetzlich, wenn nicht abgeschafft, doch vermindert werden bis auf den Punkt, wo es gewissermaßen die Rahmen sind, in welchen die Volksbewaffnung eintritt, wie in der Schweiz und in Nordamerika, und in diesem Sinne habe ich gegen die Vermehrung der stehenden Heere gestimmt.

Daß stehende Heere häufig ein Werkzeug der rohen Gewalt und der Tyrannei sind, darüber zu sprechen ist überflüssig: auch wäre es unrecht, dem Soldaten die Schuld beizumessen, wenn er am Bürger Schweres verübt hat; wir müssen nur trachten, daß der Unterschied zwischen Sol-

daten und Bürger wegfällt und daß dem Soldaten sein heiliges Recht gewährt werde wie uns; jetzt entzieht man ihm dasselbe, behandelt ihn gar noch wie eine Maschine, verkümmert ihm das Petitions- und Versammlungsrecht und zeigt damit, daß man den Soldaten im alten Zustande lassen und zu den alten Gewaltzwecken mißbrauchen will. Und dies ist ein neuer mächtiger Grund, gegen die Vermehrung des alten Soldatenthums zu stimmen. Endlich werden auch die Kosten des Heeres weit geringer, wenn jeder Waffenfähige geübt wird in den Waffen, aber nicht mehr mißbraucht wird zum Soldatenspiel, zu Parademärschen und Manövern, die dem Müssiggänger zum Vergnügen dienen: sondern zu Uebungen, welche Ausbildung und Wehrtüchtigkeit zum Zwecke haben.

Ich hielt ferner dafür, daß die Centralgewalt auch der Freiheit gefährlich sei — weil man die Spitze derselben mit einem unverantwortlichen Herrscher besetzte. — — — — — — — — — — — —

Gestatten Sie mir hier eine Abschweifung. Durch den Vorschlag des Vollziehungsausschusses hat man uns republikanischer Tendenzen beschuldigt; wir hatten dieselben zwar für den vorliegenden Fall nicht, aber ich hege die Ansicht, daß nur die republikanische Regierungsform für den Gesammtstaat gut und heilsam ist. Wir wollen das Vaterland nicht aufs Neue den Stürmen preisgeben, welche seine Kaiser Jahrhunderte lang über dasselbe heraufgeführt haben; wir wollen nicht, daß das Kaiserthum mißbraucht werde zur Erwerbung und Verstärkung einer sogenannten Hausmacht, oder daß die Hausmacht dazu diene, die Einzelstaaten zu knechten; wir wollen nicht,

daß die höchste Stelle im Staate der Zielpunkt sei für den Ehrgeiz, und trachten deshalb diese Spitze so schlicht als es irgend möglich ist, hinzustellen; so hinzustellen, daß sie nur das Nöthige thut, in dem Wechsel der Versammlungen gar keine Veranlassung findet, in das einzugreifen, was außer ihrem Bereich bleiben muß. — Wir wollen also die Republik an der Spitze des Gesammt-Staates (Bravo-Ruf). Aber indem wir dieselbe wollen, weisen wir es entschieden zurück, daß wir jemals die Hände an die Umgestaltung der Verhältnisse in den Einzelstaaten legen wollen, das hielten wir für ein Unglück und für eine Thorheit. Unser Vaterland ist der Art construirt, daß seine Stämme selbstständig bleiben müssen; darin beruht sein schönstes Leben. Und es giebt keinen Menschen in Deutschland, der wenn er es könnte, die Thorheit begehen würde, in die Verhältnisse der einzelnen Staaten zu Gunsten republikanischer Formen einzugreifen. Wer möchte verkennen, daß die Verschiedenheiten so ungeheuer sind, daß es schwer fällt, die einzelnen Grundpfeiler für einen gemeinsamen Bundesstaat aufzustellen. Wie sollte man dem Ganzen eine Form aufzwingen wollen, die nur aus der freien Entwickelung der Theile hervorgehen kann? Nein, meine Mitbürger! Es ist eine Lüge, die uns an die Schöpfung einzelner Republiken hat denken lassen; wir würden die Ersten sein, die sich dem Bestreben einer ganz republikanischen National-Versammlung, in die einzelnen Staaten einzugreifen, widersetzten. (Vollster Applaus.) —

— — — — — — — — — — — — — — —

Daß ich im Verfassungsausschusse für die Freiheit, wie für die Erleichterung des Volkes gewirkt, geht aus

den zahlreichen Minderheitsgutachten hervor, die ich mit wenigen Freunden unterschrieben und wofür wir im Ausschuß wie in der Versammlung gekämpft haben. Ebenso ist von uns der Antrag ausgegangen, die Hindernisse zu entfernen, die dem Handel und Verkehr entgegen stehen, die Flußzölle und alle Hemmungen im Innern. —

Werfen wir nun noch einen Blick auf die auswärtige Politik, wie sie von meinen Gesinnungsgenossen und mir aufgefaßt wird.

Robert Blum wendete sich jetzt zu den Verhältnissen der fremden Volksstämme, welche von den Deutschen unterdrückt worden seien, und er sagte über das Verhältniß der Linken zu diesen Volksstämmen Folgendes:

„Gerade von unserer Seite ist der Antrag ausgegangen, daß die National-Versammlung die Erklärung gebe, daß außer dem Genusse aller Rechte, die wir uns selbst sichern, den fremden Stämmen auch ihre Sprache und Nationalität gesichert sei. Die National-Versammlung hat diese Erklärung fast mit Stimmeneinheit gegeben und das wird zur Beruhigung dienen und besser wirken als die Waffen. —

Den Völkern aber, welche nicht mit uns verbunden sein müssen, die eine Unterdrückungspolitik uns zugeführt, erkennen wir das Recht der Befreiung, der **Trennung** zu. —

Wir wollen nur auf dem Wege des Friedens und Vertrauens die Geschicke unseres Vaterlandes sich entwikkeln sehen und die große, so selten von Nationen geübte

Tugend: Gerechtigkeit üben, ohne welche keine dauernde, keine Freiheitsschöpfung gedeihen kann. —

Die Freiheit erobert nicht und will nicht erobern, die Herrschgier und Tyrannei nur will erobern und immer mehr Macht erwerben nach Innen und nach Außen. Die Freien brauchen sich gegenseitig nicht zu bewaffnen, sie nehmen nur die freie innere Entwickelung in Ansprnch für sich, und in dem Augenblicke, wo sie sich verbunden, ist wirklich der ewige Frieden gesichert, wie man sich jetzt auch anstrengt, es zu verhindern, von diesem Augenblicke an datirt uns eine bessere Zeit in der Wahrheit und Wirklichket.

Soll ich schließlich noch darüber sprechen, daß ich auf der Linken sitze? (Zuruf: Nein, nein!) Ihretwegen thue ich's nicht, es hieße Sie beleidigen; aber ich thue es, weil wir jetzt überall zum ganzen Volke sprechen. Müßte ich doch meinem ganzen Leben und den Genossen meiner politischen Laufbahn treulos geworden sein, wenn ich nicht auf der Linken säße. Auch ist es kein Geheimniß, unter welchen Einflüssen die Wahlen zur Nationalversammlung zu Stande gekommen sind und aus welchen Elementen ihre Mehrheit besteht. Ja, ich sitze auf der Linken, wo, das sage ich kühn, wo das Herz des Volkes und wo das Herz für das Volk schlägt. (Applaus.) Es ist einem wahrlich nicht leicht gemacht auf der Linken zu sitzen, es gehört Stärke und Ueberzeugungstreue dazu, sitzen zu bleiben. (Applaus.) Es blühen daselbst keine Reichsministerien und keine Staats- und Unterstaatssecretariate (Applaus), auch keine Lorbeeren, sondern eher Niederlagen, und diese selbst dürfen nicht einmal den natürlichen Eindruck machen, daß sie ermatten, sondern

sie müssen zu immer neuen Kämpfen anspornen. Nicht einmal Lob und Anerkennung gebührt uns, denn die Presse obgleich sie frei geworden ist, ist zum größten Theil noch in den Händen, in welchen sie sich unter dem alten Systeme allein finden konnte, und diese sind uns nicht hold.

Vergessen Sie nicht, daß außerdem drei Viertheile der Artikel schon der Zahl nach gegen uns geschrieben werden und nur ein Viertheil für uns ist. Aber man muß auch die Auswüchse der Preßfreiheit ertragen, und wir ertragen sie freudig, im Bewußtsein, daß wir unsere Pflicht thun, und indem wir zum gesunden Menschenverstande das Vertrauen hegen, daß die Gemeinheiten feiger und niedriger Gesinnung spurlos an ihm vorüber gehen. — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — — —

So, meine Mitbürger! habe ich Ihnen gesagt, was ich bisher gethan und ich werde so fortfahren (Applaus), die nächste Zeit wird mir in Frankfurt auch Gelegenheit geben, für das Wohl unserer Vaterstadt zu wirken, indem ich die beantragte Veränderung der Schutzzölle bekämpfe, die nach meiner Ueberzeugung den Handel und die Blüthe Leipzigs fast vernichten und zu Grunde richten würde. Ich will der Freiheit, die das Lebenselement für jede Regung des politischen wie des socialen und merkantilen Lebens ist, auch auf diesem Gebiete das Wort reden und auch hier das Monopol bekämpfen, nicht weil es für Leipzig, sondern weil es für die Freiheit geschieht. (Beifall.)

So also werde ich fortfahren, fest hinblickend auf das Ziel, wie der Weise nach dem Sterne geblickt hat, der ihm das Heil der Welt zeigen sollte. Ich werde festhalten an der Einheit, die ruht auf der Freiheit, an der einzig halt-

baren Grundlage und an der Beförderung des Volkswohls nach meinen Kräften.

Kein Mensch ist fehlerfrei und auch ich kann irren. Freudig und dankbar nehme ich jede Belehrung an. Aber die Grundzüge meines Handelns stehen fest und ich werde nicht von ihnen wanken. Handelt die Mehrheit der Nationalversammlung nach meiner Ansicht dagegen, so werde ich dem mich widersetzen bis zum letzten Augenblicke und bis zum letzten parlamentarischen Mittel. Das ist ein schlechter Soldat, der nicht die letzte Kugel forttreibt in Feindes Brust, ehe er sich zurückzieht. Aber das ist auch ein schlechter Soldat, der sich zurückzieht vom Schlachtfelde, weil er eine Niederlage erhalten hat. (Allg. Applaus).

Es ist in Frankfurt kein Geheimniß, daß man die Linke dahin treiben will, die Paulskirche zu verlassen. **Die Linke wird sie nicht verlassen,** sie wird bleiben und aushalten, wie auch der Würfel fallen möge, mag sie auch unterliegen, sie wird immer aufs Neue kämpfen für ihre Ansicht. Aber sie wird und muß sich auch fügen der Mehrheit und ihren Beschlüssen. Was einmal die Mehrheit gewollt hat, das ist Gesetz, und die Linke wird dasselbe anerkennen als heiligen Willen der Nation, deren Vertreter es gegeben."

— — — — — — — — — — — —

Ungeheurer Jubel folgte der Rede Robert Blums und seine Wähler in ihrer großen Mehrzahl sprachen auf das Entschiedenste ihre Billigung über das Verhalten Blums in der deutschen Nationalversammlung aus, und gaben ihm dies durch glänzende Festlichkeiten, die sie zu seinen Ehren in Leipzig feierten, aufs Deutlichste zu erkennen.

Capitel XV.

Brentano, der Prinz von Preußen und die preußische Junkerpartei. Der dänische Waffenstillstand und Robert Blum.

Wir haben in dem vorstehenden Capitel dem Leser ein Bild der deutschen Nationalversammlung gegeben; wir haben versucht, ihm in möglichster Kürze das Wirken dieser Versammlung, die Charakteristik der Parteien in derselben und die Stellung Robert Blums zu diesen Parteien zu schildern.

So bleibt uns denn nur noch übrig, überzugehen auf eine der wichtigsten Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung im Jahre 1848, auf die über den Waffenstillstand mit Dänemark, an welche sich die blutigen September Ereignisse zu Frankfurt knüpfen.

Bevor wir dies indeß thun, können wir nicht umhin, noch mit kurzen Worten zurückzukommen auf ein Ereigniß innerhalb der Nationalversammlung, welches, wenn auch an sich nicht von hoher historischer Bedeutung, doch nicht

geeignet ist, ein glänzendes Licht zu werfen auf die Versammlung, auf den Charakter der Majorität, welches ganz geeignet ist, zu zeigen, wie sehr diese Versammlung in jedem Augenblick ihren Ursprung und ihre Aufgabe vergaß, wie sie sich stets herabwürdigte zur Fürstendienerei, zur Schmeichlerin des Fürstenthums. Wir meinen die Aeußerung des badischen Abgeordneten Brentano, die ihrer Zeit in Deutschland so ungeheures Aufsehn gemacht hat.

Am 7. August stand auf der Tagesordnung der Nationalversammlung die Frage über die Amnestie der badischen Revolutionskämpfer und über die Annahme und die Gültigkeitserklärung der Wahl Heckers, der in Thingen zum Abgeordneten des deutschen Volkes bei der Frankfurter Nationalversammlung gewählt worden war.

Mit der größten Animosität erklärte sich die Rechte des deutschen Parlaments, wie natürlich, gegen jede Amnestie.

Da trat Brentano auf, und rief aus, daß er stolz darauf sei, ein Freund Heckers zu sein, daß er darauf dringe, Hecker möge seinen Sitz in der Nationalversammlung einnehmen, und er fragte die Versammlung endlich: „Wollen Sie Hecker zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?"

Kaum waren diese Worte ausgesprochen, als sich ein furchtbarer Lärmen in der Nationalversammluug erhob. Die äußerste Rechte, das rechte und das linke Centrum waren gleichmäßig erregt, der Ruf zur Ordnung ertönte, zu gleicher Zeit aber klatschten die Gallerien Beifall. Eine Viertelstunde dauerte der wüthende Lärm. Die Rechte drohte das Haus zu verlassen, sie stürmte gegen die Tri-

büne vor, mit geballten Fäusten sich gegen den Redner wendend, der ruhig und ernst auf der Tribüne verharrte.

Endlich tritt einen Augenblick die Ruhe ein. Der Vorsitzende Soiron erklärt, daß er den Redner nicht recht verstanden habe, und daß er ihn deshalb bitte, diese seine Worte zu wiederholen. Das aber erregt ein um so heftigeres, wilderes Getümmel. Die Ruhe war nicht wieder herzustellen, vergeblich bemühte sich der Präsident. Endlich bedeckte er sich, zum Zeichen daß die Sitzung aufgehoben sei, da es ihm nicht gelungen, eine ruhige Debatte zu erzwingen.

Obgleich die Sitzung aufgehoben ist, bleibt die Versammlung im Saale, die Gallerien bleiben gefüllt, und nur von Zeit zu Zeit erschallt von denselben ein Hoch auf Brentano als eine Gegendemonstration gegen das wilde Toben, gegen den Skandal und Lärmen der Rechten.

Die Rechte beabsichtigt, Brentano von der Tribüne zu reißen. Zwei edle preußische Abgeordnete fühlen sich in ihrem im Prinzen von Preußen concentrirten Nationalgefühl beleidigt, und fordern Brentano auf Pistolen; es sind die Herren Plathner und von Wartensleben, welche sich aber außerdem nicht scheuen, die wüthendsten Schmähungen gegen Brentano vorzubringen. Endlich nach langer Zeit beruhigen sich die Gemüther etwas und die Rechte geht aus einander.

Es war eine wilde wüste Scene, eine Scene, in der der Partheihaß sich auf das Unwürdigste Luft machte. Aber mit dieser Demonstration war die Rechte und das rechte Centrum noch nicht befriedigt, und in der Loge Socrates

kamen am Abende desselben Tages etwa 300 Mitglieder der Majorität in der Nationalversammlung zusammen, es war die Rechte und das gesinnungslose Centrum. Fürst Lichnowsky, General von Radowitz und von Vincke beantragten in dieser Partheiversammlung die Ausschließung Brentano's wegen seiner unpatriotischen Aeußerung, denn der Patrotismus dieser Männer war eben nur in ihren Fürsten verkörpert. Das war denn nun freilich dem Centrum zu arg, und dieser Antrag ging nicht durch. Dagegen wurde beschlossen, bei der Nationalversammlung zu beantragen, daß diese das Benehmen des Abgeordneten Brentano mißbillige, da derselbe sich der gröblichen Beleidigung eines Volksstammes, und dadurch auch der Würde der Nationalversammlung schuldig gemacht habe; als ob der preußische Volksstamm dadurch beleidigt werden könnte, daß der Abgeordnete Brentano in einem Athem von dem Prinzen von Preußen und dem Ehrenmanne Hecker, dem Kämpfer für deutsches Recht und für deutsche Freiheit gesprochen hatte.

Am folgenden Tage gab es wiederum in der Nationalversammlung eine furchtbar stürmische Sitzung. Präsident Soiron rief den Abgeordneten Brentano unter wildem Toben der Gallerien, und unter den heftigsten Demonstrationen der Linken, die sich das nicht gefallen lassen wollte, zur Ordnung, weil er mit seiner Aeußerung edle Volksstämme und damit die Versammlung selbst schwer verletzt habe. Vergeblich protestirte die Linke gegen diesen Ordnungsruf, vergeblich forderte sie mit Beziehung auf das gestrige pöbelhafte Benehmen der Rechten, auf die Drohungen, welche gegen den Redner ausgesprochen worden, daß der Präsident

sein Amt zum Schutze der Redner-Tribüne künftighin besser handhaben möge, deren Freiheit gestern dadurch beeinträchtigt sei, daß Brentano nicht nur das Wort abgeschnitten, sondern, daß er auch von mehreren Abgeordneten der Rechten gröblich beleidigt, und im Saale auf der Rednertribüne mit Herausforderungen heimgesucht sei.

Die Majorität der Nationalversammlung ging auf diese Forderungen nicht ein, und als nun die Gallerien ihrem Unwillen über diese Majorität laut Luft machten, da wurden dieselben geräumt, und die Linke verließ die Paulskirche, weil sie nicht in einer heimlichen Sitzung berathen wollte.

Die Wahl des deutschen Volksmannes Hecker für Thingen wurde später mit einer großen Majorität in der Nationalversammlung für ungültig erklärt und die badische Regierung aufgefordert, eine Neuwahl zu veranstalten.

Blicken wir jetzt auf das merkwürdige Ereigniß zurück, welches wir soeben dem Leser erzählt haben, so erscheint es uns wahrlich fast unbegreiflich, wie schon im August des Jahres 1848 die Reaction so mächtig ihr Haupt zu heben vermochte, und wie dennoch dagegen das deutsche Volk blind blieb.

Die Majorität der aus dem Volke entstandenen Nationalversammlung erklärte offen, daß es eine Beleidigung des preußischen Volkes sei, den Prinzen von Preußen auf eine gleiche Stufe zu stellen mit dem Volksmanne Hecker.

Ein Mitglied des rechten Centrums Haym sagte darüber: „Schneidender und verwundender war nie ein Wort in unsere Ohren geklungen, als dies höhnische, wel-

ches den preußischen Thronfolger in eine Linie stellte mit dem badischen Rebellen.

Die Brentano'sche Aeußerung mußte förmlich und feierlich zurückgewiesen werden, das forderte der preußische gleich sehr, wie der deutsche Patriotismus. Von solchen Grundsätzen gingen damals schon die Mitglieder der Frankfurter Majorität aus; sie hielten nicht nur den König eines constitutionellen Staates etwa, sondern jedes Mitglied des königlichen Hauses für gleichbedeutend mit dem Volke, sie glaubten, daß in dieser einen Königsfamilie das Ehrgefühl des Volkes concentrirt sei, und daß es eine Blasphemie wäre, ein Mitglied einer königlichen Familie auf eine Stufe zu stellen mit einem Manne wie Hecker, dessen ganzes Leben im ehrenhaftesten Kampfe für die Freiheit verflossen war.

Was war also wohl von einer solchen Versammlung zu hoffen, die in furchtbarer Blindheit ihre Zeit nicht erkannte, und die dennoch an der Spitze Deutschlands stand, um die fernere Gestaltung des deutschen Vaterlandes zu ordnen!

Welche Ansicht die Centren über die Verhältnisse in Deutschland hegten, aus welchem Gesichtspunkte sie besonders das preußische Königshaus betrachteten, davon giebt wieder derselbe Abgeordnete Haym ein deutliches Bild, indem er das Zusammentreffen der Reichsverwesers und des Königs von Preußen in Cöln am Rhein beim Dombaufeste schilderte; er sagte: „Und nun das Zusammentreffen des Reichsverwesers und des Königs! Wer die Beiden Hand in Hand sah, wer die Trinksprüche hörte, in denen der Einer den Andern begrüßte, der konnte unmöglich fürch-

ten, daß jemals Preußen sich abwenden werde von der gemeinsamen deutschen Sache. Preußens König ist der deutscheste Mann in Preußen. Diese Ueberzeugung ward zur unerschütterlichsten Gewißheit, als wir die Könige Gagerns Anrede unterbrechen hörten, die von dem Vertrauen der Nationalversammlung zu seinen deutschen Sympathien sprach. Mein Herz, rief der Angeredete aus, ist immer bei diesem Werke gewesen."

Betrachten wir diese von einem Manne des rechten Centrums kommenden Worte, und blicken wir auf die Jetztzeit, so wissen wir wirklich nicht, ob wir einen tiefen Schmerz empfinden, oder ob die gutmüthigen Worte des echten deutschen Philisters uns zum grellen Lachen reizen sollen. Wer wird nicht bei diesen Worten zu gleicher Zeit erinnert an den Rundritt des Königs von Preußen in Berlin mit der deutschen Fahne voran, und an das in neuester Zeit in Erfurt gebildete und so bald wieder vertagte deutsche Reichskränzchen, an die Abschaffung der deutschen Kokarden beim preußischen Militair aus Rücksichten der Sparsamkeit, und an die unendlich vielen anderen Beweise von der deutschen Gesinnung der preußischen Regierung.

Doch genug hiervon; wir gehn über zur Schilderung der Verhandlung über den dänischen Waffenstillstand und den blutigen Ereignissen, welche dieselben in Frankfurt a. M. mit sich führten.

Eine glänzende Gelegenheit für die deutsche National-Versammlung, ihre Untüchtigkeit, ihre Gehaltlosigkeit, ihre Willfährigkeit gegen die deutschen Fürsten und besonders gegen den König von Preußen zu zeigen, sollte die schles-

wig=holsteinsche Frage im September des Jahres 1848 abgeben.

Schon längst vor dem März 1848 hatte der Wunsch der Herzogthümer Schleswig und Holstein, sich an Deutschland anzuschließen, alle Herzen in Deutschland erweckt; schon längst waren die Uebergriffe des Dänenthums in Schleswig=Holstein in Deutschland ein Gegenstand des bittersten Hasses gegen die Dänen gewesen, überall in den deutschen Gauen hörte man das Lied: „Schleswig=Holstein meerumschlungen“ singen, in allen deutschen Landen wurden Sammlungen für den von Dänemark verfolgten und seines Amtes entsetzten Beseler gemacht, und in ganz Deutschland thaten sich somit schon vor dem März 1848 die gewaltigsten Sympathieen für Schleswig=Holstein kund.

Als nun aber der März kam, und als mit ihm auch in Schleswig=Holstein ein regeres politisches Leben erwachte, als die Schleswig=Holsteiner sich ermannten und eine provisorische Regierung ernannten, da war der Jubel in ganz Deutschland allgemein, da hoffte man, auch für Schleswig=Holstein die deutsche Freiheit erringen zu können.

Nachdem am 22. März der König von Preußen mit den deutschen Farben am Arm einen Rundritt in Berlin gemacht hatte, bedurfte die preußische Regierung einer Gelegenheit, ihre Deutschthümlichkeit zu zeigen, sie mußte die an den Tag gelegte deutsche Gesinnung beweisen, und sie glaubte, keine bessere Gelegenheit dazu finden zu können, als indem sie Truppen nach Schleswig den Schleswig=Holsteinern zu Hülfe sendete, als indem sie den Krieg gegen Dänemark eröffnete.

Da jubelten wiederum die guten Deutschen, denn sie

glaubten und vertrauten, wie sie denn immer geglaubt und vertraut haben; sie konnten freilich nicht ahnen, welche Absicht die preußische Regierung dabei habe, daß sie ihre Truppen zur Vertheidigung der deutschen Sache nach Schleswig-Holstein sendete, sie konnten freilich nicht ahnen, daß man einen blutigen Krieg nur zum Schein zu führen beabsichtige.

Preußen hatte allerdings seinen guten Grund, seine Truppen nach Schleswig-Holstein zu senden, wenn auch dieser Grund ein wesentlich anderer war, als den das deutsche Volk bei der preußischen Regierung suchte.

Preußen mußte einerseits seine deutsche Gesinnung beweisen, und das konnte es nur auf diesem Wege. Preußen sah aber auch anderseits die unendlichen Gefahren ein, die in Schleswig erwüchsen, wenn man dies Land sich selbst überließe, wenn man ihm erlaubte, sich selbstständig seine Freiheit gegen Dänemark nur unter der Hülfe des deutschen Volkes zu erkämpfen, es entstand dann wahrscheinlich an der Eider die Nordalbingische Republik, und dies war die größte Gefahr, welche Preußen im Norden zu befürchten hatte.

Um diese Gefahr zu beseitigen, um jede republikanische Bewegung in Schleswig zu unterdrücken, mußte es Truppen zu seiner Disposition haben. Daß die preußische Regierung diese Ansicht hatte, geht auf das Klarste und Deutlichste aus einer Note ihres Bevollmächtigten, des Majors von Wildenbruch hervor.

Diese Note lautet:

„Der Unterzeichnete, mit einer außerordentlichen Mission Sr. Majestät des Königs von Preußen an Sr. Ma-

jestät den König von Dänemark gesandt, beehrt sich, mit seinen mündlichen Aeßerungen übereinstimmend, den Zweck seiner Sendung Sr. Excellenz dem Königl. dänischen Minister der auswärtigen Angeledenheiten noch einmal schriftlich darzulegen. Dieser Zweck ist: Sr. Majestät dem Könige von Dänemark die Ansichten der preußischen Regierung über die schleswig-holsteinische Frage vorzulegen und deren volle Mitwirkung anzutragen, sobald die dänische Regierung sich entschlösse, auf einen Versuch zur friedlichen Lösung des rücksichtlich der Herzogthümer bestehenden Zerwürfnisses einzugehen. Preußen kann und will den Beschlüssen nicht vorgreifen, welche der deutsche Bund über Fragen, die er seiner Competenz unterwirft, treffen wird. Es kann jetzt nur seine Ansicht über eine mögliche Ausgleichung des Streites darlegen und diese einzuleiten suchen. — Preußen wünscht vor allen Dingen die Herzogthümer Schleswig und Holstein ihrem König-Herzoge zu erhalten und ist gleichweit davon entfernt, seinen eigenen Interessen oder dem Ehrgeize dritter Personen dienen zu wollen. Im Interesse Dänemarks aber, so wie dem aller Nachbarstaaten liegt es, daß die deutschen Fürsten sich der Angelegenheit kräftig annehmen, und einzig der Wunsch die radicalen und republikanischen Elemente Deutschlands zu verhindern, sich unheilbringend einzumischen, bewog Preußen zu den gethanen Schritten. Das Einrücken preußischer Truppen in Holstein hatte den Zweck, das Bundesgebiet zu sichern und zu verhindern, daß die republikanischen Elemente Deutschlands, an die die Herzogthümer als letztes Mittel der Selbsterhaltung hätten appelliren können, sich der Sache zu bemächtigen

vermöchten. Die Idee einer nordalbingischen Republik, welche bereits hervorgetreten ist, ist geeignet, sowohl Dänemark als die deutschen Nachbarländer ernstlich zu gefährden. Preußen wird in dieser Stellung abwarten, ob Dänemark zu einer friedlichen Ausgleichung die Hände bietet. Sehr bereit ist der Unterzeichnete, so viel an ihm liegt, daß die von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark als erste Bedingung friedlicher Unterhandlungen gestellte Forderung, die Zurückziehung preußischer Truppen aus der Altstadt Rendsburg, erfolge. Eine friedliche Ausgleichung ist jetzt noch möglich, sie wird es nicht mehr sein, wenn der König von Dänemark in einem erbitterten Kampfe seinen deutschen Unterthanen gegenübergetreten sein wird, der den unwahrscheinlichen Fall auch angenommen, daß Dänemark der Kraft des gesammten Deutschlands gegenüber in dem Kampfe Sieger bliebe, einen dauernden und bleibenden Besitz für Dänemark niemals begründen könnte. Der eigene Vortheil Dänemarks ist es, den Preußen im Auge hat, seine Größe, seine Selbstständigkeit will es, die ihm durch Abreißung der Herzogthümer bedroht scheint, und ist erbötig dazu mitzuwirken. Der Unterzeichnete ergreift u. s. w.

Sonderburg, den 8. April 1848.

L. v. Wildenbruch."

Während so auf der einen Seite die Cabinetspolitik ihr verwerfliches Spiel trieb, hing dagegen das deutsche Volk mit einem um so regeren Interesse an den Herzogthümern Schleswig und Holstein, an ihrem Rechte, an ihrer Einigkeit mit Deutschland, und das Vorparlament sah sich dadurch veranlaßt, die Aufnahme des mit Holstein unzer-

trennlich verbundenen Schleswig in den deutschen Bund auszusprechen und zu bestimmen, daß die schleswig-holsteinschen Abgeordneten, wie die jedes andern Bundesstaats in der constituirenden National-Versammlung ihren Platz einnehmen sollten.

Dies war denn auch geschehen, und die Abgeordneten Schleswigs hatten ihren Sitz im Frankfurter Parlamente. Ganz Deutschland blickte jetzt mit reger Spannung mit ungeheurem Interesse auf die Kriegsthaten der preußischen und holsteinschen Truppen; es verfolgte die Siege derselben gegen Dänemark mit der gespanntesten Erwartung. Jütland wurde von den preußischen Truppen erobert, aber plötzlich wurde es auf unbegreifliche Weise wieder von denselben verlassen; Jütland wurde von den Truppen geräumt, und Niemand begriff weshalb. Zu gleicher Zeit aber tauchten dunkle Gerüchte auf, daß der König von Preußen beabsichtigte mit Dänemark einen für Deutschland schimpflichen Waffenstillstand zu schließen.

Den 9. Juli kam diese Angelegenheit in der deutschen National-Versammlung zur Sprache. Es wurden heftige Reden für die Rechte Schleswig-Holsteins gehalten, aber die deutsche National-Versammlung vermochte nicht, sich zu einem energische Beschlusse aufzuschwingen, sie erklärte, daß die schleswigsche Sache eine Angelegenheit der deutschen Nation sei, daß sie in den Bereich der Wirksamkeit der National-Versammlung gehöre, und verlangte, daß energische Maßregeln getroffen würden, um den Krieg zu Ende zu führen, und daß endlich bei dem Abschluß eines Friedens mit der Krone Dänemarks das Recht der beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein auf ihre Vereinigung mit

Deutschland gewahrt würde. Die Genehmigung eines abzuschließenden Friedens behielt sich indeß die National-Versammlung nicht vor; mit 275 gegen 200 Stimmen verwarf sie einen solchen Schlußsatz ihrer Bestimmung.

Hatte schon hierdurch die National-Versammlung ihr Recht aus den Händen gegeben, so sollte sie doch noch weiter gehen; und nur für einen Augenblick sollte sie sich empor reißen aus ihren festen Schlummer, aus ihrer Gehalt- und Thatlosigkeit.

Der Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark wurde wirklich abgeschlossen, und er wurde in einer Weise abgeschlossen, welche in ganz Deutschland die tiefste Entrüstung hervorbrachte.

Die deutsche Centralgewalt hatte Preußen authorisirt, mit Dänemark einen Waffenstillstand aber nur unter ehrenwerthen Bedingungen abzuschließen.

Preußen hatte am 26. August zu Malmö einen Waffenstillstand geschlossen, aber die Bedingungen, welche die Centralgewalt gestellt hatte, waren in ihren wesentlichsten Punkten nicht inne gehalten worden, und die Herzogthümer hatten eine neue provisorische Regierung bekommen, an deren Spitze Graf Moltke gestellt worden war, grade der Mann, welcher seiner dänischen Gesinnung wegen bei den Bewohnern Schleswig-Holsteins auf's Aeußerste verhaßt war, gerade der Mann, der den deutschen Interessen am feindlichsten gegenüber getreten war.

Ein tiefer Unwille bemächtigte sich der deutschen National-Versammlung als sie das Resultat der Waffenstillstands-Verhandlungen erfuhr, als ihr die Bedingungen des

Waffenstillstandes selbst vorgelegt wurden, auf die näher einzugehen, uns hier nicht möglich ist.

Selbst das sonst so zahme linke Centrum war auf das Tiefste entrüstet uud indignirt, so daß es am 5. Juli beantragte, die National-Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen militairischen und sonstigen Maaßregeln beschließen. Eine wilde heftige Debatte eröffnete sich über diesen Gegenstand. Die Rechte nnd das rechte Centrum standen auf der Seite des Ministeriums der Centralgewalt, welches diese Frage zu einer Kabinetsfrage gemacht hatte. Sie wollten die Genehmigung des Waffenstillstandes, weil die Linke und mit ihr das linke Centrum die Sistirung desselben beschlossen. Mit einer kleinen Majorität wurde der Beschluß gefaßt unter dem unendlichsten Jubel des Volks, der sich auf den Gallerien im stürmischen Beifallklatschen äußerte. Durch ganz Deutschland flog die freudige Kunde.

Die National-Versammlung hatte einmal, wenigstens einmal Front gemacht gegen die Regierungen, sie hatte einmal die Rechte des Volks gewahrt, man begann zu hoffen, man träumte schon rosige Träume für die Zukunft; aber das deutsche Volk vergaß, von welchen Männern dieser Beschluß gefaßt worden war. Es vergaß, daß nicht allein die consequente und energische Linke ihn gefaßt hatte, sondern daß auch das gesinnungslose linke Centrum, welches seine Meinung veränderte, je nachdem der Wind wehte, an diesem Beschlusse seinen Antheil gehabt hatte. Es sollte bald einsehen, daß der Beschluß am 5. September nur ein Scheinbeschluß sei, der nie zur Ausführung kommen konnte. Die Centralgewalt dachte auch nicht im Entfern-

testen daran, den Sistirungsbeschluß zur Ausführung zu bringen.

Die deutschen Truppen zogen sich aus Schleswig Holstein zurück und gingen ihrer Heimath zu. Es war kein Ministerium, welches den Beschluß hatte ausführen können, vorhanden und der Reichsverweser zögerte absichtlich mit der Bewendung eines neuen Ministeriums.

So kam der 14. September heran und mit ihm abermals eine wilde Debatte über den dänischen Waffenstillstand, eine Debatte, welche 3 Tage dauerte und erst am 16. September ihr schimpfliches Ende erreichen sollte. Um bei dieser Debatte den Sieg zu Gunsten der ministeriellen Parthei zu lenken, erklärte der preußische Bevollmächtigte bei der frankfurter National-Versammlung, Camphausen, daß der Graf von Moltke von der Regierung zurücktreten werde, und daß man überhaupt verschiedene Modifikationen bei dem Waffenstillstand, so wie Concessionen von dem Könige von Dänemark hoffen dürfe.

Durch so leeee Worte ließ sich abermals ein Theil des linken Centrums täuschen und während die Linke darauf antrug, daß der Malmöer Waffenstillstand nicht genehmigt werden möge, und daß das Reichsministerium aufgefordert werde, die zur Fortsetzung des Kriegs erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt sogleich zu eröffnen, während die Linke hierauf antrug, waren die Rechte das rechte Centrum und ein Theil des linken Centrums entschlossen, die Genehmigung des Waffenstillstandes zu durchkämpfen.

Die Debatte über diesen Gegenstand war wild und aufgeregt. Die besten Redner der Nationalversammlung sprachen auf den verschiedenen Partheien. Vor allen diesen Rednern aber zeichnete Robert Blum sich durch Energie und Tüchtigkeit aus.

Auch diese Reden Robert Blum's wollen wir dem Leser in Bruchstücken wie die früheren mittheilen, da sie in ihrer Totalität unsern beschränkten Raum übersteigen würde.

Robert Blum schilderte zuerst die Thatlosigkeit und Unfähigkeit des bisherigen Reichsministeriums, und die Schritte, welche von deutscher Seite bisher in Beziehung auf Schleswig und den Abschluß des Waffenstillstandes gethan worden seien. — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —

So liegt also die Sache in diesem Augenblicke, und man sagt, wir sollen ratificiren; ratificiren einen Waffenstillstand, der gegen die Bundesacte, gegen die Wiener Schlußacte, gegen das Gesetz vom 28. Juni, gegen die Beschlüsse dieser Versammlung, und gegen die ausdrückliche Vollmacht geschlossen ist; ratificiren einen Waffenstillstand, der thatsächlich unmöglich und unausführbar ist. Wir können ihn ratificiren, aber dann sehen Sie sich auch die nothwendigen Folgen an, verlieren Sie sich nicht auf den sophistischen Irrweg des Mannes, der Ihnen vom historischen Rechtsboden vorgesagt hat, daß Sie den Waffenstillstand, wenn sich die Schleswig-Holsteiner ihm widersetzten, nicht mit Gewalt der Waffen auszuführen hätten. Wenn sie ehrlich sein wollen gegen Dänemark in vollem Umfange, wenn Sie die deutsche Ehre einsetzen für diesen Waffen-

stillstand, dann müssen Sie mit deutschen Truppen das rebellische deutsche Land Schleswig-Holstein zwingen, den Grafen Moltke oder irgend einen Andern anzunehmen. Das ist eine nothwendige, eine ganz unvermeidliche Consequenz. Allein wenn wir aus den Actenstücken selbst gesehen haben, namentlich aus der merkwürdigen Aeußerung, die sich auf den Fürsten von Augustenburg bezieht, gesehen haben, daß es geheime Artikel giebt, wie können wir etwas ratificiren, was wir nicht kennen? Wie können wir den Kopf in eine Schlinge stecken, deren Weite wir nicht ermessen können? Ich wenigstens habe nicht Lust, wie die an ihrer eigenen Unfähigkeit bankerott gewordene Diplomatie, mich darauf zu berufen, daß uns vielleicht eine Vorsehung aus dieser Schwierigkeit erretten werde. Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, welche schwere Verluste die Küstenländer erleiden durch eine Fortsetzung des Kriegs, und gewiß ist das mit vollem Recht geschehen. Ich brauche Ihnen nicht zu wiederholen, was in dieser Beziehung mein Vorredner gesagt; aber aufmerksam machen muß ich Sie darauf, daß der Ruin dieser Küstenländer nicht von dem dänischen Kriege datirt, sondern von der Liebäugelei mit Rußland; von unserer Grenzsperre, von unsern Cartelverträgen; daß er dieselbe Ursache hat, wie die Hungerpest in Schlesien. Es wird längere Zeit noch einer sehr festen Haltung bedürfen, bevor Sie diesen Provinzen den Wohlstand wieder geben können. der fast systematisch untergraben worden ist. Man ruft uns ferner zu, wir sollen ratificiren im Interesse des Handels und der Gewerbe, und wer ein Herz für's Volk hat, wahrlich, der wird jedes Mittel ergreifen, das dazu führen kann; aber glauben Sie, daß Handel und

Gewerbe emporblühen können, so lange anstatt der alten verwitterten Grundlage des gestürzten Staatssystems nicht eine neue und dauerhafte gefunden ist? Glauben Sie, daß dieses Schaukeln und Schwanken des Systems, das nicht hier= und nicht dorthin sich wendet, geeignet ist, das Vertrauen zurückzuführen? Glauben Sie, daß, so lange man in Deutschland nicht weiß, wer nach dem vulgären Sprüchworte Koch oder Kellner ist, es möglich sei, daß irgendwie Unternehmungen begonnen werden, die geeignet sind, dem großen Theil unserer hungernden Bevölkerung Lebensmittel zu geben? Ich glaube es nicht. Wir sollen ferner ratificiren, weil wir möglicherweise einen Bruch mit Preußen herbeiführen. Nun, in der alten Zeit, da hieß es allerdings, wenn man vom Staate sprach: Das Auge nur hinaufrichten auf die äußerste Spitze, wo uns der Flammenspruch entgegenstrahlte: »L'état c'est moi!« („Der Staat bin ich!") Diese Zeit ist nicht mehr vorhanden, und das preußische Volk ist wohl zu trennen von der wechselnden Neigung der Regierung. Preußens Volk ist, und es freut mich, das von dieser Seite (rechts) gehört zu haben, ein deutsches Volk, und Preußens Volk wird mit uns fühlen, wie es in diesem Waffenstillstand der gesammten gesitteten Welt gegenüber steht. Ich will nicht davon sprechen, welche Rolle wir dem Auslande gegenüber spielen, wenn wir gegen Hannover allerdings Courage und sehr hochklingende Redensarten haben, gegen Preußen aber nichts als gehorsame Diener. (Bravo auf der Linken.) Ich will auch nicht davon reden, daß wir keine neue Bilderstürmer=Secte organisiren wollen, um die Bildnisse Friedrichs des Großen zu vernichten, oder daß wir dem Manne seinen Kienspahn nicht auslöschen

wollen, der von dem großen Kurfürsten erzählt. Wir ehren die geschichtlichen Erinnerungen eines Volkes; sie sind das Heiligste, was es hat; wenn man aber eine neue Staatengestaltung nicht gründen dürfte, weil man neben diesen Erinnerungen den Gedanken einer neuen Zeit aufbringt, so müßte Deutschland noch in die 371 Territorien, die es am Anfange des vorigen Jahrhunderts hatte, getheilt sein. (Zuruf: Sehr gut!) Man hat uns, und es war ein Sprecher aus Oesterreich, vordeducirt, die Regierung sei einerlei mit dem Volke, und wenn die eine angetastet werde, würde auch das andere angetastet. Dieser Sprecher mag es bei seinen Landsleuten verantworten, wenn man consequenter Weise diesen zumuthet, sie sollten sich identisch betrachten mit dem Metternich'schen System und mit Metternich selbst, der so lange Europa geknechtet hat. (Beifall.) Allerdings hat Herr Jordan bereits prophetisch verkündet, was die preußische Nationalversammlung in dieser Angelegenheit beschließen werde. Ich habe diesen prophetischen Blick nicht, aber einige Wahrscheinlichkeit habe ich dafür, daß die linke Seite der Versammlung zu Berlin diese Angelegenheit gerade so betrachten wird, wie die linke Seite zu Frankfurt, und ich bitte, gefälligst zu bedenken, daß nach der letzten Abstimmung vom 7. September die linke Seite die Mehrheit hat. (Hört! Hört!) — — — — — — — — — — — — — — — — —

Wir kommen auf den Punkt der Furcht vor dem auswärtigen Krieg, und es bietet sich auch hier eine merkwürdige Erscheinung dar. Die Furcht vor dem Krieg ist immer unbedeutend, ungerechtfertigt und unbegründet, wenn es gilt, die Gewalt anzuwenden gegen das Prinzip der

Freiheit; sie ist gefährlich im höchsten Grade, wenn es gilt, dieselbe Gewalt anzuwenden für das Princip der Freiheit. (Hört; Hört!) Als es sich um Polen handelte, um die Vernichtung völkerrechtlicher Verträge, um Italien und Anerkennung des Rechts der Freiheit und Unabhängigkeit seiner Bewohner, da wiesen wir auf unser Heer von 900,000 Mann hin, und trotzten der ganzen Welt. Jetzt, wo es sich handelt, den thatsächlichen Zustand der Revolution in Schleswig-Holstein anzuerkennen und zu erhalten, da fürchten wir uns vor der ganzen Welt. (Mehrere Stimmen: Sehr wahr!) Allerdings, die Gefahr eines auswärtigen Krieges ist keine kleine; man darf sie nicht leichtfertig betrachten, aber die Gefahr, die uns bis jetzt vorliegt, scheint mir freilich so groß nicht zu sein. Wir haben uns gesträubt gegen die Vermehrung der Armee bis zu 900,000 Mann, und wir haben Ihnen das Bündniß mit der französischen Republik dringend empfohlen. (Heiterkeit in der Versammlung.) Droht uns Krieg von Westen oder Osten, wir bewilligen den letzten waffenfähigen Mann auch gegen die französische Republik, wenn sich dieselbe anmaßt, in unsere Angelegenheiten unbefugter Weise sich einmischen zu wollen. (Bravo von der Linken.) — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Daß das Ausland unsere Kraft und unsere Einheit nicht will, darüber dürfen wir doch wohl nicht zweifelhaft sein, und wenn das Ausland den geschlossenen Waffenstillstand preist, und wenn es unsere Nichtgenehmigung fürchtet, wahrlich, dann liegt darin nur ein Grund mehr, daß wir uns ernstlich besinnen sollen über Das, was wir thun. (Beifall auf der linken Seite.) Die Entscheidung liegt

indeß in Ihrer Hand, thun Sie, was Sie müssen; allein an Eines lassen Sie mich anschließen, was ein Redner auf dieser Seite gesagt hat, thun Sie nichts Halbes, — offen wie ein Mann für oder wider, nicht Achselzucken, nicht zweideutig, nicht zwar und aber, ich möchte gern, aber ich mag nicht, — schieben Sie nichts auf die Centralgewalt, denn das sind Sie selbst; sie ist stark oder schwach in dem Verhältnisse, wie Sie es sind, sie thut, was wir beschließen, und wenn wir Halbheiten beschließen, und wenn wir nicht den Muth haben, geradezu hinauszusagen, was wir wollen, so wird die Centralgewalt in der Wirklichkeit der Centralschatten bleiben, als welchen sie die englische Presse begrüßt. —

Wir haben es oft gehört, namentlich von der rechten Seite des Hauses, daß Sie Ihre Fürsten lieben, und ich erkenne dieses Gefühl an; denn die Liebe ist etwas Heiliges, mag sie sich wenden, wohin sie will. (Große Heiterkeit.) Aber wenn Sie Ihre Fürsten lieben, so treten Sie dem immer wuchernden Glauben entgegen, daß die Fürsten mit ihren dynastischen Interessen ein Hinderniß bieten für die Entwickelung unserer neuen Zustände, — geben Sie dem Volke das Vertrauen, daß Sie ebenso sehr die Uebergriffe von der einen wie von der anderen Seite in die Schranken zu weisen entschlossen sind! Die Krone ist mit in diese Verhandlung gezogen worden; das gehört sich nicht, es ist nicht die Art parlamentarischer Verhandlung; allein sie ist eben hineingezogen worden, und da darf man wohl auch daran erinnern, daß, wenn Sie uns gesagt haben: „Die Revolution ist ehrfurchtsvoll vor den Thronen stehen geblieben"

es Ihre gewichtigste Sorge sein muß, daß die zweite Bewegung nicht darüber hinwegschwemmt. Erlauben Sie mir zum Schluß eine historische Thatsache. So lange Ludwig XVI. im Innern regierte gegen die Freiheit und das neue Leben seines Volkes, hatte er nur einen parlamentarischen Kampf, den er durch einen ehrlichen Vertrag hätte enden können; als er die Nationalität und die Ehre seines Volks auf das Spiel setzte für seine dynastischen Interessen, als er mit dem Auslande liebäugelte, und sich sogar mit ihm verschwor, da war er verloren. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall auf der Linken und dem linken Centrum.) —

So kräftig Robert Blum gesprochen hatte, so kräftig auch die übrigen Redner der Linken sprachen und offen es ausriefen, daß die Ehre Deutschlands hier im Spiele sei, daß es bei diesem Antrage darauf ankomme, ob die Nationalversammlung die deutsche Ehre vernichten wolle, oder nicht, so fiel dennoch der Antrag der Linken mit 258 gegen 237 Stimmen der dänische Waffenstillstand wurde somit von der Nationalversammlung angenommen, und das deutsche Volk war wiederum um eine große Hoffnung betrogen.

Blutige Ereignisse sollten die Folgen dieser Abstimmung der Nationalversammlung sein.

Capitel XVI.

Die Volksversammlung auf der Pfingstweide. Der Vorabend der Revolution. —

Die Frage über den dänischen Waffenstillstand hatte in der Nationalversammlung eine gewaltige Aufregung hervorgebracht. Die Parteien der Paulskirche waren sich schroffer gegenüber getreten als jemals; aber sie hatten sich auch fest consolidirt, alle Fractionen der Linken hatten sich enger an einander geschlossen,

War aber schon innerhalb der Nationalversammlung die Aufregung eine große, so war dieselbe doch noch bei Weitem größer außerhalb derselben, im Volke von Frankfurt a. M. im ganzen deutschen Volke.

Während der Debatte über den dänischen Waffenstillstand waren die Tribünen in einer Weise gefüllt, wie selten je vorher. In der höchsten Spannung hatten die Zuhörer der Debatte gelauscht, und den Rednern der Linken ihren enthusiastischen Beifall gezollt.

Aber auch über die Tribünen nnd Gallerien hinaus

verbreitete sich die gewaltige Aufregung, ganz Frankfurt befand sich in einer fast fieberhaften Spannung.

Vor der Paulskirche standen Tausende von Menschen, welche begierig auf die Resultate der Abstimmungen warteten, welche von einzelnen aus der Paulskirche zurückkehrenden Zuhörern sich den Inhalt der verschiedenen Reden erzählen ließen, und laut ihren Unwillen aussprachen über die Reden der Majorität.

An allen Ecken standen Gruppen, in denen auf das Lebhafteste über die Frage des dänischen Waffenstillstandes debattirt wurde, und überall gab sich die Meinung kund, es wäre eine Schmach für Deutschland, wenn die Volksvertreter von ihrem erst gefaßten Beschlusse zurücktreten und jetzt den Waffenstillstand genehmigen wollten. In fieberhafter Aufregung warteten die Massen auf die Abstimmung.

Endlich kam dieselbe und mit einer schwachen Majorität vernichtete die Nationalversammlung sich selbst in den Augen des Volkes.

Eine allgemeine Wuth bemächtigte sich der Massen, die Volksmenge vor der Paulskirche wuchs und bildete ein dichtes Spalier, durch welches hindurch die Abgeordneten das Sitzungslokal verlassen mußten.

Da hörte man wilde Verwünschungen der Mitglieder der Majorität, während donnernde Lebehochs, lautes Jubelrufen die Redner von der Linken empfing und nur abwechselte mit Lebehochs auf den im Süden von Deutschland zum Volksgotte gewordenen Hecker.

Als längst die Nationalversammlung geschlossen war, standen noch auf allen Straßen dichte Gruppen von Men-

schen und überall bildete die Frage über den dänischen Waffenstillstand den Gegenstand des Gesprächs; mit jedem Augenblicke wuchs die allgemeine Aufregung.

So wurde es Abend. Alle demokratischen Vereine in Frankfurt waren versammelt, um in ernste Berathung über die Schritte zu treten, welche man den heutigen Beschlüssen der Nationalversammlung gegenüber zu thun habe.

Das Montagskränzchen, die demokratischen Vereine, der Arbeiter- und der Turnerverein traten zusammen in ihren Localen in ernsten Berathungen.

Alle Vereine waren darüber einig, daß der Beschluß der Nationolversammlung eine Schande sei für Deutschland, daß die Nationalversammlung sich selbst mit diesem Beschlusse den Stab gebrochen habe, daß man keine Hoffnung mehr auf diese Majorität setzen dürfe, die das Volk verrathen habe, und mit der ein Sieg der Volkssache gegenüber der sich immer mehr und mehr kräftigenden Reaction kaum denkbar sei.

In allen diesen Vereinen wurde es ausgesprochen, daß für das deutsche Volk nur dann eine Hoffnung vorhanden sei, wenn das deutsche Volk wiederum den Weg der Revolution beträte; nur auf diesem Wege vermöge es, seine blutig erworbenen Rechte blutig zu wahren, nicht aber auf dem Wege der Gesetzgebung, da diese in die Hände einer so schwachen Versammlung gelegt sei. Nur wenn die Linke der Nationalversammlung aus dieser austrete, sich selbst als Convent constituire, die Zügel der Regierung und Gesetzgebung in die Hand nehme, und damit offen vor dem deutschen Volke die Revolution erkläre, wenn die Linke einen Aufruf erlasse an Deutschland, an alle waffen-

fähigen Männer, ihr beizustehen, nur dann könne auf einen Sieg der deutschen Freiheit gehofft werden.

Das war das Resultat der Debatten in allen verschiedenen demokratischen Vereinen, und alle diese Vereine waren entschlossen, sich selbst mit Gut und Blut der Linken zur Disposition zu stellen, sie aufzufordern zu einmüthigem, kräftigem Handeln, und ihr die treue Anhänglichkeit des deutschen Volkes zu versichern.

Deputationen der Vereine wurden an die Linke gesendet, um die Beschlüsse der Vereine derselben kund zu geben.

Die verschiedenen Fractionen der Linken, alle diejenigen, welche für die Sistirung des Waffenstillstandes gestimmt hatten, waren im Saale des deutschen Hauses versammelt; es waren die drei Fractionen der Linken zusammen getreten: der Donnersberg, der deutsche Hof und der Westend-Hall.

Die Fraction des Donnersbergs bestand aus den entschiedenen und energischen Republikanern; die des deutschen Hofes bildete die entschiedene Linke, welche wir schon früher characterisirt haben, in dem Westend-Hall saßen die Mitglieder des linken Centrums, welche sich mehr und mehr der Linken zuneigten, aber noch immer zu keiner energischen Entschiedenheit gelangen konnten.

Diese drei Fraktionen hatten sich zu einer Gesammtberathung im deutschen Hofe versammelt. Die Mitglieder des Donnersbergs forderten das Austreten der Linken in Masse, die Appellation derselben an das Volk, sie forderten die Erneuerung der Revolution.

Zu einem so energischen Schritte vermochte aber selbst die Majorität der Linken im frankfurter Parlamente nicht

zu gelangen; dem Westend-Hall, dem schwankenden linken Centrum graute vor so energischen Beschlüssen, man fürchtete eine neue Revolution, man sah ein, daß nur durch dieselbe die Volksfreiheiten zu wahren seien, und der deutsche Hof neigte sich in dieser Frage dem Westend-Hall zu.

Während die Linke in eifriger Berathung über diesen wichtigen Gegenstand war, hatte sich der Hofraum vor dem Saale mit einer bedeutenden Menschenmenge angefüllt.

Der gesunde Sinn des Volkes ließ es demselben einleuchten, daß nur bei energischer und entschiedener Haltung der Linken ein Sieg der Revolution möglich sei, daß dieser nur erlangt werden könne, wenn die Linke sich ihres Ursprungs bewußt an die Spitze der revolutionairen Bewegungen träte. Mit Ungestüm forderte daher die auf dem Hofraume versammelte Menschenmasse den Austritt der Linken und entschiedene Beschlüsse derselben.

Die Partheiversammlung wurde durch die sehr lauten Ausrufe des Volkes in ihren Berathungen gestört.

Robert Blum trat deshalb an das Fenster und hielt eine Rede an das Volk, in der er für die bewiesene Theilnahme dankte, den gefaßten Beschluß des Parlaments bedauerte, und laut die Hoffnung aussprach, daß wenn das ganze Volk denke, wie die Bewohner Frankfurts, daß dann die Niederlage der Linken in der Paulskirche sich bald in einen Sieg verwandeln werde.

Was hier zu thun sei, darüber sei eben die Linke zur Berathung versammelt.

Mit den stürmisch gerufenen Worten: „Austreten, austreten! Ans Volk appelliren!“ wurde Robert Blum unterbrochen. Aber er winkte, und bald war die Stille

wenigstens so weit wieder hergestellt, daß die klangvolle Stimme Robert Blums wieder die tosende Menschenmenge übertönte.

„Ihr wollt, daß wir austreten," rief er, „das ist aber ein so gewaltiger und folgenreicher Schritt, daß es ein Leichtsinn wäre, in einem solchen Augenblicke, und unter dem Eindrucke der heutigen Verhandlung auch nur eine Meinung zu äußern.

Sogleich unterbrach die Volksmenge Robert Blum mit dem Rufe:

„Ans Volk appelliren!"

„Wir werden dies thun, jedenfalls!" rief Robert Blum, „das Volk muß entscheiden, ob die Mehrheit oder die Minderheit der Nationalversammlung die Ehre und die Einheit Deutschlands vertritt. Ueberall in ganz Deutschland müssen Volksversammlungen gehalten werden, und in diesen muß das Volk mit ungeheurer Majorität in imposanter Weise sich aussprechen; aber dazu gebrauchen wir Zeit und deshalb müssen wir ruhig uns besprechen. Wir können es aber nur, wenn Sie unsere Berathungen nicht ferner unterbrechen, wenn Sie uns jetzt verlassen."

Blums sanftes und mildes Wesen behagte den aufgeregten Menschenmassen nicht, sie wollten kühnere energischere Worte, und der Ruf nach Simon von Trier erhob sich daher nach Blums Rede.

Aber auch Simon von Trier versicherte den aufgeregten Massen, an ein Austreten von Einzelnen wäre nicht zu denken, nur ein Austreten der gesammten Linken wäre ein politischer Act, und nur dieser könne die Sache des Vaterlandes fördern; hierüber wolle eben die Linke abstimmen,

und deshalb forderte Simon wie Blum die Menschenmenge auf, sich zu zerstreuen.

Den Reden der beiden beliebten Abgeordneten gelang es in der That, die Menge einigermaßen zu beruhigen, und diese zerstreute sich zum Theil.

Nicht so glücklich gelang es an andern Orten, die wilde Aufregung des Volkes zu beschwichtigen. Durch alle Straßen waren mit Anbruch des Abends wilde Massen gezogen, es hatte daher in den verschiedenen Theilen der Stadt tumultarische Auftritte gegeben, und wie dies immer bei einer allgemeinen Aufregung der Fall ist, so hatten sich auch in Frankfurt a. M. die Massen des Volkes durch excedente Köpfe zu einem Scandal hinreißen lassen, da ihnen die gehörige Leitung fehlte, denn die beliebten Führer des Volks saßen theils in den verschiedenen Vereinen, um dort sich zu berathen, theils aber auch im deutschen Hofe.

So waren denn die Volkshaufen ohne Leitung sich selbst überlassen und zogen vor die Häuser, in denen sie Mitglieder der Majorität der Nationalversammlung vermutheten. Hier brachten sie Katzenmusiken und sie gingen sogar so weit, in das Lesezimmer der Nationalversammlung im Westend-Hall einzudringen, die Fensterscheiben einzuwerfen, die Thüren einzuschlagen, die Gaslaternen umzureißen, und allen möglichen Unfug auszuüben.

Der alte Abgeordnete Jahn mußte sich verstecken, um der Wuth der aufgeregten Volksmassen zu entgehen.

Erst als die Bürgergarde allarmirt wurde, verliefen sich die Volksmassen einigermaßen.

Die vereinigten Fractionen der Linken waren mittlerweile im großen Saale des deutschen Hofes versammelt

geblieben. Sie waren in eifrigste Berathung über ihr Verhalten zur Majorität der Nationalversammlung getreten.

Die Verhandlungen wurden indessen unterbrochen, indem dem Vorsitzenden der Versammlung, dem Abgeordneten Andersson aus Frankfurt a. O., welcher der Fraction Westend-Hall angehörte, gemeldet wurde, daß mehrere Deputationen der politischen Vereine von Frankfurt a. M. angekommen seien, um der Linken persönlich die Ansichten der Vereine über das Verhalten der Linken mitzutheilen.

Die Deputationen der Vereine wurden eingelassen. Es waren die Abgeordneten vom Montagskränzchen, vom demokratischen- und vom Arbeitervereine. Die Ansprache der Deputirten war natürlich ganz in dem Sinne, wie die Beschlüsse der Vereine, welche wir dem Leser bereits mitgetheilt haben. Einer der Redner sagte, mit Gut und Blut würde das deutsche Volk der Linken zur Seite stehen, wenn sie sich selbst constituire, denn nur in der Linken sehe es die wahre Volksvertretung; es fordere dagegen aber auch die selbstständige Constituirung. Die moralische Kraft sei auf Seiten der Linken, und sollte die physische nothwendig werden, so könne der Arbeiterverein mehrere Tausende von kräftigen Armen der Linken zu Gebote stellen.

Dieser energischen Ansprache erwiederte die Linke zögernd, daß sie in der Berathung dessen, was zu thun sei, begriffen, unmöglich einen Beschluß voreilig fassen könne. Alle Redner, welche zu der Deputation sprachen, warnten ausdrücklich vor Gewaltschritten irgend einer Art, und einer sprach es offen aus: daß die Vertreter des Volks sich keinenfalls Bedingungen vorschreiben lassen würden, möchten sie kommen, von welcher Seite sie wollten.

Der Vorsitzende bat die Deputation, die Vereine zu beruhigen, und erhielt von derselben das Versprechen, daß sie ihren ganzen Einfluß dazu aufbieten wolle.

Mitten in den Verhandlungen mit den Deputirten der Vereine kam die Nachricht in das Versammlungslokal, daß auf der Straße Scandal sei, die Nachricht von der Zerstörung der Fensterscheiben und Laternen im Westend-Hall.

Auf eine Frage, ob die Deputirten des Arbeitervereins von diesem Scandal wüßten, antworteten dieselben: „Wir wissen nichts davon, es sind keine von unsern Leuten, unsere Leute würden sich schämen, an solchen Tumulten Theil zu nehmen mit solchen Bübereien haben wir nichts zu schaffen!"

Die Antwort der Deputirten des Arbeitervereins in einem Augenblicke solcher Aufregung giebt wohl am Besten zu erkennen, wie unbegründet die vielfachen Verläumdungen sind, welche die Reaction über das Verhalten der Arbeiter in jenen Tagen in Frankfurt a. M. ausgesprengt hatte. Die Straßenscandale am 16. September waren den geordneten Vereinen vollständig fremd, und gingen nur von einigen excedenten Köpfen aus; sie waren das Erzeugniß einer augenblicklichen wilden Aufregung.

Die Deputationen verließen endlich das Versammlungs-Lokal der Linken, um zu ihren Vereinen zurückzukehren.

Die Linke aber fuhr fort in der Berathung, ohne indessen zu irgend einem bedeutenden Resultate gelangen zu können; denn die Fraction des Westend-Hall verhinderte jeden energischen Beschluß, und die des deutschen Hofes neigte sich bei dieser Gelegenheit mehr und mehr dem Westend-Hall zu.

So wurde denn nun beschlossen, daß alle drei Fractionen der Linken, die Klubs vom Donnersberge, vom deutschen Hofe und vom Westend-Hall sich gesondert berathen und über ihr Verhalten beschließen möchten; dann sollte am folgenden Tage, als am Sonntage, in einer abermaligen gemeinsamen Berathung die Uebereinstimmung der beschlossenen Schritte hervorgebracht werden.

Schon am frühen Morgen des Sonntags (17. September) waren alle Straßenecken von Frankfurt bedeckt mit Plakaten, in welchen die demokratischen Vereine der Stadt, die Bewohner derselben und der Umgegend einluden zu einer großartigen Volksversammlung, welche am Sonntag Nachmittag auf der Pfingstweide abgehalten werden sollte.

Der Mittag kam und Tausende und aber Tausende strömten von Frankfurt hinaus nach der Pfingstweide; und nicht allein von Frankfurt sondern auch von Mainz, von Hanau, von Offenbach, selbst von Darmstadt und Heidelberg kamen viel Tausende von Menschen, um der Volks-Versammlung beizuwohnen, so daß diese sich etwa wohl auf 15—20,000 Männer belief.

Das rege Interesse, welches die Süddeutschen an dem dänischen Waffenstillstand nahmen, in dem sie die Ehre Deutschlands verletzt glaubten, hatte die Tausende zusammengeführt.

Es ist wohl selten in einer deutschen Volksversammlung so trefflich gesprochen worden, als an jenem Nachmittage auf der Pfingstweide; die verschiedensten Redner ergriffen das Wort. Dr. Reinganum aus Frankfurt a. M., Metternich aus Mainz, Bruhns aus Holstein, Wagner aus Offenbach und Andere.

Auch fünf Mitglieder der deutschen Nationalversammlung waren bei der Volksversammlung anwesend, und glaubten sich verpflichtet, als wahre Volksvertreter auch hier zu wirken und zum Volke zu sprechen. Es waren Hentges aus Heilbronn, Simon von Trier, Wesendonck von Düsseldorf, Zitz von Mainz und Schlöffel von Halbendorf.

Aber diese fünf Männer waren nur aus eigenem Antriebe zur Volksversammlung gekommen, und sprachen hier nicht als Deputirte der Nationalversammlung, nicht als Abgeordnete des Klubs der Linken, sondern nach ihrer eigenen Ueberzeugung, aus eigenem Antriebe.

Sie bemühten sich, der wilden Debatte einigermaßen zu steuern, sie bemühten sich, einige Ruhe in die Verhandlungen zu bringen, und allen den Vorschlägen, welche etwa auf Excesse hindeuteten, entgegen zu treten.

Die Debatte drehte sich besonders um zwei Vorschläge.

Der eine war, eine mißbilligende Adresse an die Nationalversammlung über die Abstimmung wegen des dänischen Waffenstillstandes zu bringen.

Der zweite, das deutsche Volk aufzufordern, diejenigen Abgeordneten, welche für den dänischen Waffenstillstand gestimmt hatten, abzuberufen.

Die Redner der Linken sprachen mit Energie auch für diese Vorschläge, aber wie sehr sie sich auch bemühten, zu gleicher Zeit vor jeder Voreiligkeit und Unüberlegtheit zu warnen, das mag die folgende Rede des Abgeordneten Simon von Trier, der zur äußersten Linken der National-Versammlung gehörte, beweisen.

„Die Früchte der deutschen Revolution fallen nach einander verwelkt vom Baume der Geschichte ab. In den

Tagen des März hörte man allerorts den Ruf: Freie Nationalität Italiens! Herstellung der polnischen Nation! Italien ist wieder unterjocht und die Nationalversammlung hat die Theilung Polens nicht mehr, wie das Vorparlament, für ein „schmachvolles Unrecht" reklärt. An beiden Orten ist der Krieg gegen die Revolution siegreich zu Ende geführt, und der einzige Krieg, welchen Deutschland mit der Revolution unternommen, ist durch einen schmachvollen Waffenstillstand eingestellt. Wer kann gegenwärtig die Lieder: „Was ist des Deutschen Vaterland?" und Schleswig-Holstein meerumschlungen," welche man oft hinter Schüssel und Flasche gesungen, noch anhören, ohne daß ihm die Scham hochroth in die Wangen steigt?

Was verschuldet aber die Minderheit zu diesem Erfolge? Warum äußert sich nicht das ganze deutsche Volk entschiedener über die Wirksamkeit seiner Vertreter? Die Wähler von süddeutschen Abgeordneten können sich doch nicht das Recht beilegen, auch Wähler der norddeutschen zu sein? Zwar sind auch aus Norddeutschland einzelne Mißtrauensadressen eingelaufen. Aber damit ist uns nicht geholfen. Warum fordern deren Wähler sie nicht ausdrücklich auf, ihre Plätze als Abgeordnete zu verlassen? Warum machten sie nicht Demonstrationen in deren Heimath? Warum rücken sie denselben nicht vor die Häuser und Leiber und erklären feierlich: „Ihr habt unser Vertrauen verscherzt!" Warum schicken sie nicht eigene Deputationen nach Frankfurt, um dieselben zurückzuberufen?

Was ist aber gegenwärtig zu thun? Was von Seiten der Volksvertreter, was von Seiten des Volkes?

Die vereinigten Richtungen der Linken werden noch an diesem Abende über ihr Verhalten Berathung halten. Wenn ein Austritt beliebt wird, so bin ich wahrlich nicht der Letzte. Ich bin unserer erfolglosen Verhandlungen längst überdrüssig. Sollen aber Einzelne austreten und nach Hause reisen? (Stimmen: Nein! Nein!) Der Austritt Weniger kann aus persönlicher Langeweile erfolgen, ist aber offenbar kein politischer Act von erheblichem Eindrucke. Diesemnach wendet Euch an die Linke, wie Ihr beschlossen habt, und tragt derselben Eure Wünsche vor. Vielleicht wird Mancher dadurch zu entschiedener Gesinnung bewogen werden.

Was hat aber das Volk zu thun? Es hat den Beschluß der Linken abzuwarten und sich vor Unordnungen, wie sie gestern vorgefallen, zu hüten. Mit Schmerz haben wir vernommen, daß ein Abgeordneter, welcher denselben zu wehren suchte, verletzt worden. Solche Excesse können zu Nichts führen. Ich warne vor Unüberlegtheit, vor Unvorsichtigkeit und Voreiligkeit; ich mahne dagegen zur Wachsamkeit um, wenn es gilt, Einer für Alle und Alle für Einen zu stehen!"

Wilder und energischer sprachen allerdings die nicht zur Nationalversammlung gehörigen Redner, und es ist manches Wort in jener Volksversammlung gefallen, welches besser nicht gesprochen worden wäre.

Zwei Beschlüsse waren das Resultat der Volksversammlung.

Der eine war der, daß am folgenden Tage eine Deputation der Nationalversammlung die nachstehende Adresse überbringen sollte.

„Hohe Nationalversammlung! Die Volksversammlung

zu Frankfurt am Main am 18. September, bestehend aus mindestens 20,000 Bürgern aller Städte und Dörfer der Umgegend, beschließt;

1) daß die Majorität von 258, welche in der Nationalversammlung am 16. des Mts. den schmählichen Waffenstillstand angenommen hat, von dieser Volksversammlung hiermit für Verräther des deutschen Volks, der deutschen Freiheit und Ehre erklärt;

2) daß dieser Beschluß der deutschen Nation auf das Schnellste bekannt gemacht werde;

3) daß eine Deputation obigen Beschluß morgen der Nationalversammlung mittheile.

Frankfurt a. M., den 17. September 1848.

Im Namen der Volksversammlung, die dazu beauftragte Deputation:

Fr. Schütz, Diepenbrock, königl. preuß. Offizier a. D. Karl Krug, Friedr. Kapp, Andreas Großmann, Arnold Reinach, P. J. Schöppler, G. Metternich, Karl Bruhns a. Holstein, G. Hörfel, Dr. M..., Neufeld."

Ein zweiter Beschluß der Volksversammlung bestimmte, daß die Linke durch eine Deputation aufgefordert werde, nicht ferner mit den Verräthern der deutschen Freiheit und Ehre zusammen zu berathen, sondern auszutreten, und sich als alleinige Vertretung des Volkswillens zu einer wahren Nationalversammlung zu constituiren.

Der erste Beschluß konnte in keiner andern Weise ausgeführt werden, als daß die Deputation die Adresse am folgenden Tage einem Abgeordneten zur Abgabe an den Präsidenten überbrachte, denn ein persönliches Erscheinen

der Deputation in der Nationalversammlung war unstatthaft.

Der Präsident las die Adresse in der Sitzung vor, und damit war dieselbe wie jede andere Adresse erledigt.

Am Nachmittage gegen 6 Uhr war die Volksversammlung beendigt. Die Bewohner der Stadt kehrten nach Frankfurt, die Bewohner der Nachbarstädte in ihre Heimath zurück, nur wenige blieben in Frankfurt.

Der Volksversammlung auf der Pfingstweide bei Frankfurt a. M. sind fast von allen reactionären Zeitungen, von allen Stimmführern der Reaction die traurigen Ereignisse der folgenden Tage fast lediglich und allein zugeschrieben worden, und besonders haben die Organe der Reaction sich bemüht, die Abgeordneten der Linken, welche auf der Pfingstweide sprachen, zu verdächtigen, als hätten dieselben in jener Volksversammlung zum offnen Aufruhr, zur Ergreifung der Waffen, zur Erbauung von Barrikaden und dergleichen mehr aufgefordert.

Mag auch in der That jene Volksversammlung nicht wenig zu den traurigen Ereignissen, welche später sich ereigneten, beigetragen haben, so hat sie es doch nur indirect gethan, indem durch jene Versammlung die großen Massen sich klarer bewußt wurden, wie schmählich von der Nationalversammlung ihr gutes Recht verrathen worden war, wie traurig es um die Aufrechterhaltung der Ehre Deutschlands in jener Nationalversammlung bestellt sei.

Die Aufregung der Massen war durch diese Aufklärungen gewachsen, und dadurch freilich war ein Schritt gethan zu dem wilden Durchbruch der Volkswuth, den wir leider bald zu erzählen haben werden.

Außerdem waren auch einige der wildesten Stimmführer der Demokratie, welche aus den benachbarten Städten zur Volksversammlung herbeigeeilt waren, in Frankfurt zurückgeblieben. Keinenfalls aber haben die Redner von der Linken der Nationalversammlung zur Erzeugung der allgemeinen Wuth beigetragen. Wie wir aus dem Beispiel der Rede Simons von Trier ersehen, haben dieselben im Gegentheil das Möglichste gethan, nach ihrer Kraft, um zur Beruhigung der Massen zu wirken, um diese von jedem Excesse abzuhalten.

Am Abende des Sonntags waren wiederum die vereinigten Fractionen der Linken im großen Saale des deutschen Hofes versammelt, um auf's Neue die Berathung über die jetzt zu thuendenden Schritte aufzunehmen.

Der Abgeordnete Vogt von Gießen präsidirte.

Wiederum war die Hauptfrage, um welche es sich jetzt handelte, soll die Linke austreten aus dem Parlamente und sich selbst constituiren als ein Convent, als eine revolutionaire Versammlung; soll sie dies thun?

Die äußerste Linke, die energische thatkräftige Partei wollte natürlich das Erstere und berief sich auf den Willen und die allgemein ausgesprochene Meinung des deutschen Volkes, auf die contrerevolutionairen Tendenzen der Majorität.

Die Redner der äußersten Linken zeigten klar und deutlich, daß mit der Majorität nicht zu gehen sei, daß auf dem parlamentarischen Wege die Revolution vernichtet aber nicht aufrecht erhalten werden würde, freilich könne ein solcher Schritt nur eine Bedeutung haben, wenn

die Linke in ihrer Gesammtheit die Nationalversammlung verließe.

Zu einem Schritt von solcher Bedeutung, von solcher Energie vermochte aber die Majorität der Linken sich nicht empor zu schwingen.

Die Redner vom Westend-Hall und vom deutschen Hofe führten an, wie wohl auf parlamentarischen Boden ein Sieg der Linken zu hoffen sei, da mehr und mehr die Grundsätze der Linken Boden in der Versammlung gewonnen, da sich die Partei durch Mitglieder des rechten Centrums täglich verstärke, und also leicht eine Majorität auf Seiten der Linken zu hoffen sei. Das Austreten der Linken heiße, sich an die Spitze der Revolution stellen, einen Kampf beginnen. Das aber wolle die Linke nicht, sie wolle nur auf dem gesetzlichen parlamentarischen Wege fortschreiten.

Die Männer, die dies behaupteten, vergaßen, daß, wenn es auch wirklich gelang, die Majorität der Nationalversammlung zu überzeugen, wie dies in der That auch später geschah, dies doch unendlich viel Zeit erfordere, und grade die Zeit war kostbar, es war die höchste Zeit, zu energischen Maßregeln zu schreiten, denn mit jedem Tage rüstete die Reaction sich mehr, mit jedem Tage gewann sie mehr Kraft, mit jedem Tage bestrebte sie sich ersichtlicher, den Sieg an sich zu reißen und ihn auszubeuten, um jede Frucht der Revolution zu vernichten, um die Rückkehr zu dem vormärzlichen Zustande zu ermöglichen.

Der Waffenstillstand mit Dänemark war nur geschlossen worden, um die in Schleswig-Holstein stehenden Heere gegen die Revolutionspartei verwenden zu können, um mit

der Gewalt der Bajonette die Niederlage des März zum Herbstsiege umwandeln zu können.

Das hatten die gemäßigten Männer der Linken vergessen, und nur die äußerste Linke sah die am Horizont drohenden Gewitterwolken, sah die furchtbare Gefahr.

Als es späterhin der Linken gelungen war, sich zu einer Majorität im deutschen Parlamente zu verstärken, als sie endlich später sich anschickte, energische Schritte zu thun, das deutsche Volk aufzurufen, mit den Waffen in der Hand einzustehen für sein Recht, da war es leider zu spät, denn längst hatte schon das deutsche Volk das Vertrauen zu seinen Führern verloren, schon längst war es versumpft in der entnervenden Unthätigkeit, in jener Beruhigungstheorie, welche ewig und ewig von der Linken hineingeworfen wurde in die Massen, und als da die Linke sich an das Volk wandte, und es aufforderte, die Waffen zu ergreifen, da ließ es die Linke im Stich, und diese stand vereinzelt da, und sah zu spät ein, welche Fehler sie begangen hatte; sie selbst hatte durch ihre Thatlosigkeit, durch ihren Mangel an Muth und Energie ihr trauriges Schicksal, ihren später ren Untergang herbeigeführt.

Als am Sonntag den 17. September die Selbstconstituirung der Linken zur Abstimmung kam, da beschlossen der Westend-Hall und der deutsche Hof gegen den Donnersberg mit großer Majorität, daß ein solches Austreten nicht rathsam sei; es wurde indessen beschlossen, eine Ansprache an das Volk zu entwerfen und in dieser dem Volke gegenüber das Verhalten der Linken zu rechtfertigen.

Der Beschluß war eben gefaßt, als die von der Volksversammlung am Nachmittag ernannte Deputation sich zu-

Linken begab. Mit glühenden Farben schilderte die Deputation die Entrüstung des Volkes über den entehrenden Waffenstillstand. „Das Volk," rief der Sprecher aus, „hofft nichts mehr von der servilen Nationalversammlung, sein Vertrauen ist nicht erschüttert, nein es ist vernichtet! Die Zeit der ohnmächtigen Verhandlungen ist verronnen, die Reaction rüstet sich; die Zeit des Handelns ist gekommen. Mit Gut und Blut wollen wir die Linke schützen, wenn sie aus jener Versammlung austritt und sich selbstständig constituirt, aber das auch verlangen wir von ihr. Eine Wahl bleibt nur im gegenwärtigen Augenblick der Linken. Sie mag wählen, ob sie durch einen kühnen Schritt die Errungenschaften der Revolution feststellen, die Achtung des Volks sich sichern und an die Spitze der neuen Revolution sich stellen will; oder aber, ob sie zu halben Maßregeln, die der hohen Aufgabe der gewaltigen Zeit nicht gewachsen sind, greifen, und sich dafür die tiefe Verachtung des Volkes, die Verachtung der Nachwelt zuziehen will. Mit Ungestüm verlangt das Volk die Erfüllung der ersten Aufgabe von ihr. Wenn die Linke dem Willen des Volkes nicht nachkommt, so wird das Volk diese Linke als eben so ehrlos betrachten, wie die Mitglieder der Majorität, und es wird in seiner Verzweiflung, denn zur Verzweiflung getrieben ist es, alle Mitglieder jener ehrlosen Versammlung die der Linken wie die der Rechten nach demselben Maaßstabe messen, aus demselben Gesichtspunkte betrachten. So stehen im gegenwärtigen Augenblicke die Verhältnisse. —

Das Volk ist bereit, mit aller seiner Kraft, mit Gut und Blut für die Linke einzustehen, wenn dieselbe sich dessen würdig benimmt. Thut sie es nicht, dann freilich wird die

neue Revolution auch über die Linke hinweggehen und diese vernichten, wie das Centrum und die Rechte!"

So sprachen die Redner der Deputation, aber ihre Worte hatten keinen Einfluß auf die Linke und der Präsident der Sitzung, Vogt von Gießen, theilte der Deputation den Beschluß der Linken mit.

Mißvergnügt entfernte sich die Deputation, ohne durch die Gründe Vogts von Gießen überzeugt worden zu sein.

Die Linke aber fuhr fort in der Berathung über eine Ansprache an das Volk.

Capitel XVII.

Der September-Aufruhr in Frankfurt a. M. und die Ermordung der beiden Abgeordneten v. Lichnowsky und v. Auerswald.

Schon in der Nacht vom Sonntag den 17. September auf Montag den 18. zeigte sich in Frankfurt eine fast fieberhafte Gährung.

An allen Straßenecken standen bis tief in die Nacht hin Menschengruppen, deren einziges Gespräch der schimpfliche Waffenstillstand mit Dänemark war.

Der Senat der Stadt Frankfurt sah ein, daß unter diesen Bedingungen die Bürgermiliz nicht hinreichen werde, einen etwa gewaltsamen Ausbruch der Aufregung zu unterdrücken oder zurückzuhalten, um so mehr als auch ein großer Theil dieser Bürgermiliz beim Generalmarsch wahrscheinlich gar nicht unter Waffen erscheinen würde, da die Mitglieder der Bürgerschaft eben so unzufrieden mit dem dänischen Waffenstillstande waren als das Volk selbst.

Der Senat hatte sich deshalb mit einem Schreiben an

das Reichsministerium gewendet, in dem er unter Anderem sagte:

„In den dermaligen Verhältnissen, wo eine bedrohliche Aufregung gegen die Nationalversammlung besteht, wo diese durch Volksversammlungen gesteigert wird, wo die Volksversammlungen durch zahlreiche Zuzüge von außen vergrößert und überdieß Massen von Auswärtigen hierher gezogen werden, wo endlich von den verschiedensten Seiten her, wie dem Reichsministerium ohne Zweifel näher bekannt sein wird, Aufforderungen zu thätlichem Einschreiten, ja zur Aechtung und Vergewaltigung eines Theiles der Nationalversammlung ergangen sind, fühlt sich der Senat gedrungen, seine Ansicht dahin auszusprechen, daß für den Schutz der Nationalversammlung, als eine dem Reich obliegende Pflicht, fortan von dem Reichsministerium, unbeschadet der Rechte der Stadt, Fürsorge zu treffen sein dürfte.“

In Folge dieses Schreibens war von Seiten des Reichsministeriums der Befehl nach Mainz gekommen zur Mobilmachung eines Bataillons Preußens und eines Bataillons Oestreicher; und schon des Morgens gegen 3 Uhr waren beide Bataillone von Mainz aus in Frankfurt eingerückt.

Sie hatten den Platz bei der Paulskirche, so wie die darauf mündenden Straßen besetzt, und sich somit zum Schutze der National-Versammlung aufgestellt.

So kam der Morgen und gegen 9 Uhr begann die Sitzung der National-Versammlung. Alle Straßen der Stadt waren belebt, wie kaum jemals vorher; besonders aber hatte sich vor der Paulskirche eine große Menschenmenge versammelt; die Gallerien der Paulskirche waren

dicht besetzt, und sie genügten bei Weitem nicht für den Andrang des Publikums, welches weit vor die Thore der Paulskirche hinausstand, und sich an allen Eingangsthüren drängte, um einen Platz im Hause zu erlangen.

Es kamen dabei Ungebührlichkeiten vor, indem ein Haufe von 50—60 Menschen durchaus in das Haus sich hinein drängen wollte, wobei fast einer der Abgeordneten geschlagen worden wäre.

Das preußische Militair machte, um dem vorzubeugen, einen Bajonett-Angriff auf die Menge. Es geschah derselbe, ohne daß irgend eine Warnung durch Trommelschlag oder auf eine andere Art vorher gegangen wäre. Mehrfache Verwundungen und vielfache Verhaftungen kamen vor.

Die Verhafteten wurden der Bürgerwehr zur Aufbewahrung übergeben, aber diese ließ die Arrestanten meistens sofort wieder laufen.

Dieser kleine Verfall erregte eine allgemeine Wuth in der Stadt, aber besondes wandte sich die Wuth des frankfurter Volks gegen das zu Hülfe gerufene preußische Bataillon.

In Folge des dänischen Waffenstillstandes herrschte in Frankfurt a. M. längst ein gewaltiger Haß gegen Preußen, wie sich denn überhaupt auch schon früher der Haß der Süddeutschen gegen die Norddeutschen besonders in Verwünschungen gegen Preußen kund gegeben hatte.

Jetzt erhielt der Haß neue Nahrung, theils durch den dänischen Waffenstillstand, theils aber auch in diesem einzelnen Falle durch die Brutalität, mit der die preußischen Truppen ohne Warnung einen Bajonett-Angriff auf die unbewaffnete Volksmenge gemacht hatten. Man berücksich-

tigte die Veranlassung zu diesem Angriffe in keiner Weise, und sprach nur von den Exceßen der preußischen Soldaten.

Wie dies in solchen Fällen immer geschieht, vergrößerte das Gerücht die vorgefallenen Verwundungen, je länger es sich in der Stadt erhielt, und besonders erregte eine Erzählung, welche von Augenzeugen herrühren sollte, die allgemeinste Entrüstung.

Es wurde nämlich von mehreren Männern behauptet, sie hätten gesehen, daß bei den Angriffen der Preußen auf die unbewaffnete Volksmenge ein alter Mann beim Fliehen zu Boden gefallen, und während er am Boden gelegen habe, von einem preußischen Soldaten mit dem Bajonett durch den Rücken gestochen worden sei.

Ob dieser Vorfall wahr oder unwahr sei, mag dahin gestellt bleiben. Vielfache Augenzeugen wollen gegenwärtig gewesen sein, und mit tiefer Entrüstung wurde in ganz Frankfurt von den Preußen gesprochen.

Die Volksmenge wogte auf den Straßen hin und her. Gegen 11 Uhr wurde die erste Barrikade aufgeworfen.

Es war grade Messe und die Buden der Verkäufer dienten zu willkommnen Barrikaden-Material. Sie wurden niedergerissen, und aus Kisten und Stangen wurden Barrikaden schnell aufgerichtet.

Die Verkäufer packten in höchster Eile ihre Waaren ein, die Läden wurden geschlossen, der Friede schien aus der Stadt Frankfurt gewichen zu sein.

Aber während schon überall in der Stadt Barrikaden gebaut wurden, zeigten sich doch noch nirgend Bewaffnete, die diese Bollwerke vertheidigen sollten. Während die Barrikaden sich mehr und mehr befestigten, während immer neue

aufgeworfen wurden, sah man nur Straßenjungen hinter denselben, welche tobend und schreiend, lachend und jubelnd die Barrikaden aufbauten und sich hinter dieselben stellten, aber natürlich außer Stande gewesen wären, die Schanzen irgend zu halten, und, was noch merkwürdiger war, den Barrikaden gegenüber standen die preußischen Soldaten mit dem Gewehr beim Fuß und sahen lachend dem Bau der Schanzen zu; sie hätten leicht die Erbauung verhindern können, aber nirgend geschah dies.

An einigen Stellen wurden die Offiziere gefragt, warum sie den Unfug litten, und ihre sonderbare Antwort war, sie hätten keine Ordre, den Aufbau der Barrikaden zu verhindern. Nur wenn die Buben von 14 bis 16 Jahren, welche eifrig bei dem Aufbau der Barrikaden beschäftigt waren, den Unfug zu weit trieben, indem sie schimpften oder wohl gar mit Steinen warfen, dann rückten die Soldaten einmal vor und augenblicklich zerstäubte der ganze Haufe hinter den Barrikaden und zog sich in höchster Eile fliehend zurück, um, nachdem die Soldaten die Barrikaden zerstört hatten und auf ihren alten Standort zurückgekehrt waren, den alten Unfug wieder auf's Neue zu beginnen. Die Barrikade wurde wieder aufgebaut und mehr befestigt als vorher.

Es wäre für das Militair ein Leichtes gewesen, den ganzen Aufstand im Keime zu unterdrücken. Die bewaffnete Macht in Frankfurt a. M. war, wenn auch unbedeutend, doch groß genug, dies thun zu können, da sich nirgends eine bewaffnete Volksmenge dem Militair gegenüber zeigte.

In Frankfurt a. M. waren damals anwesend drei Bataillone Preußen, Oestreicher und Churhessen; dazu kam

das frankfurter Linien-Militair, die Gensd'armes, und die Beamten der Polizei.

Diese Militair-Macht hätte mit einem Drittheile ihrer Stärke alle strategisch wichtigen Punkte vollständig besetzen, mit zwei Drittheilen aber in größeren Patrouillen die Stadt durchstreifen und überall den Aufbau der Barrikaden verhindern können, zumal wenn zu gleicher Zeit die Bürgermiliz mobil gemacht worden wäre, und die Hausbesitzer den Befehl erhalten hätten, die Häuser zu schließen.

Der letzte Befehl wurde allerdings gegeben, aber nicht bekannt gemacht, so daß Niemand denselben erfuhr, und so standen denn die Häuser offen; nur die Läden der Kaufleute waren, wie das natürlich bei so aufgeregter Zeit, geschlossen.

Das Militair aber, anstatt in Patrouillen die Stadt zu durchstreifen, hatte sich auf zwei Punkten concentrirt, die Preußen standen auf der Zeile, die Oestreicher auf dem Kornmarkte, die übrige Stadt aber war der Herrschaft der Gassenbuben und ihrem Muthwillen vollkommen überlassen, nirgend wurden die jugendlichen Barrikadenbauer bei ihrem heiteren Geschäfte verhindert.

Weshalb geschah dies nicht, weshalb unterdrückte man einen Aufstand, der sich offenbar vorbereitete, der aber noch so leicht verhindert werden konnte, nicht im Keime?

Wenn wir uns diese Frage aufwerfen, so können wir nicht umhin, dieselbe auf eine traurige Weise zu beantworten, indem wir auf spätere Ereignisse blicken.

Es kam zu jener Zeit in Frankfurt, wie in ganz Deutschland, darauf an, überall das Volk zu kleinlichen Excessen zu reizen, es dahin zu bringen, daß es seine Kräfte vergeude im Scandal, in einem Kampfe, der keine Sym-

pathie fand in der Bürgerschaft, weil er nicht getragen wurde von dem Bewußtsein des Volks; es konnte daher der Reaction nichts daran liegen, diesen Aufstand im Keime zu unterdrücken, erst mußte er heranwachsen zu einer Emeute von einiger Bedeutung, um dann kräftig unterdrückt zu werden, damit dann der Schein des Rechts für die Gewaltmaaßregeln, für Unterdrückung der Volksfreiheiten vorhanden sei.

Der beste Beweis, daß auch in Frankfurt das Reichsministerium von diesem Grundsatze ausging, liegt in folgendem Factum.

Des Mittags um ein Uhr war die Sitzung der National-Versammlung geschlossen, die Abgeordneten kehrten in ihre Wohnung zurück, und sahen mit Staunen auf allen Straßen der Stadt sich Barrikaden erheben, denen gegenüber Soldaten mit Gewehr beim Fuß ruhig zuschauend standen, und hinter denen eine lärmende, tobende und schreiende Gassenbubenschaar sich herum trieb, während zu gleicher Zeit die Bürger von Frankfurt anstatt dem Generalmarsch zu folgen und unter die Waffen zu eilen, ruhig durch die Stadt spatzieren gingen, und dem Unfuge ruhig zuschauten.

Vielfach wurden die Bürger gefragt, weshalb sie denn nicht die Waffen ergriffen, um dem Unfug zu steuern; aber die Bürgerwehrmänner antworteten, daß sie nicht Lust hätten, ihre Haut für eine National-Versammlung zu Markte zu tragen, die so schmähliche Beschlüsse faßte, wie den vom 16. September über den dänischen Waffenstillstand.

Andere meinten, da einmal das Militair zu Hülfe gerufen sei, so möge dies auch allein den Frieden herstellen.

Die Mitglieder der Linken sahen ein, daß ein solcher

Skandal, wie der, welcher sich hier verbreitete, nur zu Ungunsten der Volksfreiheiten ausschlagen könne. Noch immer glaubten sie allerdings nicht, daß ein Kampf entstehen würde, denn sie sahen sich vergeblich nach bewaffneten Vertheidigern der Barrikaden um, aber dennoch wollten sie jede Möglichkeit eines Kampfes verhindern, um dem statthabenden Unwesen so schnell als möglich ein Ende zu machen. Simon von Trier, Joseph aus Sachsen, Zitz aus Mainz, Schilling aus Wien und Robert Blum begaben sich deshalb nach dem Turn- und Taxis-Palast zum Reichsministerium.

Robert Blum, Schilling und Simon ließen sich bei Herrn von Schmerling melden, bei dem sie die meisten militairischen Beamten versammelt fanden. Sie baten den Reichsminister, er möge das Militair zurückziehen, dann würden die Barrikaden von selbst verschwinden; der Zweck der Militairaufstellung, der Schutz der Paulskirche, sei erreicht, da die Sitzung geschlossen sei.

Besonders stellte Robert Blum dem Herrn von Schmerling vor, daß, so wie das Militair entfernt sei, nothwendig die Barrikaden verschwinden müßten, denn dieselben hätten von diesem Augenblick an keinen Sinn mehr und würden von den Bürgern selbst als unsinnig und nutzlos eingerissen werden.

Aber Herr von Schmerling antwortete in hochtrabenden Worten, das sei nicht möglich, das Militair dürfte keinen Schritt zurückgehen, die militairische Ehre erlaube es nicht, Aufrührern zu weichen, die Autorität müsse auf jede Weise aufrecht erhalten werden.

Vergeblich versprach Robert Blum, selbst auf die Stra-

ßen zu eilen und überall mit seinen Freunden die Aufrührer von dem Thörichten, Unbesonnenen und Zwecklosen ihres Beginnens zu überzeugen.

Herr von Schmerling entließ die Abgeordneten kalt.

Das Militair wurde nicht zurückgezogen, man wollte also nicht zurückgehen und nicht angreifen.

Herr von Schmerling, der Hauptstimmführer der deutschen Reaction, der Bannerträger des schwarzgelben Absolutismus wollte weder durch Maaßregeln der Milde, noch durch Maaßregeln der Strenge einen Kampf verhindern; er wollte ihn nicht dadurch verhindern, daß er einging auf die Wünsche des Volkes, welches den Rückzug der Preußen verlangte, und wollte ihn auch nicht dadurch verhindern, daß er den Aufstand im Keim erstickte, daß er den Aufbau der Barrikaden und die Vertheidigung derselben verhinderte; er wünschte also einen Kampf, um diesen Kampf unterdrücken zu können, und dies wirft ein glänzendes Licht auf das ganze spätere Benehmen des Reichsministeriums, auf die Absichten und Pläne, welche dasselbe bei der Unterdrückung des Frankfurter September-Aufstandes hatte. Während das Militair mit Gewehr beim Fuß ruhig dem Bau der Barrikaden zusah und vollständig unthätig blieb, waren dieselben nach und nach zu einer nicht unbeträchtlichen Höhe herangewachsen, und zum Theil sogar vertheidigungsfähig geworden.

Das Volk gewann mehr und mehr Lust, die erbauten Bollwerke nun auch wirklich zu vertheidigen, dieselben gegen die Angriffe des Militairs zu halten; es gewann mehr und mehr Vertrauen zu sich selbst, aber es fehlte an Waffen. Fast nirgend ließen sich Bewaffnete als zur Vertheidigung der

Barrikaden bereit, blicken, nur Einzelne, junge enthusiastische Leute meistens dem Arbeiter- oder Turnerverein angehörig, waren mit Büchsen oder Gewehren bewaffnet auf die Straßen geeilt, und hatten sich an die Spitze der hinter den Barrikaden beim Aufbau derselben beschäftigten Knaben gestellt, unter denen sich nur einzelne kräftige Gestalten blikken ließen.

Je länger es indessen dauerte, ehe irgend ein Angriff auf die Barrikaden geschah, je mehr fanden sich auch Männer, die zur Vertheidigung derselben bereit waren.

Der Ruf nach Waffen erhob sich jetzt. In Schaaren durchströmte das Volk die Straßen und es stürmte nun die Waffenniederlagen und Eisenhandlungen; es stürmte ferner auch das Zeughaus und erhielt hierdurch die Gelegenheit, sich wenigstens einigermaßen zu bewaffnen.

Mit den seltsamsten Waffen beladen stellten sich jetzt die Männer des Volkes hinter die Barrikaden.

Da sah man kaum erwachsene Knaben mit alten Büchsen ohne Hahn und Schloß, Arbeiter mit Morgensternen und Hellebarden, alte Männer mit gewaltigen Streitärten, die sie kaum zu heben vermochten, kurz es war ein so planloses wirres Durcheinander unter den Vertheidigern der Barrikaden, daß an das Halten derselben kaum zu denken war.

Augenzeugen geben die Anzahl der gehörig kampffähig bewaffneten Barrikadenvertheidiger an jenem Tage auf höchstens 150 Mann an, und diese 150 Mann standen 3 Bataillonen regulären Militairs und den frankfurter Stadtsoldaten gegenüber. Zu ihrer Bezwingung mußten außer-

20*

dem noch Hülfstruppen aus Darmstadt, mußte endlich noch Artillerie nach Frankfurt entboten werden.

Jetzt erschien es Herrn von Schmerling und seinen Genossen an der Zeit, den Kampf zu beginnen, jetzt zeigten sich Bewaffnete, jetzt war ein Widerstand zu hoffen, jetzt ein Kampf zu vollbringen und ein Sieg zu erringen, der dann Veranlassung geben konnte zu weiteren Maaßregeln.

Der Kampf begann nach 2 Uhr.

Wir können uns nicht darauf einlassen, eine genaue Schilderung aller der verschiedenen Kampfesscenen und kleinen Gefechte an den Barrikaden zu geben, es würde uns das zu weit führen, und so müssen wir uns denn begnügen mit einer allgemeinen Schilderung, und wollen nur zur Characteristik des Kampfes hier und da eine einzelne Scene hervorheben.

Der Kampf dauerte bis etwa gegen $4^1/_2$ Uhr, wo eine Waffenruhe von kurzer Zeit eintrat, deren Veranlassung wir noch näher berühren werden.

Er war, wie dies wohl natürlich, an allen Punkten siegreich für die Truppen, die in ungeheurer Uebermacht den wenigen Vertheidigern der Barrikaden gegenüberstanden. Aber wie klein auch die Anzahl der Barrikadenkämpfer war, so kämpften dieselben doch mit einer Tapferkeit, mit einer Kühnheit, welche einer bessern Sache würdig gewesen wäre.

Ueberall wurden die Barrikaden auf das Tapferste vertheidigt. Oft wurden die Stürme der an Anzahl den Vertheidigern weit überlegenen Soldaten mit Energie zurückgeschlagen und erst nach mehrfachen Stürmen gelang es, die Barrikaden zu nehmen.

Die Kämpfer zogen sich dann in die Häuser zurück, und die Wenigen mit Gewehren Bewaffneten führten von den Fenstern der Häuser aus den Kampf gegen die anrückenden Soldaten fort.

Wir heben aus dem Kampf vor dem Waffenstillstand folgende Episode, als zur Characteristik des Kampfes wesentlich beitragend hervor.

Etwa gegen drei Uhr war von Darmstadt eine Colonne hessischer Truppen zur Hülfe gekommen, über den Mainquai war dieselbe vorgedrungen und in die Fahrstraße eingerückt. Die Straße war durch eine ziemlich hohe, starke Barrikade versperrt; aber dieselbe war von Bewaffneten nicht besetzt, und nur eine Menge Neugieriger ging hinter derselben auf und ab, weit entfernt davon, hier an einen Kampf zu denken. Unter diesen befanden sich auch die Abgeordneten Reichardt aus Speyer und Wiesner aus Wien.

Dieselben gingen auf die Soldaten zu und theilten dem commandirenden Offizier mit, daß die Barrikade leer sei, und daß er daher nicht nöthig habe, auf dieselbe feuern zu lassen, denn nur Wehrlose ständen dahinter.

Nichts desto weniger ließ der Offizier dennoch feuern und die leere Barrikade stürmen.

Nach dieser Heldenthat rückte er weiter vor, um eine andere Barrikade, allerdings erst nach heftigem Kampfe, nehmen zu müssen.

Wir theilen dies vereinzelte Factum mit, weil es ein grelles Licht wirft auf die von den gutgesinnten Zeitungen so häufig prahlerisch gepriesene Tapferkeit der Soldaten bei dem frankfurter Straßenkampfe, eine Tapferkeit, die wahr-

lich den wenigen bewaffneten Leuten, die hinter den Barrikaden standen, gegenüber, nicht schwer zu beweisen war.

Am Nachmittag gegen $4^1/_2$ trat, wie wir bereits erwähnten, Waffenstillstand ein. Derselbe hatte folgende Veranlassung.

Während schon überall der Kampf entbrannt war, hatten sich im deutschen Hofe etwa 17 Mitglieder der Linken eingefunden, unter diesen: Tafel von Stuttgart, Trützschler aus Sachsen, Schüler von Jena, Peter aus Baden, Simon von Trier.

Die Mitglieder der Linken sahen das Unsinnige eines Kampfes, wie der, welcher im gegenwärtigen Augenblicke in den Straßen Frankfurts ausgekämpft wurde, sehr wohl ein, und sie hielten es daher für ihre heilige Pflicht, die Beendigung des Kampfes anzubahnen.

Sie beschlossen, sich direct an den Reichsverweser zu wenden, und ihn zu bitten, daß er Befehle zum Rückzug der Truppen gäbe, weil nur hierdurch die Wuth des Volkes vermindert werden könnte.

Der Reichsverweser befand sich auf seinem Landsitze in Bockenheim. Dorthin wendeten sich die 17 Deputirten und fanden daselbst die Abgeordneten Raveaux von Köln und Schilling von Wien, welche in derselben Absicht zum Reichsverweser gekommen waren.

Der Reichsverweser empfing die Abgeordneten freundlich, er sprach seine Bereitwilligkeit aus, Alles zu thun, was in seinen Kräften stehe, um den Kampf zu beenden; aber er versicherte auch, daß er selbst keine Befehle zu ertheilen vermöge, da die Minister allein die Verantwortlichkeit für

ihre Schritte hätten, und er ihnen daher auch die Sache überlassen müsse.

Erst als Trützschler und Simon erklärten, daß sie mit ihrem Kopfe dafür haften wollten, die empörten Volkshaufen zu beruhigen, wenn die Truppen sich zurückzögen, erst da willigte er auf vieles Bitten der Abgeordneten ein, ihnen schriftlich seinen Wunsch zur Beendigung des Kampfes in einem Schreiben an den Kriegsminister mitzugeben, und er that dies in folgendem kurzen Briefe:

„An den Reichs-Kriegsminister, königl. preuß. Generalmajor von Peucker.

Frankfurt a. M., den 18 Septbr. 1848.

Eben war bei mir eine Deputation von Mitgliedern der Nationalversammlung, welche mir zur Vermeidung von Blutvergießen Vorstellungen machte. Ich habe dieselbe an Sie gewiesen; mein Wunsch ist, daß, was auf gütlichem Wege beigelegt werden kann, — geschehe.

Der Reichsverweser
(gez.) Erzherzog Johann.“

Mit diesem Briefe begaben sich die Abgeordneten sofort nach dem Turn- und Taxis-Palaste zum Ministerium.

Der Kriegsminister von Peucker, der Minister des Innern von Schmerling, und der Justizminister Mohl waren gegenwärtig; auch der Präsident der Nationalversammlung Heinrich von Gagern, der edle Heinrich von Gagern, der Volksmann, der spätere Chef der Gothaer Partei war anwesend.

Die Abgeordneten übergaben den Brief des Erzherzogs dem Kriegsminister, und wiederholten ihre Bitten, daß das

Militair zurückgezogen werde. Sie verlangten keineswegs, daß das Militair ganz abmarschire, sondern nur, daß es sich auf den freien Plätzen concentrire, dann wollten sie dafür stehen, daß das Volk selbst die Barrikaden forträume.

Simon von Trier und Trützschler verbürgten sich auch hier wieder mit ihrem Leben für die Wegräumung der Barrikaden.

Der Kriegsminister las in großer Verlegenheit den Brief des Reichsverwesers; er sagte endlich, für sich allein könne er nichts beschließen, nur in einem gesammten Ministerrath wäre ein Beschluß möglich.

Da aber unterbrach ihn der Bannerträger der Reaction, Herr von Schmerling, hastig und entgegnete, es seien genug Minister gegenwärtig, um die volle Verantwortung zu übernehmen; unter jeder Bedingung aber müßten die Vorschläge der Deputation der Linken zurückgewiesen werden, man könne auf keine Verhandlungen eingehen, erst wenn die Barrikaden fortgeräumt wären, erst dann würde das Militair vom Kampfe abstehen.

Der edle Heinrich von Gagern hatte bisher sich nicht in die Verhandlung gemischt; als nun aber die Deputirten der Linken ihn baten, sein Fürwort beim Ministerium einzulegen, da wurde er höchst unwirsch und gab zu erkennen, daß er ganz die Ansichten des Herrn von Schmerling theile.

Vergeblich waren alle Bitten der Männer des Volkes. Nach vieler Mühe erlangten sie endlich die Bewilligung eines halbstündlichen Waffenstillstandes, damit sie während dieser Zeit versuchen möchten die Wegräumung der Barrikaden und die Niederlegung der Waffen von Seiten des Volkes

zu bewirken. Während dieser Zeit sollten die Soldaten, ohne anzugreifen, in ihrer Stellung verbleiben; daß war Alles, was zu erlangen war, nicht einmal eine Amnestie, ein freier Abzug für die Aufständischen wurde gewährt, und somit hatten denn die Abgeordneten der Linken die trostlose Aufgabe, einen Frieden zu vermitteln ohne Bedingungen.

Den Waffenstillstand gewährten die Minister gern, denn während dieser Zeit konnten sie neue Hülfstruppen nach Frankfurt ziehen, während dieser Zeit kam die noch fehlende Artillerie in Frankfurt an.

Unermüdlich suchten jetzt die tüchtigen Männer des Volks ihrer schweren Pflicht zu genügen. Mit weißen Tüchern an den Stöcken begaben sie sich auf den Schauplatz des Kampfes, um den Frieden herzustellen, indem sie durch dieselben sich als Parlamentaire zu erkennen gaben. Sie achteten nicht darauf, welche Gefahr sie bedrohte, unerschrocken begaben sie sich in das heftigste Feuer, um das Werk des Friedens zu vollenden. Nur schwer gelang es ihnen, den Waffenstillstand zur Ausführung zu bringen, denn die Soldaten wie das Volk waren von gleicher Kampfeswuth ergriffen, und während schon zwischen ihnen die Abgeordneten mit den weißen Friedensfahnen standen, dauerte das Feuer noch immer fort, so daß die Abgeordneten in ein förmliches Kreuzfeuer, in die Gefahr geriethen, von beiden Seiten erschossen zu werden.

Erst nach vielen Anstrengungen gelang es, dem Feuer ein Ende zu machen. Jetzt suchten die Abgeordneten den zweiten Theil ihrer Aufgabe zu vollenden.

Sie wandten sich an die Kämpfer der Barrikaden, stellten ihnen das Thörichte einer weitern Fortsetzung des

Kampfes vor und fragten nach ihren Wünschen; aber überall hörten sie nur eine Antwort, daß erst das preußische Militair abziehen müsse, dann sollten die Barrikaden übergeben werden; ein politisches Motiv zum Kampfe wurde nirgend von den Vertheidigern der Barrikaden angegeben. Es war ein Kampf, ohne alle politische Ursache, ein Kampf lediglich hervorgebracht durch die Wuth des Volks auf die preußischen Soldaten.

Die Kämpfer erklärten sich fest entschlossen, bei den Waffen zu verharren, und so mußten denn die Abgeordneten unverrichteter Sache zurückkehren. Noch einmal beschlossen sie, das schwere Amt der Vermittlung beim Reichsministerium zu übernehmen.

Sie kehrten nach dem Ministerium zurück und fanden dort die Herrn Peuker und v. Schmerling in Unterhandlung, den preußischen Oberst-Lieutnant Fischer in bürgerlicher Kleidung und einige andere Offiziere. Sie wurden kalt empfangen; Herr v. Schmerling erwiderte ihnen mit einem höhnischen Lächeln, daß an eine Amnestie so wenig zu denken sei, wie an eine Zurückziehung des Militairs, die Leute möchten die Barrikaden selbst abräumen, dann würde man aufhören zu schießen. Jede weitere Verhandlung brach Herr v. Schmerling ab, so daß Rösler von Oels ihm endlich entrüstet zurief: „Wohlan Sie wollen also noch mehr Bürgerblut fließen sehen, es komme über Sie und über ihr Haupt! Die Nachwelt wird Ihr Benehmen richten!"

Herr v. Schmerling antwortete nur mit einer kalten höhnischen Verbeugung; der Oberst-Lieutnant Fischer hingegen rief den forteilenden Deputirten nach: „Die Schuld des Bluts mag über die kommen, welche aufgehetzt haben."

Damit war wiederum die Unterhandlung erledigt.

Es verbreitete sich schnell in der Stadt die Nachricht, das Ministerium werde in keiner Weise auf Friedens-Unterhandlungen eingehen. Die Deputirten glaubten indeß noch immer, die Hoffnung nicht aufgeben zu dürfen, und so entschlossen sich denn abermals etwa 12 Abgeordnete Robert Blum, Löwe von Calbe, Gritzner von Wien und Andere, noch einen Versuch zur Friedensstiftung bei dem Reichsverweser selbst zu machen.

Auch diese Deputation empfing der Reichsverweser so freundlich, wie die frühere, aber nichts desto weniger erklärte er, daß er den Ministern nichts befehlen könne, da er selbst unverantwortlich sei, die Minister aber die Verantwortlichkeit ihrer Schritte trügen. Vergeblich entgegnete ihm Robert Blum, das sei freilich richtig, aber er habe die Macht, die Minister zu entlassen, und unmittelbar solche Minister wieder zu ernennen, welche seine Anordnungen auszuführen, sich bereit erklärten.

Der Reichsverweser schüttelte mit dem Kopfe und ging auf diesen Vorschlag nicht ein; nur erklärte er sich bereit, nach Frankfurt zurückzukehren, um dort in eine nähere Verbindung mit dem Ministerium zu persönlicher Rücksprache zu treten.

Er that dies auf den Wunsch der Deputation. Diese eilte ihm voraus, um sich mit einer neuen Bitte an das Ministerium zu wenden.

Das Ministerium hatte sich mittlerweile auf die Hauptwache begeben und war dort in Verbindung mit dem commandirenden General Nobili beschäftigt, auf einem Plan der

Stadt Frankfurt die Disposition zu einem neuen Kampfe zu treffen.

Herr v. Schmerling empfing die Abgeordneten höchst unfreundlich und rief ihnen entgegen: „Stören Sie uns nicht in unseren Dispositionen!". Aber die Abgeordneten ließen sich nicht zurückschrecken. Sie erhielten indeß eine eben so abschlägige Antwort wie die früheren Deputationen, und mußten sich nach dem deutschen Hofe zurückbegeben.

Nun verlangten sie, daß das Ministerium noch vor Beginn des Kampfes eine neue Rücksprache mit dem Reichsverweser nehmen möge.

Im deutschen Hofe hatten sich mittlerweile mehr und mehr Abgeordnete der Linken zusammengefunden. Noch immer wollten sie die Hoffnung auf eine Beendigung des Kampfes nicht aufgeben, noch einmal beschlossen sie, eine Deputation zu ernennen. Robert Blum, Gritzner und Zimmermann von Spandau erhielten die schwierige Aufgabe, noch einmal sich an den Reichsverweser zu wenden, um das Friedenswerk zu vermitteln.

Beim Reichsverweser angekommen erhielten sie indeß die Antwort, der Reichsverweser sei zu erschöpft, um eine neue Deputation zu empfangen. Sie wollten sich entfernen; da trafen zwei Deputirte der Aufständischen beim Reichsverweser ein und ließen sich bei demselben melden. Es war ein junger Mann aus Frankfurt, Namens Reinach und ein Norddeutscher. Der Reichsverweser nahm die Deputation der Aufständischen an und bat die Abgeordneten, bei der Unterredung gegenwärtig zu sein.

Mit milden Worten erklärte der Erzherzog, daß er gern bereit sei, Milde für Strenge eintreten zu lassen, und

als Reinach versicherte, daß er sich verbindlich für die Niederlegung der Waffen, und die Räumung der Barrikaden mache, wenn nur eine Amnestie gewährt werde, erwiderte der Erzherzog, daß er gern dazu seine Hand bieten werde; er freilich sei nicht im Stande, Straflosigkeit zu bewilligen, das sei Sache des Ministeriums, aber er wolle noch einmal mit dem Ministerium Rücksprache darüber nehmen.

Die Unterredung war noch nicht beendet, da donnerten die Kanonen und zeigten, daß der Kampf auf's Neue begonnen habe. Eine Straflosigkeit wurde nicht bewilligt vom Ministerium und so waren denn alle Friedens-Unterhandlungen vergeblich gewesen. Freilich versuchten noch immer die Abgeordneten der Linken, beim Volke selbst den Frieden herzustellen, aber es war vergeblich.

„Wir wollen fallen für die Ehre Deutschlands, und wenn auch Hunderttausende gegen uns ständen!" riefen die enthusiastischen Kämpfer hinter den Barrikaden mit einem Muth, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre.

Der Kampf wurde wieder begonnen, die Waffenruhe war beendet, und er wurde begonnen von Seiten der Truppen mit neuer Kraft, denn eine Batterie reitende Artillerie war während des Waffenstillstands aus Darmstadt zu Hülfe gekommen. Außerdem waren auch noch andere Truppen als Zuzug in Frankfurt angelangt von Mainz, Darmstadt und Friedeberg aus.

Mit erneuerter Heftigkeit wurde der Kampf begonnen, und das Resultat desselben war natürlich der Sieg der Truppen, welche eine so ungeheure Uebermacht den wenigen Vertheidigern der Barrikaden gegenüber hatten.

Abends gegen 9 Uhr war fast an allen Punkten der

Kampf beendet, der Sieg auf Seiten des Militairs; nur auf einzelnen Stellen hielten sich die Barrikaden etwas länger, und wurden dann meistens ohne Kampf übergeben.

Die ganze Nacht hindurch ertönten allerdings noch Schüsse in verschiedenen Theilen der Stadt, aber ohne daß noch ein eigentlicher Kampf stattgefunden hätte.

Wir können auch jetzt nicht die Kämpfe an allen einzelnen Barrikaden erzählen, nur einzelne Scenen wollen wir wieder zur Characteristik desselben hervorheben.

An der Dönges-Gasse hatte ein Mechanikus aus Heidelberg tapfer gekämpft. Er hatte gegen die angreifenden östreichischen Truppen unausgesetzt geschossen und jedem Schuß war ein Opfer gefallen, theils todt, theils verwundet.

Die Oestreicher waren in die Häuser eingedrungen und suchten von hier aus auf den tapfern Mechanikus aus den Fenstern zu schießen. Er hielt sich indessen gut hinter der Barrikade gedeckt.

Durch eine Kriegslist erreichte endlich der östreichische Offizier seinen Zweck. Er hielt nämlich seinen Tschako durch das Fenster; in dem nächsten Augenblicke fuhr eine Kugel durch den Tschako, die — wäre der Tschako nicht leer gewesen — sicher ihren Mann getödtet hätte. In demselben Augenblicke feuerten aber auch die östreichischen Schützen gegen den Barrikadenkämpfer und dieser stürzte tödtlich in den Kopf getroffen zusammen.

Nachdem der Kampf beendet war, wurden überall die Aufständischen in den verschiedenen Straßen aufgegriffen und aus den Häusern herausgeholt. Es wurden dabei auch viele aufgegriffen, welche gar nicht bei dem Aufruhr betheiligt gewesen waren.

Die Behandlung der Gefangenen war zum Theil eine wahrhaft empörende. Nur wenige Offiziere gaben sich Mühe, die Gefangenen vor Mißhandlungen zu schützen; andere dagegen ermunterten durch ihr Beispiel die Soldaten zu Excessen.

Das folgende Factum, welches der Abgeordnete Schilling von Wien verbürgt, mag als Beispiel dienen.

In ein Zimmer der Hauptwache wurden Abends gegen 11 Uhr mehrere Gefangene gebracht, unter denen ein Knabe von etwa 16 Jahren. Der wachthabende Offizier schlug diesen mit der flachen Hand in das Gesicht, indem er sagte: „Ei, der hat ein recht böses Gesicht! der hat ein bitterböses Gesicht!"

„Das ist schändlich, das ist infam!" rief der Abgeordnete Schilling entrüstet, und ein anderer Abgeordneter der Oberst Mayern rief dem Offizier zu: „Ein Gefangener soll heilig sein!"

So wurde denn in Frankfurt a. M. an jenem Abend mit den Gefangenen dasselbe Spiel getrieben, wenn auch etwas weniger unmenschlich, als es später in Dresden und an andern Orten, im Badenschen, und wie es vorher am 18. März in Berlin getrieben worden war.

Nachdem wir dem Leser den Aufstand und seinen Erfolg geschildert haben, liegt es uns jetzt noch ob, eine traurige Episode des verhängnißvollen 18. September zu schildern, es ist der Mord der Abgeordneten v. Auerswald und Lichnowsky.

Fürst Lichnowsky, der früher Liberale, war seit dem März einer der schroffsten Stimmführer der Absolutisten geworden. Wenige Führer in der National-Versammlung

hatten einen solchen Haß auf sich geladen, als Fürst Felix v. Lichnowsky. Sein schoffes Auftreten, seine Verhöhnungen der Redner der Linken, der junkerhafte Stolz, mit dem er sich in Schmähreden gegen die Volksfreiheiten und gegen das Volk selbst ergoß, hatten ihn beim Volke mehr verhaßt gemacht, als irgend einen anderen Redner der Rechten.

Nicht so der Herr v. Auerswald. Dieser war beim Volke wenig bekannt, und die Wenigen, welche ihn kannten, achteten ihn, wenn er auch freilich einer andern Parthei angehörte, als der des Volkes.

Fürst Lichnowsky verließ nur mit einem feinen Stockdegen bewaffnet in Begleitung des Generals Auerswald, der in bürgerlicher Kleidung und unbewaffnet war, die Stadt Frankfurt, in welcher Absicht ist nicht genau bekannt geworden. Man glaubt, Fürst Felix v. Lichnowsky habe sich außerhalb der Stadt nach den Zuzügen umsehen wollen, welche etwa von andern Orten den Insurgenten nach Frankfurt zu Hülfe kommen möchten. Andrerseits wird behauptet, er habe sich überzeugen wollen, ob die Artillerie zur Bekämpfung des Aufstandes bald herbei käme. In der Nähe des Eschenheimer Thores traf Fürst v. Lichnowsky grade zu der Zeit ein, als die Preußen eine Barrikade erstürmten, und mehrere Peloton-Feuer gaben.

Lichnowsky erhob sich bei jedem Peloton-Feuer im Sattel und klatschte lebhaft Bravo, dann ritt er weiter.

Es war etwa 4 Uhr Nachmittags als Lichnowsky und Auerswald die Stadt durch das Eschenheimer Thor verließen, und sich nach dem Friedberger Thor hinwandten. Dort fragte Lichnowsky einen Mann, der ihm begegnete, wohin das preußische Militair, welches so eben vorbeigezogen

sei, seine Richtung genommen habe; es wurde ihn erwiedert, nach dem Allerheiligen Thore, und dahin sprengten die beiden Reiter.

Vor dem Thore war viel Volk versammelt. Plötzlich wurde Lichnowsky erkannt. Der Ruf: „Lichnowsky ist als Spion aus Frankfurt gekommen!" verbreitete sich unter der Menge, und diese begrüßte ihn mit einem Steinregen und Flintenschüssen.

Die Reiter ritten schnell vorwärts, plötzlich jedoch kehrten beide wieder um und wandten sich gegen das Friedberger Thor. War es Tollkühnheit, war es Plan von Lichnowsky, man weiß es nicht. Kurz derselbe kam wieder auf die Menschenmenge zu, welche ihn doch so eben so unfreundlich begrüßt hatte, von welcher er wußte, daß sie ihn auf das Höchste haßte.

Er hätte leicht jedem Angriff entfliehen können, wenn er in das weite Feld hinaus geritten wäre, und auf anderen Wegen wieder sich der Stadt genähert hätte. Aber er that dies nicht, sondern er ritt bei der langen Reihe Menschen, welche so eben Steine auf ihn geschleudert hatte, vorüber und wurde nun durch einen neuen und heftigeren Steinregen, durch neue Schüsse empfangen.

Jetzt erst wichen Lichnowsky und Auerswald zurück. Anstatt aber auf der Chaussee fortzueilen, ritten beide den Feldweg entlang und bogen in ein nach dem Schmidtschen Garten führendes enges Gäßchen ein.

Hier verließen sie ihre Pferde und suchten sich in einem Gartenhause zu verbergen. General Auerswald wurde mit einem Schlafrocke des Gärtners Schmidt bekleidet und versteckte sich in einer Bodenkammer, Lichnowsky

hingegen versteckte sich in einem Keller, indem er sich auf einer Kartoffelhorde ausstreckte.

Die Menschenmassen hatten die Reiter verfolgt, sie hatten errathen, daß dieselben in dem Schmidtschen Hause sich verborgen hätten, und forderten jetzt von dem Besitzer, die Spione herauszugeben, damit Standrecht über dieselben gehalten würde.

Vergeblich versicherten die Bewohner des Hauses, es sei Niemand im Hause verborgen. Die Aufrührer hatten General Auerswald von Außen durch das Fenster gesehen. Nach einigem Suchen entdeckten sie den General auf dem Boden des Hauses. Sie schleppten ihn aus dem Hause über einen breiten Graben, der unmittelbar bei dem Hause vorbeigeht, hinweg über ein kleines Brückchen.

Hier ermordeten sie ihn auf eine unmenschliche Weise. Zuerst erhielt General Auerswald einen heftigen Kolbenstoß auf die Schulter, der ihn in den Graben stürzte. Er wollte sich wieder aufrichten, da erhielt er einen Schuß in den Leib, einen zweiten Schuß in den Kopf, als er bereits ganz am Boden lag. Der zweite Schuß tödtete ihn augenblicklich.

Ein Arzt, Dr. Hodes aus Bornheim hatte die Schüsse gehört, und lief herzu, indem er noch hoffte, Unheil verhüten zu können.

Er fand den General Auerswald sterbend im Graben im heftigsten Todeskampfe. Das kahle, durch den Schuß verwundete Haupt lag abwärts. Niemand wußte, wer der Ermordete sei; endlich wurde der Hut desselben gefunden und in demselben befand sich der Name „General von Auerswald.“

Nachdem dieser Mord vollbracht worden war, bei dem sich übrigens ein Weib in ziemlich guter Kleidung durch wildes wüthendes Geschrei und durch Aufregung der Volksmasse auf eine abscheuliche Weise ausgezeichnet hatte, kehrten die Aufrührer in das Gärtnerhaus zurück, um den Fürsten Lichnowsky, der ihnen bisher noch entgangen war, zu suchen.

Zweimal hatten sie vergeblich das ganze Haus durchforscht, da wurde Fürst Lichnowsky im Keller entdeckt und dieser gewaltsam erbrochen.

Dr. Hodes bemühte sich, den Fürsten zu beschützen, er wurde selbst durch die Aufrührer bedroht, aber furchtlos versuchte er es ihnen vorzustellen, daß sie einen weit wesentlicheren Vortheil aus der Gefangennehmung des Fürsten, sowohl beim Gelingen als beim Mißlingen des Kampfes in der Stadt ziehen könnten, als wenn Fürst Lichnowsky erschossen würde. Zu gleicher Zeit aber mußte er auch den Fürsten Lichnowsky selbst ermahnen, seinen Unmuth zu bezwingen und sich zu mäßigen.

Die Bemühungen des Dr. Hodes waren indeß vergeblich, der Kampf in der Stadt hatte alle Gemüther aufgeregt, und jede Salve, die man von fern hörte, vergrößerte die Wuth und Erbitterung der Aufrührer.

Noch aber war der Beschluß, den Fürsten zu ermorden, nicht vollkommen fest gefaßt, die Ansicht, daß es vortheilhafter sei, ihn nur gefangen zu halten, schien allmählich mehr Raum zu gewinnen. Das Leben des Fürsten wäre vielleicht erhalten worden, wenn dieser sein heftiges Temperament hätte bezwingen können; unter fortwährenden Stößen wurde er auf den Weg gebracht, der nach Bornheim führt.

Auf diesem Wege wurden ihm die Kleider in Fetzen vom Leibe gerissen. Bald stieß ihn Einer hier, bald riß ihn ein anderer der Aufrührer dort.

Fürst Lichnowsky wurde über diese Behandlung wüthend und schrie laut auf: „Wollt ihr mich denn in Stücke zerreißen?!" und zu gleicher Zeit riß er einem der ihm nahe stehenden Bewaffneten das Gewehr aus der Hand. Das erregte eine furchtbare Wuth, der Fürst erhielt einen Kolbenschlag auf den Kopf, er sprang' einige Schritte vorwärts gegen einen Baum, dann erhielt er einen Schuß, der ihm das Rückgrat zerschmetterte und den Unterleib durchbohrte; zugleich zerfleischte ein zweiter Schuß seinen rechten Arm.

In Blut gebadet sank der Fürst zu Boden. Lichnowsky lebte noch, aber das verhinderte die von der Wuth vollständig geblendeten und entmenschten Aufrührer nicht, ihn fortwährend zu mißhandeln, erst als eine Cavalleriepatrouille sich nahte, die von der Gefahr des Fürsten benachrichtigt worden war, zerstreute sich der Haufen.

Der Fürst wurde auf eine Bahre gelegt, und nach dem Hause des Baron von Bethmann, welches sich in der Nähe befand, gebracht, von dort schaffte man ihn nach dem Hospital zum heiligen Geist, und hier verschied er in Folge der tödlichen Wunden in der Nacht.

Die Aerzte versicherten, es sei ein Wunder, daß er so lange gelebt habe.

Wir haben dem Leser die denkwürdigen Ereignisse des 18. Septembers in Frankfurt nach den authentischsten Quellen, die wir benutzen konnten, geschildert.

Wenige Ereignisse haben einen so gewaltigen Eindruck in ganz Deutschland hervorgerufen, und der Reaction einen so willkommnen Stoff zu Schmähungen der Demokratie gegeben, als grade die September-Ereignisse in Frankfurt am Main.

Alle Organe der Reaction, alle jene servilen Zeitungen, füllten ihre Spalten mit Verdächtigungen gegen die Linke des deutschen Parlaments, mit Schmähungen über die Thätigkeit derselben, über den Antheil, welchen die Linke an dem September-Aufruhr in Frankfurt gehabt haben sollte, und es wurde sogar behauptet, daß dieselbe auch um den Tod des Fürsten Lichnowsky und des Generals Auerswald gewußt haben sollte. Dem September-Aufruhr wurde ein lange vorher bedachter, gut vorbereiteter Plan zu Grunde gelegt, es hieß, die Linke habe die Versammlung auf der Pfingstweide am Tage vor dem Aufruhr veranlaßt, um mittelst derselben am folgenden Tage eine Revolution in Frankfurt zu machen, dann aus dem Parlamente auszutreten, einen Convent zu bilden, und die Zügel der Regierung über Deutschland in die Hände zu nehmen.

Wir haben dem Leser erzählt, wie wenig die Linke geneigt war, zu so kühnen Entschlüssen sich zu ermannen, wie nöthig es allerdings gewesen wäre, daß sie auf das Volk sich stützend die Revolution proklamirt hätte, wie aber dazu den meisten Männern vom deutschen Hofe und dem Westend-Hall der Muth fehlte. Hätte die Linke die Absicht gehabt, welche man ihr unterschob, wahrlich der September-Aufruhr

wäre etwas anderes gewesen als eine vereinzelte Emeute. Tausende und aber Tausende, welche entrüstet waren über die Ereignisse in Frankfurt, hätten damals zu den Waffen gegriffen, und aus der Emeute wäre eine Revolution geworden, aber die Linke wollte auf dem Boden der Gesetzlichkeit sich bewegen, und sie bemühte sich daher, nach allen ihren Kräften den Frieden herzustellen.

Wir haben gesehen, wie energisch, aber zu gleicher Zeit auch wie vergeblich die Männer der Linken versuchten, Frieden zu stiften, wie wenig Sympathien aber auch das Friedenswerk bei den sich gegenüberstehenden Parteien fand.

Daß im September-Aufruhr kein vorbereiteter Plan, daß der ganze Kampf in Frankfurt vollständig planlos, vollständig unvorbereitet war, das ergiebt sich aus allen Einzelnheiten des Kampfes; selbst die Barrikaden waren ganz planlos errichtet, sie waren von so wenigen Kämpfern vertheidigt, daß an ein Halten derselben nicht zu denken war, und in der Errichtung selbst herrschte nicht das geringste System. Hätte dem Kampfe ein Plan zu Grunde gelegen, so wäre Zuzug von außerhalb sicherlich nicht ausgeblieben, denn die ganze Umgegend war geneigt zu revolutionären Schritten; so wären die Eisenbahnen rings um Frankfurt zerstört worden, damit nicht militairische Hülfe nach der Stadt beordert werden könnte; so hätten die Kämpfer wenigstens ein System von Barrikaden zur Vertheidigung der Stadt Frankfurt ausgebreitet, welches ihnen einerseits den Angriff, anderseits aber auch den Rückzug aus der Stadt bei etwanigem Verlust der Barrikadenschlacht erlaubt hätte.

Aber nichts geschah von dem Allem. Der ganze

Kampf beschränkte sich auf einzelne junge Enthusiasten, welche in der Wuth über die Uebergriffe preußischer Truppen die Waffen ergriffen hatten und dieselben nicht niederlegen wollten.

Eben so unvorbereitet war der Mord des Fürsten Lichnowsky und des Generals Auerswald, die lediglich als Opfer der Volkswuth fielen, und eben so betrauert wurden von Mitgliedern der Linken als von denen der Rechten. Daß endlich die Behauptung, welche viele der reactionären Zeitungen aufstellten, die Kämpfer in den Straßen von Frankfurt hätten eine allgemeine Plünderung der reichen Stadt Frankfurt beabsichtigt, ein radikaler Unsinn war, geht am Deutlichsten daraus hervor, daß von den Aufrührern selbst an alle Läden die Worte: „Heilig ist das Eigenthum" geschrieben worden waren, und daß außer der Plünderung der Waffenläden kein Fall eines Einbruchs oder Diebstahls am 18. September bekannt geworden ist.

So unsinnig aber auch immerhin diese Behauptung der reactionären Blätter war, so klar es sich mit jedem Tage mehr und mehr herausstellte, daß der ganze Aufruhr am 18. September nichts war, als das thörichte Unternehmen eines augenblicklich gereizten Volkshaufens, dem kein vernünftiger Plan zum Grunde lag, so erreichten diese Blätter doch eins mit ihren Darstellungen, sie erreichten, daß die furchtsame Partei der Centrums-Männer im deutschen Parlamente mehr denn jemals eingeschüchtert wurde, daß sie mehr denn jemals sich zu der rechten Seite hinüber neigte; zu allen Maaßregeln der Gewalt und Willkühr gaben fortan jene Männer ihre Zustimmung, sie billigten, daß in Frankfurt der Belagerungszustand erklärt und Kriegsge-

setze verkündigt wurden, sie billigten es, daß alle Vereine suspendirt wurden, daß man das freie Versammlungsrecht aufhob, sie billigten es, daß, als die Mitglieder der Linken, um eine Versöhnung anzubahnen, die feierliche Beerdigung der Opfer des Aufruhrs von Seiten des Militairs, wie von Seiten des Volkes forderten, der Reichsminister v. Schmerling jede Feierlichkeit zu Gunsten der Männer des Volkes verbot, während die gefallenen Soldaten und die beiden ermordeten Abgeordneten pomphaft begraben wurden.

Die Parteien standen sich fortan in der Nationalversammlung schroffer gegenüber als jemals früher, und in ganz Deutschland erhob die Reaction ihr wüthendes Geschrei gegen die Demokratie, als ob dieselbe den Kampf am 18. September veranlaßt hätte.

Dies sind die traurigen Folgen des Septemberaufruhrs in Frankfurt a. M. Die ehrenvolle Rolle, welche Robert Blum bei demselben ausgefüllt hat, haben wir dem Leser bereits geschildert. Mit Todesverachtung hatte Robert Blum sich zwischen die Kämpfer geworfen, um den Frieden herzustellen; freilich seine Bemühungen waren vergeblich, doch seine Verdienste sind deswegen nicht weniger gering.

Capitel XVIII.

Die Wiener October-Revolution. Der Mord des Grafen Latour. Die Flucht des Kaisers.

Wir verlassen nach der Erzählung der blutigen Septemberereignisse Frankfurt a. M. und wenden uns gegen Osten, nach Wien, zu der östreichischen Kaiserstadt, um dem Leser die October-Revolution zu schildern und den Antheil, welchen Robert Blum an derselben genommen, so wie sein trauriges Schicksal, welches ihn dieser Revolution zum Opfer, als Märtyrer für die deutsche Freiheit fallen ließ.

In Wien waren schon während des ganzen September vielfach unruhige Bewegungen sichtbar gewesen. Auch in Wien war die Partei der Reaction mit jedem Tage offner und klarer an das Tageslicht hervorgetreten, auch hier hatte sie mit jedem Tage mehr und mehr Macht gewonnen und sie erwartete mit Ungeduld den Augenblick, an dem sie vollkommen die lästige Hülle abstreifen, und ihre wahren Absichten entschleiern konnte. Hatte früher die Regierung, hatte die Partei der Reaction mit dem deutschen Parlamente

geliebäugelt, und sich deutschthümlich gezeigt, so trat schon im Monat September diese Partei wenigstens offen mit der Absicht hervor, daß sie nicht länger die Deutschthümelei als Aushängeschild gebrauchen wollte.

Es bildete sich ein constitutioneller Klubb, der sich offen dem Anschluß Oestreichs an Deutschland entgegenstellte, die schwarz-roth-goldenen Kokarden und Bänder abwarf und die Farben des specifischen Oestreicherthums, schwarz und gelb adoptirte.

Die Mitglieder des Klubbs trugen schwarz-gelbe Kokarden und pflanzten schwarz-gelbe Fahnen vor ihren Häusern auf.

Die große Masse des Volkes in Wien war durch und durch deutsch gesinnt; sie wurde von tiefer Entrüstung ergriffen über die Aufpflanzung der schwarz-gelben Fahnen und die Anlegung der schwarz-gelben Kokarden.

So gab es denn fast täglich im September in Wien unruhige Auftritte; Aufläufe und Katzenmusiken vor den Häusern der als schwarz-gelb bekannten Personen waren an der Tagesordnung.

Aber das Volk hatte noch mehr Ursache zur Unzufriedenheit, und diese Unzufriedenheit mehrte sich daher mit jedem Tage.

Die Oestreichsche Regierung begann im Laufe des Monats Septembers mehr und mehr, ihre Prinzipien offen an den Tag zu legen. Die Hauptveranlassung gab der Regierung dazu das Verhältniß Ungarns zu Oestreich.

Die Ungarn, welche auf den Verheißungen des März fußend, ihr Vaterland als ein selbstständiges Reich constituirt hatten, lagen in Fehde mit dem Banus Jellachich von

Croatien. Dieser war mit den wilden Croatenhorden in Ungarn eingefallen, hatte den Landfrieden gebrochen und war raubend und plündernd mit seinen Schaaren hereingebrochen. Die Ungarn wünschten, daß die Zwistigkeiten zwischen dem Banus von Croatien und dem ungarischen Ministerium durch die Wiener Regierung geschlichtet würden. Sie sandten Deputation über Deputation nach Wien, aber alle diese Deputationen kamen vergeblich, denn die östreichische Regierung wünschte nichts sehnlicher, als daß der Banus von Croatien mit seinen Räuberhorden die ungarische Freiheit unterdrücke, um Ungarn wieder unter das alte östreichische Joch beugen zu können.

Auch an den Wiener Reichstag wandten sich die Ungarn mit einer Deputation, nachdem alle ihre Bemühungen bei der Regierung fruchtlos gewesen waren. Aber der Wiener Reichstag war so kraftlos, so wenig zu energischen Schritten fähig, als fast alle Reichstage und Parlamente Deutschlands im Jahre 1848 und es beschloß denn auch der Wiener Reichstag mit großer Majorität, die Deputation der Ungarn nicht anzunehmen.

So hatten denn die Ungarn alle Mittel und Wege erschöpft, in Gemeinsamkeit mit der östreichischen Regierung den sie bedrohenden Feind abzuweisen; es blieb ihnen jetzt nichts übrig, als auf ihre eigene Kraft zu bauen; sie rüsteten sich gewaltig.

In Wien hatte die treulose Politik, welche die östreichische Camarilla den Ungarn gegenüber beobachtete, eine tiefe Entrüstung erregt. In den letzten Tagen des September hatte der Kaiser eine Proklamation an die Heere Ungarns, sowohl an die des Banus von Croatien, als die der Ma-

gyaren gerichtet, in welcher er diese Heere aufforderte, die Waffen niederzulegen, damit nicht ferner kaiserliche Soldaten gegen einander kämpften.

Aber schon kurze Zeit nach dieser Proklamation wurde plötzlich ein Briefwechsel des Banus Jellachich und einiger seiner Offiziere mit dem östreichischen Kriegsminister Latour und andern Häuptern der östreichischen Kamarilla aufgefunden, in welchem der Banus sich beklagte, daß die ihm zur Fortsetzung des Krieges versprochenen Geschütze, so wie die Geldsummen nicht zu rechter Zeit angekommen seien.

Zu derselben Zeit, in der der Kaiser die Truppen zur Niederlegung der Waffen aufgefordert hatte, zu derselben Zeit waren neue Unterstützungen an Geld und Waffen dem Banus zugesendet worden; er hatte außerdem auch noch größere Versprechungen erhalten.

Der aufgefundene Briefwechsel enthüllte vollkommen die fluchwürdige heuchlerische Politik der östreichischen Kamarilla, und als nun in Ungarn der Palatin, Erzherzog Stephan abdankte, als der kaiserliche Commissarius Graf Lamberg auf der Pesther Brücke vom wüthenden Volke ermordet wurde, als die Ungarn zu den Waffen griffen, um sich selbst von dem Joche des Croaten-Häuptlings zu befreien, da jubelte in Wien das Volk laut auf. In allen Klubbs, in allen Vereinen und Volksversammlungen bildete die ungarische Frage den Hauptgegenstand der Debatte.

In allen diesen Versammlungen wurde die tiefste Entrüstung, die tiefste Empörung des Volkes von Wien über die treulose östreichische Kabinets-Politik ausgesprochen, und mit Entrüstung wies das Volk die Absicht der Regierung,

von Wien aus Hülfstruppen nach Ungarn zum Banus zu schicken, von sich.

Die Entrüstung der Bewohner von Wien über die Politik der kaiserliche Regierung wuchs zu einer furchtbaren Höhe als am 3. October ein kaiserliches Manifest, von Schönbrunn aus datirt, erschien, in welchem der Kaiser die Auflösung des ungarischen Reichstages aussprach und das Kriegsrecht über ganz Ungarn verhängte, den Rebellen, Banus Jellachich von Croatien, aber als bevollmächtigten Commissär ernannte, und mit unbedingter Vollmacht bekleidete.

Zu gleicher Zeit erfuhren die Wiener, daß diejenigen Bataillone, welche bisher in Wien gestanden und durch langen Aufenthalt in der Hauptstadt dem Volke sich genähert, die Gesinnungen desselben angenommen hatten, nach Ungarn dem Banus von Croatien zu Hülfe gesendet werden würden. Das machte das Maaß der Entrüstung voll.

Ein italienisches Bataillon vom Regimente Ceccopieri ging von Wien aus nach Ungarn ab; unter den Soldaten selbst zeigte sich ein gewaltiger Widerstand gegen ihre Sendung, aber zwei Schwaderonen Kürassire ritten neben dem Bataillon her, und zwangen dasselbe, in die Eisenbahnwagen zu steigen, und ihrer Bestimmung entgegen zu gehen.

Das Volk murrte, als es von dem Abgang des italienischen Bataillons hörte; als nun aber gar bekannt wurde, daß auch die deutsch gesinnten Bataillone Richter, Hrabowsky, Heß u. s. w. am 6. October nach Ungarn abgehen sollten, da wurde die Stimmung des Volkes mit jedem Tage aufgeregter, und der gewaltige Ausbruch dieser Auf-

regung stand nahe bevor; aber nicht nur das Volk war beseelt von Unwillen gegen die östreichische Regierung auch die Soldaten selbst waren es.

In den Tagen des 3. 4. und 5. October erschienen sie in den demokratischen Klubbs und erklärten, daß sie sich niemals entschließen könnten, mit den Croaten gegen die freiheitsliebenden Ungarn zu kämpfen.

Schon am Nachmittage des 5. Octobers zeigten sich in der Vorstadt Gumpendorf, in welcher die Kaserne des Bataillons Richter sich befindet, unruhige Bewegungen; das Volk fraternisirte mit der Mannschaft des Grenadier-Bataillons, und redete ihr zu, sich nicht zum Abmarsch gegen Ungarn bewegen zu lassen.

Aber diese Bewegungen sollten am folgenden Tage noch gewaltig wachsen, und ihren furchtbaren Ausbruch erhalten.

Am Morgen des 6. Octobers sammelten sich bewaffnete Garden in der Vorstadt Gumpendorf, es wurde Allarm geschlagen und aus allen benachbarten Vorstädten strömten die Nationalgardisten und Massen bewaffneten Volkes nach der Gumpendorfer Vorstadt zusammen, um den Abmarsch der nach Ungarn bestimmten Bataillone zu verhindern. Das Volk folgte den ausmarschirenden Bataillonen, während die Soldaten zu gleicher Zeit in Massen gegen den ihnen angethanen Zwang protestirten, und sogar die Tambours zwangen, zu trommeln, um das Wiener Volk auf ihren erzwungenen Abmarsch aufmerksam zu machen.

So kam denn das Militair an der Taborbrücke an, und dort gab es einen heftigen Kampf, indem ein Theil

des Militairs sich zum Volke schlug, ein anderer Theil aber gezwungen wurde, sich zurückzuziehen.

Mehr als 30 Todte von den verschiedenen Seiten unter ihnen auch der kaiserliche General Bredy, waren die Opfer dieses Kampfes.

Das Volk strömte nun nach der Stadt zurück, die Sturmglocken wurden geläutet, die Thore gesperrt, und in den verschiedensten Gegenden der Stadt kam es zum Kampf mit dem treu = gebliebenen kaiserlichen Militair, so am Stephansthurme, am Schottenthore und in den verschiedenen andern Gegenden der Stadt.

Fast aus allen diesen Kämpfen ging das Wiener Volk, welches in glorreicher Tapferkeit focht, siegreich hervor.

Mit Todesverachtung rückten die Nationalgarde, die Wiener Studenten, die Mitglieder der academischen Legion gegen das Militair vor, ohne die ihnen entgegengeschleuderten Kartätschenladungen zu beachten. Die Geschütze des Militairs wurden von dem Volke erobert, und das letztere blieb auf den verschiedenen Kampfplätzen Sieger.

Eine der gräßlichsten Katastrophen des 6. Octobers dieses an furchtbaren Ereignissen so reichen Tages, bildet die Ermordung des Kriegsministers Grafen Latour, eine That, die in ihren fürchterlichen Einzelnheiten für die Stadt Wien Folgen gehabt hat, welche sich damals noch kaum berechnen ließen; eine That, welche die sonst so edle und herrliche October=Erhebung der Wiener schändete, indem in ihr sich der gemeine Blutdurst des rachegierigen Pöbels zeigte, ohne gebändigt werden zu können von den, für die wahre Freiheit strebenden und kämpfenden Mitgliedern der akademischen Legion.

Während der Kampf bei der Stephanskirche im vollen Gange war, befanden sich im Kriegsgebäude die sämmtlichen Minister, und unter ihnen Graf Latour, in eifriger Berathung. Graf Latour wurde angegangen, die Garden in der Stephanskirche durch Militair zu unterstützen; er gab endlich nach, und wollte eben eine Abtheilung Truppen dahin schicken, als der Kampf daselbst beendigt war, und die Hülfe also zu spät kam. In allen umliegenden Straßen donnerten die Geschütze, überall wurden, wie wir bereits erzählt haben, die Truppen zurückgeschlagen; die Minister sahen sich daher veranlaßt, die vor dem Kriegsgebäude stehenden, mit Kartätschen geladenen Kanonen in den Hofraum ziehen zu lassen, das Thor zu schließen, und eine Compagnie Grenadiere im Hof aufstellen zu lassen. Eine der Kanonen wurde mit der Mündung gegen das vordere Thor gerichtet.

Als am Nachmittag gegen halb Drei der Stand des Militairs immer mißlicher wurde, trug man vielfach beim Kriegsminister darauf an, die Geschütze zurückziehen zu lassen. Endlich ging der Ministerrath darauf ein, und auf zehn bis zwölf Blätter Papier wurden die Worte geschrieben: „Das Feuer ist überall einzustellen.“ Diese Blätter wurden von Latour und dem Minister Wessenberg unterschrieben und an die Adjutanten und Ordonnanz=Offiziere vertheilt, um mit ihnen den Frieden herzustellen.

Es war indessen bereits zu spät. Bald füllte sich die Straße vor dem Kriegsgebäude mit großen Massen von Studenten, Nationalgarden und Volk, und das Militair wurde überall zurückgedrängt. Barrikaden wurden in allen benachbarten Straßen errichtet. Die Ordonnanz=Offiziere

versuchten vergeblich den Beschluß der Zurückziehung des Militairs zu verkünden; selbst ein als Ordonnanz im Kriegsgebäude anwesender Offizier der akademischen Legion, welcher dem Volke mit einem weißen Tuche zuwinkte und das Blatt mit Latours und Wessenbergs Unterschrift zeigte, konnte bei dem wüthenden Lärm des Volkes nicht durchdringen.

Mit Brechstangen und anderen Eisen-Geräthschaften suchte die tobende Menge das Thor des Kriegsgebäudes zu erbrechen.

Das Kriegsgebäude wäre leicht zu vertheidigen gewesen, aber es wurde gar nicht versucht, denn die Grenadiere, welche die Wache hatten, sympathesirten mit dem Volke.

Das Thor wurde erbrochen, und augenblicklich strömte das Volk, mit Stangen, Spießen, Aexten und Gewehren versehen, untermischt mit National-Garden und Legionairen ungestüm in den Hof. Der Ruf: „Wo ist Latour?" „Hängt ihn auf!" und dergleichen Ausrufungen mehr ertönten aus dem wilden Haufen.

Ein Theil des Volkes stürzte sich augenblicklich auf die beiden Kanonen, welche im Hof standen, und führte dieselben unter wüstem Geschrei aus dem Kriegsgebäude; ein anderer Theil vertheilte sich in die Gänge des alten Gebäudes, eines früheren Jesuiten-Klosters, um in denselben den Minister Latour aufzusuchen.

Latour war im Kriegsgebäude geblieben, während die übrigen Minister sich beim Eindringen des Volkes unter dasselbe gemischt und schnell entfernt hatten. Als schon das Volk sich in alle Gänge vertheilt hatte, kam eine Anzahl von den Mitgliedern des Reichstages, unter ihnen die Abgeordneten Smolka, Borrosch, Goldmark, Sierakowski u. s. w.

in das Kriegsgebäude, um die bedrohten Minister durch ihren Einfluß zu beschützen. Der Abgeordnete Borrosch, ein beliebter Volksmann, brachte es endlich dahin, von der Menge gehört zu werden. Er versprach, daß der Kriegs-Minister Latour in Anklagezustand versetzt und der gesetzlichen Strafe nicht entgehen werde. Er beschwor das Volk, die errungenen herrlichen Siege nicht durch einen Mord zu beflecken, und seine Worte fanden Anklang; Tausende hoben die Hände in die Höhe und gelobten, das Leben Latours zu schonen.

Das Volk jubelte dem Redner zu, hob ihn auf ein Pferd und zog mit ihm im Triumphe durch die Stadt. Die übrigen Deputirten blieben im Kriegsgebäude zurück.

Fortwährend strömten indessen neue Schaaren des Volkes dem Kriegsgebäude zu, und drängten sich in den Hof und in die Gänge. So kam es, daß von denen, welche Borrosch die Schonung des Kriegs-Ministers gelobt hatten, wohl nur noch wenige unter der unzähligen Masse des anderen Volkes sich im Gebäude befanden.

Latour war während dieser Zeit in einem der oberen Zimmer gewesen. Auf den Rath der Reichstags-Deputirten und der anwesenden Generäle entschloß er sich endlich, seine Uniform auszuziehen, sich in Civil umzukleiden und sich aus seiner Wohnung im zweiten Stock nach einer Kammer auf dem Boden, welche zur Aufbewahrung von Geräthschaften diente, zu begeben. Er that dies um so mehr, als ihm ein Vorfall unten auf dem Hof die dringende Lebensgefahr zeigte, in welcher er schwebte. Auf dem Hofe war nämlich ein Techniker, welcher für das Leben Latours gesprochen hatte, von dem wüthenden Pöbel mit seiner eigenen Schärpe

aufgehängt worden, und man hatte den jungen Mann erst, als er schon dem Tode nahe war, wieder abgeschnitten.

Kaum hatte sich der Minister aus seiner Wohnung entfernt, so stürmte das Volk in dieselbe, um ihn zu suchen. Alle Zimmer wurden auf das Genaueste durchforscht und die Briefschaften Latours von einem der Anführer des Volkes in Beschlag genommen.

Mit jedem Augenblicke wuchs die Gefahr für den unglücklichen Latour. Noch hofften die Reichstags-Deputirten, ihn zu retten, wenn er seine Abdankung dem Volke übergebe. Latour verließ deshalb sein Versteck und schrieb in einem Zimmer des vierten Stockwerkes auf einen Zettel die Worte: „Mit Genehmigung Sr. Majestät bin ich bereit, meine Stelle als Kriegs-Minister niederzulegen. Latour." Der Vice-Präsident des Reichstages, Smolka, ein Mitglied der Linken, nahm den Zettel und ging damit hinab, um ihn dem Volke mitzutheilen und dasselbe zu beruhigen.

Latour wollte sich unmittelbar nach Unterschreibung des Zettels wieder in sein Zimmer zurückbegeben; er mußte zu diesem Behuf durch mehrere enge Gänge gehen, aber diese waren bereits vom Volke eingenommen. Die Reichstags-Deputirten Smolka und Sierakowski erklärten sich bereit, den Minister unter ihren Schutz zu nehmen und ihn in das bürgerliche Zeughaus zu seiner Sicherheit zu bringen.

Während dieser Zeit, es war etwa gegen 4 Uhr geworden, hatte sich der Volksauflauf mit jedem Augenblicke vergrößert, das Toben der Menge wurde immer lauter und ungestümer, alle Gänge des weitläuftigen Gebäudes waren dicht besetzt, man mußte sich durch dieselben förmlich drängen.

Die Abdankung des Ministers war einem Hauptmann Namens Nieviadonski übergeben, dieser las sie dem Volke vor, und wollte dann den Reichstag von der Gefahr in Kenntniß setzen, in welcher sich der Kriegsminister befand, um Hülfe für ihn zu erbitten. Augenblicklich umringte das Volk den Friedensstifter, und einige der Umstehenden bemerkten sogleich, daß das geschriebene Blatt mit frischem Sand bestreut sei, daß also der Kriegsminister sich in der Nähe befände. Sie packten den Hauptmann und drohten ihm mit dem Tode, wenn er nicht augenblicklich den Aufenthalt des Kriegsministers ihnen anzeige. — Anfangs verweigerte dies der Hauptmann, dann aber nannte er ihnen einen entfernten Ort als Zufluchtsstätte Latours.

Die Massen stürzten sofort nach dem genannten Zimmer; nur ein Theil blieb zurück, um den Hauptmann Nieviadonski als Geißel zu bewahren. Der Hauptmann kannte indessen einen verborgenen Ausgang durch eine Tapetenthür aus dem Zimmer, in welchem er gefangen gehalten wurde, und durch diesen entkam er glücklich.

Der Kriegs-Minister hatte sich mittlerweile den Reichstags-Abgeordneten übergeben und sich unter den Schutz derselben gestellt; aber dieser Schutz sollte ihm nichts nützen. Kaum wurde die Menge Latours ansichtig, als er durch die engen Gänge die Treppen hinabgedrängt wurde. So kam Latour in den Hof; dort wurde das Gedränge fürchterlich; vergebens bemühten sich die Deputirten, vergebens eine Anzahl Legionäre und National-Gardisten, das Leben des unglücklichen Latour zu schützen; sie wurden von ihm fortgedrängt.

Dem Minister wurde der Hut vom Kopfe gerissen, er selbst gestoßen und gemißhandelt. Ein Arbeiter erhob einen gewaltigen Hammer und schlug ihm damit rückwärts auf den Kopf, während zu gleicher Zeit mehrere Säbelhiebe sein Gesicht zerfleischten und ein anderer Arbeiter dem Minister einen Bajonettstich durch die Brust gab. „Ich sterbe unschuldig!“ dies waren die einzigen Worte Latours; dann stürzte er zusammen.

Ein ungeheurer Jubel über die Mordthat wurde unter dem blutdürstigen Volke laut. Der Leichnam wurde mit einer Schnur an ein Fenstergitter geknüpft, aber noch fortwährend mißhandelt. Die Schnur riß, das Volk schleifte die Leiche fort und hing sie vor dem Kriegsgebäude an einen Gas-Kandelaber vor der Hauptwache auf. Noch dort wurde nach dem todten Körper geschossen und gestochen, ihm wurden die Kleider abgerissen, und die Leiche auf das Scheußlichste geschändet. Die verwilderte Menge tauchte ihre Schnupftücher in das Blut, und benutzte diese Tücher als rothe Fahnen. Die Grenadiere auf der Hauptwache sahen, das Gewehr beim Fuß, diesem ganzen Schauspiele zu, ohne sich im Geringsten um dasselbe zu kümmern. Endlich wurde ein großes leinenes Tuch, auf die Veranlassung mehrerer Legionaire, welche der unmenschlichen Schändung einer Leiche nicht länger zuschauen wollten, über dieselbe gehängt.

Während der Kampf in den verschiedenen Theilen Wiens stattfand, während der Kriegsminister, Graf Latour, von der wüthend aufgeregten Volksmasse so grausenhaft ermordet wurde, blieb der österreichische Reichstag nicht unthätig.

An der Spitze des Reichstags standen die Präsidenten Strobach und Smolka, der erstere ein entschiedener Anhänger des Czechenthums und der Rechten, der zweite ein freisinniger zur Linken gehöriger Mann. Die slavische Partei hatte im Reichstage die Majorität; fast in allen Fragen hatten die Slaven, die beinahe sämmtlich auf der Rechten saßen, den Ausschlag gegeben, und daher kam es, daß die Majorität des Reichstags beim Volke sich eben keiner großen Liebe zu erfreuen hatten. Mit einer um so größeren Liebe hing hingegen das Volk von Wien der Minorität, der Linken an, welche stets eine echt deutsche Gesinnung an den Tag gelegt hatte.

Der Präsident des Reichstags, überrascht durch die Revolution vom 6. Oktober, wollte den Reichstags nicht zusammenrufen; der Vicepräsident Smolka fand sich dagegen veranlaßt zu diesem Schritt.

Nur ein Theil der Rechten war der Einladung Smolka's gefolgt, so hatte denn die Linke die Majorität.

Der Reichstag erklärte sich permanent, und faßte eine Reihe folgewichtiger Beschlüsse. Er ernannte eine Kommission von zehn Mitgliedern zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung, in welche besonders volksthümliche Männer, wie Füster, Goldmark, Löhner, Schuselka und Andere gewählt wurden.

Er erwählte ferner eine Kommission, welche zum Militär-Kommandanten, dem Grafen von Auersperg, gesendet wurde, damit weiteres Unheil verhütet werde.

Er erließ eine Proklamation an das Volk, in welcher er ihm seine Permanenz-Erklärung mittheilte, und sein tiefstes Bedauern aussprach „über einen Akt schrecklicher Selbst-

hülfe, durch welche der bisherige Kriegsminister seinen gewaltsamen Tod gefunden hatte;" er stellte „die Sicherheit der Stadt Wien, die Unverletzlichkeit des Reichstages und des Thrones, und dadurch die Wohlfahrt der Monarchie" unter den Schutz der Nationalgarde.

Er beschloß endlich, eine Deputation von fünf Mitgliedern an den Kaiser zu senden, mit der Bitte, daß Se. Majestät ein volksthümliches Ministerium ernennen, das Manifest an die Ungarn und die Ernennung des Banus Jellachich zum kaiserlichen Bevollmächtigten in Ungarn widerrufen möchte.

Diese Beschlüsse waren allerdings geeignet, die Aufregung des Volkes einigermaßen zu beschwichtigen, sie gingen eben aus der Linken des Reichstages hervor, ohne natürlich die Billigung der Rechten finden zu können.

Diese erklärte, obgleich sie doch die Majorität in der Versammlung bildete, obgleich es in ihrer Macht gelegen hätte, sich auch diese Majorität während der Revolution zu erhalten, sie werde von der Linken terrorisirt und trete deshalb aus; sie überließ den Reichstag in der Zeit der Gefahr seinem Schicksale und entfernte sich in ihrer Mehrzahl von Wien.

Doch auch unter der Rechten gab es Ehrenmänner, welche sich dem Austreten nicht fügten, und in Wien blieben, um ferner Theil zu nehmen an den Reichstags-Sitzungen.

So blieb denn die Majorität des Reichstages in Wien zurück und der Reichstag blieb beschlußfähig. Der Kampf in den Straßen Wiens tobte indessen mit derselben Wuth fort.

Einer der furchtbarsten Kämpfe jenes denkwürdigen Tags fand statt vor dem kaiserlichen Armatur-Zeughause; er dauerte die ganze Nacht hindurch und erforderte furchtbare Opfer. Erst nach dem furchtbarsten Kampfe, erst nachdem ein Theil des Zeughauses, eine dazu gehörige Schmiede, in Brand gerathen war, erst nachdem die Besatzung nach dem tapfersten Kampfe ihre sämmtliche Munition verschossen hatte, erst da wurde am Morgen des 7. Oktober gegen 6 Uhr das Zeughaus dem Volke von der Besatzung übergeben.

Während der Einnahme und Plünderung des Zeughauses war nach Schönbrunn die Kunde von den Vorgängen in Wien gedrungen und hatte dort einen tiefen Schrekken in der kaiserlichen Familie und am ganzen Hofe erzeugt. Besonders als die Nachricht von dem Tode Latours nach Schönbrunn kam, als der fortwährende Kanonendonner gegen das Zeughaus daselbst gehört wurde, und man dort den Brand der Schmiede in lichten Flammen am Himmel sah, wurde der Schrecken ein panischer. Der Kaiser gerieth in eine furchtbare Angst; er glaubte, für seine eigene Person fürchten zu müssen, um so mehr, als die Bedeckung von Schönbrunn nur in sechs Schwadronen Kavallerie, zwanzig Kompagnieen Infanterie und acht Geschützen bestand, eine Macht, welche dem nunmehr bewaffneten Proletariat von Wien, welches gegen 100,000 Streiter ins Feld zu stellen vermochte, in keiner Weise gewachsen war.

Es wurde deshalb in Schönbrunn die Abreise des Kaisers beschlossen, und des Morgens gegen halb acht Uhr stieg der Kaiser mit dem Erzherzog Franz Karl und der Erzherzogin Sophie in eine leichte Reise-Equipage, um nach

Ollmütz zu fliehen. Der kaiserliche Wagen wurde durch den Erzherzog Franz Joseph zu Pferde und die gesammte Militairmacht begleitet, und nahm seinen Weg nach Ollmütz zu, wo der Kaiser vor den Folgen der Wiener Revolution gesichert zu sein hoffte. Der gesammte Hofstaat des Kaisers folgte diesem, und ebenso auch ein großer Theil der vornehmen aristokratischen Familien, welche bisher noch in Wien geblieben waren, nun aber nach den Kämpfen des 6. Oktober dort nicht mehr sicher zu sein glaubten.

Vor seiner Abreise erließ der Kaiser noch ein gewaltiges Manifest, welches eine offene Kriegs-Erklärung gegen das Wiener Volk war, und welches er mit den Worten schloß: „Ich vertraue auf Gott und Mein gutes Recht, und verlasse die Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volk Hülfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser!"

Das Manifest, ein Erzeugniß der den Kaiser umgebenden Hof-Kamarilla war von keinem Minister gegengezeichnet, es war daher ein durchaus unkonstitutionelles Machwerk.

Der Kaiser übersendete dies Manifest dem Finanz-Minister Kraus, damit dieser es dem Reichstag übergebe. Aber Kraus erklärte unter dem unendlichen Beifall des ganzen Hauses dem Reichstage, daß er sich zur Kontrasignirung des Manifestes nicht veranlaßt finden könne.

Der Reichstag beschloß in Folge dessen in einer Adresse dem Kaiser sein Bedauern über die plötzliche Abreise desselben auszusprechen und ihn zum Vertrauen gegen das Volk und die Vertreter desselben zu ermahnen. Zugleich wurde die Bitte ausgesprochen, der Kaiser möge zurückkehren an

den Sitz der Regierung, den Bürgerkrieg beenden und sich ein Ministerium erwählen, welches sowohl des Vertrauens des Kaisers, als jenes eines biedern freiheitsliebenden Volkes würdig sei.

In derselben Sitzung beschloß der Reichstag außerdem, eine Kommission in Verbindung mit dem Ober-Kommandanten der Nationalgarden niederzusetzen, welche dafür sorge, daß die Stadt Wien in gehörigen Vertheidigungszustand gesetzt werde.

Dies war auch in der That im höchsten Grade nothwendig; allerdings war das Volk aus dem Kampf des 6. Oktober und dem am Morgen des 7. Oktober überall als Sieger hervorgegangen, die Truppen, so weit dieselben nicht zum Volke übergegangen waren, hatten sich zurückziehen müssen, und der Militair-Kommandant, General Graf Auersperg, hatte die gesammte Truppenmacht nach dem Schwarzenbergischen Garten verlegt und auf der Höhe des Belvedere ein Bivouak aufgeschlagen. Dort wartete er auf militairische Verstärkung, um die Stadt angreifen, nöthigenfalls bombardiren zu können. Vorläufig freilich war ein solcher Angriff nicht zu besorgen, denn dem General fehlte es hauptsächlich an Artillerie, welche das Volk fast ganz in Besitz hatte.

Die nächsten Tage vergingen für die Stadt Wien in verhältnißmäßiger Ruhe. Diese wurde angewendet zur Befestigung der Stadt, welche bald vollständig den Charakter einer belagerten Festung annahm.

Sie wurde ferner angewendet zur Organisation der zur Vertheidigung der Stadt bereiten Truppen.

Die kampffähige Truppenmacht der Stadt Wien be-

stand theils aus der Nationalgarde, theils aus den übergegangenen Militairs, theils aus der akademischen Studenten-Legion, und endlich aus einer großen Zahl von Freikorps, welche sich theils aus den in den Vorstädten anwesenden Fremden, theils aus den Arbeitermassen bildeten. Die Letzteren, so wie die akademische Legion, und die übergegangenen Soldaten bildeten den größten Bestandtheil der städtischen Macht, und zwar denjenigen, auf den im Fall eines Kampfes am Meisten zu rechnen war; denn in der Nationalgarde selbst fanden sich viele der Revolution feindliche Elemente. Viele Mitglieder der Nationalgarde traten nur gezwungen unter die Waffen und gehörten selbst der schwarzgelben Partei an, von diesen war daher eher ein Verrath, als ein kräftiges Handeln für die Sache des Volks zu erwarten.

Eine Hauptaufmerksamkeit mußte besonders auf das Kommando der Nationalgarde gewendet werden; es war daher natürlich, daß in den ersten Tagen nach der Revolution ein oftmaliger Wechsel in der Person des Oberkommandanten der Nationalgarde stattfand.

Endlich übernahm ein früherer österreichischer Offizier, Messenhauser, das Oberkommando, gewählt von den Offizieren der Nationalgarde. Er hatte seiner demokratischen Gesinnung wegen seinen Abschied nehmen müssen, war nach Wien gekommen und hatte sich vielfach bei den demokratischen Klubbs betheiligt. Er genoß die höchste Achtung bei der ganzen demokratischen Partei und diese hatte seine Wahl zum Oberkommandanten der Nationalgarde trotz eines lebhaften Widerstandes der schwarzgelben National-Garde-Offiziere durchgesetzt.

Man hat später vielfach Messenhauser den Vorwurf des Verraths gemacht, aber wie unbegründet dieser Vorwurf ist, hat wohl am Deutlichsten der Märtyrertod Messenhausers ergeben, er hat wohl aufs Klarste gezeigt, daß wenn auch Messenhauser einer so gewichtigen Stelle, wie der des Ober-Kommandeurs der Wiener Nationalgarde zur Zeit der Revolution, nicht gewachsen war, daß er doch jedenfalls nicht die Stadt Wien an den Feind verrathen hat.

Eine so großartige Zeit, wie die Oktoberzeit in Wien, bedurfte freilich eines größeren, eines energischeren, eines kenntnißreicheren Mannes, wie Messenhauser es war, und an seiner Unfähigkeit ist zum großen Theil die Wiener Oktober-Revolution zu Grunde gegangen; seinen guten Willen zu bezweifeln, wäre indessen eine furchtbare Ungerechtigkeit gegen den Mann, der ein Märtyrer der deutschen Freiheit geworden ist.

Messenhauser meinte es ehrlich, wenn er auch seiner Aufgabe nicht gewachsen war. In der ersten Zeit, nachdem er gewählt, benahm sich Messenhauser noch mit einiger Tüchtigkeit; er erkannte, daß es seine Hauptaufgabe sei, die ihm zu Gebote stehenden Streitkräfte zu organisiren, und dies that er mit aller Kraft.

Es war dies aber auch im höchsten Grade nothwendig, denn die Gefahr für die Stadt Wien wuchs mit jedem Tage.

General Auersperg stand mit einer immerhin beträchtlichen, wenn auch den hunderttausend Wiener Freiheitskämpfern nicht gewachsenen, Truppenmacht in seiner unangreifbaren Stellung bei Belvedere. Er wartete dort

auf Zuzug, der ihm aus allen Theilen Oesterreichs werden konnte.

Allerdings verfuhr er für den Augenblick nicht offensiv, denn er war hierzu zu schwach; allerdings versicherte er, sogar auf Anfragen des Reichstages, der mit ihm in fortwährender Korrespondenz stand, und ihn ermahnte, von jeder Feindseligkeit abzustehen, daß er in keiner Weise Feindseligkeiten gegen die Stadt Wien beabsichtigte; aber diese Versicherung wurde nur zur Beruhigung des Volkes gemacht, um dieses in einen Siegestaumel einzulullen.

Es war vorauszusehen, daß ihm aus den verschiedenen österreichischen Provinzen bald Hülfe kommen werde; außer dieser Hülfe erwartete aber der General Auersperg noch eine andere, viel wichtigere, nämlich die des Banus Jellachich, welcher mit seiner Armee die österreichische Grenze überschritten hatte und gegen die Stadt Wien im Anmarsch war.

General Graf Auersperg versicherte zwar auf eine Anfrage des Reichstages, daß er mit dem Banus Jellachich in keiner Verbindung stehe. Aber während er diese Versicherung gab, hatte er unmittelbar nach derselben eine Unterredung mit dem Banus, um sich mit diesem über die Vertheidigungsmaßregeln zu besprechen, welche zu ergreifen seien, wenn, was zu erwarten stand, ein ungarisches Heer den Banus verfolgen und angreifen würde.

Auch an den Banus Jellachich selbst sandte der Reichstag einen Deputirten, Prato, um ihn von dem Kampf gegen Wien abzuhalten.

Der Banus gab dem Deputirten die kurze Antwort, daß er als Staatsbürger verpflichtet sei, jeder Anarchie zu

steuern; als Militair gäbe der Donner der Geschütze seinem Marsche die Richtung.

So war denn vorauszusehen, daß bald eine gewaltige Truppenmacht sich vor Wien lagern, und dann einen Angriff auf die Stadt machen werde. Der Banus rückte mit seinen Truppen immer näher. Schon besetzten die Kroaten die Dorfschaften bis auf eine Stunde vor den Linien der Stadt, und aus allen Dörfern der Umgegend, wie aus den Vorstädten, strömten Schaaren von Flüchtlingen nach Wien, um den Mißhandlungen der kroatischen Räuber zu entgehen.

Jetzt fand es auch General Graf Auersperg angemessen, seine feste Stellung im Schwarzenbergischen Garten und im Belvedere zu verlassen, um sich mit dem Banus zu verbinden. Er verlegte sein Hauptquartier nach Inzersdorf.

Am Morgen des 12. Oktober gegen 6 Uhr zog er in höchster Eile ab, um nicht während des Marsches von der Wiener Nationalgarde angegriffen zu werden und der Abmarsch gelang ihm auch vollkommen.

Kaum hatte General Auersperg den Schwarzenbergischen Garten verlassen, als die Massen der Bevölkerung von Wien sich in denselben ergossen. Einige Stunden nach dem Abzuge des Generals wurde, halb mit Erde bedeckt, im Garten der Leichnam eines jungen Mannes gefunden, der im Volke das furchtbarste Entsetzen erregte. Der Leichnam war mit unzähligen Wunden bedeckt und auf das Scheußlichste verstümmelt. Ihm waren die Augen ausgestochen, die Nase, die Ohren, die Zunge abgeschnitten, und kein Theil am ganzen Körper zu sehen, der nicht geschändet gewesen wäre.

Der Anblick dieser grausam verstümmelten Leiche erregte im Volke eine furchtbare Erbitterung. Anfangs wollte man das Schwarzenbergische Palais anzünden, Alles zertrümmern und zerstören, aber die National=Garden und Legionäre, welche gegenwärtig waren, verhinderten diesen Exzeß. Es wurde schnell eine Tragbahre herbeigeschafft, auf welche der Leichnam gelegt und so in der Stadt herumgetragen wurde. Man brachte ihn erst auf die Aula und von dort nach dem Reichstage, um den Vertretern des Volkes zu zeigen, mit welchen Feinden man zu kämpfen habe. Die Wuth des Volkes wurde durch diese Prozessionen auf das Fürchterlichste erregt; Tausende schwuren, mit Thränen in den Augen, mit erhobenen Waffen, Rache für diese grauenvolle That zu nehmen; vergeblich bemühte sich Borrosch, das Volk zu beruhigen, es war nicht möglich! Die Leiche war so grausenhaft verstümmelt, daß der Deputirte Fürst Lubomirski beim Anblick derselben wahnsinnig wurde!

Die Wuth des Wiener Volkes wurde nur niedergehalten durch die ernste Besorgniß vor einem Angriffe der Stadt, der jetzt immer wahrscheinlicher wurde, denn die kaiserlichen Armeen umlagerten jetzt Wien in einem großen Halbkreise, der sich von Simmering bis Schönbrunn hin erstreckte. Zu einer vollständigen Umschließung genügten die kaiserlichen Streitkräfte noch nicht, aber täglich wurden mehr und mehr Truppen herangezogen. Klüglicher Weise warteten die kaiserlichen Generäle mit jedem Angriffe auf die Stadt so lange, bis sie eine Truppenmacht gesammelt hatten, welche einen sicheren Erfolg versprechen konnte.

Unter solchen Verhältnissen begann schon in der Mitte

des Oktober vielfach eine Entmuthigung in Wien sich zu äußern, welche nur durch die Nachricht einigermaßen niedergedrückt wurde, daß 40,000 Ungarn bei Bruck an der Leitha bereit ständen, augenblicklich nach Wien zu marschiren, und gegen den Banus zu kämpfen, sobald der Wiener Reichstag die ungarische Hülfsarmee herbeiriefe.

Capitel XIX.

Die Wiener October-Revolution und das deutsche Parlament. Die Sendung Robert Blums als Deputirter der Linken nach Wien, die Zustände daselbst.

Während das deutsche Parlament sich immer mehr und mehr hinein verlor in einen Wortschwall, während dort die glänzendsten Reden von jenen Männern des wortreichen aber thatenarmen Centrums gehalten wurden, war in Wien die blutige Revolution des Octobers ausgebrochen.

Die Nachricht von der Erhebung des Wiener Volkes kam nach Frankfurt a. M. und erregte, wie dies wohl natürlich, in der Linken des deutschen Parlaments einen außerordentlichen Enthusiasmus, eine tiefe Freude.

Die Blicke aller freiheitsbegeisterten Männer Deutschlands richteten sich nach Wien, dort wurde, das fühlte man allgemein, der Kampf um die Völkerfreiheit, der Kampf um das einige Deutschland, der Kampf gegen die wiedererwachende absolute Monarchie ausgekämpft.

Diese Bedeutung hatte die Wiener Oktober-Revolution, und die Linke des Frankfurter Parlaments sah vollkommen ein, daß die Vertretung des deutschen Volkes in Frankfurt die Aufgabe habe, der Wiener Oktober-Revolution ihre Anerkennung auszusprechen, und thatkräftig das Wiener Volk zu unterstützen.

Daß eine Unterstützung der Wiener durch Reichstruppen bei dem Stande der Dinge nicht wohl möglich gemacht werden konnte, das sahen nun allerdings auch die Mitglieder der Linken ein, denn der unverantwortliche Reichs-Verweser war ja ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses, und er würde sich sicher nun und nimmermehr dazu verstanden haben, nach Wien deutsche Hülfstruppen zu senden, damit diese gegen die Armee des österreichischen Kaisers gefochten hätten.

Es lag dies zu klar und offen am Tage, als daß die Linke auch nur den Versuch gemacht hätte, den Erzherzog Johann zu einem solchen Schritte durch einen Beschluß des deutschen Parlaments zu vermögen. Aber Eins wollte sie wenigstens.

Sie forderte, daß die Vertretung des Volkes ihre Sympathieen mit den edlen Kämpfern um die Freiheit Wiens ausspreche, und das war gewiß die geringste Forderung, zu der die Linke, die wahre Volksvertretung Deutschlands berechtigt war.

Aber auch diese Forderung sollte ihr nicht gewährt werden.

Am 12. Oktober brachte der Abgeordnete von Wien, Berger, folgenden Antrag bei der deutschen National-Versammlung ein:

„In Erwägung der großen Verdienste, welche die Majorität des konstitutionellen österreichischen Reichstags zu Wien und die heldenmüthigen Demokraten Wiens in Bekämpfung der Reaktion, der verrätherischen Minister und der freiheitsmörderischen Kamarilla an den Tag gelegt haben; in Erwägung, daß die deutsche Stadt Wien sich durch ihren letzten Barrikadenkampf um die deutsche und um die Freiheit eines hochherzigen Brudervolks unsterbliche Verdienste erworben hat, erklärt die deutsche National-Versammlung: Der konstitutionelle Reichstag und die heldenmüthige Bevölkerung Wiens haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht.“

Solcher Antrag erregte ein tiefes Entsetzen auf Seite der Rechten, und des schwankenden, gesinnungslosen Centrums. Eine Anerkennung der Revolution aussprechen, ehe dieselbe gesiegt hatte, das war keinesweges nach dem Sinne dieses Centrums, aber auch verwerfen konnte man einen solchen Antrag nicht, denn es war ja möglich, daß die Wiener siegten, und dann hätte das Centrum freudig Beifall geklatscht, dann hätte es mit hochtrabenden und hochpreisenden Worten, in langen Reden die Thaten der Wiener Freiheitskämpfer verherrlicht, denn wo der Sieg, da war der Enthusiasmus jener gesinnungslosen Partei.

Drei und sechszig Mitglieder der Linken, unter ihnen Robert Blum, hatten den Antrag Bergers mitunterschrieben, die Majorität der National-Versammlung erkannte denselben aber nicht für dringlich an. Da rief der Abgeordnete Berger: „Ich habe diesen Antrag als einen dringlichen gestellt; er hat auch nur als dringlicher Antrag einen Werth. Wenn die Thatsache, die in Wien geschehen ist, die neu er-

lebte Revolutionsthat, einen Werth hat (Lärm auf der Rechten) . . . ich lasse mich nicht unterbrechen, jedes Wort werde ich aussprechen — also wenn diese That einen Werth hat, und jede siegreiche Revolution hat ein Recht, und dieses Recht müssen Sie ausdrücklich anerkennen, so verzichte ich auf den schleppenden Geschäftsgang der Verweisung an einen Ausschuß. Da liegen Anträge, von denen man mit dem Dichter sagen kann: den Antrag sah Niemand wieder. Es kann vielleicht die Revolution wieder unterdrückt werden; allein wir müssen unser Urtheil nicht nach dem Erfolg richten, sondern nach der That. Hat die That einen Werth, so sprechen Sie ihn aus; wo nicht, so nehme ich meinen Antrag zurück. Die Partei des Hauses, die mit der Bewegung in Wien sympathisirt, wird ihr Urtheil als Partei aussprechen, und ich weiß nicht, ob dies der hohen Versammlung angenehm sein wird. (Lebhafter Beifall links.)

Eben so wenig als der Bergersche Antrag wurde ein Antrag von Eisenmann, welcher forderte, daß sofort Reichs-Kommissaire nach Wien in das kaiserliche Hoflager abgesendet würden, für dringlich erklärt. Es war gewiß die Aufgabe des deutschen Parlaments, seine Meinung in dieser hochwichtigen Sache auszusprechen, und sich von dem Thatbestande in Wien aufs Genaueste zu überzeugen; aber die furchtsame Majorität des deutschen Parlaments wagte es nicht, Schritte irgend einer Art zu thun, sie war vollkommen befriedigt, als der Reichsminister von Schmerling erklärte, daß er bereits Maßregeln in Beziehung auf die Wiener Oktober-Revolution ergriffen habe. Welche Maßregeln das Ministerium ergriffen, das theilte es nicht mit, und als Wesendonk mit vier und dreißig anderen Reichs-

tags-Deputirten den Antrag stellte, das Reichs-Ministerium möge diejenigen Beschlüsse mittheilen, die von der Central-Gewalt in Beziehung auf die neuesten Verhältnisse Oesterreichs gefaßt worden seien, da wurde auch dieser Antrag nicht für dringlich erklärt.

So hatte denn das deutsche Parlament abermals bewiesen, daß es nicht einzugehen vermochte auf den Geist der Zeit, daß es im furchtsamen Abwarten, sich selbst zu ruiniren, entschlossen war; es hatte abermals bewiesen, daß es nicht fähig sei, zu begreifen, wie es, entstanden durch die Revolution, nur getragen werden könne von derselben.

Der Ursprung des Parlaments war die Revolution, und da es ihr sich nicht anschloß, sollte es seinen Untergang finden in der Contre-Revolution.

Doch genug von der Majorität des deutschen Parlaments, deren jämmerliche Beschlüsse uns nur mit Ekel erfüllen können. Wir wollen über die weiteren Anträge und Beschlüsse des Parlaments in Beziehung auf die Wiener Oktober-Revolution keine weiteren Worte verlieren, und wenden uns zum Verhalten der Linken gegenüber Wien.

Die Linke erkannte es an, daß wenn auch das deutsche Parlament in seiner Majorität dem Wiener Volke seine Sympathieen nicht ausgesprochen hatte, daß es dennoch die Aufgabe der wahren Volksvertretung sei, ermuthigende Worte zu den Wiener Freiheitskämpfern zu sprechen, und das deutsche Volk hatte oft genug zu erkennen gegeben, daß es seine wahren Volksvertreter in der Linken des deutschen Parlaments finde. Die Linke fühlte daher die Verpflichtung, sich selbstständig an das Volk von Wien zu wenden.

Schon am 13. Oktober sendete die Linke eine Depu-

tation nach Wien. Robert Blum und Fröbel wurden beauftragt, dem Wiener Volke ihre Gesinnungen mitzutheilen.

Hartmann und Trampusch schlossen sich der Deputation an. Folgende Adresse sollte die Ansicht der Linken über den Freiheitskampf in Wien dem Wiener Volke aussprechen:

„Freunde! Eure großartige Erhebung hat unsere Bewunderung erregt. Der blutige Kampf, den Ihr so glorreich bestanden habt, ist auch für uns, Eure Brüder, bestanden worden. Wir schicken Euch einige unserer Freunde, um Euch unsere Hochachtung und unsere Dankbarkeit für Eure Verdienste um die Freiheit auszudrücken. Wir wissen, daß Ihr auch ferner, wie bisher, fortfahren werdet in Euren Bestrebungen und dem übrigen Deutschland voranzuleuchten durch Mannesmuth und Energie. Nehmt unsern innigsten Dank, wackere Brüder."

Die Deputation verließ sofort Frankfurt, um sich nach Wien zu begeben. Am 15. Oktober kam die Deputation durch Leipzig. Hier war es Robert Blum noch einmal vergönnt, seine Familie auf kurze Zeit zu sehen, Abschied zu nehmen von seiner Frau und seinen Kindern, und eine Nacht bei den Seinigen zu bleiben. Er ahnte schon damals, daß es wohl die letzte Nacht sein könne.

Am Morgen des 16ten setzte die Deputation ihre Reise über Breslau nach Wien fort, wo sie am 17. Oktober eintraf. Ueberall auf dem Wege wurden die Deputirten der Linken vom deutschen Volke mit unendlichem Jubel empfangen. Auf dem Bahnhofe zu Breslau, wo eine ungeheure Volksmenge sich versammelt hatte, um die Männer des Volkes zu begrüßen, um ihnen Glückwünsche, Freiheitswünsche mit auf den Weg nach Wien zu geben, da rief

Robert Blum dem Volke zu: „Wir kommen entweder als Sieger, oder gar nicht zurück!“ und er hat sein Wort gehalten, er ist nicht zurückgekommen, mit seinem Leben hat er sein Streben für die Freiheit, sein Wort besiegelt.

In Wien war mittlerweile der Aufstand mehr und mehr eine Erhebung des gesammten Volkes geworden, und wenn sich auch, wie dies natürlich in einer so großen Stadt, widerstrebende Elemente zeigten, wenn auch die Partei der schwarzgelben Reaktion eine nicht unbeträchtliche in der Stadt war, so vermochte sie doch noch nicht, klar ans Tageslicht hervorzutreten, sie vermochte nicht, dem Freiheitsstreben offen entgegen zu wirken.

Alle obersten Behörden der Stadt hatten sich der Revolution vollständig angeschlossen, vor allen andern der Reichstag, da aus ihm, wie wir bereits erzählten, die freiheitsfeindlichen Elemente zum größten Theil ausgeschieden waren; er hatte, wie der Leser weiß, eine Commission für die Vertheidigung der Stadt ernannt, und in jeder Weise seine Betheiligung an der Revolution ausgesprochen; aber obgleich dies geschehen war, verfiel dieser Wiener Reichstag doch in denselben Fehler, in welchen später die preußische National-Versammlung im Monat November des Jahres 1848 während der Berliner Contrevolution verfiel. Mitten in der Revolution wollte der Reichstag fortwährend die Gesetzlichkeit aufrecht erhalten, er wollte festhängen bleiben an dem alten Begriffe des Rechts, und er verfiel dadurch in eine Haltlosigkeit, in einen Mangel an Energie, welcher das zu Grunde Gehen der Revolution verursachte.

Deputationen über Deputationen sandte der Reichstag an den Kaiser und an die vor den Mauern von Wien lagernden Generäle, den Banus Jellachich und den Grafen von Auersperg.

Natürlich war das Resultat aller dieser Deputationen ein vollkommen ungenügendes, den Deputationen wurden stets nur ausweichende Antworten gegeben, und während die Hof-Kamarilla sich rüstete, während immer neue Truppen nach Wien gezogen wurden, während man nur wartete, bis das Belagerungskorps eine hinreichende Stärke habe, um einen sichern Erfolg versprechen zu können, wurde der Reichstag mit Redensarten hingehalten, daß der Kaiser keine Feindseligkeiten gegen Wien zu unternehmen beabsichtige.

Daß alles dies nur Redensarten waren, mußte dem gesunden Sinne der Reichstags-Mitglieder vollständig einleuchten, man konnte sich darüber nicht täuschen; aber dennoch wagte der Wiener Reichstag nicht, zu energischen Maßregeln zu greifen.

Die Ungarn hatten erklärt, daß sie auf den ersten Ruf des Reichstages vor die Mauern Wiens ziehen, und die Armee des Banus Jellachich angreifen würden. Wurde dann zu gleicher Zeit auch ein Ausfall von den tapfern Wiener Truppen gemacht, so war ein glänzender Sieg kaum zu bezweifeln. Die Revolution hätte triumphirt, und unabsehbare Folgen hätten durch einen so kühnen Schritt entstehen können.

Aber die Ungarn wollten Wien eben nur zu Hülfe kommen, wenn sie vom Reichstage selbst gerufen wurden; das ungarische Ministerium beging denselben Fehler, wie

der Reichstag in Wien, es wollte in einer Zeit der Revolution den Boden des Gesetzes nicht verlassen, und wie der Fall Wiens die Folge dieses Klebens an der Gesetzlichkeit, dieser Unentschiedenheit und Energielosigkeit von Seiten des Wiener Reichstags war, so war die Vernichtung der ungarischen Freiheit die Folge desselben Fehlers beim ungarischen Ministerium.

In fruchtlosen Verhandlungen verging die kostbare Zeit und immer drohender gestalteten sich die Verhältnisse.

Neben dem Wiener Reichstage stand der Wiener Gemeinderath, eine Spießbürger-Versammlung, welche in sich die der Revolution widerstrebendsten Elemente hatte. Aber der Wiener Gemeinderath war, wie jeder andere Gemeinderath in unserer neuren Zeit, wie fast alle Magisträte und Stadtverordneten-Versammlungen, so lange als die Revolution siegreich erschien, auf Seite derselben; er gab überall seine Anerkennung des revolutionairen Prinzips offen kund, um dasselbe nach der Besiegung der Revolution um so schmählicher und niederträchtiger verleugnen zu können.

Der Gemeinderath suchte daher, obwohl er stets jene Anhänglichkeit an die Revolution aussprach, doch im Geheimen gegen dieselbe zu wirken; seine schwarzgelben Mitglieder boten alle ihre Kräfte auf, um der Revolution zu schaden und Zwietracht zwischen die Führer des Volkes zu säen, um Verbindungen mit dem Feinde außerhalb anzuknüpfen, und dadurch endlich zum gewünschten Ziele, zur Vernichtung der Revolution zu kommen.

In seinen offiziellen Erlassen führte freilich der Gemeinderath stets eine vollkommen volksthümliche Sprache.

Den größten Einfluß während der Revolutions-Epoche

besaß in Wien die akademische Legion, jene Schaar kühner junger Leute, die mit dem vollsten Freiheitseifer, mit dem tiefgefühltesten Enthusiasmus sich der Revolution hingegeben hatten, und bereit waren, dieselbe mit ihrem Leben zu schützen, und für die Freiheit den schönen Tod im Kampfe zu sterben.

Die akademische Legion, welche seit dem März des Jahres 1848 stets eine Vorkämpferin der Freiheit gewesen war, und auf die das gesammte Wiener Volk mit dem größten Vertrauen blickte, war auch jetzt das Orakel desselben; die Aula war die geheiligte Stätte, auf welcher das Volk sein Vertrauen setzte; bei allen Vorkommnissen eilten die Arbeiter nach der Aula, um sich dort Rath zu erholen, und so war es hauptsächlich die akademische Legion, welche die innere Bewegung der Wiener Revolution leitete. Die akademische Legion bildete einen Theil der Wiener Nationalgarde, an der Spitze dieser Nationalgarde als erster Kommandant stand, wie wir bereits erwähnt haben, Messenhauser.

Dieser hatte von seiner Ernennung an sein erstes Augenmerk darauf gerichtet, Ordnung in den Reihen der Nationalgarde hervorzubringen, dieselbe zu einer geordneten Armee umzuschaffen. Es war ihm dies zum Theil gelungen, aber eben nur zum Theil, und wie kampffähig auch dem Anschein nach diese Nationalgarde war, hegte sie doch in sich noch viele widerstrebende Elemente.

Den besten Theil derselben bildeten einerseits die akademische Legion und andrerseits die aus den Arbeiterhaufen geschaffene und bewaffnete Mobilgarde. Messenhauser hatte zum Oberbefehlshaber über die Mobilgarde, und zur Ver-

theidigung der Außenwerke der Stadt den kriegserfahrenen General Bem gewonnen, dieser kommandirte unter ihm.

So anerkennungswerth die Bemühungen Messenhausers nach Ordnung und Organisirung der Nationalgarde waren, so wenig vermochte es Messenhauser doch, in einer Zeit der Revolution das Ober-Commando zu führen. Er war nicht energisch, nicht thatkräftig genug und während es Zeit war zum Handeln, während die dem Feinde außerhalb der Stadt noch bedeutend überlegene Macht der Wiener Freiheitskämpfer vor den Mauern Wiens der österreichischen Armee hätte eine Schlacht liefern müssen, um einen Sieg herbeizuführen, gefiel sich Messenhauser darin, die Straßenecken mit Proklamationen zu überschwemmen, und Deputationen und Briefe an die Befehlshaber der kaiserlichen Armee zu senden. Diese erhielten oft herbe und gerechte Zurechtweisungen.

So hatte unter Anderen Messenhauser eine gewaltige Note an den Banus Jellachich gesandt, in welcher er denselben ermahnt, seine Truppen aus der Umgegend Wiens zurückzuziehen, und jeden Akt der Feindseligkeit gegen die Wiener zu unterlassen.

Der Banus antwortete dem Parlamentair, welcher die Note überbrachte, in kurzen Worten, er könne sich auf keine Erörterungen der langen Note einlassen, wolle Messenhauser Ruhe und Ordnung in Wien herstellen, so würde ihn der Banus unterstützen, wenn er ihn auch nur in einer zehn Zeilen langen Note dazu aufgefordert hätte, andernfalls werde er wissen, was er zu thun habe.

Während auf solche Weise Messenhauser die edle Zeit verschwendete in fruchtlosen Proklamationen, während der

Gemeinderath mehr und mehr nach Außen hin geheime Correspondenzen mit dem Feinde einleitete, während der Reichstag Deputationen über Deputationen vergeblich sandte, wurde die Lage Wiens immer bedrohter und mit jedem Tage wurden mehr und mehr Truppen um die früher kaiserliche Residenz zusammengezogen. Fürst Windischgrätz erhielt den Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Bereich der österreichischen Staaten, und die Vollmacht, nach eigenem Ermessen den Frieden herzustellen.

In dem Schreiben, in welchem der Kaiser dem Fürsten seine Ernennung ankündigte, sagte er, der Fürst möge die Anarchie bekämpfen, welche den Reichstag wegen Mangel an Sicherheit verhindere, seine hohe Aufgabe zu lösen. Zu gleicher Zeit erließ der Kaiser am 16. Oktober eine Proklamation „An meine Völker," in welcher er sich offen mit tiefster Entrüstung über die Wiener Oktober-Revolution aussprach und zu gleicher Zeit hinzusetzte, es sei seine Pflicht, nicht länger den Zustand schrankenloser Gewaltherrschaft zu dulden.

So hatte denn jetzt der Kaiser endlich die Maske abgeworfen, die er so lange getragen, und seine Ansichten offenbart.

Dies war der Stand der Ereignisse am 17. Oktober, als Robert Blum, Fröbel, Hartmann und Trampusch, die Deputirten der Linken, von Frankfurt in Wien eintrafen

Capitel XX.

Robert Blum in Wien, seine Thätigkeit. Der Fall Wiens.

Als die Deputation in Wien antraf, hielt sie es für ihre erste Pflicht, sich mit den Behörden der Stadt in Verbindung zu setzen, und zu gleicher Zeit dem Volke von Wien die Sympathieen der Linken in Frankfurt a. M. mitzutheilen.

Robert Blum, Fröbel und ihre beiden Begleiter begaben sich daher unverzüglich zu den verschiedenen in Wirksamkeit stehenden Behörden, der permanenten Commission des Reichstags, dem Gemeinderath, dem Ober-Commando der Nationalgarde und dem Ausschuß der akademischen Legion.

Robert Blum war überall der Sprecher der Deputation und durch glänzende, aus dem Stegreif gehaltene Reden beurkundete er es aufs Neue, wie geeignet er war, die Linke der Frankfurter National-Versammlung in Wien zu vertreten. Mit glühender Begeisterung sprach er sich bei

jeder Gelegenheit über den heldenmüthigen Freiheitskampf des Wiener Volkes aus, durch seine Reden die schon freiheitsbegeisterten Kämpfer stets mehr und mehr ermuthigend und erfrischend. Den Gemeinderath forderte Robert Blum in einer glanzvollen Rede auf, mit der höchsten Energie für die Vertheidigung Wiens einzustehen, denn Wien sei die Vorkämpferin für die deutsche Freiheit.

Die Rede Robert Blums wurde mit warmer Zustimmung im Gemeinderath gehört, und der Stellvertreter des Vorsitzenden, Stift, antwortete in höchst radikaler Sprache, Wien habe das Bewußtsein, für Deutschland und die deutsche Sache in Oestreich zu kämpfen, der Gemeinderath danke der Linken im Namen der Stadt Wien; auch sprach er die Versicherung aus, daß die Bürger Wiens für Deutschland siegen oder fallen werden.

Einen enthusiastischen Empfang hatten die Deputirten von Seiten der akademischen Legion; sie wurden zu Ehren-Mitgliedern derselben ernannt, und durch begeisterten Zuruf begrüßt.

Gern hätten die Deputirten, um dem Volke mündlich die Sympathieen der Linken in Frankfurt mitzutheilen, eine Volksversammlung einberufen; dies war aber bei dem aufgeregten Zustande des Wiener Volks nicht gut thunlich, und sie begnügten sich daher, in einem Plakate dem Wiener Volke mitzutheilen, welche Gefühle die Linke für dasselbe hege, sie knüpften daran ihre Versicherung, daß sie treu mit dem Volke einstehen, mit ihm siegen oder fallen würden.

In solcher Weise verging für die Deputirten die Zeit vom 17ten bis zum 20. Oktober.

Am 21. Oktober erließ Fürst Windisch-Grätz die am

22sten in Wien proklamirte Bekanntmachung des Belagerungszustandes für die Stadt Wien. Robert Blum schrieb einen glänzenden Aufsatz über diese Bekanntmachung in der Wiener Zeitung „Der Radikale." Es ist Robert Blums letzter Aufsatz, das letzte Werk vor seinem Tode. Wir übergeben es dem Leser als ein schmerzvolles Andenken an den edlen Todten.

Belagerungszustand und Standrecht.

Am Nachmittage des 22. Oktober wurde eine allerdings nur kleine Anzahl der Bewohner Wiens durch nachfolgendes Plakat überrascht:

An die Bewohner Wiens!

Von Sr. Majestät dem Kaiser beauftragt, und mit allen Vollmachten ausgerüstet, um dem in Wien dermalen herrschenden gesetzlosen Zustande ohne Zeitverlust ein Ziel zu setzen, rechne ich auf den aufrichtigen und kräftigen Beistand aller wohlgesinnten Einwohner.

Bewohner Wiens! Eure Stadt ist befleckt worden durch Gräuelthaten, welche die Brust eines jedes Ehrenmannes mit Entsetzen erfüllen. Sie ist noch in diesem Augenblicke in der Gewalt einer kleinen, aber verwegenen, vor keiner Schandthat zurückschaudernden Faktion. Euer Leben, Euer Eigenthum ist preisgegeben der Willkür einer Hand voll Verbrecher. Ermannt Euch, folgt dem Rufe der Pflicht nnd der Vernunft! Ihr werdet in mir den Willen und die Kraft finden, Euch aus ihrer Gewalt zu befreien, und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen:

Um diesen Zweck zu erreichen, werden hiermit die Stadt, die Vorstädte und ihre Umgebung in Belagerungszustand erklärt, sämmtliche Civilbehörden unter die Militär-

Autorität gestellt, und gegen die Uebertreter meiner Verfügungen das Standrecht verkündigt.

Alle Wohlgesinnten mögen sich beruhigen. Die Sicherheit der Personen und des Eigenthums zu schirmen, wird meine vorzügliche Sorge sein. Dagegen aber werden die Widerspenstigen der ganzen Strenge der Militair-Gesetze verfallen.

Lundenburg, den 20. Oktober 1848.

Fürst zu Windischgrätz,
Feldmarschall.

Das scheint demnach die erste Arbeit, welche aus der bekannten von Prag mitgenommenen Felddruckerei des Fürsten Windischgrätz hervorgegangen ist; es ist ein hoffnungsvolles vielversprechendes Werk, und der Fürst kann bei entsprechenden Fortschritten dereinst versuchen, bürgerlicher Buchdrucker von Wien zu werden.

Lebten wir im Karneval, wir würden dieses Plakat für die tolle Ausgeburt eines Witzbolds halten und es gelungen nennen. Die Sprache des ehrenwerthen Paraphrastus Paracelsus ist wirklich trefflich wieder gegeben, und wollte man den großen Helden Sir John Fallstaff redend einführen, man könnte ihm keine andern Worte in den Mund legen. Selbst über die goldenen Regeln der Nürnberger, daß sie „Niemand hängen, den sie nicht haben" setzt sich der Feldmarschall hinweg, er erklärt auf eine Entfernung von mehreren Meilen die „Stadt, die Vorstädte und ihre Umgebung in Belagerungszustand, wahrscheinlich in der Voraussicht, Wien werde ihm spätestens in Gänserndorf zitternd auf dem Präsentirteller überreicht werden. Von dieser Seite kann man die Sache nur komisch nennen und möchte den

Fürsten fast darauf aufmerksam machen, daß wenn er mit seinen Kanonen eben so weit über das Ziel hinaus schießt als mit seinen Erlassen, er selbst die Spitze des Stephansthurms nimmermehr berühren wird.

Aber die Sache hat auch ihre sehr ernste Seite: Während man die Stadt Wien von allem Verkehr mit der Welt abschneidet, mit roher Gewalt eingreift in den Privatverkehr und ihn abschneidet, während man sich gebehrdet, wie es bei unserem heutigen Bildungszustande selbst feindliche Heere nicht mehr gegen einander zu thun pflegen; während man alle Barbarei veralteter Kriegsmittel wieder hervorsucht, um eine edle Stadt zu verderben, ihren Rechts= und Freiheitsstolz zu demüthigen und sie ohnmächtig dem Despotismus zu Füßen zu legen; — während dessen, sagen wir, erfüllt man die Welt mit solch unerhörten Lügen, wie sie das Plakat enthält! Mit solchen? Nein, wenn es möglich ist, diese zu überbieten, mit weit schlimmern, denn diese sagt man uns ins Gesicht; uns, die wir hier leben, und Augen= und Ohrenzeugen alles dessen sind, was geschieht! Wie mag das aussehen, was man hinter unserem Rücken, ohne unser Wissen in die Welt hinausstreut?

„Die Stadt ist befleckt worden durch Gräuelthaten, welche die Brust jedes Ehrenmannes mit Entsetzen erfüllen!" Wien ist eine große, volkreiche Stadt und wo viel Menschen leben, da leben viel Bösewichter, die möglicher Weise auch Gräuelthaten verüben können, diese Wahrheit ist so alt wie die Welt und der Stadt kann man nur zumuthen, daß sie, wenn Gräuelthaten geschehen, für die Ermittelung der Thäter und deren Bestrafung sorgt,

das hat sie niemals versäumt, und wenn der Fürst Windischgrätz nicht als leichtfertiger Lügner und Verleumder erscheinen will, so erkläre er: wann und wo die Pflicht jemals versäumt worden ist. Wenn aber die Stadt verantwortlich sein soll für Alles, was in ihren Mauern geschieht, dann gestatte uns der Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz auch, daß wir sagen: „Die österreichische (und ganz besonders die czechische) Armee ist befleckt worden durch Gräuelthaten, welche die Brust jedes Ehrenmannes mit Entsetzen erfüllen. Sie hat wehrlose Gefangene nicht nur getödtet, sie hat dieselben gemordet, verstümmelt und mißhandelt, wie Kanibalen ihre Opfer nicht mißhandeln würden!"

Daß die Stadt Wien „in der Gewalt einer kleinen, aber verwegenen, vor keiner Schandthat zurückschaudernden Faction ist, und daß Leben und Eigenthum einer Handvoll Verbrecher Preis gegeben sind," das sind Neuigkeiten, die der Wiener am wenigsten von dort erwartet hätte, wo man stets für Gesetz und Ordnung besorgt zu sein behauptet. Die Stadt Wien ist zunächst in der Gewalt des Reichstages, oder vielmehr seines Ausschusses; dann des Gemeinderathes und des Ober-Commandanten Messenhauser. Bilden diese „die kleine Faction, welche vor keiner Schandthat zurückschaudert?" Wäre dem so, dann würden wir ein aufmerksames Auge auf sie richten, aber wir fürchteten sie nicht und bedürften keiner Hülfe gegen sie! wir wären Manns genug, uns gegen sie zu schützen. Wer aber in Oesterreich darf den gesetzlichen Reichstag, den gesetzlichen Gemeinderath von Wien, den gesetzlichen Befehlshaber unserer Bürgerwehr beschimpfen und verleumden!

Darf das der Fürst zu Windischgrätz? Wir verlangen Rechenschaft und Genugthuung für diese freche Beschuldigung und sehen es als einen Beweis an, daß Recht und Gesetz aufgehoben, der rohen Willkür der Soldateska Preis gegeben sind, wenn diese den schwer Verletzten nicht wird. Oder meint der Fürst diejenigen nicht, welche die Gewalt in Wien haben? Dann möge er sich deutlicher erklären und Sinn bringen in seine unsinnige Behauptung. Wir werden auf jedwede Deutung, die er seinen Worten giebt, die gebührende Abfertigung ihm angedeihen lassen!

Leider ist es wahr, daß „Leben und Eigenthum der Willkür einer Handvoll Verbrecher preisgegeben ist." Eine Handvoll bewaffneter Bürger Oesterreichs, theilweise Verbrecher, zum größten Theil aber Verführte, an ihrer Spitze der Fürst zu Windischgrätz, lagern vor den Thoren der Stadt und üben Gewalthat gegen Leben und Eigenthum. Sie hemmen den Verkehr und vernichten dadurch den Wohlstand Tausender; sie plündern den Landmann und nehmen ihm die Lebensmittel ab, die er zur Stadt führen will; sie halten friedliche Reisende auf und bringen Jammer über deren entfernte Familien; sie steigern die Noth der ohnehin so bittern Armuth durch Vertheuerung der Lebensmittel, sie martern barbarisch eine ungeheure Anzahl schlichter, ängstlicher Menschen mit der Furcht, daß sie verhungern müssen; sie drohen endlich sogar damit, die Wohnungen und Bewohner zusammenzuschießen und so das Leben wie das Eigenthum zugleich zu vernichten. Wer hätte nach den Revolutionen des März und des Mai geglaubt, daß so etwas möglich und denkbar wäre in Oester-

reich? Wir besitzen allerdings Menschen und Geschlechter, die ihren Namen und ihren „Ruhm" an die Wegelagereien ihrer Voreltern, ihrer „Ahnen" knüpfen; die weder gelernt haben, daß die Barbareien des Mittelalters vorüber sind, noch vergessen, daß raufen und rauben damals „ritterlich und edel" hießen, aber daß selbst diese Verblendung im neunzehnten Jahrhundert ihre Wegelagereien dergestalt ins Große treiben würde, das hatte man nicht erwartet.

Will der Fürst Windischgrätz wirklich „Ruhe und Ordnung wieder herstellen," so entferne er sich möglichst bald mit seiner Schaar; sie sind die Einzigen, die Ruhe und Ordnung stören. In der Stadt herrschen dieselben ungetrübt und sind nur gepaart mit großer Aufregung und Entrüstung über das Verfahren des Fürsten Windischgrätz und seine schamlose Entstellung aller Wahrheit und aller Thatsachen. Stellt er die Ruhe und Ordnung des Gesetzes, welches er allein und schwer verletzt, nicht bald her, so möchte leicht das neunzehnte Jahrhundert ihn lehren, was ihn die Geschichte der frühern nicht gelehrt zu haben scheint! Daß es nicht nur der Sinn für Gesetz und Ordnung, sondern auch der starke bewaffnete Arm des freien Bürgerthums war, welcher die adeligen Raufbolde des Mittelalters (die Soldateska der damaligen Zeit!) mit blutigen Köpfen heimschickte und ihre Macht für immer brach! Das Bürgerthum hat sich seiner Ahnen nicht zu schämen und kann mit Stolz auf deren Thun zurück blicken; aber es wird auch wissen,

ihrem Beispiele zu folgen und ihrer werth zu sein.

R. Blum.

Am 22. Oktober hielt Robert Blum in der Aula vor der akademischen Legion eine glanzvolle Rede. Bei seinem späteren Prozeß hat dieselbe einen Hauptgrund zu seinem Todesurtheil abgegeben. Es ist diese Rede natürlich nicht wortgetreu aufbewahrt, und wir können daher nur dieselbe so weit mittheilen, als die amtliche Wiener Zeitung sie enthalten hat, Robert Blum sagte:

„Ganz Deutschland blicke in bewundernder Sympathie auf Wien, von welchem das große Umwälzungswerk unserer Zeit ausgegangen. Denn während in Berlin, der Stadt speculirender Philosophemе und kalter Theorieen, der Worte viel, der Handlungen wenige geboten wurden, habe das gemüthliche als phäakisch verschrieene Wien, eine Willens- und Thatkraft, so wie einen Geist der Aufopferung gezeigt, die hinreißend auf das übrige Deutschland wirken müssen. Ihm charakterisire sich die Revolution des Jahres 1848 durch ihre Wiederkehr zur echten Religiosität, d. h. durch den neu aufgelebten Glauben an einen Gott der Völker, und der auf Freiheit basirten Ordnung, der einzigen Basis des Staatenglückes. Ein anderes Criterium unserer Zeit sei die Ueberzeugung, daß der Gedanke allmächtig, und durch keine irdische Gewalt zu bewältigen sei. Weil Wien solches begriffen, hätte Frankfurt nach seiner Meinung wie ein Mann die Gesinnungen der österreichischen Hauptstadt anerkennen sollen; es vereinigte sich jedoch nur die Linke zu solcher Ovation, als deren Ausdruck er und

seine Gefährten hier stehen, und das Schicksal der Wiener theilen wollten. Er drücke sein tiefstes Bedauern aus, daß zwischen die Throne und die um dieselben sich schaaren sollenden Völker noch die giftigen, umhüllenden Nebel einer finstern Reactionspartei verdunkelnd aufstiegen, einer Partei, welche die Herrscher verblendet und den alten Servilismus um jeden Preis wieder hergestellt wissen wollte. Der Genius der Menschheit verhüllt sein trauernd Haupt über den jetzigen Völker- und Racenkrieg. Der Geist der Versöhnung könnte alle Völkerschaften Oesterreichs durch das unlösliche Band der Brüderlichkeit zu einem starken Staaten-Complex vereinigen, aber eine im Finstern brütende Partei hätte die Völker zum Verwüstungskriege gegen einander gestachelt, und die Horden des Ostens im feindlichen Sinne vor die Mauern der westlichen Hauptstadt gelagert. Dieser verabscheuungswürdige Racenkrieg ist die blutige Folge des alten unseligen Systems „Divide et impera“; dieses System hätte Drachenzähne gesäet, deren fürchterlicher Nachwuchs die jetzigen Generationen schwer heimsuche. Noch sei aber Versöhnung möglich, und Wiens große, welthistorische Aufgabe, Deutschland ein Vortreter auf der Bahn der Freiheit zu sein, könne noch friedlich gelöst werden.

„Keine halbe Revolution!“ sprach er weiter, „Fortschreiten, wenn auch blutiges, auf der eingeschlagenen Bahn, vor Allem, keine Schonung gegen die Anhänger des alten Systems, die Ruhe aus selbstsüchtigen Absichten begehren, gegen diese werde ein Vernichtungskampf ohne Erbarmen geführt!“.

Am Schlusse seiner Rede sprach er die Worte: „wenn

Wien den Tod im Kampfe für die Freiheit sterben sollte, so würde aus seiner Asche ein zermalmender Rachegott über Deutschland sich erheben!"

Wir haben in dem Vorstehenden die Thätigkeit Robert Blums während der Tage geschildert, in denen der Kampf um Wiens Freiheit noch nicht ausgebrochen war. Robert Blum wirkte in jener Zeit durch Wort und Schrift nach bester Kraft für das Heil des Volkes.

Die Deputirten des Frankfurter Parlaments hatten ursprünglich die Absicht, nur wenige Tage in Wien zu bleiben, sich schnell ihrer Sendung zu entledigen, und dann nach Frankfurt zurückzukehren, weil ihnen ein längerer Urlaub versagt war.

Schon am 20sten suchten sie daher, Pässe zu erlangen, um wieder nach Frankfurt zu reisen. Sie begaben sich zum sächsischen Gesandten, Herrn von Könneritz, der auch für Robert Blum einen Paß ausstellte, sich aber weigerte, dasselbe für Fröbel zu thun, da dieser kein Sachse sei. Ohne einen vollgültigen Paß war es nicht wohl räthlich, die Reihen des kaiserlichen Militairs zu passiren, da dieses die Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung nicht respektirte. Jeder Reisende war den gröblichsten Mißhandlungen der rohen und brutalen Soldateska ausgesetzt, und Wien war jetzt schon so eng umschlossen, daß es nicht möglich war, die Stadt zu verlassen, ohne kaiserserliche Truppen zu berühren.

So sahen sich denn die Deputirten gezwungen, in Wien zu bleiben; sie sahen sich hierzu um so mehr genöthigt, als es eine Ehren-Pflicht für die Vertreter des Volks war, zu bleiben, und Theil zu nehmen an dem durch die

Proklamation des Belagerungszustandes herbeigeführten, und offenbar in der nächsten Zeit bevorstehenden Kampfe für die Volksfreiheiten. Die Deputirten blieben deshalb in Wien.

In der unglückseligen Stadt hatte mittlerweile die schwarzgelbe reactionaire Partei immer größere Fortschritte gemacht; sie trat immer offener mit ihrem unheilvollen Wirken hervor.

Der Reichstag, der Gemeinderath, das Ober-Commando blieben dabei gleich schwankend, gleich energielos. Es war endlich zu besorgen, daß die schwarzgelbe Partei zu den Waffen greifen, sich zusammen schaaren, die Thore der Stadt an irgend einem bedrohten Punkte öffnen und durch diesen Verrath die Stadt übergeben würde. Robert Blum befürchtete dies und seine Befürchtungen wurden auch von dem Ober-Commando getheilt, so daß dieses am Abende des 25sten ein Corps d'Elite errichtete, in welches die entschiedensten Freiheitsmänner aus den verschiedenen Compagnieen der Nationalgarde, der akademischen Legion und der Mobilgarde aufgenommen wurden. Dieses Corps hatte hauptsächlich die Aufgabe, die herrschende Ordnung zu wahren und jede reactionäre Bewegung im Innern der Stadt niederzuhalten, es sollte gegen den äußeren Feind nicht verwendet werden.

Robert Blum, Hartmann und Fröbel entschlossen sich, ebenfalls in diesem Corps Dienste zu nehmen, Trampusch hingegen betheiligte sich nicht bei dem Kampfe.

Robert Blum wurde zum Hauptmann der ersten Compagnie des Corps d'Elite, Fröbel zum Hauptmann der dritten Compagnie ernannt.

Am Morgen des 26. Oktober begann jener großartige Kampf, welcher den Fall Wiens zur Folge haben sollte.

An der Sophienbrücke, welche die Leopoldstadt mit der Vorstadt Landstraße verbindet, war ein heftiger Kampf zwischen den Croaten und den Vertheidigern der Stadt entbrannt. Blum wurde mit einem Theile seiner Compagnie beordert, an diesem gefährlichen Punkte am Kampfe Theil zu nehmen.

Er wurde mit einem heftigen Kartätschen- und kleinem Gewehrfeuer empfangen. Mit unerschütterlichem Muth, mit heldenmüthiger Kaltblütigkeit befehligte er seine Truppen. Durch fröhlichen Zuspruch ermunterte er diejenigen seiner Untergebenen, deren bleiches Gesicht ihm zeigte, daß ihr Muth vielleicht schwankte. „Kinder!“ — rief er den Leuten seiner Compagnie zu — „Die Kugel, die Ihr hört, die trifft Euch nicht, die Kugel, die Euch trifft, die hört Ihr nicht!“

Es kam darauf an, die Brücke gegen die anstürmenden Croaten zu halten. Am jenseitigen Ufer lag eine Dampf-Mühle, welche umgeben war von Fabriken und Wohnhäusern. Robert Blum war zum Ober-Commandanten der Abtheilung ernannt, welche die Brücke gegen den wüthenden Angriff der Croaten zu schützen hatte. Der Feind hatte die gegenüberliegende Dampf-Mühle erstürmt und die sie umgebenden Fabriken und Wohnhäuser in Brand gesteckt. Robert Blum kämpfte mit bewundernswürdiger Tapferkeit, er stand wie ein alter Veteran im Feuer und bewies einen militairischen Tact, der wahrhaft bewundernswerth war bei dem Mann des Worts, der nie

zuvor militairische Kenntniß zu sammeln Gelegenheit gehabt hatte.

Robert Blum sah ein, daß einige Punkte in seiner Nähe strategisch wichtig seien und forderte deshalb Verstärkung vom Ober=Commando.

Aber Messenhauser hatte bereits gänzlich den Kopf verloren, schon herrschte in den Vorstädten die größte Unordnung, und so kam diese Verstärkung nicht an. Es zeigte sich später, daß Robert Blum vollständig Recht gehabt hatte, daß gerade diejenigen Punkte, welche er als wichtig hervorgehoben, die wichtigsten gewesen waren.

Die gegenüber liegende Dampfmühle diente den Feinden zum Hinterhalt und zur Deckung. Robert Blum wollte einen kräftigen Angriff auf dieselbe machen, um den Feind daraus zu vertreiben. Allein ein schriftlicher Befehl des Ober=Commandos verbot jede Benutzung der Geschütze gegen die drohende Stellung des Feindes, um der Stadt Wien nicht zu großen Schaden zuzufügen.

So war es denn Blum nicht möglich, jenen wichtigen Punkt zu nehmen, denn ohne Verwendung von Geschütz war ein Sieg gar nicht denkbar. Trotz dieser Renitenz des Ober=Commandos, trotz der thörichten Maßregeln desselben, hielt dennoch Blum mit kaum dreißig Mann dem heftigsten Kartätschenfeuer des Feindes hartnäckig Stand, bis er am Mittag abgelöst wurde.

Eben so tapfer kämpfte Blum am 28. Oktober an der Nußdorfer Linie. Mit derselben Ruhe, mit derselben Kaltblütigkeit stand er im fortwährenden Granatenfeuer der Feinde, und als eine Kugel ihn streifte und ihm den

Rock unter dem linken Arme zerriß, schaute er nur mit einem Lächeln sich um.

Es hatte sich mittlerweile vollständig herausgestellt, daß es unmöglich sei, die Stadt Wien länger zu halten. Der Ober=Commandant der Nationalgarde, Messenhauser, hatte ganz und gar den Kopf verloren, an den wichtigsten Stellen hatten die kaiserlichen Truppen gesiegt; nach dreizehnstündiger Schlacht waren am 28. Oktober die Vorstädte Leopoldstadt, Jägerzeile, Landstraße und Rennweg in den Händen der Kaiserlichen, und diese waren vorgedrungen bis an die inneren Wälle in der Stadt.

Die furchtbare Schlacht war geschlagen, sie war für die Wiener Freiheitskämpfer verloren; aber dennoch verzagten dieselben nicht. Der größte Theil der Kämpfer hoffte, in einer zweiten Schlacht siegreicher zu bestehen.

Die kaiserlichen Truppen benutzten ihren Sieg auf eine wahrhaft grausenerregende Weise. Mit Mord und Brand, mit den scheußlichsten Grausamkeiten hausten sie in den eroberten Vorstädten. Die vielgerühmten Soldaten zeigten sich als eine wüthende Räuberhorde.

Wir wollen nur einige wenige Beispiele anführen, um dem Leser ein Bild jener Heldenthaten zu geben.

Fast rund um die Stadt konnte man von den Thürmen derselben aus gewaltige Feuersäulen gen Himmel lodern sehen. Vom Stephansthurm wurden auf sechsundzwanzig Punkten Feuersbrünste signalisirt, welche zum Theil jede einzelne Reihen von Häusern dahin rafften.

Die Soldaten raubten unter Anführung der Offiziere fast systematisch; obgleich die Vorstädte Landstraße und Erd=

berg sich fast gutwillig ergeben hatten, obgleich in ihnen zum größten Theil die eifrigsten Anhänger des Kaisers wohnten, wurden dieselben doch eben so unmenschlich behandelt, wie die übrigen.

Alte, kranke, schwache Leute, welche man in den Häusern fand, wurden aus denselben herausgerissen und vom Militair, obgleich sie waffenlos waren, obgleich Jedermann wissen konnte, daß sie an dem Kampfe keinen Theil genommen haben konnten, ohne Weiteres erschossen, oder mit Bajonettstichen ermordet.

Am Morgen des 30sten wurden aus einer einzigen Gasse der Matzleinsdorfer Vorstadt nicht weniger als 57 Leichen, welche nicht im Kampfe, sondern in den Häusern ermordet worden waren, fortgeschafft.

Die Croaten hatten Kinder an die Bajonette gespießt, und sie in die Flammen der brennenden Häuser geworfen.

Den Wirth vom Schüttelbade hatte man vor den Augen der Frau mit Bajonettstichen ermordet und dann ins Feuer geworfen.

Der Frau selbst hatten darauf die Unmenschen beide Brüste ausgeschnitten und ihr den Bauch mit Bajonetten aufgeschlitzt.

Die Kämpfer, welche im Odeum eingeschlossen waren, ließ man lebendig verbrennen; als sie sich ergeben wollten, wurden sie mit Bajonetten wieder in das brennende Haus zurückgetrieben.

Bei den Leichen, welche man an den Tagen darauf fand, fehlten zum Theil die Finger und Ohren, an welchen Finger- und Ohrringe gewesen waren.

Ein sechszehnjähriges Mädchen auf dem Erdberg starb in Folge einer Nothzüchtigung, welche sie von sechs Croaten hintereinander erlitten hatte.

Dies sind nur einzelne, aus dem ganzen furchtbaren Trauerspiele herausgerissene Thatsachen; wollte man jene Schreckensscenen alle schildern, man würde Bände schreiben können.

Die Wuth der Bewohner Wiens bei diesen Gräuelthaten läßt sich nicht beschreiben. Sie schauten den grauenvollen Bränden, welche rings um die ganze Stadt emporloderten, mit Entsetzen zu, und alle die Liebe, welche sie vorher noch zum Kaiserhause gehegt hatten, wurde mit Gewalt ihnen aus dem Busen gerissen.

Wien ist besiegt worden im Oktober, aber mit dem Siege hat auch das österreichische Kaiserhaus für immer alle Liebe beim Volke verloren, und die Zeit wird kommen, wo jene Gräuelthaten ihre gerechte Vergeltung finden werden.

Nach der unglücklichen Schlacht am 28. Oktober sahen die meisten Führer der Wiener Nationalgarde ein, daß die Stadt nicht länger zu halten sein würde. Ein Halten der Vorstädte war, seit der Feind die Leopoldstadt, die Jägerzeile, die Weißgärber, die Landstraße und Erdberg-Vorstadt im Besitz hatte, fast vollkommen unmöglich. Auch die übrigen, bisher noch von den Wienern occupirten Vorstädte waren nicht mehr zu vertheidigen und mußten beim ersten Angriff der gewaltigen feindlichen Armee fallen. Es blieb somit zur möglichen Vertheidigung nur die innere Stadt übrig, aber auch diese war nicht zu halten. Die Munition war fast bis auf die Neige verschossen, wenigstens konnte

man nicht auf Munition für längere Zeit rechnen, als höchstens auf drei bis vier Tage. Außerdem war die innere Stadt auf das Leichteste zu bombardiren. An einen Ausfall gegen die 100,000 Mann starke Armee des Fürsten Windischgrätz war mit Erfolg nicht zu denken, und auf die Ungarn hoffte man nicht mehr, da diese den günstigsten Zeitpunkt zum Angriff gegen die Kaiserlichen, die Zeit des wüthenden Kampfes, den 28. Oktober, unbenutzt hatten vorübergehen lassen.

Die Führer der Wiener Kämpfer, und an ihrer Spitze Messenhauser selbst, überzeugten sich daher mehr und mehr, daß an ein längeres Halten der Stadt nicht zu denken sei.

Am Abende des 28sten wurde in einer Versammlung sämmtlicher Commandanten der Nationalgarde eine traurige Berathung darüber gehalten, ob die Stadt noch ferner gehalten oder übergeben werden solle.

Messenhauser trug darauf an, daß eine Capitulation mit dem Fürsten Windischgrätz geschlossen werde. Der Vorschlag Messenhausers wurde angenommen, und auch der Gemeinderath ging auf denselben sehr gern ein. An demselben Abende legte Blum sein Commando nieder, er war überzeugt, nichts mehr wirken zu können, er sah ein, daß an der Schwachheit des Ober-Commandanten und an dem Verrath, welchen viele Mitglieder der Nationalgarde fast offenkundig übten, die Wiener Oktober-Revolution zu Grunde gegangen sei. Blum war überzeugt, daß jeder weitere Kampf zwecklos sei, er war es um so mehr, als er glaubte, daß der Ober-Commandant Messenhauser nicht nur schwach, sondern auch planmäßig und absichtlich ver-

rätherisch gehandelt habe. Blums Betheiligung am Kampfe war mit dem 28. Oktober vollständig beendet.

Es bleibt uns nur noch übrig, wenige Worte über den Fall des unglücklichen Wiens zu sagen.

Die Capitulation mit dem Fürsten Windischgrätz war geschlossen; derselbe hatte allerdings keine Versprechungen gemacht, sich jedoch gegen die Deputation, welche ihm die Capitulation mittheilte, dahin ausgesprochen, daß er sich an Großmuth nicht werde überbieten lassen.

So kam der 30. Oktober heran und mit ihm wieder ein Tag voll wilder Aufregung für die Stadt Wien. Schon bereiteten sich die Bürger in allen Gegenden der Stadt zur Uebergabe vor, da durchflog plötzlich mit Windesschnelle das Gerücht: „die Ungarn kommen, die Ungarn stehen vor den Thoren Wiens," die ganze Stadt.

Eine unbeschreibliche Aufregung war die Folge dieses Gerüchts, und in der That, das Gerücht war begründet; die Ungarn waren endlich der unglücklichen Stadt zu Hülfe gezogen, und lieferten dem Banus Jellachich eine Schlacht vor den Thoren Wiens.

Messenhauser machte dies durch Placate bekannt. Augenblicklich griffen die Legion und die Mobilgarde wieder zu den Waffen, die Basteien wurden wieder besetzt und in einzelnen Vorstädten ging man so weit, daß ohne Commando der Kampf gegen die kaiserlichen Truppen wieder begonnen wurde, daß man auf dieselben feuerte und dadurch die Capitulation brach.

Die Ungarn wurden geschlagen, aber das Volk glaubte es nicht, und als Messenhauser dies durch ein Placat bekannt machte, wurde eine ungeheure Wuth gegen den

Ober=Commandanten der Nationalgarde im ganzen Volke rege, er wurde allgemein ein Verräther genannt. Sein Tod hat am Besten bewiesen, wie ungerecht ihn dieser Vorwurf traf.

Am 31. Oktober wurde Wien in Folge des Bruches der Capitulation von der kaiserlichen Armee bombardirt und nach einem kurzen Kampfe genommen.

Wien war gefallen, ein mächtiges Bollwerk der Völkerfreiheit war nicht mehr.

Capitel XXI.

Der Tod Robert Blums.

Der gewaltige Kampf vom 26. bis 31. Oktober war beendet, Wien war gefallen.

Am 1. November und in den folgenden Tagen bot Wien vollständig das Bild einer vom Feinde eroberten Stadt dar.

Hoch von dem Stephansthurme wehte eine große schwarzgelbe Fahne als Zeichen des Sieges über die Revolutionspartei, welche die Farben Roth, Schwarz, Gold zu den ihrigen gemacht hatte.

Auf den Straßen war es am 1. noch belebt, aber die Menschenmengen, welche sich auf denselben bewegten, hatten ein ganz anderes Ansehen, als an den früheren Tagen; man sah fast nur fein angezogene Männer und Frauen. Die Schwarzgelben, die Reactionaire kamen plötzlich wieder aus den Häusern hervor, in denen sie so lange sich verschlossen hatten, und jubelten laut über die glückliche Einnahme der Stadt, laut darüber, daß sie erlöst wären von der Prolitarierherrschaft.

Von den Demokraten und Proletariern sah man fast Nichts, denn Jeder, der nur irgend einen feinen Rock hatte,

zog denselben an, um den Verdacht einer Theilnahme am Kampfe von sich abzuwälzen. Die schwarz=roth=goldenen Bänder, die langen Bärte, die Calabreserhüte waren plötzlich verschwunden, und elegante Cylinderhüte, von den Wienern deshalb spottweise Angsthüte genannt, waren an die Stelle der sogenannten, mit Federn versehenen, Stürmer getreten.

Das Volk sah alle diese Veränderungen mit Schweigen und Staunen an; man sprach wenig, nur der laute Jubel der Schwarzgelben ließ sich hören, denn die demokratische Partei hielt sich völlig still, sie befürchtete mit Recht die grausame Rache des Fürsten Windischgrätz.

Alle öffentlichen Plätze waren mit Truppenabtheilungen besetzt, ebenso die Thore und die Basteien. Die Thore waren fest geschlossen; nur Militairpersonen wurde der Ein= und Ausgang gestattet, denn Fürst Windischgrätz wollte die Anführer nicht entkommen lassen.

Abends wurden von den Soldaten auf den freien Plätzen förmliche Lager eingerichtet, Wachtfeuer brannten, um welche die Croatenhorden des Banus Jellachich sich lagerten.

So verging der erste Tag des Belagerungszustandes von Wien, ohne daß noch immer die Wiener ahnten, wie furchtbar dieser Zustand ihnen in der Folge werden sollte. —

Am Abende des 1. Novembers saß Blum, der, wie der Leser weiß, schon seit zwei Tagen durchaus keine militairische Thätigkeit mehr gehabt hatte, mit einigen Freunden im Gasthofe zur Pfeife.

Viele seiner Bekannten in Wien hatten Blum zugeredet, sich mit Fröbel zu verbergen, da wahrscheinlich der Fürst Windischgrätz an den beiden Parlaments=Abgeordneten eine blutige Rache für ihre Betheiligung am Kampfe nehmen würde. Blum hatte sich geweigert, irgend einen Schritt zu thun, der einem Fluchtversuche, einem Verbergen ähnlich sehe; als Abgeordneter des deutschen Volkes glaubte

er, vor der Wuth des Fürsten Windischgrätz sicher zu sein, und er war überzeugt, dem Volke etwas zu vergeben, wenn er sich verborgen hielte, er war deshalb auf die Wünsche seiner Freunde nicht eingegangen, hielt sich aber still im Gasthofe, nur hier und da einen kleinen Ausgang machend, der eben nothwendig war; auf die öffentlichen Angelegenheiten hatte er fortan keinen Einfluß mehr.

So war denn auch an jenem Abend die Zusammenkunft Robert Blums mit einigen Bekannten eine rein gesellige. Während Blum am Tische saß, kamen einige kaiserliche Offiziere, welche sich an einen Nebentisch setzten. Diese fixirten Blum und seine Gesellschafter fortwährend, sie nannten öfter seinen Namen mit höhnischen Bemerkungen. Blum kümmerte sich indessen hierum nicht, und verließ darauf das Zimmer, um nach seiner Wohnung zurückzukehren.

Der Urlaub der Abgeordneten war abgelaufen; es war daher die höchste Zeit nach Frankfurt a. M. zurückzukehren und Robert Blum richtete deshalb am folgenden Morgen, dem 2. November, in Gemeinschaft mit den übrigen Reichstags-Abgeordneten ein Schreiben an den General Chorich, von dem Blum gehört hatte, daß er Stadtkommandant werden würde. In diesem Schreiben baten die Abgeordneten um Passierscheine nach Frankfurt, weil ohne solche Scheine die Thore Wiens für Jedermann verschlossen blieben.

In einem außerordentlich höflichen Schreiben antwortete General Chorich, daß er nicht dergleichen Scheine auszutheilen hätte, die Abgeordneten möchten sich an den General Cordon wenden.

Am 3. November folgten die Abgeordneten der Weisung und wandten sich mit dem gleichen Gesuch an General Cordon, erhielten aber von diesem keine Antwort.

Der Abend des 3. Novembers war der letzte, an welchem Robert Blum sich frei befand.

Er war in einer Gesellschaft und so heiter als dies

nach den gewaltigen Ereignissen möglich war; scherzend sagte er zu seinen Bekannten, daß er von Frankfurt aus allwöchentlich einen Brief an Windischgrätz schreiben und sich sein deutsches Schwert zum Andenken an die Wiener Oktobertage zurückfordern werde.

Bei der allgemeinen Abnahme der Waffen hatte nämlich Blum das Schwert, welches ihm das Obercommando der Nationalgarde zum Andenken übersendet hatte, mit an die kaiserlichen Truppen abgeben müssen.

Der Morgen des 4. Novembers kam; es war etwa 6 Uhr; Robert Blum lag noch im Bette. Da wurde plötzlich der Gasthof zur Stadt London von einer etwa 30 Mann starken Militairabtheilung an allen Ausgängen besetzt, ebenso wurden auch die Treppen, die Corridore und die Nachbarhäuser des Gasthofes so besetzt, daß an eine Flucht kaum zu denken war.

Ein Offizier in Begleitung eines Polizeicommissars und zweier Polizeidiener trat in das Zimmer, in welchem Blum noch im Bette lag. Der Offizier erklärte, daß er ausdrücklich beauftragt sei, Blum und Fröbel zu verhaften. Vergeblich erklärten ihm die beiden Abgeordneten, daß sie als Abgeordnete des deutschen Parlaments unverletzlich seien. Der Offizier erwiederte, daß er speciellen Befehl habe zu dieser Verhaftung, und daß er keine Rücksicht nehmen könne auf die Entgegnungen.

So mußten sich denn die beiden Abgeordneten der Verhaftung fügen, denn der Verhaftungsbefehl wurde ihnen schriftlich vorgezeigt. Es stand auf der Rückseite das Schreiben, welches Blum und Fröbel am Tage zuvor an den General Cordon gerichtet hatten.

Von Soldaten umringt wurden die beiden Abgeordneten, nachdem ihnen zuvor erlaubt worden war, ihre nöthigsten Bedürfnisse mit sich zu nehmen, jeder einzeln durch die Straßen Wiens nach dem Stab=Stockhause geführt und dort in ein und dasselbe Zimmer quartirt.

Das Gefängniß, welches für Blum und Fröbel be-

stimmt wurde, war eben kein unangenehmer Aufenthalt; es war ein Zimmer, welches ursprünglich für die Kanzlei des Gefängnisses bestimmt und ausdrücklich für die beiden Abgeordneten geräumt worden war. Der General Cordon hatte den Befehl gegeben, die besten Räume des Hauses für die Gefangenen zu geben und denselben alle Bequemlichkeiten zu gestatten, die mit der Gefangenschaft zu vereinigen seien.

In der That wurde auch den Gefangenen erlaubt, sich zu beschäftigen, wie sie irgend wollten, sie erhielten Papier, Schreibmaterialien, und dergleichen mehr.

So vergingen in immer noch erträglicher Weise die Tage, der 4., der 5. und der 6. November. Blum las die kritische Geschichte der Wiener Oktober-Revolution von Jellinek; oft aber legte er das Buch hin, um sich theils im heitern, theils im trüben Gespräche mit dem geist- und gemüthvollen Fröbel zu vergnügen.

In seinem Briefe über die Wiener Oktober-Revolution beschreibt Fröbel die letzten Tage, die er mit Blum gemeinschaftlich verlebt hat, in folgender Weise:

Im Ganzen verstrich uns der 4. und 5., bis zum 6. Abends, ziemlich gleichmäßig. Blum las Jellineks kritische Geschichte der Wiener Revolution, ich ging, in mir selbst zu sehr beschäftigt, um lesen oder schreiben zu können, im Zimmer auf und ab; oder wir erschöpften uns in scharfsinnigen Combinationen über unser Schicksal. Blum suchte sich dabei augenscheinlich die Annahme eines tragischen Ausgangs mit Gewalt entfernt zu halten. Aber während er davon sprach was er auf der Rückreise und nach der Rückkehr in Frankfurt thun wolle, zogen die Schatten einer düstern Ahnung durch seine Seele, die er nicht stark genug war zu bannen. Er saß zuweilen stumm am Fenster, während ich ihn unbemerkt beobachtete. Sein Gesicht röthete sich, seine Augen wurden trübe, und seine Hand zitterte. Er fing an, indem er sich zu mir kehrte, von seiner Familie zu sprechen. Einmal ging ein Kindermädchen mit einigen Kindern unter dem Fenster vorüber. Blum

rief mich und sagte mir: „sieh, da gehen meine Kinder!" Der Gedanke an Weib und Kind schien ihn vorherrschend zu beschäftigen. Er stimmte aber auch mit mir überein, daß der Tod hauptsächlich nach dem Maße erfüllter oder nicht erfüllter Lebenszwecke leichter oder schwerer sei, und in diesem Sinne ist er ihm schwer geworden. Bei dem Gedanken an das Sterben schien sich ihm die ganze Geschichte seines Lebens vor dem Blick zu entrollen, und er fing an, mir nicht ohne Bitterkeit die traurigen Verhältnisse seiner Jugend zu erzählen. Sie hatten in seinem Herzen einen Stachel zurückgelassen dessen Schmerz er noch immer empfand, — ein Gift welches der gereifte und zu so großer Gunst des Volkes gelangte Mann nicht überwunden hatte. Der Mann des gemüthlichen Wesens, des klaren Denkens und der ruhigen Rede, war im Innern ein Vulkan bitterer Empfindungen und glühender Leidenschaften. Daß dieser Vulkan nicht bestimmt war zum Ausbruch zu kommen, war der tragische Charakter seines Lebens und seines Todes. Die Ungerechtigkeit der Welt, mit der er von seiner Geburt an im Kampfe gelegen, behielt die Oberhand, und er mußte unterliegen. An den Sieg der Freiheit hat er ohne Zweifel geglaubt und dieser Glaube hat ihn erhoben und getröstet; in Bezug auf persönliches Schicksal aber wird es ihm schwer geworden sein mit versöhntem Gemüth von der Welt zu scheiden."

Am 5. November richteten die beiden Abgeordneten ein Schreiben an den Präsidenten der deutschen National-Versammlung, um diesem ihre Verhaftung mitzutheilen und ihn aufzufordern, das Recht der deutschen Nationalversammlung zu wahren. Dies Schreiben ist in Frankfurt niemals angekommen.

Am 6. November sollte ein seltsamer Wechsel in der Lage der Gefangenen eintreten. Sie standen beide am Fenster, als ein Wagen vor dem Stab-Stockhause hielt. Ein höchst elegant gekleideter Mann stieg aus demselben und wurde als Gefangener in das Stab-Stockhaus gebracht.

Der Schließer führte den Gefangenen zu Robert Blum und Fröbel, und derselbe theilte fortan mit den Abgeordneten das Zimmer.

Der neue Gefährte Blums war ein Herr, Namens Matteo Padovani. Er gab sich ebenfalls für einen politischen Gefangenen aus und erzählte beiden Abgeordneten, er sei Generaladjutant von Messenhauser gewesen und deshalb in Untersuchung. Da kein Platz mehr im Hause sei, habe man ihn zu seiner Freude mit Robert Blum und Fröbel in dasselbe Zimmer gebracht.

Herr Padovani hatte sich für seine Gefangenschaft auf eine merkwürdige Weise vorbereitet; er hatte einen Koffer mit den höchsten Bequemlichkeiten, einen prächtigen seidenen Schlafrock, einen goldgestickten Tabacksbeutel und mehrere andere Luxusartikel, welche ihm das Gefängniß bequem machen sollten: und er richtete es sich auch in demselben so bequem als irgend möglich ein.

Mit den seltsamsten Wünschen und Forderungen wendete er sich an die bedienenden Gefängnißwärter, und diese beeilten sich, nach Kräften die Wünsche des Gefangenen auf's Schnellste zu erfüllen.

Herr Padovani machte es sich jetzt zur Aufgabe, auf eine fast zudringliche Weise sich in das Vertrauen der Gefangenen einzuschleichen. Er brachte fortwährend das Gespräch auf diejenige Zeit, in der Robert Blum und Fröbel die Waffen geführt hatten, und suchte die Gefangenen in jeder Weise auszuhorchen, so daß Fröbel von vorn herein einen Verdacht gegen diesen Mann faßte; Blum aber war weniger zum Mißtrauen geneigt, er gab sich offner dem Leidensgefährten hin und theilte demselben Vieles von seiner politischen Laufbahn mit.

Während der Gespräche Blums mit Padovani machte Letzterer den beiden Abgeordneten den Vorwurf, daß sie nicht energisch genug gegen ihre Haft protestirt hätten, sie hätten auf das Entschiedenste ihre Eigenschaft als Abgeordnete erwähnen müssen, und noch jetzt sei es an der

Zeit! Ein energischer Protest werde den beiden Reichstags-Abgeordneten sofort ihre Freiheit wiedergeben. „Sie kennen" sagte Padovani zu Blum, „die östreichischen Behörden nicht; wenn Sie energisch auftreten, werden Sie sehen, daß Sie morgen schon frei sind."

Fröbel erschien ein solches energisches Auftreten bedenklich; Blum aber, der seines guten Rechts als Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung sich bewußt war, ging auf die Wünsche Padovanis ein, und setzte einen Protest auf, der vollständig Padovanis Billigung fand.

Jetzt drängte sich dieser Herr danach, diesen Protest ins Reine zu schreiben; Fröbel übernahm es indeß, die Copie selbst zu besorgen.

Mit Fortlassung einer etwas drohenden Stelle, welche lautete: „Die Unterzeichneten behalten sich vor, sobald sie wieder frei sein werden, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen, um sich und dem deutschen Volke Genugthuung zu verschaffen," wurde der Protest am 8. November abgesendet. Nachmittags 4 Uhr war der Protest geschrieben, und am Abend um 6 Uhr wurde Blum zum Verhör vor das Standgericht gerufen.

Das war die Antwort der Wiener Standgerichtsbehörden auf die Forderung der deutschen Abgeordneten nach ihrem Recht.

Die Standrechtscommission, vor der Robert Blum erscheinen mußte, bestand aus zwei Gemeinen, zwei Gefreiten, zwei Korporälen, zwei Feldwebeln, zwei Lieutenants, zwei Hauptleuten, dem Präsesmajor Cordier, dem Hauptmann, Auditeur Wolferom und einem Actuarius.

Robert Blum protestirte zunächst gegen die Berechtigung eines solchen Gerichtshofes, den deutschen Abgeordneten zu richten; er erklärte sich indeß bereit, auf die an ihn gerichteten Fragen zu antworten. Mit der größten Offenheit bekannte er, daß er Theil genommen habe an dem Kampfe, daß er die ihm zur Last gelegte Rede in der Aula

gehalten habe. Er hob aber hervor, daß er beim Kampfe seit dem Schluß der Kapitulation sich nicht mehr betheiligt habe.

Darauf indeß wurde keine Rücksicht genommen von der Standrechtscommission, Robert Blum wurde zum Tode verurtheilt und das Urtheil lautete folgendermaßen:

„Herr Robert Blum, zu Köln in Rheinpreußen gebürtig, 40 Jahr alt, katholisch, verheirathet, Vater von vier Kindern, Buchhändler zu Leipzig, welcher bei erhobenem Thatbestande durch sein Geständniß und Zeugen überwiesen ist, am 23. Oktober l. J. in der Aula zu Wien durch Reden in einer Versammlung zum Aufruhr aufgeregt, und am 26. Oktober l. J. an dem bewaffneten Aufruhr in Wien als Kommandant einer Compagnie des Elitencorps thätigen Antheil genommen zu haben; soll nach Bestimmung der Proklamation Sr. Durchl. des F.-M Fürsten zu Windischgrätz, vom 20. und 23 Oktober, dann nach §. 4 im 62. Art. der Theres. Gerichtsordnung mit dem Tode durch den Strang bestraft werden. So gesprochen in dem Standrechte, angefangen um $^1/_2$6 Uhr Abends, am 8. November 1848. Cordier m. p. Major, als Präses. Wolferom m. p. Hauptmann, Auditor. — Ist kund zu machen und in augenblicklicher Ermangelung eines Freimannes mit Pulver und Blei durch Erschießen zu vollziehen. Wien, am 8. November 1848.

Im Namen Sr. Durchl. des Herrn Feldmarschalls.

Hipseck m. p. Generalmajor.

Gegen 8 Uhr war das Verhör Blums beendet; er wurde zurückgeführt in seine Zelle zu Fröbel; hier aber blieb er nur einen Augenblick, um bald darauf in ein anderes Gefängniß gebracht zu werden.

„Auf Wiedersehen!" sagte Fröbel, ihm die Hand reichend. Gedankenvoll und zögernd erwiederte Blum: „Auf Wiedersehen;" dann folgte er dem Profos. Er hat Fröbel nie wieder gesehen.

In dem neuen Gefängniß, in welches Robert Blum

gebracht wurde, fand er drei andere Gefangene: einen Baron v. Schlechta, einen Herrn v. Terzki und einen Polen. Mit ihnen verbrachte er die Nacht theils im heitern Gespräche, theils aber auch ruhig schlafend.

Am frühen Morgen des 9. Novembers kam ein Geistlicher in die Zelle Robert Blums und versicherte, daß er gerufen sei, ihn zum Tode vorzubereiten.

Blum zweifelte anfangs an der Wahrheit seiner Worte, aber bald darauf trat der Auditeur ins Gefängniß und verkündete ihm das Todesurtheil.

Mit der ruhigsten, großartigsten Fassung hörte Blum das Urtheil; keinen Augenblick gab er sich einer Regung der Schwäche hin. Nachdem der Auditeur ihn verlassen hatte, unterhielt er sich mit dem Geistlichen. Dieser wollte ihm nach katholischem Brauch die Beichte abnehmen, aber Robert Blum bat, ihn damit zu verschonen, da er als Deutsch-Katholik unmöglich der Ceremonie sich fügen könne.

Der Geistliche, ein vernünftiger, vorurtheilsfreier Mann, ging gern auf die Wünsche des Gefangenen ein und unterhielt sich auch längere Zeit mit demselben.

Beim Abschiede sagte Robert Blum zu ihm:

„Es hat mich sehr gefreut, in Ihnen zum Unterschiede von leider so vielen Pfaffen, die man in Deutschland findet, einen ehrenwerthen, wahrhaft geistlichen Mann kennen gelernt zu haben. Ich möchte Ihnen gern ein Andenken hinterlassen, allein ich habe jetzt nichts mehr als meine Haarbürste. Wollen Sie diese von mir annehmen, so machen Sie mir noch eine Freude." —

Nur noch eine kurze Zeit war dem edlen Manne zu leben vergönnt. Er benutzte diese Zeit, um Abschied zu nehmen von seiner Frau und seinen Kindern, und um diese, die jetzt vollkommen verlassen dastanden, dem deutschen Volke zu empfehlen.

An seine Frau richtete er folgenden Brief, der ganz eines Mannes wie Blum würdig ist.

„Mein theures, gutes, liebes Weib, lebe wohl!

wohl für die Zeit, die man ewig nennt, die es aber nicht sein wird. Erziehe unsere — jetzt nur Deine Kinder zu edeln Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. Unser kleines Vermögen verkaufe mit Hülfe unsrer Freunde. Gott und gute Menschen werden Euch ja helfen. Alles, was ich empfinde, rinnt in Thränen dahin, daher nur nochmals: lebe wohl, theures Weib! Betrachte unsere Kinder als theures Vermächtniß, mit dem Du wuchern mußt, und ehre so Deinen treuen Gatten. Leb' wohl, Tausend, tausend, die **letzten** Küsse von

Deinem

Robert.

Wien, den 9. November 1848, Morgens 5 Uhr, um 6 Uhr habe ich vollendet.

Die Ringe hatte ich vergessen; ich drücke Dir den letzten Kuß auf den Trauring. Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantenknopf für Ida, die Kette für Alfred, als Andenken. Alle sonstigen Andenken vertheile Du nach Deinem Ermessen. Man kommt! Lebe wohl! wohl!".

Einen andern Brief richtete er an den Abgeordneten Vogt in Frankfurt. Er lautete:

Ein Sterbender empfehle ich Dir und allen deutschen Freunden meine arme Familie. Sie hatten nur mich als Ernährer, Tragt Eure Liebe für mich auf sie über, dann sterbe ich ruhig.

Allen ein tausendfaches Lebewohl.

Blum.

Wien den 9. November 1848
Morgens halb 6 Uhr.

Jetzt war Robert Blum über das Schicksal seiner Familie beruhigt, er wußte, daß das deutsche Volk dieselbe nicht im Stich lassen, daß es sich ihrer annehmen würde.

Unter starker Militairbegleitung wurde Robert Blum nach der Brigittenau geschickt, um dort sein edles Leben zu beschließen.

Der Weg vom Gefängnisse führte durch die Leopoldstadt. In derselben machte der Wagen bei der Kavalleriekaserne Halt, und die Bedeckung wurde dort noch vergrößert, so daß endlich eine Militairmacht von fast 2000 Mann den Gefangenen auf den Richtplatz begleitete. Zum Ueberfluß, um jeden Fluchtversuch zu verhindern, wollte der die Bedeckung befehligende Offizier Blum Ketten anlegen, aber Blum erwiederte mit größter Ruhe:

„Ich will als freier deutscher Mann sterben. Sie werden mir auf mein Wort glauben, daß ich nicht den lächerlichen Versuch machen werde, zu entkommen. Verschonen Sie mich mit Ihren Ketten."

Das leuchtete denn allerdings dem Offizier ein, und er bestand nicht ferner auf seiner Forderung; er ließ die Ketten wieder fortschaffen, und der Zug ging weiter.

Es war etwa $7^1/_2$ Uhr, als Blum auf dem Richtplatz antraf. Er stieg aus dem Wagen und schaute sich um; dann wendete er sich an einen der Offiziere und fragte: „Wer wird mich erschießen?"

Der Offizier antwortete ihm, daß ein Kommando Jäger mit der Exekution beauftragt wäre.

„Nun das ist mir lieb," erwiederte Blum, „die Jäger sollen gut schießen, hätte mich doch einer derselben hier schon beinahe getroffen." Er zeigte dabei auf das Loch in seinem Rock, wo ihn eine Kugel der croatischen Jäger gestreift hatte.

Man wollte ihm die Augen verbinden, aber Blum schüttelte mit dem Kopfe und bat, man möge das lassen, er wolle als freier Mann dem Tode frei in's Auge schauen. Als ihm indeß der Offizier erwiederte, es geschehe dies der Jäger wegen, welche sicherer schießen würden, wenn sie nicht in das menschliche Auge blickten, entgegnete

Robert Blum: Wenn das der Fall ist, will ich es gern geschehen lassen."

Er band sich nun selbst das Tuch um die Augen.

So stand er bereit, die tödtlichen Schüsse zu empfangen, da trat der Profos zum Obersten mit den Worten: „Ich bitte um Gnade für den armen Sünder."

„Nein!" war die kurze Antwort.

Dreimal wiederholte der Profos seine Bitte, dreimal der Oberst seine abschlägliche Antwort, indem er zuletzt hinzufügte: Bei den Menschen ist keine Gnade mehr„ bei Gott allein ist Gnade." Dann wurde „Feuer!" kommandirt. —

Von drei Kugeln getroffen, sank Blum nieder; die eine traf ihn in der Stirn, die anderen durchbohrten seine Brust. —

Die letzten Worte Robert Blums waren die:

„Ich sterbe für die Freiheit, für welche ich gekämpft, möge das Vaterland meiner eingedenk sein!"

So war denn Robert Blum gefallen, der edle Märtyrer für die deutsche Freiheit; so hatte er denn sein reiches Leben ausgehaucht unter den mörderischen Kugeln der Jäger des Fürsten Windischgrätz. Der Abgeordnete des deutschen Volkes war erschossen worden von einem General, der in Diensten des deutschen Landes Oestreich stand, obgleich das Gesetz der deutschen Nationalversammlung folgendermaßen lautet: „Ein Abgeordneter zur verfassungebenden Reichsversammlung darf von dem Augenblick der auf ihn gefallenen Wahl, ein Stellvertreter von dem Augenblick an, wo das Mandat seines Vorgängers erlischt, während der Dauer der Reichsversammlung weder verhaftet noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzteren Falle ist der Reichsversammlung von der getroffenen Maßregel Kenntniß zu geben, und es steht ihr zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schluß der Sitzung zu verfügen. Vorstehende Bestimmun-

gen treten in Kraft mit dem Tage ihrer Verkündung im Reichsgesetzblatt."

Obgleich Oestreich die deutsche Nationalversammlung als zu Recht bestehend anerkannte — denn es hatte ja sogar zu derselben die Wahl vorgenommen — so kümmerte sich doch der General dieses Reichs nicht um die Gesetze; er ließ den Abgeordneten des deutschen Volkes, er ließ Robert Blum ohne Gnade erschießen. Oestreich wollte damals zeigen, wie tief es diese deutsche Nationalversammlung verachte, welche ihr Schicksal so vollkommen verdiente. Und von dieser Zeit an ist Oestreich Schritt vor Schritt auf dem Wege vorwärts gegangen, den es begonnen hatte, als es Blum erschießen ließ.

Robert Blum ist gefallen als ein Märtyrer für die deutsche Freiheit. „Das Vaterland möge meiner eingedenk sein!" so rief er aus, das waren seine letzten Worte. Und auch wir rufen dies dem Leser zu, auch wir rufen: „Seid Robert Blums, seid seines Todes, seid seines vergossenen Blutes eingedenk! Männer des Volkes vergeßt es nie, daß Robert Blum für Euch, für Eure Freiheit gestorben ist, vergeßt es nie, daß an diesem theuren Blute, das auf östreichischem Bodem vergossen wurde, daß an diesem theuren Blute Eure Ehre haftet. Für Eure Freiheit ist er gefallen, bewahrt daher Eure Freiheit, und wo Ihr sie nicht zu bewahren vermöchtet, da strengt jeden Faser, da strengt jegen Nerv an, Euch diese theure Freiheit, welche so viele Opfer gekostet hat, wieder zu erringen!

Ermüdet niemals, werdet niemals schlaff, vergeßt niemals das theure Blut, welches für Euch vergossen worden ist! An der Geschichte des Märtyrers für die deutsche Freiheit stärkt Euch, er möge Euch ein glänzendes Beispiel geben, seine Geschichte möge Euch ermuthigen, Euch kräftigen!" —

Druck von F. Rietack in Berlin.